

# 2015

## Bericht über die Lage der Freiwilligenarbeit in der Welt

Governance im Wandel



**UN**

**Volunteers**

inspiration in action

Das Freiwilligenprogramm der Vereinten Nationen (United Nations Volunteers – UNV) ist eine Organisation der Vereinten Nationen, die sich durch Freiwilligenarbeit weltweit für Frieden und Entwicklung einsetzt.

Freiwilligenarbeit ist ein wirksames Mittel, um Menschen zur Mitarbeit bei der Bewältigung der Herausforderungen in der Entwicklung zu gewinnen, und sie kann das Tempo und Wesen der Entwicklung verändern. Von der Freiwilligenarbeit profitiert die Gesellschaft als Ganzes und der einzelne Freiwillige, indem Vertrauen, Solidarität und Gegenseitigkeit zwischen Bürgern gestärkt und zielgerichtet Möglichkeiten zur aktiven Teilnahme geschaffen werden.

UNV leistet einen Beitrag zu Frieden und Entwicklung, indem es sich für die Anerkennung von Freiwilligen engagiert, mit Partnern zusammenarbeitet, die Freiwillige in Entwicklungsprogramme integrieren, und eine steigende Zahl und Vielfalt von Freiwilligen, einschließlich erfahrener Freiwilliger der Vereinten Nationen, weltweit einsetzt. UNV versteht Freiwilligenarbeit als umfassend und integrativ und schätzt ihre Vielfalt ebenso wie die Werte, auf denen sie aufbaut: freier Wille, Engagement, Einsatz und Solidarität.



*Selbstbestimmte Leben.  
Widerstandsfähige Nationen.*

UNV wird von dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) verwaltet.

# 2015 | Bericht über die Lage der Freiwilligenarbeit in der Welt

Governance im Wandel



**UN**

**Volunteers**

inspiration in action

Copyright © 2015  
Freiwilligenprogramm der Vereinten Nationen (UNV)

Alle Rechte vorbehalten. Jedwede Vervielfältigung, Speicherung in einem Datenabrufsystem oder Übermittlung dieser Publikation oder Teilen davon bedarf der vorherigen Genehmigung.

Redaktion: Communications Development Incorporated, Washington, DC, USA  
Layout Design: Phoenix Design Aid, Randers C, Dänemark  
Übersetzung: Strategic Agenda, London, Vereinigtes Königreich  
Druck: Phoenix Design Aid, Randers C, Dänemark

ISBN: 978-92-95045-91-0

Ein Verzeichnis der nach dem Druck festgestellten Fehler und Auslassungen ist auf unserer Website unter [www.unv.org](http://www.unv.org) zu finden.

<http://www.unv.org/>

Die Analysen und politischen Empfehlungen in diesem Bericht entsprechen nicht zwangsläufig den Auffassungen des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen. Die Recherchen für diesen Bericht und die Erstellung des Textes selbst erfolgten in Gemeinschaftsarbeit des Teams für den Bericht über die Lage der Freiwilligenarbeit in der Welt sowie einer Gruppe interner und externer Berater.

Die Nennung von Markennamen oder Geschäftsabläufen bedeutet keine Billigung derselben.

# Team für den Bericht über die Lage der Freiwilligenarbeit in der Welt

## **Teamleiterin**

Amanda Khozi Mukwashi

## **Recherche- und Autorenteam**

Tina Wallace (Rechercheleitung), Subhra Bhattacharjee, Mae Chao, Peter Devereux, Heba El-Kholy and Elizabeth Hacker

## **Projektleitung**

Mae Chao

## **Recherchekoordinierung**

Subhra Bhattacharjee

## **Produktionskoordinierung**

Vera Chrobok

## **Koordinierung der weltweiten Verbreitung**

Jennifer Stapper

## **Operative und administrative Unterstützung**

Jean de Dieu Kamanzi

## Geleitwort

Die Diskussionen über die Millenniums-Entwicklungsziele und die Post-2015-Entwicklungsagenda haben die Aufmerksamkeit darauf gelenkt, dass zahlreiche Länder in allen Regionen der Welt beträchtliche Leistungen in Bezug auf menschliche Entwicklung vorzuweisen haben. Sie lassen auch deutlich werden, warum es gegebenenfalls nur zu schleppenden oder unzulänglichen Fortschritten kam. So etwa kann ein Mangel an effektiver, rechenschaftspflichtiger Governance den Fortschritt aufhalten und nationale wie lokale Bemühungen zur Verbesserung der Lebensqualität und der Zukunftsperspektiven von Gemeinschaften untergraben.

Damit die Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung erfolgreich umgesetzt werden kann, muss an der Verbesserung der Governance und gleichzeitig auch an der Bekämpfung von Ungleichheiten und der Ausweitung von Mitsprache und Partizipation gearbeitet werden. Hierbei kann Freiwilligenarbeit helfen, indem sie Interessengruppen Gehör verschafft und Menschen und zivilgesellschaftliche Organisationen dazu anspornt, zu Lösungen beizutragen.

Dieser Bericht soll Regierungen, zivilgesellschaftlichen Organisationen, bilateralen und multilateralen Entwicklungsorganisationen und anderen Interessengruppen helfen, das volle Potential der Freiwilligenarbeit auf globaler, nationaler und lokaler Ebene auszuschöpfen.

Für die globale Ebene stellt der Bericht Beispiele vor, wie sich Freiwilligennetzwerke mit Hilfe der Technologie zu Bündnissen zusammenschließen, die die Freiwilligenarbeit voranbringen und Entwicklungsakteure miteinander verbinden. Die rapide Ausbreitung von Mobiltelefonen und anderen Informations- und Kommunikationstechnologien vergrößert die Reichweite und den Umfang der Freiwilligenarbeit. Durch sie können motivierte und engagierte Menschen und Gruppen miteinander interagieren, voneinander lernen und neue Chancen und Ressourcen erschließen. Der Bericht stellt Wege vor, diese Bemühungen zu verstärken und so die Umsetzung der Post-2015-Agenda zu unterstützen und schwächeren und ausgegrenzten Bevölkerungsgruppen ein Mitspracherecht bei sie berührenden Entscheidungen zu verschaffen, die unter anderem auch bei den Vereinten Nationen und in anderen globalen Foren getroffen werden.

Was die nationale Ebene angeht, so ist nach Auffassung des Berichts die Bereitschaft der Regierung, den Raum und das förderliche Umfeld bereitzustellen, das die Partizipation und Initiative von Freiwilligen begünstigt, maßgeblich dafür, ob Freiwillige imstande sind, den Entwicklungsfortschritt zu unterstützen. Der Bericht stellt fest, dass Freiwilligenarbeit dazu beitragen kann,

soziales Vertrauen zu erzeugen, soziale Inklusion voranzubringen, Basisdienstleistungen zu verbessern und die menschliche Entwicklung zu steigern. Die Freiwilligen und das Freiwilligenwesen sind dort am erfolgreichsten, wo förderliche Voraussetzungen wie Rede- und Versammlungsfreiheit und eine Atmosphäre des lebhaften politischen Austauschs bereits bestehen.

Hinsichtlich der lokalen Ebene legt der Bericht dar, dass das Freiwilligenwesen für Menschen ausgegrenzter und/oder marginalisierter Gemeinschaften zunehmend als Mittel dienen kann, sich Gehör zu verschaffen und auf die Dienstleistungen, Ressourcen und Chancen zuzugreifen, die sie zur Verbesserung ihrer Lebensqualität benötigen. Er empfiehlt den Freiwilligen, Bündnisse mit Kommunalverwaltungen und gleichgesinnten lokalen und übergreifenden zivilgesellschaftlichen Gruppierungen einzugehen, um Angehörige marginalisierter Gruppen, einschließlich Frauen, dabei zu unterstützen, auf die Informationen zuzugreifen und die Fähigkeiten zu stärken, die sie brauchen, um ihre Zukunftsperspektiven zu verbessern und lokale Amtsträger rechenschaftspflichtig zu machen. Der Bericht beschreibt, wie etwa weibliche Freiwillige im ländlichen Uttarakhand (Indien) „das ganze Dorf“-Gruppen bildeten, die ihnen dabei halfen, voneinander zu lernen und das Vertrauen und die Fähigkeiten aufzubauen, die sie benötigten, um sich mit Verantwortlichen der Kommunalverwaltung auseinanderzusetzen, ihre eigenen Rechte zu verteidigen und Partnerinnen bei der Verbesserung ihrer Gemeinschaften zu werden.

Im VN-Freiwilligenprogramm und im VN-Entwicklungsprogramm sehen wir, wie Freiwillige zu positiven Veränderungen beitragen. Unserer Erfahrung und den im Bericht enthaltenen Beispielfällen zufolge müssen die Motivation und das Engagement der einzelnen Freiwilligen auf gleichermaßen reaktionsbereite und unterstützende Regierungen und Entwicklungsakteure treffen. Wir hoffen, dass dieser Bericht Beachtung findet, Gesprächsstoff liefert und dazu beiträgt, dass mehr Menschen an mehr Orten befähigt werden, die Ausgrenzung, die Diskriminierung und die Ungleichheiten, die den Entwicklungsfortschritt blockieren, zu bekämpfen und die gemeinsamen Bestrebungen der Menschen und ihrer Führer in aller Welt zu verwirklichen, die darin bestehen, die Armut in allen ihren Dimensionen zu beseitigen und eine nachhaltige Entwicklung für alle zu erreichen.



**Helen Clark**

Administratorin

Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)

## Vorwort - Die Kunst des Möglichen

Dieser zweite Bericht über die Lage der Freiwilligenarbeit in der Welt zum Thema Freiwilligenwesen und Governance macht geltend, dass das Freiwilligenwesen und die Zentrierung von Entwicklungspolitik und entwicklungsrelevanten Investitionen auf den Menschen ein bislang unausgeschöpftes Potenzial für die nachhaltige Entwicklung in sich bergen. Der Bericht postuliert, dass das Freiwilligenwesen eine zusätzliche Ressource und ein Mittel zur Vermittlung von Fähigkeiten, Wissen und Know-how darstellt, welche ergänzend neben anderen Entwicklungslösungen und -ressourcen Mitsprache und Partizipation, Rechenschaftlichkeit und Reaktionsbereitschaft als Hauptsäulen einer verantwortungsbewussten Governance ermöglichen.

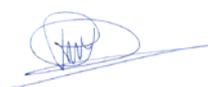
Auf der Grundlage umfangreicher Belege hebt der Bericht hervor, wie das Freiwilligenwesen Frieden und Entwicklung fördern kann. Er stellt dar, was in bestimmten Kontexten schon erreicht wurde, und zieht daraus Rückschlüsse auf den potenziellen Beitrag von Freiwilligen und der Freiwilligenarbeit. Diese „Kunst des Möglichen“ wird mit Fallstudien belegt, die eine beeindruckende Bandbreite von Beispielen dafür liefern, wie Menschen - als Einzelpersonen und als Gruppen - ihre Energien bündeln, um in den verschiedenen Governance-Räumen aktiv zu werden. Dieser Bericht zeigt auch, dass, wenn Regierungen und andere Governanceakteure ein förderliches Umfeld schaffen und Menschen in „geschlossene Räume“ einladen, ein Wandel möglich ist, der breitere Zustimmung und Unterstützung findet.

Beispiele für die formelle und informelle Freiwilligenarbeit belegen, dass marginalisierte Menschen, beispielsweise Frauen, indigene Bevölkerungsgruppen und nicht befähigte junge Menschen, Räume schaffen können, in denen ihre Stimmen Gehör finden und in denen sie die Governance auf lokaler Ebene beeinflussen können. Dieser Bericht behandelt das Thema des Engagements von Frauen und liefert interessante Beispiele dafür, wie es Frauen gelungen ist, sich in Räume jenseits der traditionellen Norm einzubringen, Behörden rechenschaftspflichtig zu machen und dafür zu sorgen, dass sie auf ihre Bedürfnisse und

diejenigen ihrer Gemeinschaften eingehen. Es wird deutlich, wie marginalisierte Gruppen Bündnisse aufbauen und mit den wenigen Ressourcen, die ihnen zur Verfügung stehen, arbeiten, um ihre Gemeinschaften aufzuklären und Veränderungen herbeizuführen.

Governance war das Thema eines unveröffentlichten Kapitels des ersten, 2011 erschienenen Berichts. Obschon wir wussten, dass es schwierig sein würde, Belege über Freiwilligenarbeit und Governance zusammenzutragen, war es in Anbetracht der laufenden weltweiten Diskussionen über die Agenda für nachhaltige Entwicklung und der Erkenntnis, dass neue gruppenplurale Partnerschaften einen wesentlichen Teil der für die Umsetzung erforderlichen Mittel darstellen werden, wichtig, dass wir uns diesem Thema nun zuwenden. Weitere Forschungsarbeiten und innovative strategische Partnerschaften werden notwendig sein, um das Freiwilligenwesen und seinen Beitrag zu Frieden und Entwicklung besser zu verstehen, zu dokumentieren und zu messen. Dieser Bericht bildet den Anfang eines Gesprächs, das vertieft werden kann und muss.

Mit diesem Bericht hoffen wir, die Kunst des Möglichen veranschaulichen zu können. Wenn wir alle verfügbaren Ressourcen in die Entwicklungsarbeit einbringen, dann scheint es möglich, die Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen. Wenn Umfeldler geschaffen werden, in denen Menschen ehrenamtlich ihre Zeit zur Verfügung stellen können, können ihre Fähigkeiten und ihr Wissen im Interesse des Gemeinwohls auf dem Gebiet der Governance genutzt werden. Es ist möglich, die Zahl der Menschen, die mitreden und mitgestalten und die Governanceakteure rechenschaftspflichtig machen können, zu erweitern.



**Richard Dictus**  
Exekutivkoordinator  
Freiwilligenprogramm der Vereinten Nationen  
(UNV)

## Danksagungen

Dieser Bericht wäre ohne die wichtigen und vielfältigen Beiträge vieler Einzelpersonen, Organisationen und Institutionen weltweit nicht möglich gewesen.

Besonderer Dank gebührt der State of the World's Volunteerism Report (SWVR) - Expertengruppe, einer namhaften Gruppe externer Berater. Sie hat den Prozess der Konzeptualisierung, Ausrichtung und Erarbeitung des Berichts geleitet, ihr Know-how zum Thema Freiwilligenwesen und Governance zur Verfügung gestellt und unschätzbare Feedback zum Konzept und den Entwürfen des Berichts geliefert: Grace H. Aguilin-Dalisay, Cliff Allum, Jeffrey Brudney, Anabel Cruz, Heba El-Kholy, Eva Jespersen, Patrick Keuleers, Frannie Léautier, Robert Leigh, Siphosami Malunga und Manoj Rai.

Unterstützt wurde das Berichtsteam von einer internen Referenzgruppe, bestehend aus einer Reihe von Kollegen vom UNV-Amtssitz und aus Felddienststellen: Laura Amadori, Emilie Bay, Francesco Galtieri, Tapiwa Kamuruko, Francisco Roquette und Veronique Zidi-Aporeigah.

Ferner gab UNV hat auch Hintergrundpapiere zu einer Reihe thematischer Fragen im Zusammenhang mit dem Freiwilligenwesen und Governance, regionale Übersichtsprüfungen sowie Fallstudien in Auftrag, die in diesen Bericht Eingang fanden. Wir danken den folgenden Autoren für die Bereitstellung reichhaltiger Informationen und Daten: Jody Aked, Omer Ahmed Awan, Emilie Bay, Anabel Cruz, Celayne Heaton-Shrestha, Mihaela Ionescu, Joe Joseph, Afua Twum-Danso. Besonderer Dank geht an Afua Twum-Danso, die den Entwurf in fortgeschrittenem Stadium gelesen und ihn mit hilfreichen Vorschlägen gestärkt hat.

Unsere besondere Wertschätzung und Dankbarkeit richtet sich ebenfalls an Fernando Bolaños Galdós, Andrew G. Haldane und FK Norway, für ihre Sonderbeiträge zu diesem Bericht.

Wir danken ferner den UNV-Feldteams dafür, dass sie uns zahlreiche Beispiele und Fallstudien über den Beitrag des Freiwilligenwesens zur Governance weltweit geliefert haben.

Dieser Bericht wurde von einer Reihe von UNDP-Büros und UN-Koordinatoren/UNDP-Vertretern aus verschiedenen Regionen eingehend überprüft. Wir sind überaus dankbar für das Feedback von Olivier Adam, Ali Al-Za'tari, Anita Nirody, Eugene Owusu, Gerd Trogemann und Claire Van der Vaeren. Außerdem möchten wir uns bei Kanni Wignaraja für das umfassende Feedback bedanken.

Wir danken auch den Mitgliedern der internen SWVR-Lesegruppe: Dominic Allen, Simona Costanzo Sow, Francesco Galtieri, Robert Leigh, Geoffrey Prewitt und Jennifer Stapper.

Des Weiteren hat der Bericht von der Unterstützung von Online-Freiwilligen profitiert, und wir danken für die Beiträge von Ng Fabrega und Raquel Palomino Gonzalez.

Eine Reihe engagierter Praktikanten hat den Bericht im Verlauf des Projektes unterstützt: Valérie Florence Adams, Weiwei Chen, Mercy Onyinye Chime, Anna Chrastinova, Tsepiso Khama, Mwango Mainda, Ekomenzoge Metuge, Vera Seelig und Xiang Xiao.

Weitere Kollegen des UNV-Amtssitzes und von UNV-Feldteams haben den Berichterstellungsprozess durch ihre Unterstützung bereichert: Carol Atwell, Daniela Bosioc, Eirene Chen, Shubh Chakraborty, Fabrizio Damiani, Annika Diederich, Siyad Fayoumi, Karen Förnzler, Andrew Irvén, Manfred Klee, Margarita Lizcano, Lara Muñoz Peláez, Amina Said, Gelfiya Schienko, Alexandra Solovieva, Jan Snoeks, Xiaodan Zhang und Olga Zubritskaya-Devyatkina.

Unser besonderer Dank richtet sich an Andra Brige und Marguerite Minani, die sich weit über das übliche Maß hinaus engagiert haben, um die

Berichterstellung auf unterschiedlichste Weise zu unterstützen, in Krisenzeiten einzuspringen, Lücken zu schließen und Aufgaben zu übernehmen, damit die Arbeit weitergehen konnte.

Darüber hinaus danken wir folgenden Personen und Institutionen für ihr Feedback und ihre Ideen für das ursprüngliche Konzept des Berichts über Freiwilligenarbeit und Governance: Youssef Mahmoud, ehemaliger Sonderbeauftragter des Generalsekretärs in Tschad, derzeit Berater beim Internationalen Friedensinstitut und Mitglied der Hochrangigen Gruppe des Generalsekretärs zur

Überprüfung von Friedensmissionen; der unter dem Vorsitz der VN-Hauptabteilung Politische Angelegenheiten stehenden Arbeitsgruppe Demokratie des Exekutivausschusses für Frieden und Sicherheit für das Feedback zum ursprünglichen Berichtskonzept.

Außerdem würdigen wir die Arbeit unserer Redakteure bei Communications Development Incorporated. UNV bedankt sich bei den Millionen von Freiwilligen weltweit, ohne deren Mitsprache, Erfahrungen und Einfluss dieser Bericht nicht möglich gewesen wäre.

## SWVR-Expertengruppe

**Grace H. Aguilin-Dalisay** – Dekan und Professor für Psychologie am College of Social Science and Philosophy, University of the Philippines Diliman (Philippinen).

**Cliff Allum** – Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft des Internationalen Forums für Freiwilligenarbeit in der Entwicklungsarbeit (International Forum for Volunteering in Development Research Working Group), und CEO bei Skillshare International, Vereinigtes Königreich.

**Jeffrey Brudney** – Inhaber der Betty-und-Dan-Cameron-Stiftungsprofessur für Innovation im gemeinnützigen Sektor; akademischer Leiter, Qualitätsverbesserung für gemeinnützige Organisationen (Quality Enhancement for Nonprofit Organizations – QENO); Universität North Carolina Wilmington, Vereinigte Staaten.

**Anabel Cruz** – Gründerin/Leiterin des Instituts für Kommunikation und Entwicklung, Uruguay.

**Heba El-Kholy** – Beraterin des UNV-Exekutivkoordinators und der Stellvertretenden Exekutivkoordinatorin und ehemalige Direktorin des UNDP Governance-Zentrums in Oslo.

**Eva Jespersen** – stellvertretende Direktorin des Büros für den Bericht über menschliche Entwicklung, Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, New York (Vereinigte Staaten).

**Patrick Keuleers** – Direktor und Leiter, Profession, Governance und Friedensförderung, Büro für Grundsatzpolitik- und Programmunterstützung, Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, New York (Vereinigte Staaten).

**Frannie Léautier** – Mitbegründerin und Vorsitzende des Mkoba Private Equity Fund, Tansania.

**Robert Leigh** – Berater, Freiwilligenarbeit und Entwicklung und Autor des Berichts über die Lage der Freiwilligenarbeit in der Welt 2011.

**Siphosami Malunga** – Exekutivdirektor in der Initiative offene Gesellschaft für Südafrika (Open Society Initiative for Southern Africa – OSISA), Südafrika.

**Manoj Rai** – Direktor, Partizipative Forschung in Asien (Participatory Research in Asia – PRIA), Indien.

## Abkürzungen

<b>ANAMURI</b>	Asociación Nacional de Mujeres Rurales e Indígenas (Nationale Vereinigung der Landfrauen und Indigenas)
<b>ATT</b>	Vertrag über den Waffenhandel
<b>BIP</b>	Bruttoinlandsprodukt
<b>CEDAW</b>	Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau
<b>CRPD</b>	Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen
<b>CSO</b>	Zivilgesellschaftliche Organisation
<b>ECOWAS</b>	Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten
<b>EU</b>	Europäische Union
<b>FAO</b>	Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen
<b>HIV/AIDS</b>	Humanes Immundefizienz-Virus/erworbenes Immundefektsyndrom (HIV/Aids)
<b>IANSA</b>	Internationales Aktionsnetzwerk gegen Kleinwaffen
<b>IAO</b>	Internationale Arbeitsorganisation
<b>IKT</b>	Informations- und Kommunikationstechnologien
<b>ITU</b>	Internationale Fernmeldeunion
<b>IWF</b>	Internationaler Währungsfonds
<b>MDGs</b>	Millenniums-Entwicklungsziele
<b>MENA</b>	Naher Osten und Nordafrika
<b>MNU</b>	Multinationales Unternehmen
<b>NAADS</b>	Nationale Landwirtschafts- und Beratungsdienste
<b>NGO</b>	nichtstaatliche Organisation
<b>PRIA</b>	Partizipative Forschung in Asien
<b>OAS</b>	Organisation der amerikanischen Staaten
<b>OECD</b>	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
<b>SWVR</b>	Bericht über die Lage der Freiwilligenarbeit in der Welt
<b>UNAIDS</b>	Gemeinsames Programm der Vereinten Nationen für HIV/Aids
<b>UNDP</b>	Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
<b>UNESCO</b>	Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur
<b>UNHCR</b>	Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen
<b>UN OHCHR</b>	Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte
<b>UNV</b>	Freiwilligenprogramm der Vereinten Nationen
<b>VN</b>	Vereinte Nationen
<b>VSO</b>	Voluntary Services Overseas (Auslands-Freiwilligenprogramm)
<b>WFP</b>	Welternährungsprogramm
<b>WHO</b>	Weltgesundheitsorganisation

# Inhalt

<b>Team des Berichts über die Lage der Freiwilligenarbeit in der Welt</b>	<b>v</b>
<b>Geleitwort</b>	<b>vi</b>
<b>Vorwort - Die Kunst des Möglichen</b>	<b>vii</b>
<b>Danksagungen</b>	<b>viii</b>
<b>SWVR-Expertengruppe</b>	<b>ix</b>
<b>Abkürzungen</b>	<b>x</b>
<b>Zusammenfassung</b>	<b>xiv</b>
<b>Einleitung</b>	<b>xxiii</b>
<b>Kapitel 1: Freiwilligenarbeit und Governance: Grundüberlegungen, Kontext und Analyserahmen</b>	<b>1</b>
Grundüberlegungen: Warum Freiwilligenarbeit und Governance? Warum jetzt?	2
Freiwilligenarbeit bietet eine Möglichkeit für bürgerschaftliches Engagement	3
Kontext - Freiwilligenarbeit und Governance	4
Freiwilligenarbeit für bessere Governance - Regionale Beispiele	8
Afrika	8
Der arabische Raum	9
Asien	10
Lateinamerika	12
Eine übergreifende Herausforderung	13
Wer leistet Freiwilligenarbeit?	14
Der Analyserahmen - Säulen, Ebenen und Räume	17
Säulen	17
Ebenen	18
Räume	18
<b>Kapitel 2: Wirkung der Freiwilligenarbeit auf lokaler Ebene</b>	<b>21</b>
Einflussnahme auf die Entscheidungsfindung durch Partizipation	24
Partizipation in Räumen erwünschten Engagements	24
Hilfe für Frauen in Nepal, sich zu engagieren	25
Frauen aus Uttarakhand engagieren sich in formellen Governance-Strukturen	26
Wasser-Governance im arabischen Raum	28
Partizipation in Räumen eingeforderten Engagements	28
Die Regierungen rechenschaftlicher machen	30
Neue Räume einfordern, um Regierungen rechenschaftspflichtig zu machen	30
Bewusstseinsbildung in Nord-Uganda	30
Bottom-up-Rechenschaftlichkeit in Brasilien	31
Engagement in Räumen erwünschten Engagements	32
Lokalwahlen in Indonesien	32
Herbeiführung institutioneller Reaktionsbereitschaft	33

Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen in Bangladesch	33
Themenanwaltschaft für Reaktionsbereitschaft	33
Vom Außenseiter zum politischen Mitspieler in Chile	34
Basisaktivismus zu Umweltfragen in China	35
Die Themenanwaltschaft von Freiwilligen beeinflusst Governanceakteure: Mexiko und Ecuador	36
Schlussfolgerungen	37
<b>Kapitel 3: Wirkung der Freiwilligenarbeit auf nationaler Ebene</b>	<b>39</b>
Wie sich die Regierungen das Freiwilligenwesen zunutze machen	41
Schaffung rechtlicher und institutioneller Rahmenbedingungen	43
Erlass von Gesetzen zur Förderung des Freiwilligenwesens	43
Schaffung innovativer Wege für die Jugendbeschäftigung in Togo	46
Einwirkung auf Gesetze und Politikbildung und -umsetzung	46
Die Einbeziehung von Bürgern in Brasiliens Gesundheitspolitik	47
Einbeziehung von Bürgerstimmen in die Gesetzesbildung in Indien	47
Verbesserung des Justizzugangs in Niger	48
Verbesserung von Wahlverfahren	49
Wahlbeobachtung	50
Heilung gesellschaftlicher Brüche und Festigung des Friedens	52
Aussöhnung in Sri Lanka	52
Friedenskonsolidierung in Sierra Leone	53
Wenn Menschen die Initiative ergreifen	53
Einflussnahme auf die Gesetzgebung	54
Änderung diskriminierender Staatsbürgerschaftsgesetze im Nahen Osten und Nordafrika	55
Blockierung der Verabschiedung von Gesetzen in Afrika und Lateinamerika	55
Einflussnahme auf Institutionen und Verfahren	57
Überwachung öffentlicher Interventionen zur Prävention von Gewalt gegen Frauen in Bangladesch	58
Technologiegestützte Wahlbeobachtung in Afrika	58
Einflussnahme auf die Interaktionsregeln	59
Recht auf Information	59
Forderungen nach Transparenz der Regierungstätigkeit in Tunesien	60
Die Frauen Liberias fordern Mitsprache bei Friedensverhandlungen	61
Schlussfolgerungen	63
<b>Kapitel 4: Wirkung der Freiwilligenarbeit auf globaler Ebene</b>	<b>65</b>
Die Stimmen der Menschen mobilisieren, damit sie Eingang in globale Politiken und Standards finden	67
Die Kampagne „Erlassjahr 2000“ für einen Schuldenerlass für die Dritte Welt	68
Die Kampagne „Control Arms“ für den ersten globalen Waffenhandelsvertrag	68
Brückenschlag zwischen kleinen ländlichen Erzeugern und Politikgestaltungsprozessen	69
Einwirkung auf den Post-2015-Rahmen für nachhaltige Entwicklung	71
Hervorhebung der Belange des Klimawandels und der wirtschaftlichen Gerechtigkeit	72
Lokalisierung globaler Politiken im Hinblick auf größere Rechenschaftlichkeit im Inneren	74
Lokalisierung des CEDAW	76
Schattenberichte als Werkzeug für Rechenschaftlichkeit	77
Beobachtung der Aktivitäten nationaler und lokaler Akteure in Bezug auf transnationale Belange	78
Lokale Anpassung des IAO-Übereinkommens Nr. 169 über die Rechte indigener Völker	78
Dalit-Frauen in Indien kämpfen gegen Diskriminierung aufgrund der Kasten- und Geschlechtszugehörigkeit	79
Die öffentliche Meinung innerhalb der Grenzen und darüber hinaus mobilisieren	80
Die Rechenschaftlichkeit transnationaler Akteure steigern	80
Internationale Finanzinstitutionen rechenschaftspflichtig machen	81

Kritischer Blick auf die Arbeitsmarktpraktiken und die Fertigungsindustrie in der Dritten Welt	81
Multinationale Akteure rechenschaftspflichtig machen	82
Die Rechenschaftspflicht zivilgesellschaftlicher Organisationen	84
Gemeinsame Strategien	84
In Bündnissen arbeiten	85
Virtuelle Räume für länderübergreifendes Engagement nutzen	85
Der kritische Blick des globalen Umfelds und lokale Auswirkungen	86
Schlussfolgerungen	87
<b>Kapitel 5: Kapazitäten für die neue Entwicklungsagenda</b>	<b>89</b>
Eine neue, transformative Agenda erfordert auch eine Transformation der Denkweisen	90
Schlussfolgerungen	91
Freiwilligenarbeit kann in Bezug auf eine Vielfalt von Akteuren und auf allen Ebenen zu mehr Mitsprache und Partizipation sowie zu größerer Rechenschaftlichkeit und Reaktionsbereitschaft beitragen	91
Im Freiwilligenwesen müssen ausgewogene Rahmenbedingungen bestehen	92
Die Schaffung eines förderlichen Umfelds ist eine unabdingbare Voraussetzung dafür, dass das Freiwilligenwesen voll zur Realisierung einer jeden künftiger Agenda für nachhaltige Entwicklung beitragen kann	92
Zusammenarbeit, Bündnisse und gruppenplurale Partnerschaften sind unerlässlich für den Erfolg der Freiwilligenarbeit	93
Ein vertieftes Verständnis durch Forschung ist entscheidend	95
<b>Anhang – Methodik</b>	<b>96</b>
<b>Anmerkungen</b>	<b>97</b>
<b>Literatur</b>	<b>100</b>
<b>Textrahmen</b>	
Textrahmen 1 UNDP definiert Governance	xxiii
Textrahmen 2 VN-Generalversammlung definiert Freiwilligenwesen	xxiv
Textrahmen 3 Formelle und informelle Freiwilligenarbeit	xxvii
Textrahmen 1.1. Freiwilligenarbeit und sozialer Aktivismus	5
Textrahmen 2.1. Beitrag der Zivilgesellschaft	22
Textrahmen 2.2. Stimmen von Freiwilligen: Eine Abgeordnete des Panchayat	25
Textrahmen 3.1. Stimmen von Freiwilligen: Freiwillige setzen sich für die Rechte von Flüchtlingen und Vertriebenen ein	51
Textrahmen 3.2. Stimmen von Freiwilligen: Das Recht der arabischen Frauen auf Staatsbürgerschaft - eruieren, verstärken und verbreiten, um zu informieren, zu beteiligen und zu mobilisieren	56
Textrahmen 4.1. Stimmen von Freiwilligen: Ein Freiwilliger aus der Kampagne zum Waffenhandelsvertrag	70
Textrahmen 4.2. Stimmen von Freiwilligen: Lombe Tembo, Freiwillige in der Arbeitsgruppe für Rechenschaftlichkeit der Jugendorganisation „Restless Development“	73
Textrahmen 4.3. Stimmen von Freiwilligen: People’s Climate March: Ein postmodernes Phänomen	75
Textrahmen 4.4. Kampf von der Basis gegen ungleiche Machtverhältnisse	81
<b>Sonderbeiträge</b>	
Langfristige wirtschaftliche und soziale Vorteile aus einer Messung der Freiwilligenarbeit von Andrew G. Haldane	15
Die norwegische Erklärung zur Freiwilligenarbeit von FK Norway	42
Die Schaffung von Strukturen zur Unterstützung der Freiwilligenarbeit in Peru von Fernando Bolaños Galdós	45
<b>Abbildung</b>	
Abb. 4.1. Ausdehnung und Zunahme der Internetnutzung nach Region	83

## Zusammenfassung

**Im lokalen bis hin zum nationalen und globalen Kontext eröffnet das Freiwilligenwesen bedeutende Möglichkeiten zum Engagement**

Darüber, dass in der künftigen Entwicklungsa-genda radikale Veränderungen vorgenommen werden müssen, um Menschen besser in den Prozess ihrer eigenen Entwicklung sowie der Entwicklung ihrer Gemeinschaften und ihrer Heimatländer einzubinden, besteht breites Ein-verständnis. Verbesserte Mechanismen für bür-gerschaftliches Engagement sind notwendig, um neue Diskussionen, Verhandlungen und Entscheidungen möglich zu machen. Dieser Be-richt zeigt anhand der durch Fallstudien gewon-nenen Erkenntnisse, dass das Freiwilligenwesen im lokalen bis hin zum nationalen und globalen Kontext bedeutende Möglichkeiten für ein sol-ches Engagement eröffnet. In dem Maße, wie die lokale bis hin zur globalen Ebene durch neue Governanceakteure immer enger miteinander verknüpft werden, ändert sich auch das Frei-willigenwesen entsprechend und passt sich an. Bereits jetzt engagieren sich aktive und global denkende Bürger auf verschiedenen Ebenen auf unterschiedliche Weise, um wichtige traditionel-le ebenso wie sich neu abzeichnende Fragen der Governance anzugehen.

Dieser Bericht arbeitet die wichtigsten Strate-gien, Herausforderungen und Chancen für die Freiwilligenarbeit heraus und konzentriert sich dabei auf drei Säulen der Governance – Mit-sprache/Partizipation, Rechenschaftlichkeit und Reaktionsbereitschaft –, bei denen die Arbeit der Freiwilligen bereits Wirkung gezeigt hat. Anhand konkreter Freiwilligenaktionen und -strategien werden die unterschiedlichen Wege aufgezeigt, auf denen Freiwillige sich in Räumen erwünschten Engagements einbringen, ge-schlossene Räume öffnen oder neue Räume ein-fordern. Räume erwünschten Engagements sind jene Bereiche, in denen Governanceakteure die Mitwirkung der Bürger oder der Begünstigten begrüßen. Geschlossene Räume sind jene Be-reiche, für die Zugangsregeln gelten, denen nur bestimmte Menschen oder Gruppen entspre-chen. Eingeforderte Räume bzw. Räume einge-forderten Engagements sind jene Bereiche, die

diejenigen, die weniger Macht haben oder aus-gegrenzt werden, für sich fordern oder schaffen können – informell über soziale Bewegungen und Gemeindeverbände oder organisch (z. B. wenn Menschen freiwillig zusammenkommen, um zu debattieren, zu diskutieren und/oder Wi-derstand zu leisten). Freiwillige haben das Hand-lungsvermögen und den Willen, einen Beitrag zum positiven Wandel zu leisten, sind aber in ihrem Verhältnis zur Governance mit mancherlei Herausforderungen konfrontiert, insbesondere mit Ungleichheit in Bezug auf Ressourcen und Macht. Die Stimme zu erheben ist zwar bereits eine auf Mitwirkung gerichtete Strategie, doch bedarf es einer größeren Vielzahl von Chancen, von den wichtigsten Governanceakteuren auf allen Ebenen eingeladen zu werden, Teil der Dis-kussion und der Entscheidungsfindung zu sein.

Freiwilligenarbeit umfasst eine breite Palette von Aktivitäten auf der Ebene von Einzelpersonen oder Gemeinschaften wie auch auf nati-onaler und globaler Ebene. Dazu gehören tra-ditionelle Formen der gegenseitigen Hilfe und Selbsthilfe sowie die formelle Erbringung von Dienstleistungen. Ebenso gehört dazu auch die Ermöglichung und Förderung von Partizipation sowie das Engagement mittels Interessenvertre-tung, Kampagnenarbeit und/oder Aktivismus. Die in diesem Bericht verwendete Definition der Freiwilligenarbeit spricht von „*Tätigkeiten ..., die aus freien Stücken zum Wohle der Allgemeinheit durchgeführt werden und deren Hauptmotiv nicht finanzieller Art ist.*“

Freiwilligenarbeit im Sinne dieses Berichts ist ferner so zu verstehen, dass sie sich mit sozialem Aktivismus überschneidet und diesem nahe-kommt; zwar sind anerkanntermaßen nicht alle Aktivisten Freiwillige, doch sind viele Aktivisten Freiwillige und viele Freiwillige Aktivisten. Die Begriffe Freiwilligenarbeit und sozialer Aktivi-smus schließen einander nicht aus. Die Vorstel-lung, dass Freiwillige nur die Erbringung von Dienstleistungen unterstützen oder sich nur an

gemeinnützigen Aktivitäten beteiligen, ist sehr eng und ermöglicht nur eine sehr oberflächliche Differenzierung zwischen Freiwilligenarbeit und Aktivismus.

Der Bericht erkennt an, dass Freiwilligenarbeit hochgradig kontextspezifisch ist und oft nicht unter ausgewogenen Rahmenbedingungen stattfindet. Frauen und marginalisierte Gruppen sind häufig von dieser Unausgewogenheit betroffen; nicht alle Freiwilligen können in einem jeweiligen Kontext gleich oder unter den gleichen Voraussetzungen mitwirken. Freiwilligenarbeit ist schwieriger in Bereichen, in denen Menschen ausgegrenzt werden, ihr Mitspracherecht beschränkt und ihre Eigenständigkeit untergraben wird und es mit Risiken verbunden ist, auf Probleme hinzuweisen. In einem förderlichen Umfeld, das die Rechte aller respektiert, kann das Freiwilligenwesen besser zu positiver Entwicklung und zum Frieden beitragen. Der Bericht zeigt, dass die Schaffung eines förderlicheren Umfeldes, das ein positives bürgerschaftliches Engagement bei der nachhaltigen Entwicklung zulässt, erfolgskritisch ist.

Die Fallstudien in diesem Bericht zeigen, dass Menschen, wenn sie aus Räumen der Entscheidungsfindung ausgeschlossen und nicht gehört werden, andere Wege finden, Zugang zu den formelleren Räumen der Entscheidungsfindung zu verlangen. Sie können die formellen und informellen Governance-Institutionen herausfordern und von den Trägern der Macht, gleichviel, ob es sich dabei um Regierungen, Unternehmen oder multilaterale Organisationen handelt, vermehrte Rechenschaftlichkeit und Reaktionsbereitschaft verlangen.

Die Studien belegen auch, dass freiwillige Mitarbeit überwiegend in den Räumen erwünschten Engagements erfolgt, wenn Regierungen die Initiative ergreifen und sich das Freiwilligenwesen für Frieden und Entwicklung zunutze machen. Handeln die Menschen jedoch in Eigeninitiative, verlagert sich der Hauptanteil dieses Engagement oft – zumindest anfänglich – auf eingeforderte Räume. Im weiteren Verlauf gehen möglicherweise einige der Aktionen auf Räume

erwünschten Engagements über. In beiden Fällen versuchen Freiwillige jedoch mit ihren Aktivitäten in Räumen eingeforderten und erwünschten Engagements, die Entscheidungsprozesse in geschlossenen Räumen zu beeinflussen.

Der Bericht fordert eine viel stärkere Einbindung von Freiwilligen und der Freiwilligenarbeit in allen ihren Formen – der formellen (u.a. der internationalen Freiwilligenarbeit) und der informellen – und auf allen Ebenen, von der lokalen bis zur globalen Ebene. Diese Einbindung setzt voraus, dass die Bedürfnisse und Rechte von Freiwilligen verstanden und Wege gefunden werden, freiwillige Arbeit zu finanzieren, zu unterstützen und aktiv zu integrieren, um die Governance zu verbessern.

Es gibt wenig Literatur zu dem Thema Freiwilligenarbeit und Governance. Dieser Bericht ist ein erster Schritt, Belege für den Beitrag des Freiwilligenwesens zur Governance zusammenzutragen, insbesondere im Kontext der Entwicklungsländer. Er bildet den Anfang eines neuen Gesprächs über die Rolle des Freiwilligenwesens im Kontext der Governance, das es fortzusetzen gilt.

## SCHLÜSSELBOTSCHAFTEN

Als wichtige Erwägungen für Entwicklungsprozesse und für die Stärkung der Verfahrensweisen, Politiken und Strategien der Governance hebt dieser Bericht die folgenden Kernbotschaften hervor:

*Freiwilligenarbeit auf lokaler Ebene bildet menschliche Kapazität*

Freiwilligenarbeit auf lokaler Ebene befähigt die Menschen (einschließlich marginalisierter Menschen), zusammen mit der Kommunalverwaltung und nationalen oder internationalen zivilgesellschaftlichen Organisationen daran zu arbeiten, den Governance-Prozess partizipativer und inklusiver zu gestalten. Für marginalisierte Gruppen, insbesondere für Frauen, können neue und zusätzliche Möglichkeiten für stärkere Mitsprache und Partizipation dazu beitragen,

---

**Die Schaffung eines förderlicheren Umfelds, das ein positives bürgerschaftliches Engagement bei der nachhaltigen Entwicklung zulässt, ist erfolgskritisch**

---

dass ihre Bedürfnisse berücksichtigt und für ihre besonderen Bedürfnisse Ressourcen bereitgestellt werden.

*Nationale Regierungen, die mehr Raum für Freiwilligenarbeit schaffen, fördern die soziale Inklusion*

Die nationalen Regierungen werden feststellen, dass die Schaffung von mehr Raum für Freiwilligenarbeit zu größerer sozialer Inklusion, besseren Ergebnissen im Sozial- und Entwicklungsbereich und einer reibungsloseren Erbringung von Dienstleistungen führt. Die Resultate der Einbindung von Freiwilligen und der Freiwilligenarbeit fallen dort am besten aus, wo förderliche Voraussetzungen wie Rede- und Versammlungsfreiheit und eine Atmosphäre des lebhaften politischen Austauschs bereits bestehen. Dank der Informations- und Kommunikationstechnologien (u.a. Blogs, Monitoring-Plattformen und sozialen Medien) können Freiwillige das Angebot der Massenmedien durch Echtzeitinformationen von der Basis ergänzen und neue Ansatzpunkte für Mitsprache und Dialog finden.

*Globale Freiwilligennetzwerke fördern Mitsprache, Partizipation, Rechenschaftlichkeit und Reaktionsbereitschaft*

Globale Freiwilligennetzwerke fördern mit unterschiedlichen Strategien Mitsprache und Partizipation, Rechenschaftlichkeit und Reaktionsbereitschaft wirksam dadurch, dass sie lokale, nationale und globale Räume miteinander verbinden. Der technische Fortschritt ist eine wesentliche Voraussetzung für diese Prozesse. Er verbessert die Geschwindigkeit und Reichweite, mit der Freiwillige sich engagieren, Bündnisse schließen, Wissen austauschen und auf allen Ebenen an Governanceakteure herantreten können. Es gilt allerdings, Ungleichheiten beim Zugang zu beheben, damit auch die am stärksten Ausgegrenzten an den Debatten teilhaben können.

*Das Freiwilligenwesen wird im Hinblick auf die Ressourcenmobilisierung für die Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung von hohem Wert sein.*

Das Freiwilligenwesen wird ein starkes Instrument sein, wenn es darum geht, allen Interessenträgern Gehör zu verschaffen und alle verfügbaren Ressourcen zur Umsetzung und Überwachung der neuen Post-2015-Entwicklungsagenda zu mobilisieren. Mehr Partizipation muss mit größerer Reaktionsbereitschaft seitens der Governanceakteure, einschließlich der zivilgesellschaftlichen Organisationen, des Privatsektors und anderer, in der Governance und bei der Erbringung von Dienstleistungen zunehmend wichtiger Akteure einhergehen. Die Eröffnung von Chancen und Räumen, damit das Freiwilligenwesen dieses Potenzial ausschöpfen kann, erfordert eine Vielfalt von Strategien, Partnerschaften und Bündnissen, die verschiedene Governance-Ebenen übergreifen.

#### WIRKUNG AUF LOKALER EBENE

Viele Millionen Freiwillige weltweit tragen auf lokaler Ebene zur Governance bei. Wenn die Regierungen auf lokaler Ebene Mechanismen schaffen, die die Mitwirkung an Entscheidungsprozessen fördern, beteiligen sich Freiwillige zunehmend an der Politikgestaltung und der Entscheidungsfindung zu Fragen, die ihr Leben unmittelbar berühren. Konkrete Beispiele für erweiterte Governance-Räume sind die Ausschüsse für Dorfentwicklung in Nepal und das Management der Mittel für Dorfplanung und Gemeinwesenentwicklung in Kenia und Uganda. Diese Dialogmechanismen geben den Regierungen (und anderen an der Governance beteiligten Organen) eine praktische Möglichkeit an die Hand, zu den Bürgern in Beziehung zu treten und unmittelbar mit ihnen zu interagieren. Mitunter bieten diese Räume Freiwilligen die Gelegenheit, die Politik und Praxis der Erbringung von Dienstleistungen mitzugestalten und die Umsetzung zu überwachen.

Freiwillige sind auch außerhalb der formellen lokalen Governance-Strukturen tätig, um dafür zu sorgen, dass ihre Stimmen Gehör finden und dass die Regierungen auf ihre Bedürfnisse eingehen. Wenn sich Freiwillige informell treffen, um sich mit ihren Bedürfnissen ausei-

nanderzusetzen und ihre Stimmen zu erheben, können sie soziale Normen und Werte beeinflussen und mitgestalten. Sie können die Diskussionsparameter erweitern, indem sie neue Ideen auf die politischen Tagesordnungen setzen und den Status quo infrage stellen. Auch wenn dies unter Umständen kurzfristig keinen Einfluss auf Entscheidungsträger oder politische Ergebnisse hat, kann es doch zu einem Umdenken und langfristig zu gesellschaftlichem Wandel führen. Dabei kann eine Vielfalt von Meinungen zum Ausdruck gelangen, was in einigen Kontexten bewirken kann, dass die Regierungen verstärkt auf ein größeres Bedürfnisspektrum eingehen.

Auf lokaler Ebene praktizierte Freiwilligenarbeit ermöglicht es den Menschen, neue Fertigkeiten zu erlernen und ihre Rechte besser zu verstehen. Der Einzelne kann die Fähigkeit entwickeln, sich über den eigenen Haushalt oder das Dorf hinaus einzubringen und mitzuwirken, die Zusagen und das Ausgabenverhalten der Regierung zu überwachen und nachzuvollziehen und Gruppen zu bilden, um seinen Einflussbereich über die lokale Ebene hinaus auf die nationale und sogar auf die globale Ebene auszudehnen. Für viele Frauen kann dies ein Ansatz zur Stärkung ihrer Selbstbestimmungsfähigkeit sein, und für viele, die vorher ausgegrenzt waren, ist damit der Aufbau ihrer Kapazität zur Partnerschaft mit Einrichtungen der Kommunalverwaltung oder nationalen oder internationalen zivilgesellschaftlichen Organisationen verbunden.

Freiwilligenarbeit auf Gemeinschaftsebene wendet eine Reihe von Strategien an, um ein größeres Mitspracherecht und bessere Partizipation zu erlangen und dadurch Entscheidungen, die die Gemeinschaften der Freiwilligen berühren, beeinflussen zu können. Einige lokal agierende Freiwillige arbeiten allein, andere im Verbund mit externen Akteuren, beispielsweise nationalen oder internationalen zivilgesellschaftlichen Organisationen, wieder andere bilden Netzwerke oder treten als Partner von Einrichtungen der Kommunalverwaltung auf, um Governance-Prozesse partizipativer und inklusiver zu gestalten.

Das Freiwilligenwesen auf lokaler Ebene ist von Herausforderungen nicht frei. Es besteht besonders auf dieser Ebene die Gefahr, dass Regierungen die Arbeitslast auf die Freiwilligen abwälzen. Darüber hinaus könnte die fortbestehende Vorherrschaft von Elitegruppen die Ungleichheiten beim Zugang zu Entscheidungsprozessen in partizipativen Räumen eher fortschreiben als verringern. Einigen eher symbolischen partizipativen Foren mangelt es möglicherweise an wirklicher Macht. Einige Freiwillige sehen sich seitens derjenigen, die ihre Ansichten nicht teilen, sogar Vergeltungsmaßnahmen ausgesetzt.

Trotz aller dieser Herausforderungen lässt sich belegen, dass Freiwilligenarbeit auf lokaler Ebene das Potenzial dazu hat, Dienstleistungen zu erweitern und zu verbessern, Fähigkeiten aufzubauen, den am meisten Ausgegrenzten mehr Mitsprache zu verschaffen, lokales Wissen zu integrieren, Kontrollmechanismen einzuführen und Meinungsvielfalt zu fördern. Das alles kann, je nach dem weiteren Kontext, zu mehr Mitsprache und Partizipation und rechenschaftlicherer und reaktionsbereiterer Governance führen.

#### WIRKUNG AUF NATIONALER EBENE

Auf staatlicher Ebene bewirkt das Freiwilligenwesen in Bezug auf zentrale Governance-Fragen offenkundig größere soziale Inklusion, bessere Ergebnisse im Sozial- und Entwicklungsbereich und eine Förderung des Friedens. Hierbei lässt sich zwischen zwei Vorgehensweisen unterscheiden: eine, bei der die Regierungen die Initiative ergreifen und Freiwillige einbinden, und die andere, bei der die Menschen selbst initiativ werden. Häufig laden Regierungen Freiwillige dazu ein, mit ihnen bei Themen wie Verbesserung der Transparenz, Kontrolle der Erbringung von Dienstleistungen, Gründung von Freiwilligenorganisationen sowie bei der engen Zusammenarbeit mit formellen (nationalen und internationalen) Freiwilligen zu kooperieren. Wie bereits gesagt, fallen die Ergebnisse der Einbindung von Freiwilligen rund um verschiedene Fragen der Governance dort am besten aus, wo förderliche Voraussetzungen wie Rede- und Versammlungs-

**Freiwillige können soziale Normen und Wertvorstellungen beeinflussen und mitgestalten**

**Eine großflächige Mobilisierung ist für den Erfolg vieler von unten nach oben verlaufender Freiwilligeninitiativen ausschlaggebend**

freiheit und eine Atmosphäre des lebhaften politischen Austausches bestehen. Freiwillige leiten auch Aktionen ein und engagieren sich auf unterschiedliche Art und Weise, um sich Gehör zu verschaffen, für Rechenschaftsmechanismen einzutreten und Reaktionsbereitschaft einzufordern – alles Dinge, die für die Verbesserung der Governance unerlässlich sind.

Dort, wo Regierungen Strukturen für die stärkere Einbindung von Freiwilligen eingeführt haben, konnten sie sich die Kraft des Freiwilligenwesens systematisch zunutze machen. Außerdem wurde Raum für die Freiwilligen geschaffen, in Bereichen initiativ zu werden, die für nationale Entwicklungspläne wichtig sind. In Honduras, Mosambik und Peru beispielsweise wurde eine hohe Beteiligung von Interessenträgern beim Gesetzgebungsverfahren von den Regierungen gefördert. Andere Regierungen, z. B. in Ghana und Kenia, haben in ähnlicher Weise formelle, rechtlich und finanziell untermauerte Freiwilligenstrukturen geschaffen, um junge Freiwillige zu ermutigen, ihre Zeit zur Verfügung zu stellen, um Gesundheit und Bildung in ländlichen Gebieten zu verbessern, dabei erwerbstätig zu sein und Zweck und Wert des bürgerschaftlichen Engagements verstehen zu lernen.

Einige Regierungen haben ihre Bürger systematischer und langfristig einbezogen, um ihre Meinungen in politische Konzepte einfließen zu lassen und diese umzusetzen. In Brasilien haben die engen Verbindungen zwischen Staat und Zivilgesellschaft die Entwicklung einer neuen Gesundheitspolitik ermöglicht, durch die Ungleichheiten bei der öffentlichen Gesundheitsversorgung abgebaut werden konnten.

Eine großflächige Mobilisierung ist für den Erfolg vieler von unten nach oben verlaufender Freiwilligeninitiativen ausschlaggebend. Dazu arbeiten die Freiwilligen häufig im Rahmen von Bündnissen. Zivilgesellschaftliche Organisationen und Fürsprecher innerhalb der Regierung und der Gesetzgebung etwa können wichtige Verbündete sein. Dass Naripokkho in Bangladesch so erfolgreich für weibliche Gewaltopfer eintreten und die Gesetzgebung über Gewalt gegen Frau-

en beeinflussen konnte, ist maßgeblich auf die Zusammenarbeit mit der Regierung sowie auf das Bündnis mit der Basisorganisation Doorbar zurückzuführen. Wo die Gruppe der Interessenträger klein war, haben länderübergreifende Bündnisse und die Einschaltung von Ansprechpartnern manchmal die erforderliche Unterstützung hervorgebracht. Dies zeigt sich etwa am Staatsbürgerschaftsrecht in der arabischen Region, wo es in einigen Ländern ausschlaggebend für den Erfolg war, bei Regierungen, Parlamenten und zivilgesellschaftlichen Organisationen anderer betroffener Länder wichtige Verbündete zu finden.

Viele Freiwilligeninitiativen greifen auf die Medien zurück, um Bewusstsein zu wecken, politische Entscheidungsträger zu sensibilisieren und die öffentliche Meinung zu mobilisieren. Naripokkho machte mithilfe von Medienkampagnen auf häusliche Gewalt aufmerksam. Eine neue Generation technisch versierter Freiwilliger entwickelt Tools zur Bereitstellung von Echtzeitinformationen von der Basis. Damit ergänzen sie die Massenmedien, indem sie auf ihren eigenen Websites und in Blogs Nachrichten und Perspektiven anbieten und so die Abhängigkeit der Menschen von den traditionellen Medien verringern und in einigen Fällen traditionelle Nachrichtenseiten im Hinblick auf Relevanz in Zugzwang bringen.

Auf nationaler Ebene ist eine reaktionsbereite Regierung ein entscheidender Faktor für den Erfolg von Initiativen, die auf Freiwilligenarbeit beruhen. Mitunter erzeugen die Bewegungen selbst den politischen Druck, der erforderlich ist, um bei ihrer Regierung größere Reaktionsbereitschaft herbeizuführen; ein anderes Mal werden Freiwilligeninitiativen erst durch eine aufnahmebereite Regierung ermöglicht oder erleichtert. Daher haben die meisten erfolgreichen von unten nach oben verlaufenden Freiwilligeninitiativen versucht, in bestimmten Bereichen selbst dann mit den Regierungen zusammenzuarbeiten, wenn sie in anderen Bereichen gegen sie angehen oder sie infrage stellen.

Seitens der Regierung, der herrschenden Gruppe oder der Eliten ist eine gewisse Reaktions-

bereitschaft wichtig, damit ein Umfeld für breite Partizipation und Spielraum für die Anhörung vielfältiger Stimmen, namentlich die Stimmen der am stärksten Betroffenen, entstehen kann und es ermöglicht, dass diese Gehör finden, zu dauerhaftem Friedens beigetragen wird und gesellschaftliche Verwerfungen geheilt werden. Können Mitsprache und Partizipation in Zeiten der Stabilität und des Friedens zu Reaktionsbereitschaft führen, so ist es in Konfliktzeiten oder unmittelbar nach einem Konflikt mitunter erforderlich, dass Reaktionsbereitschaft Mitsprache und Partizipation vorausgehen. In Sri Lanka waren formelle und informelle Freiwillige maßgeblich daran beteiligt, die Bürger stärker in den Heilungsprozess einzubinden, nachdem eine eher reaktionsbereite Regierung den ersten Versöhnungsschritt unternommen hatte. Nach dem Ende des Bürgerkrieges zwischen Regierungstruppen und den Befreiungstigern von Tamil Eelam 2009 nahm die Regierung Sri Lankas 2011 den Bericht und die Empfehlungen der Kommission für Vergangenheitsbewältigung und Aussöhnung an, in dem eine Reihe von Prioritäten im Vordergrund standen, unter anderem die Festlegung einer klaren Rolle für Partnerschaften zwischen der Zivilgesellschaft und der örtlichen Verwaltung. Freiwillige brachten den Bericht sodann in die Gemeinwesen, betrieben dort Bewusstseinsbildung und förderten die Verständigung und brachten die Gemeinwesen in den Prozess der Friedensschaffung mit ein.

### WIRKUNG AUF GLOBALER EBENE

Das Schwergewicht des Berichts liegt bei derjenigen Freiwilligenarbeit, die sich mit den Säulen der Governance im Kontext der vielgestaltigen Querschnittsmenge globaler Governanceakteure auseinandersetzt, die auf alle – lokale, nationale und globale – Dimensionen der Gesellschaft Einfluss ausüben. Globales Engagement durch Freiwilligenarbeit trifft sehr häufig auf geschlossene Räume, weil die Governanceakteure, darunter mitunter auch Regierungen, dazu neigen, ihre Beziehungen zu anderen Interessenträgern wie Gebern, Mitgliedstaaten, Aktionären und In-

vestoren über die Bedürfnisse von Bürgern und Gemeinschaften zu stellen.

Transnational verbundene Freiwilligenkampagnen konnten gelegentlich lokale, nationale und globale Räume einfordern, um die Rechenschaftlichkeit zu erhöhen. Strategien, die sich darauf richteten, die Mitsprache und Partizipation nationaler Freiwilliger an globalen Politikkonzepten und Übereinkünften festzumachen, haben Fragen der Rechenschaftspflicht aufgeworfen, zu denen in manchen Fällen positive Reaktionen erfolgten. Doch müssen in der lokalen Freiwilligenarbeit verwurzelte zivilgesellschaftliche Organisationen dem globalisierungsbedingten Druck widerstehen, einen zu großen Teil ihrer Aufmerksamkeit Trägern der Macht zuzuwenden, da ihre Verbindungen zu ihren lokalen Zielgruppen und ihre Legitimität bei lokalen Governanceakteuren dadurch geschwächt werden kann.

Der Aufbau von Bündnissen innerhalb und zwischen Sektoren und Ebenen kann zu größerer Rechenschaftlichkeit und Reaktionsbereitschaft bei globalen Akteuren beitragen. Freiwillige aus Wirtschaft, Politik oder Zivilgesellschaft schließen Bündnisse, tauschen Fachwissen aus und befähigen die Bürger, auf allen Ebenen effektiver mit einer Vielzahl von Governanceakteuren ins Gespräch zu kommen. Keine einzelne Gruppe oder Organisation kann eine Mobilisierung in der Größenordnung bewirken, die notwendig ist, um die Politik auf transnationaler Ebene oder den Stand des Diskurses auf globaler Ebene zu verändern. Der Aufbau komplexer Bündnisse war maßgeblich für den Erfolg von Initiativen wie das „Erlassjahr 2000“ oder die Kampagne für Rüstungskontrolle, für die die Vielfalt der Beteiligten in den Ländern sowie bei Akteuren und Interessengruppen ausschlaggebend war. Die Landwirte und landwirtschaftlichen Erzeuger Westafrikas haben die Regionalpolitik dank der Kraft ihres Netzwerks – bestehend aus Organisationen, nicht Einzelpersonen – beeinflussen können. Für die Konsultationen zu der Post-2015-Agenda waren die Vereinten Nationen bestrebt, Partnerschaften mit der Zivilgesellschaft und Organisationen mit Freiwilligenbeteiligung einzugehen, um ih-

---

**Auf nationaler Ebene ist eine reaktionsbereite Regierung ein entscheidender Faktor für den Erfolg von Initiativen, die auf Freiwilligenarbeit beruhen**

---

ren Zugang zur Basis zu erweitern. Die „Occupy Wall Street“-Bewegung und der „People’s Climate March“ stützten sich auf zahlreiche Bündnisse, um an Dynamik und Reichweite zu gewinnen und so eine weltweite Debatte anzustoßen und sich auf der ganzen Welt Gehör zu verschaffen. Wenngleich weder Occupy Wall Street noch der Klimamarsch zu konkreten politischen Änderungen führte, birgt doch der Umstand, dass Einzelpersonen und Gruppen in verschiedenen Ländern direkt interagieren können, um außerhalb der traditionellen zwischenstaatlichen Foren einen Dialog zu Fragen von gemeinsamem Belang anzustoßen und aufrechtzuerhalten, enormes Potenzial, die Art und Weise zu verändern, in der Staaten und Menschen in globalen Foren miteinander interagieren. Dieses Phänomen ist neu.

Technologie ist ein starkes Werkzeug für bürgerschaftliches Engagement, das weltweit auf eine Weise entwickelt werden muss, die die Realisierung ihres Inklusionspotenzials gestattet. Sie erhöht die Geschwindigkeit, Breite und Vielfalt der Wege, auf denen sich Freiwillige online oder an Ort und Stelle einbringen können, um lokale, nationale und globale Probleme anzugehen. Die digitale Kluft, von der Frauen in aller Welt sowie ländliche, marginalisierte und arme Bevölkerungsgruppen im Hinblick auf den Zugang zu digitalen Medien betroffen sind, muss überwunden werden. Der Zugang zum Internet ist in vielen Ländern noch immer begrenzt, und es gibt weniger Frauen mit Internetzugang als Männer. Im Jahr 2013 hatten nur 17% der Bevölkerung des subsaharischen Afrika Zugang zum Internet; in Nordamerika waren es 84%. Weltweit haben nur 38% der Menschen Internetzugang, obwohl die Internetverbreitung in den Entwicklungsländern zwischen 2000 und 2013 rasant zugenommen hat: um mehr als 4.662% im subsaharischen Afrika, 4.210% im arabischen Raum und über 3.404% in Südasien. Darüber hinaus findet der Großteil der Online-Konversationen weltweit auf Englisch statt, auch wenn Websites wie change.org es Menschen ermöglichen, sich in verschiedenen Sprachen einzubringen. Dadurch wird eingeschränkt, wer sich beteiligen und sich Gehör verschaffen kann.

Freiwillige, die unter Einsatz unterschiedlicher Strategien wechselnd bei der lokalen Basis, in nationalen politischen Entscheidungsforen und in globalen Foren tätig werden können, fördern effektiv die Mitsprache vielfältiger Stimmen und erhöhte Partizipation an globalen Debatten; sie treten nachdrücklich für Rechenschaftlichkeit und Reaktionsbereitschaft bei vielfältigen Governanceakteuren ein.

## SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Erkenntnisse aus der Freiwilligenarbeit auf unterschiedlichen Ebenen, in verschiedenen Räumen und unter Anwendung diverser Strategien in sehr vielfältigen globalen Kontexten gestatten es, fünf wichtige Politikstränge herauszukristallisieren.

### **Freiwilligenarbeit kann in Bezug auf eine Vielfalt von Akteuren und auf allen Ebenen zu mehr Mitsprache und Partizipation sowie zu größerer Rechenschaftlichkeit und Reaktionsbereitschaft beitragen**

Wenngleich sie nicht die einzige Lösung darstellt, kann Freiwilligenarbeit zur Umsetzung eines wahrhaft auf die Menschen ausgerichteten Entwicklungsmodells beitragen. Sie bildet ein echtes Portal für die Einbeziehung einer höheren Anzahl von Stimmen, die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen und die Ergänzung staatlicher Bemühungen um mehr Partizipation, um verstärkte Rechenschaftlichkeit und um die Förderung institutioneller Reaktionsbereitschaft auf allen Ebenen im Interesse dauerhaften Friedens und nachhaltiger Entwicklung. Dies geschieht auf vielfältige Weise, insbesondere durch die Mobilisierung und Einbindung von lokalen Freiwilligen in Gemeinschaften, die langfristig über Gremien, Ausschüsse und andere Governance-Mechanismen an die Governance-Probleme herangehen, die ihr tägliches Leben prägen. Freiwillige sind wichtige Durchführende zahlreicher Programme vor Ort, obwohl sie selten eigens erwähnt oder in den Analysen genannt werden, die den Erfolg oder Misserfolg messen und feststellen, wessen Beitrag ausschlaggebend war. Partizipative Governance wird daher

ein Umdenken in Bezug auf die Anerkennung von Freiwilligen und die Eröffnung von mehr Raum für weitere Freiwillige erfordern. Sie wird auch erfordern, dass andere Governanceakteure diesen Freiwilligen, von denen gegebenenfalls Mithilfe bei der Leistungserbringung erwartet wird, die aber an der Gestaltung und Planung der anfallenden Arbeit oder deren Bewertung nur selten beteiligt werden, Gehör schenken.

### **Im Freiwilligenwesen müssen ausgewogene Rahmenbedingungen bestehen**

Freiwillige sind natürlich eine in Bezug auf Standort, Strukturen der Freiwilligenarbeit, Alter, Bildung, Geschlecht und Fähigkeiten sehr heterogene Gruppe. Wie der Bericht zeigt, verfügt das Freiwilligenwesen selbst nicht immer über ausgewogene Rahmenbedingungen und weist eine eigene Machtdynamik und eigene Hierarchien auf. Die Räume des Freiwilligenwesens sind geschlechtshierarchisch, und verschiedene Freiwilligengruppen haben unterschiedlichen Zugang zu finanziellen Mitteln und Förderungen oder zu den Trägern der Macht. Freiwillige sind mit unterschiedlichen Hindernissen konfrontiert, haben unterschiedliche Chancen und unterschiedlichen Zugang zu wichtigen Räumen.

Während beispielsweise Frauen in vielen Gemeinschaften und Gesellschaften als Freiwillige, bei Pflegeaufgaben und in unterstützenden Funktionen sowie mit ihrem Engagement und ihrer Mitsprache in Räumen erwünschten und eingeforderten Engagements in der Mehrzahl sind, bleiben sie dabei zumeist ohne große finanzielle Unterstützung und ohne großen Rückhalt. Vielmehr fördern sie mit ihrer Arbeit häufig Prozesse, die die Regierungen nicht finanzieren können. Und in den zur Steigerung der Partizipation von Frauen geschaffenen Räumen erwünschten Engagements müssen sie häufig feststellen, dass sie kein Gehör finden. Armen Frauen fällt es oft schwer, Zugang zu formellen Strukturen der Freiwilligenarbeit zu finden, z. B. wegen eingeschränkter Mobilität, Analphabetismus, mangelnder Erfahrungen in öffentlichen Räumen oder mangelnden Geldes für Transport. Auch beim Zugang zu neuen Kommunikati-

onstechnologien, die für globales Engagement unerlässlich sind, besteht eine echte Geschlechterkluft. Die Ärmsten der Welt, insbesondere Frauen, sind häufig vom Zugang zu formellen Formen der Freiwilligenarbeit auf nationaler und globaler Ebene ausgeschlossen, d. h. ihre Stimmen finden in nationalen oder globalen Foren noch immer kein Gehör.

### **Die Schaffung eines förderlichen Umfelds ist eine unabdingbare Voraussetzung dafür, dass das Freiwilligenwesen voll zur Realisierung einer jeden künftigen Agenda für nachhaltige Entwicklung beitragen kann**

Damit das Freiwilligenwesen einen möglichst großen Beitrag zum Gemeinwohl leisten kann, braucht es ein förderliches Umfeld. Der allgemeine soziale, rechtliche und politische Rahmen ist in Bezug darauf, was Freiwillige zur Verbesserung der Governance leisten oder nicht leisten können, von großer Bedeutung. Die politische Absprache zwischen Staat und Bürgern, die bestehende Verfassung, der rechtliche Rahmen, das soziale Gefüge in verschiedenen Ländern, die Interaktion zwischen lokaler, nationaler und globaler Governance, die Vielfalt der Governanceakteure auf einer jeweiligen Ebene – alle diese Elemente haben einen Einfluss darauf, wer Zugang zu den verschiedenen Räumen erhält und wer nicht, wessen Stimmen Gehör finden und wer die Entscheidungsfindung beeinflusst.

Dort, wo Regierungen ein förderliches Umfeld für bürgerschaftliches Engagement – insbesondere für die Partizipation von Freiwilligen – geschaffen haben oder aufgeschlossen auf von Freiwilligen angeführte Gemeinschaftsinitiativen eingegangen sind, waren mehr Menschen an Entscheidungsprozessen beteiligt. Das Freiwilligenwesen trägt dann am effektivsten zu größerem bürgerschaftlichen Engagement bei, wenn der umfassendere rechtliche und institutionelle Rahmen förderlich ist. Dazu gehören die Rede- und Versammlungsfreiheit und das Vorhandensein hinlänglich inklusiver Räume für ein Engagement.

---

**Freiwilligenarbeit kann zur Umsetzung eines wahrhaft auf die Menschen ausgerichteten Entwicklungsmodells beitragen**

---

**Im Datenbereich bestehen nach wie vor reale Herausforderungen, die es auszuräumen gilt, wenn das Potenzial der Freiwilligenarbeit als Ressource voll ausgeschöpft werden soll**

### **Zusammenarbeit, Bündnisse und gruppenplurale Partnerschaften sind unerlässlich für den Erfolg der Freiwilligenarbeit**

Zusammenarbeit zwischen Regierungen und der Zivilgesellschaft hat zur erfolgreichen Annahme von Gesetzen und Strukturen geführt. Die Förderung engerer gegenseitiger Beziehungen zwischen Regierungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen kann Wege schaffen, die Kapazität der Regierungen zur Umsetzung politischer Entscheidungen mithilfe des Engagements von Freiwilligen zu erhöhen.

Ihrerseits hat sich auch die Zivilgesellschaft um Bündnisse mit der Regierung, dem Privatsektor und anderen Akteuren bemüht und hat Freiwillige für die gemeinsame Sache eingebunden. In dem Maße, wie die Gemeinschaften, insbesondere durch kollektive Aktionen auf lokaler Ebene in informell eingeforderten Räumen, die sich wandelnden Interaktionsregeln besser verstehen und kennen lernen, erkennen sie den Wert des Aufbaus von Bündnissen und Partnerschaften als Strategie für das Herangehen an die governancebezogenen Entwicklungsfragen, die lokale, nationale und globale Grenzen überschreiten. In dem Maße, wie Freiwillige ihre Zeit, ihr Wissen und ihr Know-how zur Auseinandersetzung mit globalen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen zum Tragen bringen, können sie die Bemühungen der Regierung und breiteren Zivilgesellschaft ergänzen, anfechten und infrage stellen. Auf globaler Ebene arbeiten Freiwilligengruppen mit gemeinsamen Zielsetzungen grenzübergreifend zusammen, bringen ihre Meinung zum Ausdruck und nehmen an globalen Begegnungen teil. Es gibt viele Gelegenheiten dazu, unterstützende globale Vereinbarungen, Politiken, Konventionen und Standards für die Freiwilligenarbeit zu fördern. Diese wiederum können die Legitimität sowie die Wissens- und Ressourcenbasis lokaler und nationaler Bemühungen erhöhen.

### **Ein vertieftes Verständnis durch Forschung ist entscheidend**

Dieser Bericht leitet ein Gespräch darüber ein, was Freiwillige beitragen, um partizipative,

rechenschaftliche und reaktionsbereite Governance-Prozesse auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen Räumen zu unterstützen. Allerdings bestehen im Datenbereich nach wie vor reale Herausforderungen, die es auszuräumen gilt, wenn das Potenzial der Freiwilligenarbeit als Ressource in den kommenden Jahren voll ausgeschöpft werden soll. Eine Herausforderung besteht in der Abgrenzung und Beschreibung der immensen Bandbreite und Vielfalt der Freiwilligenarbeit weltweit. Eine zweite ist es, Größe, Umfang und Reichweite der verschiedenen Arten der Freiwilligenarbeit quantitativ zu erfassen. Als drittes ist die Erfassung der Nuancen, Unterschiede und komplexen Beiträge durch eher qualitative, in unterschiedlichen Kontexten angesiedelte Fallstudien zu nennen. In allen drei Fällen wären weitere Forschungsarbeiten von Nutzen. Darüber hinaus ist es notwendig, sich ernsthaft für eine bessere Datenerfassung einzusetzen, darunter qualitative, kulturell verankerte Daten darüber, wie Freiwilligenarbeit in verschiedenen Ländern definiert und praktiziert wird.

Es ist wichtig, den Beitrag von Freiwilligen zur Entwicklung zu messen. Ebenso wichtig ist es, Freiwillige in den Stand zu versetzen, die Entwicklung auf lokaler, nationaler und globaler Ebene zu beobachten und darüber zu berichten. Hier bieten neben der Bereitschaft und Entschlossenheit von Menschen, sich in der Entwicklung zu engagieren, Governanceakteure rechenschaftspflichtig zu machen und für Reaktionsbereitschaft zu sorgen, auch Technologien eine Möglichkeit, Bürger als freiwillige Beobachter und Berichterstatter über die Fortschritte einzusetzen, die in Bezug auf eine jeweilige Entwicklungsagenda erzielt worden sind. Millionen von Menschen haben an der „MY World“-Umfrage teilgenommen, und Freiwillige haben die Einbeziehung ihrer Gemeinschaften gefördert, um eine möglichst weitreichende Mitsprache zu gewährleisten. In dem Maße, wie immer mehr Menschen Zugang zum Internet und zu Mobiltelefonen haben, sollte die Chance genutzt werden, sicherzustellen, dass Governance auf allen Ebenen partizipativ, rechenschaftlich und reaktionsbereit ist.

## Einleitung

Der vorliegende Bericht über die Lage der Freiwilligenarbeit in der Welt 2015, Governance im Wandel, baut auf der umfassenden Analyse des Freiwilligenwesens in dem Erstbericht von 2011 auf. Der Bericht konzentriert sich auf das Freiwilligenwesen als Katalysator für bürgerschaftliches Engagement zur Verbesserung der lokalen, nationalen und globalen Governance (Textrahmen 1). Er untersucht die Aktionen von Freiwilligen

gern auszugehen, die in Form von Lobbyarbeit, Demonstrationen oder Beschwerden Verantwortung übernehmen.

**Rechenschaftlichkeit** verpflichtet diejenigen, die die Macht tragen – wie z. B. Regierungen, internationale Organisationen und Dienstleistungsanbieter – dazu, Verantwortung für ihre Handlungen zu übernehmen; die Bürger ma-

### TEXTRAHMEN 1. UNDP DEFINIERT GOVERNANCE

„[Governance ist] die Ausübung wirtschaftlicher, politischer und administrativer Gewalt zur Regelung der Angelegenheiten eines Landes auf allen Ebenen.

Dazu gehören die Mechanismen, Prozesse und Institutionen, über die Bürger und Gruppen ihre Interessen artikulieren, ihre gesetzlichen Rechte ausüben, ihren Verpflichtungen nachkommen und ihre Streitigkeiten beilegen können. „Führung ist definiert als die „Ausübung politischer, ökonomischer und administrativer Autorität zur Steuerung aller staatlichen Angelegenheiten eines Landes“.

Quelle: UNDP 1997.

in Bezug auf die drei wichtigsten Säulen einer guten Governance – Mitsprache/Partizipation, Rechenschaftlichkeit und Reaktionsbereitschaft. Die Rechercharbeiten zu dem Bericht haben deutlich gezeigt, dass der Beitrag der Freiwilligenarbeit in diesen drei Bereichen für eine gute Governance äußerst wichtig ist. Der Bericht zeigt ebenfalls, wie Freiwillige lokales, nationales und globales Engagement anhand unterschiedlicher Strategien fördern und eine breite Vielfalt von Menschen einbinden.

Mit **Mitsprache und Partizipation** beteiligen sich Bürger oder ihre Vertreter an politischen Prozessen und nehmen Einfluss darauf – um die Gesamt- und Einzelziele der Bürger zu erreichen. Mitsprache ist das Vermögen, Interessen zu artikulieren, Ansichten und Prioritäten vorzutragen und Rechte und Ansprüche geltend zu machen. Mitsprache erfolgt über die Beteiligung an Wahlen, Konsultationen und Entscheidungs- und Umsetzungsprozessen. Sie kann auch von Bür-

chen sie rechenschaftspflichtig. Im staatlichen Bereich gilt das Konzept des Pflichtenträgers und Rechteinhabers. Bei anderen Governanceakteuren verlangt dieses Rechenschaftsverhältnis auch Verantwortlichkeit und Durchsetzbarkeit.

**Reaktionsbereitschaft** in Bezug auf den Staat und andere Governanceakteure bedeutet, dass diese die Auffassungen ihrer Bürger anhören und offen und bereit sind, ihr Vorgehen entsprechend anzupassen. Ohne eine aufnahmebereite, kompetente Governance verklingen Stimmen ungehört oder haben nur begrenzten Einfluss. Reaktionsbereitschaft geht einher mit dem Aufbau effektiver Governanceinstitutionen, -mechanismen und -prozesse.

Fest mit dem Governance-Begriff verbunden ist das Konzept der Macht, und verbesserte Governance erfordert es, zu analysieren, wie Macht verstanden, geteilt und ausgeübt wird. In einem wirksamen, inklusiven und nachhaltigen

## TEXTRAHMEN 2. VN-GENERALVERSAMMLUNG DEFINIERT FREIWILLIGENWESEN

“Die Begriffe Freiwilligenarbeit, Freiwilligenwesen und freiwillige Tätigkeiten beziehen sich auf ein breites Spektrum von Tätigkeiten, die aus freien Stücken zum Wohle der Allgemeinheit durchgeführt werden und deren Hauptmotiv nicht finanzieller Art ist.”

Quelle: GV/VN 2002 (A/RES/56/38).

Entwicklungsparadigma ist es entscheidend, zu prüfen, welche Machtverlagerungen notwendig sind, um solche Veränderungen zu ermöglichen.

Obschon Freiwillige häufig Bündnisse mit anderen Mitgliedern der Zivilgesellschaft eingehen, um mit denen ins Gespräch zu kommen, die Macht und Kontrolle über ihr Leben ausüben, fehlen ihnen bisweilen die Mittel, die Informationen, der Zugang zu Entscheidungsprozessen sowie die Fähigkeit und Macht, die notwendigen Veränderungen für eine verbesserte Governance einzufordern.

Dieser Bericht verwendet den Begriff des Freiwilligenwesens (Textrahmen 2) entsprechend der Definition der Vereinten Nationen.

Freiwillige weltweit – als Einzelpersonen, in formellen Organisationen und in informellen Gruppen und Netzwerken – gehen auf vielfältige Weise an governancebezogene Herausforderungen heran. Sie bringen sich auf unterschiedlichen Ebenen in das komplexe Geflecht der Governanceakteure ein, indem sie ihre Stimmen erheben und Räume für die Partizipation finden, wobei sie vielfach eine rechenschaftlichere und reaktionsbereitere Führung fordern. Außerdem befähigen sie die Regierungen, ihren Einflussbereich und ihre Wirksamkeit zu vergrößern und fördern dadurch Legitimität und Vertrauen. In unterschiedlichen Kontexten und auf unterschiedlichen Wegen gehen Freiwillige verschieden geartete Beziehungen und Bündnisse ein, um diejenigen zu erreichen, die lenkende und gestaltende Macht über ihr Leben und ihre Chancenvielfalt haben. Ferner haben Freiwillige viele Möglichkeiten, ihre Bedürfnisse zu identifizieren und zu artikulieren und ihre Rechte einzufordern – um ihre Lebensumstände zu verbessern,

ihre Lebensgrundlagen zu schützen und ihr Wohl zu wahren.

Manche Regierungen haben das Freiwilligenwesen zunutze gemacht, indem sie vormals begrenzte oder geschlossene Räume geöffnet und ihre Reaktionsbereitschaft und Rechenschaftlichkeit von sich aus verbessert haben, um Mitsprache und Partizipation zu stärken. Sie haben sich der Kraft des Freiwilligenwesens geöffnet, um Politik und Recht auf eine fundiertere Grundlage zu stellen, um die Aufgabenwahrnehmung durch den Staat und Wahlverfahren zu verbessern und um Gruppen zu erreichen, die für offizielle und formelle Mechanismen der Einbindung schwer erreichbar sind. Einige Regierungen haben die Freiwilligeninfrastruktur – durch bessere Gesetze, Politikkonzepte und Finanzierung – gestärkt, um eine umfangreichere und gezieltere Freiwilligenarbeit möglich zu machen; andere haben durch Politiken und Pläne zur Förderung der Beteiligung ausgegrenzter Gruppen die Bürgerpartizipation erhöht.

Der Bericht über die Lage der Freiwilligenarbeit in der Welt 2015 analysiert, in welchem Verhältnis das Freiwilligenwesen und Governance zueinander stehen und nennt einige zentrale Governance-Fragen, die auf lokaler, nationaler und globaler Ebene für Aktionen von Freiwilligen zugänglich sind. Er befasst sich mit der Freiwilligenarbeit als Mechanismus zur Einbindung von Menschen im Hinblick auf bessere Governance. Er unterstreicht das Vermögen von Freiwilligen, Einfluss auf Governance zu nehmen, angefangen von traditionellen und lokalen Verwaltungsstrukturen bis hin zu multilateralen Organisationen und dem internationalen Unternehmenssektor, als aktive lokale Bürger und Staatsbürger, und als Weltbürger, wenn es um

einige der schwierigsten Herausforderungen geht, denen die Welt gegenübersteht.

Der Bericht untersucht die bestehenden und neuen Chancen und Herausforderungen für das Freiwilligenwesen in Anbetracht zunehmender Forderungen nach besserer Governance und Mitsprache der Menschen bei der Post-2015-Entwicklungsagenda (Kapitel 1). Er untersucht, was das Freiwilligenwesen zur Förderung, Umsetzung und Überwachung der Agenda beitragen kann, und hebt die Risiken eines schrumpfenden Raums für bürgerschaftliches Engagement hervor.

Das umfangreiche Belegmaterial, das für diesen Bericht zusammengetragen wurde, ist überwiegend qualitativer Natur und basiert auf detaillierten Fallbeschreibungen, die überprüft wurden, um sicherzustellen, dass sie tragfähig sind. Die Fallbeispiele für die lokale Ebene stellen insbesondere darauf ab, wie Menschen sich innerhalb ihrer Gemeinschaften und mit Kommunalverwaltungen organisieren, um Möglichkeiten zur Mitsprache und Mitwirkung zu finden, wobei sie häufig von den Governanceakteuren mehr Transparenz und Rechenschaftlichkeit fordern (Kapitel 2). Die Fallbeispiele für die nationale Ebene konzentrieren sich insbesondere auf die Beziehungen zwischen Bürgern und Staaten, wobei eingeräumt wird, dass es auf dieser Ebene auch andere wichtige Governanceakteure gibt, darunter religiöse Einrichtungen, traditionelle Strukturen, Geldgeber, zwischenstaatliche Organisationen, den Privatsektor und multinationale Unternehmen (Kapitel 3).

Die für die globale Ebene angeführten Fallbeispiele, bei denen ein Hauptproblembereich die Governance ist, die durch jenseits des Staates tätige Akteure ausgeübt wird, zeigen, wie sich das Freiwilligenwesen verändert und neue Strategien entwickelt, in dem Bemühen, sich mit neuen Formen der Eigenverantwortung und Kontrolle, der Governance der globalen öffentlichen Güter und der Realität einer sich rapide entwickelnden Welt der sozialen Medien auseinanderzusetzen. Auch hier stehen die Aktivitäten informeller Freiwilliger im Vordergrund, wenngleich diese

häufig in Bündnissen mit formellen Freiwilligenorganisationen oder anderen internationalen nichtstaatlichen Organisationen zusammenarbeiten (Kapitel 4).

Die Recherchen zu diesem Bericht, der auf der Arbeit des SWVR 2011 aufbaut, haben neue Daten und Ideen hervorgebracht, allerdings waren auch zahlreiche ähnliche Herausforderungen zu verzeichnen wie bereits 2011. Hierzu gehören der Mangel an zugänglichen und vergleichbaren Daten, insbesondere quantitativen Daten; die Schwierigkeiten bei der Definition und Abgrenzung unterschiedlicher Konzepte der Freiwilligenarbeit; die Tatsache, dass der Begriff je nach geographischem oder kulturellem Kontext unterschiedlich bezeichnet und definiert wird, und die Begrenztheit der infolge des Mangels an quantitativen Daten bisher geleisteten Arbeit zu glaubwürdigen und legitimen Belegen über das Freiwilligenwesen und seine Wirkung.

Die wissenschaftliche Erforschung des Themas Freiwilligenwesen und Governance ist weniger weit gediehen als die Rolle des Freiwilligenwesens selbst bei der Erbringung von Dienstleistungen und der Steigerung der Qualität, der Reichweite und des Zugangs zu diesen Dienstleistungen. In einigen Ländern liegen nationale Erhebungen und Zeitnutzungserhebungen vor, doch sind die bei den Messungen verwendeten Bezeichnungen, Kategorien und Definitionen höchst divergent und gestatten bislang weder Vergleiche noch Aufschlüsselung. In manchen Kontexten sind Belege aufgrund von Sprache, mangelnder Nutzung von Websites zum Erfahrungsaustausch unter Freiwilligen und fehlenden Untersuchungen zu den Auswirkungen des Freiwilligenwesens in Bezug auf die Förderung von Mitsprache- und Partizipationsmöglichkeiten, Rechenschaftlichkeit und Reaktionsbereitschaft seitens der Regierungen, des Privatsektors und zivilgesellschaftlicher Organisationen schwer zugänglich.

Die Belege sind fragmentarisch und von variabler Qualität. Um diesen Herausforderungen gerecht zu werden, wurden große Anstrengungen unternommen, systematische und eindeutige

Angaben darüber zu machen, welche Belege gesammelt wurden, welche Informationen für ein besseres Verständnis des Hintergrunds herangezogen wurden und welche Fälle für den Bericht ausgewählt werden sollten. Qualitative Belege sind weniger kompakt als quantitative, weswegen eine ständige Spannung zwischen der Notwendigkeit bestand, ausreichend viele Belege klar darzustellen und gleichzeitig den Bericht kurz zu halten.

Es wurde besonders darauf geachtet, sicherzustellen, dass die Fallstudien soweit möglich Punkte veranschaulichten, die aus verschiedenen Quellen wie einer Aufarbeitung der Literatur, Übersichtsprüfungen im Rahmen von Forschungsaufträgen zu Afrika, Nahost, Asien und Lateinamerika und einer globalen Übersichtsprüfung wesentlicher, das Freiwilligenwesen und Governance auf allen Kontinenten betreffender Trends hervorgegangen waren. Alle Fallbeispiele unterlagen einer Reihe von Kriterien (s. Anhang). Bei den Belegen aus Fallstudien liegt das Gewicht bei den Ländern des globalen Südens. Verstreute Datenbanken, begrenzte Zeit und zu geringe Ressourcen bedeuteten, dass eine Auswahl getroffen werden musste: Für den Norden liegen mehr dokumentierte Informationen zum Thema Freiwilligenarbeit vor, insbesondere zu internationaler und formeller Freiwilligenarbeit, weswegen der Bericht versucht, hier einen Ausgleich zu schaffen. Für einige Regionen gibt es daher Einbußen bei der Analyse, für andere, in der Literatur vielfach übersehene hingegen Gewinne.

Wenngleich immer die Absicht bestand, die Daten in den Fallstudien zu triangulieren und die Zuverlässigkeit der Quellen zu gewährleisten, wurden doch auch „Freiwilligenstimmen“ mit aufgenommen, die zwangsläufig nicht begutachtet wurden bzw. nicht unbedingt durch andere Quellen gestützt werden. Die Erfahrungen dieser Freiwilligen sind für einen Bericht darüber, wie Governance-Fragen im Rahmen des Freiwilligenwesens erfolgreich angegangen werden, von zentraler Bedeutung. Die Freiwilligen sind diejenigen, die ihre Ansätze, die erfahrenen Hindernisse, die verwendeten Strategien und die

erlebten oder erwarteten Veränderungen erläutern können.

Dieser Bericht beschreitet Neuland und stellt einen Anfang dar. Es gehen aus ihm zahlreiche Empfehlungen dazu hervor, was erforderlich ist, um diese Analyse und dieses Verständnis zu vertiefen und weiterzuentwickeln, insbesondere was die Notwendigkeit besserer Begriffsbestimmungen und die Analyse der Trennlinien und der Übergänge zwischen Freiwilligenarbeit und anderen Formen des Aktivismus und bürgerschaftlichen Engagements angeht, wie des sozialen Aktivismus, der zivilgesellschaftlichen Organisationen und der breiteren Zivilgesellschaft. Ganz eindeutig bedarf es besserer Begriffsbestimmungen sowie qualitativer Messwerte und Daten (einschließlich der Erfahrungen von Freiwilligen), und gleichzeitig muss eine bessere quantitative nationale und internationale Datenerhebung und -auswertung erfolgen.

Aufbauend auf dem Bericht von 2011 stößt dieser zweite SWVR ein neues Gespräch über Freiwilligenarbeit und Governance an, das mit der Berichtsveröffentlichung nicht zu Ende gehen sollte. Im Rahmen einer globalen Forschungsagenda zum Thema des Freiwilligenwesens mit dem Ziel, einen Fundus an Wissen und Belegmaterial aufzubauen, sollte sich ein weiterer Diskurs entwickeln, der das Verständnis für die Rolle und den Wert des formellen und informellen Freiwilligenwesens vertieft – einschließlich derjenigen Formen, die eher spontan, ad hoc und einmalig auftreten (Textrahmen 3). Mehr Arbeit ist erforderlich, um festzustellen, wo die verschiedenen Formen des Freiwilligenwesens anzutreffen sind, was in welchen Räumen und auf welchen Ebenen am besten funktioniert und wodurch das Freiwilligenwesen wirklich in die Lage versetzt wird, sein volles Potenzial für bürgerschaftliches Engagement im Governancebereich zu entfalten. Der Bericht wirft neue Fragen auf, die eine systematischere, globalere Datenerfassung erfordern, damit das Verhältnis zwischen bürgerschaftlichen Akteuren und Governanceakteuren in außerordentlich vielfältigen und oftmals schwierigen Kontexten verständlich wird.

TEXTRAHMEN 3. **FORMELLE UND INFORMELLE FREIWILLIGENARBEIT**

Freiwilligenarbeit ist universell, aber vielgestaltig. Sie kann einerseits formell in strukturierten, insbesondere zivilgesellschaftlichen Organisationen, sowie auch auf staatlicher Ebene und im Privatsektor organisiert und verwaltet werden. Sie kann aber auch informell ablaufen, indem sich Millionen von Menschen in informellen Strukturen und Gruppen außerhalb offiziell anerkannter Institutionen freiwillig engagieren. Oftmals wird sie in den Gemeinschaften verrichtet, in denen die Menschen leben und arbeiten, und kann etwas sein, was sie ihr ganzes Leben lang tun.

Formelle Freiwilligenarbeit wird über formelle Organisationen organisiert und setzt in der Regel voraus, dass die Freiwilligen einer Organisationsagenda zuarbeiten, wobei die Bedingungen für die ehrenamtliche Tätigkeit innerhalb einschlägiger Richtlinien und Strukturen festgelegt werden und die Arbeit der Freiwilligen und ihr Beitrag zu den festgelegten Organisationszielen mithilfe organisationsinterner Indikatoren gemessen wird.

Die formelle Freiwilligentätigkeit besitzt große Bandbreite und erstreckt sich von dem ehrenamtlichen Engagement privatwirtschaftlicher Arbeitnehmer über die Freiwilligenarbeit innerhalb von zivilgesellschaftlichen Organisationen bis zur Mitwirkung in staatlichen Freiwilligenprogrammen. Dies ist die in der Literatur am häufigsten dargestellte und analysierte Form der Freiwilligenarbeit; namentlich die internationale formelle Freiwilligenarbeit im Dienst der Entwicklung, die sehr ausgereift ist und über starke Systeme und Verfahren verfügt, um die Handlungsfähigkeit, die Sicherheit und den Erfolg der Freiwilligen an ihrem jeweiligen Einsatzort sicherzustellen.

Es gibt weitaus weniger Literatur beschreibender oder analytischer Art beziehungsweise zu der Größenordnung, dem Umfang und dem Wesen der informellen Freiwilligenarbeit, insbesondere in Bezug auf Themen der Governance. Die Gruppe der informellen Freiwilligen spannt sich von Analphabeten bis hin zu gebildeten Menschen, die ohne rechtlichen Schutz und häufig mit einem Mindestmaß an Schulung arbeiten und oft erst im Zuge der Arbeit lernen. Aus den Belegen lässt sich schließen, dass diejenigen, die anfänglich informell in ihren Gemeinschaften, Schulen und Krankenhäusern Freiwilligenarbeit leisten, neue Kompetenzen auf den Gebieten der Organisation, Partizipation und Bewusstseinsbildung erwerben und dass diese Lernerfahrung manche dazu befähigt, einen Schritt weiter zu gehen und neue und formellere Räume zu betreten, um Lobbyarbeit zu leisten, die Gemeinschaft, die Frauen oder Menschen mit Behinderungen zu vertreten und zu fordern, dass diese gehört und ihre Rechte geachtet werden. Der Eintritt in eine informelle Gruppe, die sich mit einem klaren und dringenden überlebenswichtigen oder die Gemeinschaft betreffenden Anliegen befasst, kann für manche der Beginn einer Reise sein, die später zur Teilnahme an Grundsatzdebatten, der Entwicklungsplanung und der Überwachung staatlicher und anderer Governanceakteure führt.

Es gibt in beiden Formen der Freiwilligenarbeit eine große Vielfalt von Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren. Wenngleich sie häufig als „Werkzeuge“ oder Hilfsmittel dafür betrachtet werden, die Bereitstellung von Dienstleistungen zu verbessern, Lücken zu füllen und dringenden, ungedeckten Bedarf zu decken, sind viele in der Lage, ihre Bedürfnisse und Rechte zu artikulieren und sich als Menschen mit eigenen Ansichten und Perspektiven und mit Autonomie in Governance-Aktivitäten einzubringen.



Bukola Ayanwale, ECOWAS -Freiwillige, bereitet sich am Internationalen Tag der freiwilligen Helfer in Monrovia (Liberia) für eine Reinigungskampagne vor.  
© Eric Opoku, 2012



# 1

## Freiwilligenarbeit und Governance: Grundüberlegungen, Kontext und Analyserahmen

Die Post-2015-Agenda ist sehr ambitioniert und wird die Mobilisierung aller verfügbaren Mittel, die Herstellung neuer Beziehungen und die Entwicklung neuer Denk- und Arbeitsweisen erfordern. Vor kurzem stellte die Administratorin des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP), Helen Clark, die Abkehr von der Vergangenheit und die Notwendigkeit eines Wandels im Denken und Handeln in den Vordergrund. Wenn nachhaltige Entwicklung und die globale Ambition „niemanden zurückzulassen“, erreicht werden sollen, müssen die internationalen Institutionen, die Regierungen, der Privatsektor, Einzelpersonen und die Gemeinwesen umdenken. Es bedarf eines besseren Ansatzes an Frieden und Entwicklung, ein Ansatz nämlich, der auf Partizipation, bürgerschaftliches Engagement und robuste Rechenschaftslegung abstellt. Dieses Vorhaben erfordert gute Regierungs- und Verwaltungsführung, die die Menschen in die Planung und Überwachung einbezieht und eine reaktionsbereite Governance sicherstellt.<sup>1</sup>

Es herrscht verbreitetes Einverständnis darüber, dass ein solcher Ansatz im Mittelpunkt der neuen Entwicklungsverpflichtungen stehen muss und dass ein interaktiver und mehrdimensionaler Entwicklungsansatz erforderlich ist. Hierzu gehört unter anderem, dass es armen Menschen leichter gemacht wird, ihre eigene Situation zu analysieren, damit sie sich wirklich einbringen können. „Zivilgesellschaftliche Organisationen haben eine Schlüsselrolle [im politischen Diskurs vieler Entwicklungsländer] gespielt und gezeigt, dass die Erreichung der [Millenniumentwicklungsziele (MDGs)] grundlegend damit verbunden ist, dass größere politische Räume und Mitsprache für die von Armut und Ausgrenzung Betroffenen geschaffen werden.“<sup>2</sup>

---

**Die Post-2015-Agenda wird die Mobilisierung aller verfügbaren Mittel, die Herstellung neuer Beziehungen und die Entwicklung neuer Denk- und Arbeitsweisen verlangen**

---

**GRUNDÜBERLEGUNGEN: WARUM FREIWILLIGENARBEIT UND GOVERNANCE? WARUM JETZT?**

---

Von verschiedenen Entwicklungsforen werden viele kühne Fragen zum Thema Entwicklung und Governance-Praxis aufgeworfen. Mit dem Ende der MDGs überdenkt die Welt deren Erfolge und Misserfolge und steht kurz vor dem Abschluss eines neuen globalen Entwicklungsrahmenkonzepts, nämlich der Ziele für die nachhaltige Entwicklung. Obwohl viele Erfolge zu verzeichnen waren, wird jetzt offen eingestanden, dass es bei den MDGs Defizite gab: Hierzu gehören die Herausforderungen der guten Governance und der Rechenschaftlichkeit sowie die zu geringe Einbeziehung der Menschen in den Entwicklungsprozess.

Governance wurde bei den Sitzungen des Ausschusses für Entwicklungshilfe der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit 2011 in Busan als globale Herausforderung bezeichnet.<sup>3</sup> Minister aus allen Teilen der Welt, Regierungsvertreter, Parlamentarier, zivilgesellschaftliche Organisationen und Vertreter des Privatsektors kamen zusammen, um einen Prozess zur Verbesserung der Entwicklungszusammenarbeit weiterzuführen – einem Prozess, der 2003 in Rom begonnen hatte und der 2005 in Paris weiterentwickelt und 2008 in Accra vertieft worden war. Die Teilnehmer an diesen Begegnungen waren sich bewusst, dass Entwicklungszusammenarbeit mehr bedeutet als nur die Bereitstellung von Finanzmitteln. Bei der Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit hatte die Eigenverantwortung der Länder im Mittelpunkt der Entwicklungsagenda gestanden, während in Accra die gegenseitige Rechenschaftspflicht Eingang in die Diskussion fand.<sup>4</sup>

Busan ging noch einen Schritt weiter und beteiligte als erstes Forum Vertreter der Zivilgesellschaft als volle und gleichberechtigte Verhandlungsteilnehmer.<sup>5</sup> Die Entwicklungsfinanzierung wurde nicht mehr als ausschließliche Domäne von Staaten und des Privatsektors angesehen,

sondern maßgeblich auch als Tätigkeitsbereich der Zivilgesellschaft, die somit auch Anteil an den entwicklungsrelevanten Entscheidungsprozessen haben musste. Bei den Diskussionen wurden erneut die Wichtigkeit der nationalen Eigenverantwortung und die Notwendigkeit hervorgehoben, dass die Staaten ein förderliches Umfeld für bürgerschaftliches Engagement bereitstellen. Das Forum erkannte an, dass die Beteiligung aller zivilgesellschaftlichen Akteure eine Voraussetzung für die nachhaltige Entwicklung darstellt.

Die praktische Umsetzung der in Busan eingegangenen Verpflichtungen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements erweist sich als schwierig. Ein vor Kurzem erstellter Monitoring-Bericht zu den Schlüsselindikatoren beleuchtete die Faktoren, die einer starken zivilgesellschaftlichen Partizipation an der Governance förderlich sind, und stellte zahlreiche Defizite fest. Die Studie, die sich mit Kolumbien, Malawi, Ruanda und Simbabwe befasste, befand: „Die Regierungen der Welt sind auf hoher Ebene – beispielsweise bei dem Vierten hochrangigen Forum zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit in Busan – Verpflichtungen eingegangen, um ein auf Rechte basierendes, partizipatives Umfeld zu schaffen, das notwendig dafür ist, dass die Zivilgesellschaft florieren kann. In vielen Fällen werden ihre Zusagen auf der Ebene der Gemeinwesen jedoch nicht in die Tat umgesetzt.“<sup>6</sup> Die Ergebnisse des Monitoring-Berichts waren zwar nicht gänzlich negativ, doch wurden schwere Lücken in Bezug auf das Recht der Bürger auf Entwicklungsarbeit ohne Angst vor Vergeltung sowie bei der Vereinigungs-, Versammlungs- und Informationsfreiheit und der Meinungsfreiheit aufgezeigt.

Die Wichtigkeit dieser Fragen wird auch in anderen hochrangigen Foren weiterhin betont: „Eine befähigte Zivilgesellschaft ist wesentlicher Bestandteil eines jeden demokratischen Systems und stellt an sich bereits einen Wert dar. Sie repräsentiert und fördert den Pluralismus und kann zu größerer Wirksamkeit der Politik, einer ausgewogenen nachhaltigen Entwicklung und inklusivem Wachstum beitragen.“<sup>7</sup>

Der sich abzeichnende Konsens besagt, dass die neuen Ziele für die nachhaltige Entwicklung, die auf den MDGs aufbauen, diese die Menschen betreffenden Fragen in den Vordergrund stellen müssen: „Das neue Rahmenkonzept muss die Menschen miteinbeziehen. Das ist der Grund, aus dem die Vereinten Nationen in den vergangenen beiden Jahren ein präzedenzloses globales Gespräch über die Welt, die wir wollen, in Gang gesetzt haben.... Die Menschen wollen an der Umsetzung dieser neuen Agenda beteiligt werden und die Regierungen für die Einhaltung ihrer Versprechen verantwortlich machen.“<sup>8</sup>

Bei den breit gespannten Konsultationen der Vereinten Nationen – von den globalen Konsultationen mit der Zivilgesellschaft bis hin zu Erörterungen in der Offenen Arbeitsgruppe der Generalversammlung zu den Zielen für die nachhaltige Entwicklung – kristallisierten sich Probleme der Governance als echte Herausforderung für die nachhaltige Entwicklung heraus. „In dem öffentlichen Feedback, das durch die „MY World“-Umfrage zu den Prioritäten für die neue Agenda vorliegt, nimmt ehrliche und effektive Governance bei den sieben Millionen Umfrageteilnehmern hohen Stellenwert ein.“<sup>9</sup> Governance steht an Platz vier der globalen Prioritäten, wobei etwa 50% der Stimmen auf ehrliche und reaktionsbereite Governance als Priorität für die zukünftige Entwicklung entfielen, nach Bildung, Gesundheitsversorgung und Arbeitsplätzen.<sup>10</sup> Diese Ergebnisse finden sich auch in anderen Umfragen wieder: CIVICUS hob in seinem Bericht zur Lage der Zivilgesellschaft 2014 die Notwendigkeit hervor, das „doppelte Demokratiedefizit“ zu beseitigen, und das Weltwirtschaftsforum befand, dass „der Vertrauensverlust gegenüber Institutionen, mangelnde Führung, fortbestehende Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern und der problematische Umgang mit Daten zu den Entwicklungen gehören, die es zu beobachten gilt.“<sup>11</sup>

Auch durch Proteste bringen die Menschen ihre Anliegen zum Ausdruck. Aus einer Studie von 2013 (die 87 Länder und 90% der Weltbevölkerung erfasste) geht hervor, dass bei 843 Protestveranstaltungen zwischen 2006 und 2013

wirtschaftliche Gerechtigkeit und Opposition gegen Sparmaßnahmen, das Versagen der politischen Repräsentanz und des politischen Systems, globale Gerechtigkeit und Menschenrechte die Hauptanliegen waren. Die Studie stellte fest, dass die wachsende Anzahl und Vielfalt der Protestaktionen darauf zurückzuführen ist, „dass den Menschen zunehmend bewusst wird, dass ihre Interessen bei der Politikgestaltung nicht im Vordergrund stehen.“<sup>12</sup>

Diese neuen Ansätze erfordern auch Veränderungen in der Funktionsweise der Zivilgesellschaft. Während der MDG-Ära war oft zu beobachten, dass die Stimmen der Freiwilligen und Aktivisten nicht in ausreichendem Maße Gehör fanden: Nationale und internationale nichtstaatliche Organisationen, die VN und andere Organisationen „sprachen [häufig] für sie.“ Das beeinträchtigte das Mitsprache- und Einflussvermögen der Zivilgesellschaft, höhnte aber auch die Legitimität und Stärke einiger zivilgesellschaftlicher Organisationen aus. Mehrere Kommentatoren betonten, es sei riskant, Geldgebern mehr Beachtung schenken und das Profil der betreffenden zivilgesellschaftlichen oder privatwirtschaftlichen Organisation anzuheben, und einige nichtstaatliche Organisationen scheinen ihre Verbindung zur Basis zu verlieren, was ihre Legitimität schmälert und auch bedeutet, dass sie mit geringerer Wahrscheinlichkeit soziale Veränderungen herbeiführen werden.<sup>13</sup>

### Freiwilligenarbeit bietet eine Möglichkeit für bürgerschaftliches Engagement

Die Definition der Freiwilligenarbeit der VN-Generalversammlung hebt drei Hauptmerkmale hervor: Freiwilligenarbeit besteht aus Tätigkeiten, die aus freien Stücken und zum Wohle der Allgemeinheit durchgeführt werden und deren Hauptmotiv nicht finanzieller Art ist. „Was das Allgemeinwohl ist, kann jedoch strittig sein. Wenn Menschen beispielsweise an einer friedlichen Demonstration für oder gegen Tierversuche oder den Bau eines Damms teilnehmen, geht es beiden Seiten um Ergebnisse, die sie für gut und nützlich erachten. Diese Aktivitäten sind in unserer Definition erfasst. Hingegen sind Aktivitäten, bei denen Gewalt ausgeübt oder zu Gewalt an-

---

**Das Freiwilligenwesen stellt [...] eine immense Ressource für die Auseinandersetzung mit vielen der Entwicklungs Herausforderungen unserer Zeit dar**

---

gestiftet wird und die der Gesellschaft Schaden zufügen, sowie Handlungen, die nicht den Werten entsprechen, die man Freiwilligenarbeit beimisst, nicht in unserer Definition erfasst.“<sup>14</sup> Die Problematik der gegen eine Menschenrechtsagenda gerichteten Freiwilligentätigkeit wird anerkannt und bedarf der Behandlung, fällt aber weder in den Rahmen dieses Berichts noch unter die derzeitigen einvernehmlichen Begriffsbestimmungen der Freiwilligenarbeit.

Freiwilligenarbeit im Sinne dieses Berichts ist so zu verstehen, dass sie sich mit sozialem Aktivismus überschneidet und diesem nahekommt. (Textrahmen 1.1). Zwar sind anerkanntermaßen nicht alle Aktivisten Freiwillige, doch sind viele Aktivisten Freiwillige und viele Freiwillige Aktivisten. Die Vorstellung, dass Freiwillige nur die Erbringung von Dienstleistungen unterstützen oder sich nur an gemeinnützigen Aktivitäten beteiligen, ist sehr eng und ermöglicht nur eine sehr oberflächliche Differenzierung zwischen Freiwilligenarbeit und Aktivismus. Naidoo drückt es gut aus:

*Nicht nur ist das Wort Freiwilligenarbeit ein strittiger Begriff, es kann zudem auch bei einigen in der Zivilgesellschaft negative Konnotationen heraufbeschwören, insbesondere bei jenen in Aktivistenkreisen. Anstatt die eigentlichen Ursachen sozialer Probleme anzugehen, wird Freiwilligenarbeit manchmal als humanitäre Hilfe betrachtet, die mittels direkter Dienstleistungen das tägliche Leid der Armen und Ausgegrenzten mildert, aber keine echte Veränderung bringt. Aktivismus wiederum wird mit Interessenvertretung, Kampagnenarbeit und sozialem Ungehorsam mit dem ausdrücklichen Ziel, systemische soziale, wirtschaftliche und politische Veränderungen zu bewirken, assoziiert. Diese Unterscheidung zwischen Freiwilligenarbeit und Aktivismus ist aus meiner Sicht eine falsche und nicht sachdienliche Dichotomie, die zur Spaltung der Gesellschaft in zwei Lager – die sogenannten Freiwilligengemeinschaften und die Aktivistengemeinschaften – beigetragen hat. Es wird zunehmend erkannt, dass sich der Zivilgesellschaft die zentrale Frage stellt, wie Respekt und Dialog zwischen diesen beiden Welten*

*verstärkt werden können, damit sie neue Wege finden könnten, sich für gemeinsame Entwicklungsziele und Gerechtigkeit einzusetzen. Das ist meines Erachtens entscheidend, wenn wir wirklich Fortschritte in Bezug auf Beseitigung von Armut und Ungleichheit machen wollen.“<sup>15</sup>*

Die Begriffe Freiwilligenarbeit und sozialer Aktivismus schließen einander nicht aus. Bei zahlreichen Beispielen in diesem Bericht geht es um Freiwilligenarbeit, die gleichzeitig sozialer Aktivismus als Form des bürgerschaftlichen Engagements ist. Es sind Beispiele von Menschen, die sich durch „eine Vielzahl von Tätigkeiten ..., die aus freien Stücken und zum Wohle der Allgemeinheit durchgeführt werden und deren Hauptmotiv nicht finanzieller Art ist“, engagieren.

„Vor dem Hintergrund des globalen Gesamtkontextes der vergangenen Jahre muss jede Theorie des Wandels, im Hinblick auf Zielsetzungen des Friedens, der Entwicklung, der Armutsbeseitigung und der sozialen Inklusion in Zukunft zum Tragen gelangt, den ‚Menschen‘ in den Mittelpunkt der Planung und Umsetzung aller auf die Veränderung der Gesellschaft, die Stärkung der Widerstandsfähigkeit und die Konflikteindämmung gerichteten Bemühungen um künftige Entwicklungslösungen stellen. Das Freiwilligenwesen stellt [...] eine immense Ressource für die Auseinandersetzung mit vielen der Entwicklungs Herausforderungen unserer Zeit dar, und hat das Potenzial, breit angelegte nationale Eigenverantwortung, inklusive Partizipation und Nachhaltigkeit wesentlich zu fördern.“<sup>16</sup>

## KONTEXT - FREIWILLIGENARBEIT UND GOVERNANCE

---

Viele der wichtigsten Trends im Zusammenhang mit Governance und nachhaltiger Entwicklung in der MDG-Ära wurden bereits hervorgehoben, unter anderem Besorgnisse im Zusammenhang mit schlechter Governance, der offensichtlich mangelnden Einbindung der am stärksten Betroffenen in die Diskussion und die Politikgestaltung und der Ungleichheiten bei Wohlstand und Macht sowie zwischen den Geschlechtern,

die viele Erfolge der vergangenen 15 Jahre zu gefährden drohen.<sup>17</sup> Obwohl bereits viel getan wurde, um die Armut zu bekämpfen und den Zugang zu wichtigen Ressourcen zu erweitern, hat sich die ungleiche Verteilung von Wohlstand und Macht nur noch verstärkt. Die Schere zwischen arm und reich geht in den meisten Ländern der Welt – Industrie- ebenso wie Entwicklungsländern – immer weiter auseinander. Und auch die Kluft zwischen den Ländern wird immer größer. 2013 lebten sieben von 10 Menschen in Ländern, in denen die wirtschaftliche Ungleichheit in den vergangenen drei Jahrzehnten zugenommen hat.<sup>18</sup> Die 80 reichsten Menschen der Welt besitzen jetzt so viel wie die 3,6 Milliarden Menschen, die der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung angehören.<sup>19</sup>

Im Hinblick auf Governance ergibt sich ein gemischtes Bild. Der globale Kontext verändert sich rasch und weist unterschiedliche Trends auf, von denen einige Einbindung, Dialog und Rechenschaft eher entgegenstehen, andere hingegen in eine positive Richtung zu verlaufen scheinen. Einige Regierungen eröffnen neue Räume für bürgerschaftliches Engagement im politischen Geschehen und verbessern den Zugang und die Vertretung von Frauen und

Minderheiten. Andere verengen diese Räume, unter anderem dadurch, dass sie die Versammlungs- und Redefreiheit mit neuen Vorschriften für Presse und Medien, für die Registrierung und Überwachung zivilgesellschaftlicher Organisationen, für die Kontrolle der Finanzierung dieser Organisationen und durch die genaue Überwachung ihrer Aktivitäten und derjenigen ihrer Freiwilligen beschränken.<sup>23</sup> Die meisten Regierungen haben zwar auf globaler Ebene Menschenrechtsdokumente, -verträge und -übereinkünfte unterzeichnet, viele jedoch mit Vorbehalten, und diejenigen Kontexte, in denen die Rechte nicht geachtet werden, stellen eine ernste Herausforderung dar.

In anderen Trends wird die Entschlossenheit von Menschen und einigen Regierungen deutlich, mächtige globale Akteure verantwortungspflichtig zu machen, Dialog und Verhandlungen zu fordern und einen Platz am Tisch einzunehmen. Die Zahl der Menschen weltweit, die das Gebaren globaler Akteure, einschließlich multinationaler Unternehmen, internationaler Rechtssysteme, globaler religiöser Organisationen und wichtiger „Macher und Entscheider“ im Finanzbereich überwachen, ist gestiegen. Die Globalisierung ist zwar nicht neu, nimmt aber im 21. Jahrhundert

## TEXTRAHMEN 1.1. FREIWILLIGENARBEIT UND SOZIALER AKTIVISMUS

Aufbauend auf der Definition der Generalversammlung des Freiwilligenwesens hat UNV die Freiwilligenarbeit in vier Arten unterteilt: gegenseitige Hilfe/Selbsthilfe, Philanthropie/Dienst an anderen, Bürgerpartizipation sowie Interessenvertretung/Kampagnenarbeit,<sup>20</sup> von denen zwei in direkter Beziehung zu sozialem Aktivismus stehen. Ergänzend dazu steht der Wunsch, Menschen durch Verbesserung von Dienstleistungen und der Unterstützung von Gemeinschaften zu helfen und die eigentlichen Ursachen für Armut und Ungerechtigkeit zu bekämpfen.<sup>21</sup> Freiwilligenarbeit und sozialaktivistische Maßnahmen überschneiden und berühren sich bei der Schaffung von Partizipationsmöglichkeiten: „Sozialer Aktivismus geht von genau den gleichen Voraussetzungen aus wie Freiwilligenarbeit – involviert sind Menschen, die ihre Zeit zur Verfügung stellen, um in ihrer Gemeinschaft etwas zu verändern. Alle Freiwilligen, die ich kenne, sind in gewisser Hinsicht auch soziale Aktivisten.“<sup>22</sup>

Dies gilt auch für Aktionen auf nationaler und globaler Ebene, bei denen Menschen motiviert sind, durch Partizipation und Mitsprache sowie durch das Engagement in praktischen Dienstleistungen einen Wandel herbeizuführen. Freiwilligenarbeit, bei der es um Interessenvertretung mit dem Ziel von Veränderungen bei Systemen der Rechenschaftslegung und Governance geht und die bürgerschaftliches Engagement – insbesondere im Bereich Governance – fördert, verschmilzt in Zweck und Strategie mit sozialem Aktivismus.

an Geschwindigkeit auf und verändert sich, was viele neue Herausforderungen mit sich bringt, aber auch neue Möglichkeiten eröffnet.

Doch während sich das Tempo des Wandels erhöht, bleiben die Institutionen, die positive Entwicklung steuern und fördern sollen, weitestgehend unverändert: „Die heute bestehenden zentralen Institutionen der globalen Governance stammen aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Weltwirtschaft hat sich jedoch in den 60 Jahren danach völlig gewandelt; internationale zivilgesellschaftliche Organisationen nehmen eine Schlüsselrolle bei zwischenstaatlichen Konferenzen ein; multinationale Unternehmen (MNU) haben sich in Bezug auf Größe und Reichweite vervielfacht und Umweltprobleme sind zu Herausforderungen für die Stabilität des globalen Ökosystems geworden. Dennoch sind die formellen Institutionen der globalen Governance nach wie vor staatszentriert. Und sie sind nachweislich nicht in der Lage, die Globalisierung heute zu steuern, den weltweiten Klimawandel einzudämmen oder systemischen sozialen Missständen entgegenzuwirken.“<sup>24</sup>

Die wichtigsten politischen Akteure sind nach wie vor die Nationalstaaten. Die zunehmende Konzentration von Reichtum auf einige wenige Unternehmen oder Einzelpersonen bringt eine Machtfülle mit sich, gegen die anzugehen oder die rechenschaftspflichtig zu machen oftmals selbst Regierungen schwerfällt. Die Menschen verspüren viele Veränderungen in ihrem Umfeld und in ihrer Wirtschaft, darunter auch einen raschen Wandel bei den Landbesitzverhältnissen und dem Management der natürlichen Ressourcen, der sich unmittelbar auf die Lebensgrundlagen von vielen auswirkt. Für die Menschen kann es schwer begreifbar sein, worin diese Veränderungen bestehen und bei wem Verantwortung und Rechenschaftspflicht liegen. Jüngste Erfahrungen im Vereinigten Königreich veranschaulichen sehr gut, wie manche Menschen sich verunsichert und entmachteten fühlen. Einige machen die Europäische Union (EU) für ihre Entmachtung verantwortlich und sind sich dabei nicht bewusst, dass viele ihrer Basisdienstleistungen – einschließlich Gesundheit und Bildung sowie Sozialfürsorge,

Gefängnisse und Leistungen wie Energie, Eisenbahnen, Gas und Wasser – mittlerweile von Unternehmen und Konzernen erbracht werden, deren Sitz Tausende Kilometer weit entfernt ist.<sup>25</sup>

*Zweihundert Konzernriesen, die meisten davon größer als manch eine Volkswirtschaft, kontrollieren heute deutlich mehr als ein Viertel der weltweiten Wirtschaftstätigkeit ... Von den 100 größten Wirtschaftsgebilden weltweit sind 51 Unternehmen und nur 49 Länder. Wal-Mart steht auf der Liste der größten Unternehmen weltweit an zwölfter Stelle und ist damit größer als 161 Länder, darunter Israel, Polen und Griechenland. Mitsubishi ist größer als Indonesien, das auf Platz vier der bevölkerungsreichsten Länder der Erde rangiert. General Motors ist größer als Dänemark. Ford ist größer als Südafrika. Toyota ist größer als Norwegen.<sup>26</sup>*

Die Globalisierung verbindet Menschen und Organisationen auf neue Weise – ein Trend, den Anthony Giddens, ein angesehener Beobachter der Entwicklungen des 20. Jahrhunderts, bereits vor fast 30 Jahren feststellte: „Soziale und wirtschaftliche Beziehungen umspannen die ganze Erde... [da viele] Aspekte des Lebens von Menschen durch Organisationen und soziale Netzwerke beeinflusst werden, die Tausende von Kilometern von den Gesellschaften entfernt sind, in denen sie leben. Ein Hauptaspekt einer Untersuchung zur Globalisierung ist die Entstehung eines Weltsystems – genauer gesagt: Für manche Zwecke müssen wir die Welt als ein einziges soziales Gebilde betrachten.“<sup>27</sup> Er warnte jedoch davor, dies zwangsläufig gleichzusetzen mit der „Einheit der Welt“, und gab zu verstehen, dass Globalisierung ein mit Gewalt und Unterdrückung verbundener Prozess des Strebens nach Vormacht und wirtschaftlicher Überlegenheit sein kann.<sup>28</sup>

Obwohl viele nicht auf globaler Ebene tätig werden können, sind Proteste gegen steigende Preise, Arbeitslosigkeit, Korruption, Verlust der Verfügungsgewalt über natürliche Ressourcen und illegale Einwanderung zunehmend an der Tagesordnung, und viele lokale Probleme werden mittlerweile auch als globale Probleme betrachtet. Trotz offensichtlich bestehender Hindernisse

finden Menschen auf lokaler Ebene Zugang zu internationalen Gerichten, wie beispielsweise Frauen in Guatemala, wo das Recht der Frau auf Leben missachtet wurde.<sup>29</sup> Andere wiederum setzen sich über die Medien für ihre Sache ein, wie beispielsweise im stark vom Klimawandel betroffenen Südpazifik, wo die Menschen mithilfe sozialer Netzwerke weltweit auf ihre erschreckende Lage und ihre Forderungen aufmerksam gemacht haben.<sup>30</sup> Die Stimmen der Menschen können verstärkt werden, wenn sie an internationalen Foren teilnehmen, zu denen ihnen früher der Zutritt versagt war, z. B. an Rio+20, der Offenen Arbeitsgruppe der Generalversammlung zu den Zielen für die nachhaltige Entwicklung und vielen anderen.

Infolge weit verbesserter globaler Kommunikationsmöglichkeiten können Beziehungen nunmehr von ganz unten aufgebaut werden. Beziehungen können auch horizontal verlaufen und es Freiwilligen und anderen zivilgesellschaftlichen Akteure gestatten, sich zu gemeinsamen Aktionen zusammenschließen, um sich durch ihre Anwesenheit bei geschlossenen Versammlungen, durch Demonstrationen außerhalb davon und auch durch die zunehmende Nutzung der vielen Plattformen, die soziale Medien bieten, in internationalen Foren Gehör zu verschaffen. Die ungerechte Wirtschaftsordnung und die Weltwirtschaftskrise – Auslöser für die „Occupy Wall Street“-Bewegung, die in Hunderten von Städten weltweit Nachahmung fand und jetzt in verschiedenen Formen des Protests wieder auflebt – sind nur zwei der Themen im Fokus globaler Freiwilligenmobilisierung und -aktionen. Das Bündnis „Jubilee 2000“ (Erlassjahr 2000) thematisierte die Ungerechtigkeit der Schuldenlast. Freiwillige weltweit machen auf unterschiedlichste Weise aufmerksam auf die Problematik der Besteuerung, die Wege, auf denen globale Akteure in vielen Ländern nationale Steuern umgehen können, und die Notwendigkeit, hier Abhilfe zu schaffen.

Freiwillige können auf vielfache Weise Beziehungen aufbauen, sowohl virtuell als auch von Angesicht zu Angesicht, und sie entwickeln viele Strategien und Taktiken, in neue Räume vorzudringen und sich dort Gehör zu verschaffen, wo

globale Diskussionen geführt und globale Entscheidungen getroffen werden. Zu den diesbezüglich entwickelten Ansätzen zählen Demonstrationen, eigene Websites, Aufgreifen globaler Themen und Entwicklung entsprechender lokaler Kampagnen. Um globale Aktionen und weltbürgerliches Denken entfalten sich Energie und Kreativität, oftmals unter Einbeziehung von Jugendlichen und neuen globalen Akteuren wie etwa Internetplattformen (beispielsweise 350.org und Avaaz).<sup>31</sup> Viele jüngere Menschen scheinen eher motiviert zu sein, sich gemeinsam für Fragen zu engagieren, die sie bewegen, statt formellen Organisationen beizutreten, wie sie es früher vielleicht getan hätten.

Der Zugang zu globalen Räumen ist unausgewogen und bleibt vielen Freiwillige deswegen verschlossen, weil ihnen Geld, Technologie oder Lese- und Schreibkenntnisse fehlen. In der Welt besitzen noch immer die Stimmen derjenigen einen ungleichen Vorteil, die aus Ländern mit guter Infrastruktur und allgemeinem Bildungswesen kommen. Ein kürzlich erschienener Bericht der Internationalen Fernmeldeunion (ITU) und der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) ist in dieser Hinsicht von großer Aktualität, wenn er auf die starken wirtschaftlichen und geschlechtsspezifischen Verzerrungen beim Zugang zum Internet und bei seiner Nutzung hinweist. „Über zwanzig Jahre nach der Geburt des Internets haben zwei Drittel der Weltbevölkerung noch keinen regelmäßigen Internetzugang, und der größere Teil dieser unverbundenen Weltbürger sind Frauen. Die ITU schätzt, dass ca. 200 Millionen weniger Frauen als Männer online sind.“<sup>32</sup> Außerdem sind viele Frauen weltweit weniger gebildet, weniger mobil und haben geringeren Zugang zu öffentlichen Räumen und zu Reisen als Männer.

Dennoch lässt sich eine deutliche Mobilisierung der Menschen mithilfe des Freiwilligenwesens beobachten, einschließlich der Menschen des Südens, deren Stimmen in der Vergangenheit häufig fehlten, zum Teil bedingt durch Probleme des Zugangs. Die neuen Technologien gestatten in immer größerem Umfang das Engagement

---

**Die neuen Technologien gestatten in immer größerem Umfang das Engagement von Freiwilligen, die sonst in der Regel ausgeschlossen wären**

---

von Freiwilligen, die sonst in der Regel ausgeschlossen wären.

Freiwillige, die alleine bzw. in kleinen informellen Gruppen oder größeren Bewegungen und bisweilen auch im Benehmen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen auf nationaler oder internationaler Ebene tätig sind, können jetzt zu den globalen Fragen ihre Stimme erheben, die auf lokaler oder nationaler Ebene nur schwer bewältigt werden können. Darüber hinaus machen sie sich zunehmend die Chancen zunutze, die von internationalen Organisationen in den Themenbereichen Entwicklung, Rechte und Gerechtigkeit geschaffen werden, um im Hinblick auf Abhilfe oder Schlichtung die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf bestimmte Fragen zu lenken.

### FREIWILLIGENARBEIT FÜR BESSERE GOVERNANCE - REGIONALE BEISPIELE

Im Nachstehenden werden einige wohl besonders stark in ihrer jeweiligen Region verwurzelte Beispielfälle dargestellt, um die Vielfalt der Freiwilligenarbeit und die Spanne der Governance-Fragen, mit denen sich die Freiwilligenarbeit in letzter Zeit befasst hat, hervorzuheben. Sie würdigen die Vielfalt und Kraft der Freiwilligenarbeit und liefern den Hintergrund für die darauf folgenden Fallstudien.

#### Afrika

Afrika ist ein Wachstumskontinent mit einem lebendigen Freiwilligenwesen, das vornehmlich auf althergebrachten Werten fußt, auf die das Konzept der Freiwilligenarbeit in der Region zurückgreift. „Elemente der im südlichen Afrika verbreiteten Ubuntu-Philosophie sind in vielen Traditionen weltweit anzutreffen. Ubuntu räumt dem Akt des Sorgens für das Wohl des anderen im Sinne der gegenseitigen Unterstützung hohen Stellenwert ein. Ubuntu basiert auf der Anerkennung der Wertigkeit des Mitmenschen, der Verbundenheit innerhalb der Gemeinschaft, allgemeinen menschlichen Werten und dem Respekt für die natürliche Umwelt und ihre Ressourcen.“<sup>33</sup> Von jeher wurden viele Lücken bei den Dienstleistungen für arme Menschen durch

Freiwilligenarbeit gefüllt, die vielfach von Armen für Arme geleistet wird.<sup>34</sup>

Die meiste Freiwilligenarbeit in Afrika findet informell statt.<sup>35</sup> Stark ausgeprägt ist das Freiwilligenwesen im östlichen und südlichen Afrika und in Teilen Westafrikas. Zwei besondere Schwerpunktbereiche auf dem gesamten Kontinent sind die Arbeit in Bezug auf HIV/Aids und die Bewegungen zur Förderung der Rechte von Frauen.

Afrika war ein Vorreiter bei der Bereitstellung innovativer Dienstleistungen für die HIV/Aids-Prävention und die Betreuung Infizierter, der Bekämpfung der Stigmatisierung und der Förderung von Gerechtigkeit und Therapien für HIV-Infizierte sowie in Bezug auf die Rechte der von HIV/Aids Betroffenen, einschließlich der Erbschafts- und Eigentumsrechte von Witwen und der Rechte von Kindern. Die Arbeit Hunderttausender Freiwilliger auf dem gesamten Kontinent hat Kampagnen unter dem Motto: „Nothing About Us without Us“ (Nichts über uns ohne uns) hervorgebracht, die auf besseren Zugang zu Therapien und auf Inklusion in die Politikgestaltung gerichtet sind. Manche dieser Kampagnen drangen bis auf die globale Ebene vor, dank der Freiwilligen (hauptsächlich Frauen), die eine umfassendere Berücksichtigung ihrer Erfahrungen und Bedürfnisse seitens derjenigen globalen Institutionen forderten, die Protokolle und Programme zur besten Bekämpfung von HIV/Aids festlegen.<sup>36</sup>

Der „International Committee of Women Living with HIV/AIDS“ (Internationale Ausschuss der Frauen, die mit HIV/Aids leben), war eines der Instrumente, dessen sich weibliche Freiwillige bedienten, um sich in Afrika Gehör zu verschaffen. (Mittlerweile ist er eine globale Gemeinschaft mit 15.000 Freiwilligen.) Die weltweit von der Organisation Stepping Stones geförderte „Community of Practice“ (Wissensgemeinschaft) ist ein weiteres Beispiel. Ihr Arbeitsansatz in Bezug auf HIV/Aids hatte seinen Ursprung in Uganda, wo einige lokale Organisationen wie „The AIDS Support Organization“ (TASO - Organisation für Aids-Unterstützung) Fachwissen im Umgang mit Aids zusammentrugen; sie wurde von Freiwilligen aus der gesamten Gesellschaft geführt,

darunter Mitglieder lokaler Basisorganisationen, hochgebildete Frauen in Uganda und andere Mitwirkende aus dem Süden und dem Norden. Diese Freiwilligen arbeiten daran, auf Bedürfnisse einzugehen und HIV-Prävention zu betreiben – insbesondere durch die Thematisierung der Beziehungen zwischen den Geschlechtern – sowie die gelebte Erfahrung mit der nationalen und globalen Politikgestaltung und Entscheidungsfindung zu verknüpfen.<sup>37</sup>

Von Ghana bis Simbabwe und von Uganda bis Südafrika haben sich informelle Freiwillige in Bewegungen und manchmal über neu gegründete NGOs für die Rechte der Frau eingesetzt. Sie haben neue Gesetze für Frauen gefordert und entwickelt, insbesondere Gesetze zu den Themen Gewalt, sexuelle Belästigung und Vergewaltigung sowie zu Rechten in der Ehe und Erbrechten. Diese Gruppen haben allesamt zusammen mit Frauen daran gearbeitet, Probleme herauszustellen und viele informelle Freiwillige (hauptsächlich Frauen) in ihren Kampagnen zu mobilisieren.

In den vergangenen 10 Jahren wurden in vielen afrikanischen Ländern Gesetze verabschiedet, die häusliche und andere Formen von Gewalt unter Strafe stellen, und das Eherecht geändert, um Frauen Rechte zu verleihen.<sup>38</sup> Frauenorganisationen und viele Freiwillige arbeiten weiter daran, sicherzustellen, dass die jetzt verabschiedeten Gesetze auch umgesetzt, finanziert und in ihrer Umsetzung angemessen beobachtet werden. Dank der inzwischen in ganz Afrika verbreiteten politischen Dezentralisierung entstehen neue staatlich geschaffene Räume, die durch Governance-Strukturen auf Dorf- und Bezirksebene Partizipation und bürgerschaftliches Engagement auf lokaler Ebene ermöglichen. Ein Schlüsselement dezentralisierter Entwicklungsprogramme ist die Einbindung der Gemeinschaften in die Planung und Umsetzung lokaler Entwicklungsprojekte. Freiwillige und Freiwilligenaktionen sind ausschlaggebend für das bürgerschaftliche Engagement und die Beiträge, die erforderlich sind, damit dieses Engagement zustande kommen kann. Auch Staaten in ganz Afrika haben Freiwilligenorganisationen, hauptsächlich für junge Menschen, gegründet, um deren

bürgerschaftliches Engagement zu fördern, zum Aufbau einer nationalen Identität beizutragen und die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Durch die Freiwilligenarbeit in diesen formellen Organisationen tragen junge Menschen dazu bei, wichtige Dienstleistungen zu fördern, und sie engagieren sich in bürgerschaftlichen und politischen Prozessen. Dies setzt sich oftmals auch nach Beendigung ihrer Freiwilligentätigkeit fort.

### Der arabische Raum

Im arabischen Raum kam es während des „Arabischen Frühlings“ und danach zu einem sprunghaften Anstieg von Protestaktionen und vielerlei Formen des Aktivismus. Im Zuge des Entstehens eines neuen Verhältnisses zwischen dem Staat und den Bürgern und der Auseinandersetzung mit den Folgen gewaltsamer und militärischer Interventionen kommt es in einigen Ländern vermehrt zu Freiwilligenarbeit, vor allem unter Beteiligung von der Frauen und jungen Menschen.<sup>39</sup> Während der Ereignisse Anfang 2011 in Ägypten, Jemen, Libyen, und Tunesien war sozialer Aktivismus die treibende Kraft, wenn es darum ging, Demonstrationen zu organisieren, behelfsmäßige Kliniken für die von den Sicherheitskräften verwundeten Menschen einzurichten und Informationen über die korrumpierenden Auswirkungen schlechter Governance zu verbreiten. Als wirkungsvolle Instrumente der Kommunikation erwiesen sich auch neue Formen der Darstellung gemeinsamer Anliegen, wie Poesie, Kunst, Schauspiel und Graffiti. Beispielsweise „gehen viele der jüngsten Bewegungen, die für den politischen Wandel im Nahen Osten und Nordafrika eintreten, auf Jugendliche zurück. Die Nutzbarmachung dieses rezenten Anstiegs bei öffentlichem Aktivismus Jugendlicher und ein breiter angelegtes bürgerschaftliches Engagement der Jugendlichen in der Region gelten als wesentliche Voraussetzungen für politische Reform und eine ausgewogenere Entwicklung in der Region.“<sup>40</sup> Oder auch

*Die Muster des bürgerschaftlichen Engagements von Jugendlichen, die wir (durch Recherchen) in Ägypten ermitteln konnten, setzen sich im Nahen Osten und Nordafrika mit unterschiedlichen Spielarten fort. Immer mehr*

*junge Menschen engagieren sich über virtuelle Foren, innovative künstlerische Ausdrucksformen und Echtzeit-Organisation in öffentlichen Räumen. In jedem Land ist die Reaktion der Regierung eine andere, und diese Dynamik ist ausschlaggebend dafür, ob die weitestgehend friedlichen Massendemonstrationen, wie sie in Tunesien und Ägypten stattgefunden haben, von einem gewaltsamen, langwierigen Konflikt abgelöst werden. Dies ist ein historisches Narrativ des bürgerschaftlichen Engagements der Jugend in einem gewaltigen geographischen Gebiet des Nahen Ostens, das noch nicht zu Ende geschrieben ist.<sup>41</sup>*

Die Probleme der Ungleichheit, insbesondere der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern, sind indessen beträchtlich. Wie aus dem Bericht über die menschliche Entwicklung 2011 hervorgeht, erzielt der arabische Raum die niedrigsten Werte in Bezug auf die Stellung der Frauen. Nur 12% der Sitze im Parlament entfallen auf Frauen, 32% der Mädchen und Frauen haben eine Sekundarschulbildung und der Anteil der offiziell erwerbstätigen Frauen liegt bei 26% im Vergleich zu 77% bei den Männern.<sup>42</sup> Es gibt große Unterschiede innerhalb der Region und obwohl Frauen in vielen Ländern durch ein breites Spektrum an Aktivitäten, u. a. durch Freiwilligenarbeit, große Beiträge zur lokalen Wirtschaftstätigkeit und ihren lokalen Gemeinschaften leisten, erfolgt nahezu keine Berichterstattung über ihre Rolle.

Es mangelt an fundierten Forschungsergebnissen und Daten zur Freiwilligenarbeit in dieser äußerst vielgestaltigen Region. „Der Mangel an verlässlichen Daten stellt eine ernsthafte Herausforderung dar, wenn es darum geht, Freiwilligenprojekte und -initiativen aufrechtzuerhalten und zu erweitern. Die vorliegenden Forschungsarbeiten sind zersplittert und teilweise nicht stringent und präzise genug.“<sup>43</sup>

Formelle Freiwilligenarbeit wird von manchen mit Argwohn als westliches Konzept betrachtet. Andererseits ist der Dienst am Nächsten Teil der sowohl in der islamischen als auch der koptischen Religion verankerten religiösen Pflichten, und die Grenze zwischen freiwillig und im Rah-

men dieser Pflicht zur Verfügung gestellten Zeit ist fließend. Die Mehrzahl der Bevölkerung der Region gehört weder der Zivilgesellschaft noch Freiwilligenorganisationen an.<sup>44</sup> Dies erklärt sich aus historischen Gründen, die mit dem Wesen des Staates und der durch ihn festgelegten Definition des Verhältnisses zwischen dem Staat und der Zivilgesellschaft zu tun haben. Ein wichtiges Hindernis in dieser Hinsicht sind die relativ schwachen rechtlichen und förderlichen Rahmenbedingungen in vielen arabischen Ländern.

### Asien

Die Länder Asiens besetzen in der Governance- und Freiwilligenlandschaft ganz unterschiedliche Räume. In Myanmar weitet sich der Raum für die Zivilgesellschaft und aktive Bürgerschaft rasch aus,<sup>45</sup> während er sich in anderen Ländern immer mehr verschließt. In den meisten Ländern des asiatisch-pazifischen Raums (wie Indien, Malaysia und den Philippinen) finden Bürgerbewegungen und -engagement im Kontext demokratisch gewählter Regierungen statt. Gesetze zur Regelung des Rechts auf Information und der Freiwilligenarbeit legitimieren das Engagement der Bürger im Governance-Bereich, und die größten Herausforderungen bestehen oftmals darin, die bürgerlichen Rechte marginalisierter und ausgegrenzter Gruppen anzuerkennen und zu gewährleisten.

Die Urbanisierung nimmt rapide zu. 2010 lebten schon 42% der Bevölkerung in Städten, und es ist zu erwarten, dass bis 2025 sieben der 10 größten Städte in Asien liegen werden. Trotz ihres Wachstums und des von ihnen geleisteten Beitrags zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) sind diese Megastädte geprägt von Armut und zunehmender Ungleichheit.<sup>46</sup> Das bedeutet für das Freiwilligenwesen Chance und Herausforderung zugleich. Angesichts der Komplexität der Probleme dieser mega-urbanen Regionen sind Innovationen bei der Städteplanung und Governance geboten, darunter auch die vermehrte Einbindung der Zivilgesellschaft. Pakistan hat diesen wachsenden Bedarf erkannt und die städtischen Behörden neu strukturiert, um der Öffentlichkeit eine formelle Rolle einzuräumen. Diese „Citizen Community Boards“ (Bürgervertretungen) können ein

Viertel des ihnen zugewiesenen Budgets für die Bedürfnisse der Gemeinschaft ausgeben.<sup>47</sup>

Governance im Umweltbereich ist in ganz Asien ein wichtiges Problemfeld, da Armut zu großen Teilen auf den fehlenden Zugang zu gemeinsamen öffentlichen Gütern und die zunehmenden Auswirkungen des Klimawandels auf natürliche Ressourcen zurückzuführen ist. Die Ernährungssicherung und die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen lassen neue Formen der Zusammenarbeit erforderlich werden, die über die herkömmlichen technischen und hilfegestützten Lösungen hinausgehen. Es handelt sich dabei um Probleme, die durch kollektives Vorgehen angegangen werden müssen und die einer zwischenmenschlichen Beziehung und eines iterativen Ansatzes bedürfen, was das Engagement einer großen Zahl von Freiwilligen erfordert. Die Binnenländer und die kleinen Inselstaaten betonen immer stärker, wie dringend es geboten ist, gegen den Klimawandel und die schädigenden Umweltaspekte der Entwicklung vorzugehen.

In einigen Ländern – beispielsweise in Bangladesch, Myanmar, den Philippinen und Vietnam – müssen Freiwillige auf große Umweltkatastrophen wie Taifune und Überschwemmungen sowie deren vernichtende Auswirkungen auf den Entwicklungsfortschritt reagieren. Die Anfälligkeit der Region für Naturkatastrophen hat zu neuen internationalen Rahmenrichtlinien für die Governance geführt, die darauf gerichtet sind, die globalen öffentlichen Güter zu schützen und globale Bedrohungen zu bewältigen. Das UN-REDD+-Programm (Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation and the role of conservation, sustainable management of forests and enhancement of forest carbon stocks in developing countries: Verringerung von Emissionen aus Entwaldung und Waldschädigung sowie die Rolle des Waldschutzes, der nachhaltigen Waldbewirtschaftung und des Ausbaus des Kohlenstoffspeichers Wald in Entwicklungsländern) hat fast 70 Mio. US\$ für nationale Programme in 18 Ländern (davon 10 in Asien) vorgesehen. Es wird von großer Wichtigkeit sein, dass die Bürger innerhalb dieses Rahmens ihre Rechte auf

gemeinsame Ressourcen und öffentliche Güter geltend machen.<sup>48</sup>

In Indien ist die Tradition der Freiwilligenarbeit über religiöse Pflichten, Spenden an andere und die Gandhi-Tradition fest verwurzelt. Viele Rechte haben in den vergangenen Jahren an Boden gewonnen. So wurden die Rechte auf Information, Bildung, Beschäftigung und Nahrung gefördert und gesetzlich verankert und bilden in vielen Teilen des Landes einen guten förderlichen Kontext für die Freiwilligenarbeit.

China, Indien und Sri Lanka haben nationale Berichte über die Lage der Freiwilligenarbeit erstellt. Chinas Bericht von 2011 betrachtet die von den verschiedenen Regierungsebenen angeordnete und umgesetzte formelle Struktur und Aufgabenstellung sowie auch die Formen der Freiwilligenarbeit, die von nichtstaatlichen Organisationen an der Basis, von zivilgesellschaftlichen Organisationen und von dem Hochschul- und Privatsektor durchgeführt werden.<sup>49</sup> Seit 2001 hat die Regierung auf allen Ebenen durch Grundsatzrichtlinien, Vorschriften und administrative Unterstützung zunehmend anerkannt, welche Rolle das Freiwilligenwesen dabei spielt, das soziale Kapital zu stärken. Ein Großteil dieses Fortschritts ist Maßnahmen bei Katastrophen, wie beispielsweise bei dem Wenchuan-Erdbeben 2008 in Sichuan, oder auch Masseneinsätzen Freiwilliger zuzuschreiben, wie bei den Olympischen Spielen 2008 in Beijing, der Expo 2010 in Shanghai und den Asienspielen in Guangzhou, für die zusammengenommen 4,2 Millionen Freiwillige offiziell registriert waren. Fortbestehende Beschränkungen bei der amtlichen Eintragung als gemeinnützige Organisation – viele gemeinnützige Organisationen müssen sich als Unternehmen eintragen – und der fehlende rechtliche Schutz für aktiv tätige Freiwillige bilden nach wie vor erhebliche Hürden für eine breite Mitsprache und Partizipation.

Die vor Kurzem gegründete Initiative „Making All Voices Count“ (Allen Stimmen Gewicht verleihen), an der Bangladesch, Indonesien, Pakistan und die Philippinen beteiligt sind, ist auf erhöhte Rechenschaftlichkeit und Reaktionsbereitschaft der Regierungen gegenüber den Bürgern ge-

---

**Menschen aller Altersgruppen, ethnischen Hintergründe, Klassen und Religionen leisten auf unterschiedliche Art und Weise und mit unterschiedlichen Zielen Freiwilligenarbeit**

---

richtet.<sup>50</sup> Sie hat auf beiden Seiten Herausforderungen ermittelt: Mangel an Anreizen und Chancen für das sinnvolle Engagement der Bürger und Mangel an Anreizen und Kapazität der Regierungen, die Rückmeldungen der Bürger in die Tat umzusetzen. Die einflussreiche nichtstaatliche Organisation „Participatory Research in Asia“ (Partizipative Forschung in Asien) (PRIA) hat eine „Global Charter on the Right to Participation in Local Democratic Governance“ (Globale Charta über das Recht auf Partizipation in lokaler demokratischer Governance) erstellt, in der die Rechte der Bürger hervorgehoben werden, bei lokalen demokratischen Governance-Prozessen und -Ergebnissen mitzuentcheiden und diese zu verbessern, und in der die Partizipation armer, randständiger und ausgegrenzter Gruppen in den Vordergrund gestellt wird.<sup>51</sup>

Die Asian Peasant Coalition (Asiatische Bauernkoalition), ein panasiatisches Netzwerk von (landlosen) Bauern, Fischern, Landarbeitern und Angehörigen indigener Völker, hat über 15 Mio. Mitglieder in 33 Organisationen und neun verschiedenen Ländern. Eine ihrer Kernstrategien ist der Widerstand gegen die Aushöhlung der Bodenrechte. Ein Großteil dieses Aktivismus erfolgt über Proteste, Solidarität und Presseveröffentlichungen.<sup>52</sup> Lokale Aktionen sind für Einzelpersonen vielfach mit hohen Kosten verbunden, und hier kann das Zusammengehen mit größeren Organisationen – nationalen und internationalen nichtstaatlichen Organisationen – Schutz und Unterstützung bieten.

### Lateinamerika

Bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligenarbeit haben in der Region eine sehr lange Geschichte. Bauernbewegungen, Gewerkschaften und Frauenorganisationen haben zu einer lebendigen politischen Ökonomie beigetragen. Das Rechteverständnis und die Rechtewahrnehmung wachsen. Das Freiwilligenwesen, das ursprünglich die Regierungen bei der besseren Mandatserfüllung, insbesondere der guten Dienstleistungserbringung, unterstützte, wendet sich heute einer Governance-Agenda zu. In Chile beispielsweise haben zivilgesellschaftliche Organisationen im Rahmen der

Erlassung des Gesetzes über Transparenz in der öffentlichen Verwaltung und über den Zugang zu öffentlichen Informationen mit lokalen Gemeinschaften bei der Umsetzung neuer Rechtsvorschriften zusammengearbeitet. Sie haben Modelle für die Freiwilligentätigkeit entwickelt, die ein hohes Nachahmungspotenzial besitzen, nicht nur in Chile, sondern auch an anderenorts in der Region.<sup>53</sup>

Obwohl einige Regierungen eine ihrer Definition nach sozial gerechtere Agenda vertreten, sind die Räume für bürgerschaftliche Aktion dabei, sich zu schließen. Repräsentations- und Vertrauenskrisen nehmen zu, und die Zufriedenheit der Menschen mit manchen Governanceakteuren befindet sich auf einem Tiefpunkt. Bei Protesten und Forderungen der Bürgernach mehr Einbeziehung in die Ausarbeitung von Agenden ist ein erheblicher Anstieg zu verzeichnen, mit besonderem Schwergewicht bei den Themen Bildung, Bodenrechte, Umwelt und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen. In der Auffassung eines Kommentators:

*In Lateinamerika werden wir soeben Zeugen der Schaffung neuer, innovativer und erweiterter Räume für die Zivilgesellschaft und einer wichtigen Verstärkung und Ausdehnung von Rechten und der Einforderung von Rechten durch gesellschaftliche Kollektive und soziale Bewegungen. Die Studentenbewegung in Chile richtete bei ihrer massiven Erhebung 2011 ihre Forderungen primär auf das Recht auf Bildung. Die Frauenbewegung und andere Gruppen in Uruguay forderten sexuelle und reproduktive Rechte und die Legalisierung der Abtreibung. Die Lesben-, Schwulen-, Bisexuellen- und Transgenderbewegung in Argentinien ist ein paradigmatisches Beispiel für neue Formen der zivilgesellschaftlichen Organisation, die für Rechte eintreten, die in den ersten Phasen des bürgerschaftlichen Aufbaus nicht erfasst und zum Zeitpunkt des demokratischen Übergangs nicht vorhanden waren..<sup>54</sup>*

Eine weitere Problematik, der das Freiwilligenwesen und eine lebendige Zivilgesellschaft gegenüberstehen, ist die Notwendigkeit, die

Demokratie zu vertiefen und Repräsentation und Vertrauen zu erhöhen. „Die für die Region charakteristisch gewordenen neuen Formen des unkonventionellen Protests sind Anzeichen für eine Ausweitung der Repräsentationskrise und dafür, dass die politischen Parteien nach wie vor die Institutionen sind, denen seitens der Bürger das geringste Vertrauen entgegengebracht wird. Es handelt sich hier um neue Formen der Partizipation, die schlicht ein Aufschrei danach sind, angehört zu werden. Es ist, als würden die Menschen rufen: Hört mir doch zu!“<sup>55</sup>

Das Freiwilligenwesen leistet einen Beitrag zur Behebung dieser Demokratiedefizite. „Freiwilligenarbeit ist das genaue Gegenteil des in der Region in der Tat problematischen „Klientelismus“ (der Neigung, ohne jede Rechtfertigung bestimmte Menschen, Organisationen, politische Parteien usw. zu bevorzugen, um ihre Unterstützung zu gewinnen)... [Sie] kann eine grundlegende Rolle dabei spielen, die Demokratie zu verstärken und qualitativ zu verbessern, Lücken zu schließen und neue und verschiedenartige Räume für bürger-schaftliche Partizipation zu schaffen.“<sup>56</sup>

Daneben gibt es auch interessante Ansätze, die Freiwilligenarbeit in armen Gemeinschaften zu fördern, beispielsweise mithilfe der internationalen Organisation „America Solidaria“, und sich für Gerechtigkeit für Opfer von Konflikten und Gewalt einzusetzen.<sup>57</sup> Im Juni 2011 verabschiedete Kolumbien das ehrgeizigste Wiedergutmachungsgesetz seiner Geschichte (auch: „das Opfergesetz“), mit dem es die Folgen des andauernden Konflikts im Inneren formell anerkennt. An dem Gesetz wird ein deutliches Umdenken bei der Unrechtsaufarbeitung erkenntlich. Es definiert sogar eine Form der Freiwilligenarbeit als Freiwilligenarbeit in der Opferhilfe und beschreibt sie als eine Reihe von begleitenden, unterstützenden und beratenden Aktivitäten für Opfer von Gewalt und Verbrechen des Staates. Diese Aktivitäten werden von einer Gruppe von Menschen entwickelt, die unabhängig, organisiert und unentgeltlich nach einer Basisschulung zur Arbeit mit Opfern uneigennützig ihre Unterstützung anbieten.<sup>58</sup>

### Eine übergreifende Herausforderung

Es ist schwierig, die Erscheinungsformen des Freiwilligenwesens zwischen verschiedenen Ländern, geschweige denn so unterschiedlichen Regionen miteinander zu vergleichen. Dies ist eine laufende, bereits im SWVR 2011 aufgezeigte Herausforderung. Die aus den in einigen Ländern vorgenommenen nationalen Erhebungen zum Freiwilligenwesen verfügbaren Zahlen konzentrieren sich hauptsächlich auf die formelle Freiwilligenarbeit und in geringerem Umfang auf die internationale formelle Freiwilligenarbeit. Obwohl die Regierungen wie auch nationale und internationale nichtstaatliche Organisationen in ihren Programmen mit vielen Freiwilligen zusammenarbeiten, wird die Anzahl und der Beitrag dieser Freiwilligen zu ihrer Arbeit normalerweise nicht dargestellt oder separat bemessen; in den meisten Berichten werden diese Freiwilligen kaum anerkannt oder spezifisch genannt.

Begrenzt viel Arbeit erfolgte im Hinblick auf die begriffliche Bestimmung oder Messung der formellen Freiwilligenarbeit oder gar der informellen Freiwilligenarbeit. Es liegen kaum Angaben dazu vor, wie viele Menschen sich beteiligen, wer einbezogen und wer ausgeschlossen wird und wie oft und für wie lange Menschen in unterschiedlichen Kontexten (in Anbetracht ihrer häuslichen und produktiven Verpflichtungen) Freiwilligenarbeit leisten können.

Die unterschiedlichen Wege, Freiwilligenarbeit zu messen, werden dadurch erschwert, dass es an wissenschaftlicher Forschung mangelt, die Erfahrungen der Freiwilligen schlecht dokumentiert sind und es namentlich in den Entwicklungsländern kaum gute Bibliotheksbestände gibt. Der Zugang zu Daten gestaltet sich schwierig.

Der SWVR 2011 untersuchte vier unterschiedliche Messansätze, und zwar denjenigen von Gallup, der Johns Hopkins University, The World Values Survey und den CIVICUS Civil Society Index. Alle verwendeten unterschiedliche Definitionen und Methoden und kamen zu unterschiedlichen Ergebnissen über den Umfang und das Wesen der Freiwilligenarbeit weltweit sowie

über ihren wirtschaftlichen Wert. Die Daten werden häufig infrage gestellt und angezweifelt.<sup>59</sup>

Es gibt nur einige wenige verfügbare Studien, die den Umfang lokaler und nationaler Freiwilligenarbeit außerhalb des formellen Sektors zeigen. Vor Kurzem wurden allerdings einige Zeitnutzungserhebungen durchgeführt, beispielsweise in Deutschland, die das Engagement von Menschen im Freiwilligenwesen erfassen.<sup>60</sup> Mit aktuellen neuen Initiativen zeichnen sich Verbesserungen ab.

Erstens billigte die 2013 veranstaltete 19. Internationale Konferenz der Arbeitsstatistiker der IAO die *Entschließung über Arbeitsstatistiken, Erwerbstätigkeit und die Unterauslastung des Arbeitskräfteangebots*. Darin wird die Freiwilligenarbeit offiziell als eine von drei Arten der Arbeit aufgeführt und ihre Erfassung im Zuge anderer arbeitsbezogener Untersuchungen gefordert. Vergleichbare Parameter für die Freiwilligenarbeit werden die Bemessung von menschenwürdiger Arbeit und des Wohlergehens von Haushalten und Gesellschaften erleichtern. Außerdem werden sie es möglich machen, Vergleichsbewertungen der Beteiligung von verschiedenen Bevölkerungsgruppen, wie Frauen, Jugendlichen und Migranten, an verschiedenen Formen der Arbeit vorzunehmen.<sup>61</sup> Hiermit wird auf dem von der 18. Internationalen Konferenz der Arbeitsstatistiker gebilligten Handbuch zur Erfassung von Freiwilligenarbeit aufgebaut.

Zweitens hat der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss eine Stellungnahme zur statistischen Erfassung von Freiwilligenarbeit herausgegeben und empfiehlt den Ländern dringend, die in dem *Handbuch der IAO zur Erfassung von Freiwilligenarbeit* festgelegten Standards zu befolgen.<sup>62</sup> 2013 nahmen das italienische Amt für Statistik, die nationalen Stellen zur Koordination von Freiwilligenarbeit und die Stiftung *Volontariato e Partecipazione* auf der Grundlage des IAO-Handbuchs eine Erhebung zur Freiwilligenarbeit vor. Dabei stellte sich unter anderem heraus, dass jeder achte Italiener (geschätzte 6,6 Millionen Menschen) Freiwilligenarbeit leistet. Damit beträgt die Rate der ehrenamtlich Tätigen 12,6%;

7,9% engagieren sich über Gruppen oder Organisationen und 5,8% auf direkte oder informelle Weise. Dabei beteiligten sich Männer mehr an organisationsgestützter Freiwilligenarbeit, wozu auch der organisierte Sport gehört. Frauen und Senioren leisteten die meisten Zeitstunden im Rahmen informeller Freiwilligenarbeit.<sup>63</sup>

Außerdem wurde in Australien eine nationale Überprüfung eingeleitet, um die Definition der Freiwilligenarbeit zu aktualisieren. Die neue Definition wird voraussichtlich die Freiwilligenarbeit in formellen, virtuellen und informellen Rahmen umfassen.<sup>64</sup> Kanada und die Vereinigten Staaten haben vor Kurzem Daten zu der informellen und formellen Freiwilligenarbeit in ihre Erhebungen aufgenommen.<sup>65</sup>

## WER LEISTET FREIWILLIGENARBEIT?

Bei der Auseinandersetzung mit der Organisation des Freiwilligenwesens ist es wichtig zu fragen: Wer sind die Menschen, die ihre Fähigkeiten und ihre Zeit freiwillig und ohne Zwang für andere zur Verfügung stellen und sich für Veränderungen in Bezug auf Themen einsetzen, die ihnen etwas bedeuten? Obwohl das Freiwilligenwesen weltweit unterschiedliche Profile aufweist, leisten Menschen aller Altersgruppen, ethnischen Hintergründe, Klassen und Religionen auf unterschiedliche Art und Weise und mit unterschiedlichen Zielen Freiwilligenarbeit, und nicht alle Menschen, die in verschiedenen Räumen freiwillig tätig werden möchten, können dies auch tun. Bei einigen der nachstehenden Beispiele geht es um Gruppen, deren Partizipationsvermögen durch die Art der Gruppe, der sie angehören, und die ihnen entgegenstehenden Herausforderungen beeinträchtigt wird.

In Ländern, in denen überwiegend junge Menschen leben und in denen rapider gesellschaftlicher Wandel zu Abwanderung, Verlust der traditionellen Strukturen und Arbeitslosigkeit führt, ist die Freiwilligenarbeit von Jugendlichen besonders wichtig. Junge Menschen bieten ihre Zeit und ihre Fähigkeiten aus vielen verschiedenen Gründen an, darunter aus Idealismus, in der

## LANGFRISTIGE WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE VORTEILE AUS EINER MESSUNG DER FREIWILLIGENARBEIT

Die Anzahl der ehrenamtlich Tätigen weltweit liegt möglicherweise bereits bei über einer Milliarde. Wäre „Freiwilligenland“ ein real existierendes Land, hätte nur China eine größere Bevölkerung im erwerbstätigen Alter.

Die quantitative Erfassung des durch Freiwilligenarbeit geschaffenen Wertes steckt aber noch in ihren analytischen Kinderschuhen. Mit diesem Problem der Erfassung könnten reale Kosten verbunden sein, dahin gehend, dass Bürger und Gesellschaften bezogen auf den potenziellen gesellschaftlichen Nutzen zu wenig in Freiwilligenaktivitäten investieren. Die am stärksten vereinfachende Methode zur Messung dieses Nutzens ist über den wirtschaftlichen Wert der von Freiwilligen geschaffenen Güter und Dienstleistungen – das BIP-Äquivalent der Freiwilligendienstleistungen. Selbst dieses enge Messverfahren lässt vermuten, dass der Nutzen der Freiwilligenarbeit erheblich sein könnte. In einer kürzlich veröffentlichten britischen Fallstudie habe ich ihn auf mindestens 3,5 % des jährlichen BIP geschätzt.

Wirtschaftliche Vorteile allein geben jedoch keinen ausreichenden Aufschluss über den weiterreichenden gesellschaftlichen Nutzen. Die Sozialforschung zeigt beispielsweise deutlich, dass Freiwilligenarbeit den Teilhabenden erheblichen privaten Nutzen bringt. Dabei kann es sich um verbesserte technische und soziale Kompetenzen handeln, aber auch – ganz allgemein gesehen – um höheres Wohlbefinden bei Freiwilligen. Die Forschungsergebnisse deuten stark darauf hin, dass Freiwilligenarbeit weiterreichende gesellschaftliche Vorteile bringt – in der Sprache der Wirtschaftswissenschaftler: positive externe Effekte. Dazu gehören etwa niedrigere Kosten für die Staatskasse (für die Aufrechterhaltung der Systeme der Sozialen Sicherheit, der medizinischen Versorgung und der Strafjustiz), aber auch stärkeres bürgerschaftliches Engagement in Wohltätigkeitsorganisationen und staatlichen Aufgaben.

Diese wirtschaftlichen, privaten und sozialen Werte aufzuaddieren, ist nicht einfach und bislang kaum je Gegenstand strenger Untersuchungen gewesen. Vorläufige Schätzungen ergeben jedoch, dass Freiwilligenarbeit einen Gesamtnutzen bringt, der sich auf ein Vielfaches ihres BIP-Äquivalents beläuft.

Man muss also durchaus sagen, dass wir aus analytischer Sicht bei der genauen quantitativen Erfassung dieses Nutzens, insbesondere in Bezug auf einige weiterreichende gesellschaftliche Externalitäten, noch ganz am Anfang stehen. Aus gesellschaftlicher Perspektive gehört verbesserte Governance zu den am wenigsten erforschten Bereichen. Eine bessere Erfassung könnte jedoch auf verschiedene Weise das soziale Wohl erhöhen.

Die bessere Wirkungsmessung könnte CSOs und Organisationen, bei denen Freiwilligenarbeit eine Rolle spielt, helfen, die Freiwilligenressourcen dorthin zu lenken, wo ihr möglicher Nutzen am größten ist. Dadurch könnte die Bereitstellung von Freiwilligendiensten effizienter werden.

Eine höhere Wertschätzung der Vorteile der Freiwilligenarbeit – der Steigerung der Kompetenzen und des Wohlergehens ihrer Arbeitskräfte – könnte Konzernen und Unternehmen helfen, die Quantität und die Qualität ihrer bestehenden Freiwilligenprogramme zu verbessern. Dies wiederum könnte die Unternehmenseffizienz erhöhen.

Freiwilligenarbeit kann Regierungen und öffentliche Einrichtungen nicht nur bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben entlasten, sondern tut dies unter erhöhter Transparenz, Rechenschaftlichkeit und Repräsentativität. Dadurch könnte auch die Effizienz und die Legitimität staatlicher Aktivitäten gesteigert werden.

*Sonderbeitrag von **Andrew G. Haldane**, Chefökonom bei der Bank of England und Mitbegründer von Pro-Bono Economics Volunteering, Research and Measurement*

**Das Freiwilligenwesen ist geschlechtshierarchisch gegliedert, ebenso wie auch die Räume, in denen Frauen Freiwilligendienste leisten**

Hoffnung auf eine bessere Welt, weil sie Kompetenzen für zukünftige Beschäftigung erwerben möchten, um nicht untätig zu sein und um einen Beitrag zu ihrer eigenen Gesellschaft zu leisten. Sie engagieren sich vor allem bei Protestaktionen und Forderungen nach Veränderung; sie möchten gehört werden und eine Rolle bei der Gestaltung ihrer Angelegenheiten spielen. Sie fordern häufig mehr Transparenz und Rechenschaft auf nationaler und internationaler Ebene. Es gibt viele Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit für das Engagement von Jugendlichen bei inneren Unruhen in vielen Ländern, in Form von Protesten, Märschen und Internetkampagnen.

Die Herausforderungen, denen junge Menschen gegenüberstehen, sind den Regierungen wohl bekannt, und viele von ihnen haben Freiwilligenprogramme entwickelt, um den Jugendlichen Chancen zu eröffnen und ihnen die Bedeutung positiven bürgerschaftlichen Engagements gezielt nahezubringen. Diese Programme sind ebenfalls darauf gerichtet, jungen Menschen Beschäftigung zu bieten und in ihnen Zielbewusstsein und ein Gefühl der nationalen Identität und Engagement zu wecken, insbesondere dort, wo die nationale Identität möglicherweise fragil ist. Diese formellen Strukturen zeigten den besten Erfolg bei jungen männlichen Städtern mit höherem Bildungsniveau, während Jugendliche aus ländlichen Gebieten mit geringerer Bildung sich eher in weniger organisierten Formen der Freiwilligenarbeit engagieren. Viele werden innerhalb ihrer religiösen Organisationen tätig und verstehen Freiwilligenarbeit als eine Pflicht.

Organisationen wie Helpage haben dazu beigetragen, das Profil älterer im Entwicklungsbereich tätiger Menschen zu erhöhen, und werfen ein Licht auf die viele Arbeit, die sie als Freiwillige in ihren Gemeinschaften leisten. Bis vor Kurzem wurde dieser Bereich in der Analyse vernachlässigt und auch sonst kaum berücksichtigt. Ältere Menschen arbeiten informell als Freiwillige in ihren eigenen Gemeinschaften: Witwen und Großmütter sind eine vernachlässigte Gruppe, deren Arbeit unterbewertet wird, deren Beitrag aber oftmals maßgeblich ist für den Zusammenhalt von Familien und Gemeinschaften,<sup>66</sup> insbeson-

dere soweit diese von Konflikten, Katastrophen und Gesundheitskrisen wie HIV/Aids und Ebola betroffen sind.

Frauen sind in vielen Kontexten als Freiwillige tätig, insbesondere dort, wo das Dienstleistungsangebot sehr schlecht ist. Sie stellen beispielsweise in weiten Teilen Afrikas den Großteil der freiwilligen Helfer und arbeiten dort mitunter unter schlechten Bedingungen und ohne Schutz.<sup>67</sup> Frauen beteiligen sich vornehmlich in informellen Szenarien, und Millionen weltweit stellen ihre Zeit, ihre Fähigkeiten und ihre Energie in den Dienst der Freiwilligenarbeit. Ihre ehrenamtliche Tätigkeit kann ihnen dabei helfen, ihre soziale Ungleichstellung zu durchbrechen und diese infrage zu stellen, ihr Selbstvertrauen aufzubauen und sie zu befähigen, einen Beitrag zur Governance zu leisten, etwa wenn sie sich in lokalen Verwaltungsforen, an der Planung auf Dorfebene oder der gleichstellungsorientierten Veranschlagung von Haushaltsmitteln beteiligen oder indem sie sich für neue, für sie vorteilhafte Politiken einsetzen. Frauen weltweit führen Kampagnen, um der Gewalt gegen Frauen (einem der größten Hindernisse für die Entwicklung) Einhalt zu gebieten, um für die Anerkennung der Rechte der Frau im physischen, sozialen und wirtschaftlichen Bereich einzutreten und um Geschlechtergerechtigkeit zu fordern.

Freiwilligenarbeit kann jedoch auch eine Verstärkung der traditionellen, ungleichen Geschlechterrollen bewirken, wenn Frauen – vor allem in Pflege-/Betreuungsfunktionen – ohne entsprechende Anerkennung oder Entlohnung wichtige Dienstleistungen erbringen. In vielen Kontexten werden Frauen zwar zunehmend ermutigt, an Besprechungen teilzunehmen (häufig im Rahmen von Quoten- oder Schulungsprogrammen), doch werden ihre Stimmen in diesen Foren oftmals nicht wahrgenommen. Ihre Freiwilligentätigkeit kann ihre ohnehin schon hohe Arbeitsbelastung sogar noch weiter steigern und zu häuslichen Spannungen führen, wenn ihre Haushalts- und Fürsorgeaufgaben nicht erfüllt werden, weil sie sich außerhalb des häuslichen Bereichs engagieren. Trotz vielfältiger Programme zur Förderung ihrer Mitsprache und

Partizipation, insbesondere innerhalb formeller Governance-Strukturen, wird übersehen, welche erheblichen Schranken der effektiven Partizipation von Frauen entgegenstehen. Hierzu gehören unter anderem Analphabetismus oder Mangel an Bildung, mangelnde Mobilität zur Teilnahme an Besprechungen, die Kontrolle des Mannes über ihre Bewegungen und ihre Geldmittel, Armut sowie die geschlechterbedingte Diskriminierung von Frauen, die in den meisten Ländern im häuslichen Bereich beginnt und bis in das Parlament hinein reicht.<sup>68</sup>

Das Freiwilligenwesen ist geschlechtshierarchisch gegliedert, ebenso wie auch die Räume, in denen Frauen Freiwilligendienste leisten. Unlängst veröffentlichte Daten aus Deutschland zeigen, dass Frauen es immer noch schwerer haben als Männer, in formelle Räume der Freiwilligenarbeit hinein vorzudringen, weil diese geschlechtshierarchische Strukturen fortzusetzen scheinen. Es fällt ihnen unter Umständen leichter, in informellen Räumen Fuß zu fassen, die flexibel und zugänglich sind.<sup>69</sup> Haben die Frauen sich erst einmal in diesen Räumen freiwillig engagiert, gehen einige von ihnen zu formeller Freiwilligenarbeit über. Dies entspricht auch den in anderen Teilen der Welt gemachten Erfahrungen.

Menschen mit Behinderungen oder Menschen aus niedrigen Kasten oder Klassen, Slumbewohner und andere Randgruppen engagieren sich oft freiwillig, um im Verbund mit nichtstaatlichen Organisationen und (ebenfalls von Freiwilligen geführten) Netzwerken gemeinsam das Ziel zu verfolgen, sich in der öffentlichen Wahrnehmung sichtbar zu machen und ihre Ausgrenzung als Anliegen vorzutragen. Freiwillige aus diesen und vielen anderen oft ausgegrenzten Gruppen engagieren sich mit breitgefächerten Ansätzen, um Probleme der Governance anzugehen. Viele arbeiten darauf hin, in die politische Debatte einbezogen zu werden und Wege zu finden, sich Gehör zu verschaffen und in Kontexten zu partizipieren, in denen sie bislang auf Diskriminierung und Ablehnung stoßen. Freiwilligenarbeit kann ein wichtiger Schritt auf dem Weg dazu sein, Selbstvertrauen zu bilden und Anerkennung zu fordern, auf die, wenn sie

einmal erreicht sind, Partizipation und Mitsprache folgen können. „[Freiwilligenarbeit] eröffnet entrechteten Gruppen die Chance, sich wieder in reguläre Aktivitäten einzubringen, wenn es ihnen gelingt, die erfahrenen Hindernisse zu überwinden. Unabhängig davon, ob sie ein Akt der Nächstenliebe oder ein Mittel zur Stärkung der Selbstbestimmung ist, kann Freiwilligenarbeit als wirkungsvolles Instrument der sozialen Inklusion dienen.“<sup>70</sup>

Ein beträchtlicher Teil der Freiwilligenarbeit weltweit wird von religiösen Einrichtungen organisiert und betrieben, darunter auch governancebezogene Arbeit u.a. zu Themen wie Frieden, soziale Gerechtigkeit, Ungleichheit und Klimawandel. Viele dieser Einrichtungen rufen dazu auf, Geld und Zeit für benachteiligten oder schwerwiegenden Rechtsverletzungen ausgesetzte Menschen zu spenden.

In restriktiveren Kontexten lernen die Freiwilligen, „unter dem Radar“ zu arbeiten, und können Fortschritte dabei erzielen, Akteure rechenschaftspflichtig zu machen und sie für Governancedefizite zur Verantwortung zu ziehen. Die Fallstudien zeigen, dass der Entwicklungsfortschritt am größten ist, wenn Freiwillige im Verbund mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren und häufig in Zusammenarbeit mit Regierungen oder anderen Akteuren dort tätig werden, wo sie teilhaben und dazu beitragen können, eine rechenschaftlichere, reaktionsbereite Governance herzustellen bzw. einzufordern.

## DER ANALYSERAHMEN - SÄULEN, EBENEN UND RÄUME

### Säulen

Nach einem Blick auf die verschiedenen Bestandteile guter Governance – darunter Mitsprache und Partizipation, Rechtsstaatlichkeit, Transparenz, Reaktionsbereitschaft, Gerechtigkeit und Rechenschaftlichkeit – befasst sich der Bericht mit den belegten Beiträgen der Freiwilligenarbeit zu Mitsprache und Partizipation, Rechenschaftlichkeit und Reaktionsbereitschaft.

## Ebenen

Wo und wie sich Freiwillige engagieren können, variiert auf lokaler, nationaler und globaler Ebene sowie in verschiedenen Gesellschaften und Gemeinschaften beträchtlich. Diejenigen, die auf lokaler Ebene tätig werden, sind häufig in ihrer eigenen Gemeinschaft verwurzelt und befassen sich mit Fragen der Governance, die ihren Alltag und den ihrer Familie direkt betreffen. Auf nationaler Ebene ist vor allem um das Verhältnis zwischen dem Staat und seinen Bürgern und zu verschiedenen anderen Governanceakteuren angesprochen, die die staatliche Politik und Praxis mitgestalten, wie der Privatsektor, religiöse Organisationen und multinationale Unternehmen. Auf globaler Ebene richten sich die Aktionen von Freiwilligen in Abwesenheit einer Weltregierung oder eines festen Governancesystems auf die Auseinandersetzung mit der von einer Vielzahl von Akteuren mit jeweils unterschiedlichen Rechenschaftspflichten ausgeübten Governance. Auf dieser Ebene sind unterschiedliche Formen der Organisation anzutreffen, darunter auch die verstärkte Nutzung sozialer Medien. Außerdem gehen die Freiwilligen häufig Bündnisse mit internationalen nichtstaatlichen Organisationen und anderen Interessenträgern ein.

Unterschiede bestehen zwischen vielen der auf den einzelnen Ebenen angesprochenen Problemkomplexen; zwischen denjenigen, die sich engagieren können, vielfach auch zwischen den Strategien, wenngleich manche davon auf allen Ebenen gleichermaßen eingesetzt werden. Es ist jedoch wichtig zu erkennen, dass Freiwillige bisweilen von einer Ebene zu einer anderen wechseln können, ebenso wie sich auch ihre Arbeit auf verschiedene Säulen der Governance zugleich richten kann.

## Räume

Die Forschung hat den Begriff der „Räume“ geprägt, um besser analysieren zu können, wer wo und wann und unter welchen Zugangs- und Interaktionsregeln partizipieren kann. Entwickelt hat dieses Konzept das britische Institute of Development Studies (IDS; Institut für Entwicklungsstudien) speziell im Hinblick auf geschlossene Räume sowie Räume des erwünsch-

ten und eingeforderten Engagements, jeweils geprägt durch die Machtverhältnisse, durch die die Grenzen und Möglichkeiten in jedem Raum bestimmt werden.<sup>71</sup>

■ *Geschlossene Räume.* Viele Räume der Entscheidungsfindung sind geschlossen; in diesen gelten festgelegte Zugangsregeln, denen nur bestimmte Menschen entsprechen. Die Entscheidungsfindung ist der Elite vorbehalten und erfolgt, ohne dass es überhaupt notwendig wäre, auch nur den Anschein umfassenderer Konsultation oder Beteiligung zu erwecken. Die Bemühungen im Rahmen der Freiwilligenarbeit konzentrieren sich auf die Öffnung solcher Räume durch die Forderung nach mehr Rechenschaft, Transparenz, Information und Einbeziehung der Öffentlichkeit. In geschlossenen Räumen können die Freiwilligen herausfordern, als Sachverwalter aufzutreten und Kampagnenarbeit leisten, werden aber nur selten zur Partizipation eingeladen.

■ *Räume erwünschten Engagements.* Im Hinblick auf vermehrte Partizipation laden die Governanceakteure – häufig in eigens dazu geschaffenen Räumen – Bürger oder Begünstigte zur Partizipation ein. In diesen Räumen erwünschten Engagements können die Freiwilligen zu den von den Einladenden festgelegten Bedingungen partizipieren. Diese Räume können Benutzergruppen, Foren der kommunalen Selbstverwaltung, Ausschüsse zur Überwachung der Haushaltsausführung, kirchliche Gremien, Eltern-Lehrer-Verbände usw. umfassen. Dabei kann es sich um institutionalisierte und ständig bestehende oder vorübergehende bzw. einmalige Einrichtungen handeln. Mittels festgelegter Kriterien wie Bildung, verwendete Sprache, Besprechungszeiten und Kontrolle über das Verfahren können sie Menschen einschließen oder ausschließen. Aus der Forschung geht hervor, dass Räume erwünschten Engagements durch fortlaufend erhobene Forderungen von Aktivisten, Gemeinschaftsgruppen, nichtstaatlichen Organisationen und sozialen Bewegungen offen gehalten werden müssen. Einige Räume sind inklusiv und einladend ge-

genüber ausgegrenzten Menschen, andere werden mitunter von der lokalen Elite – in der Regel Männern aus der herrschenden Kaste/Klasse oder religiösen Gruppe – dominiert.

- *Eingeforderte Räume.* Mit weniger Macht ausgestattete Akteure können informell über soziale Bewegungen und Gemeindeverbände oder organisch (z. B. wenn Menschen freiwillig zusammenkommen, um zu debattieren, zu diskutieren und/oder Widerstand zu leisten Räume einfordern oder schaffen. Geschaffene Räume sind wichtig für die Entwicklung und den Aufbau neuer Bereiche und bieten Gelegenheiten für Partizipation. Sie können zu kollektiven Maßnahmen führen und die Menschen dazu mobilisieren, dringende Bedürfnisse und Rechte innerhalb ihrer eigenen Kontexte und Gemeinschaften zu thematisieren. Hierbei entwickelte Fähigkeiten und Erkenntnisse können später oft dazu genutzt werden, innerhalb der Räume erwünschten Engagements tätig zu werden, oder die Menschen befähigen, über die lokale Ebene hinaus Kampagnen zu führen und Netzwerke aufzubauen.

Die Partizipation in verschiedenen Räumen ist unverzichtbar dafür, dass die Ausgegrenzten ihre Stimme finden und erheben, ihr Selbstvertrauen aufbauen und sich aktiv an Prozessen beteiligen können, die sie direkt betreffen. „Die radikalen Definitionen von Partizipation als

Plattform für bürgerschaftliches Handeln stellen nicht nur die Beteiligung der Gemeinschaft an den Prozessen der lokalen Entwicklung in den Vordergrund, sondern fordern auch, dass die soziale Entwicklung in Bezug auf Rechte, Macht, Handlungsfähigkeit und Mitsprache zu der substantiellen Ermächtigung der Mitglieder der Gemeinschaft führt.“<sup>72</sup>

Da Freiwillige als wichtiger Bestandteil der umfassenderen Zivilgesellschaft verstanden werden, wird die Begrenzung oder die Schließung der Räume für Partizipation und Mitsprache sowie für die Aushandlung eines Rechenschaftsverhältnisses zwangsläufig dazu führen, dass sie sich weniger einbringen und beteiligen können. Bei der Behandlung der Räume und dessen, was Freiwillige für sich selbst tun können, hebt die Forschung hervor, dass Freiwilligenarbeit allein in der Regel keine großen Veränderungen bewirken kann.<sup>73</sup> Zahlreiche weitere Faktoren sind für den Erfolg ausschlaggebend, darunter eine umfassendere förderliche Politik, eine reaktionsbereite Bürokratie und reddegewandte, untereinander gut koordinierte Menschen. Partizipation und Mitsprache, wenngleich unerlässlich, reichen nicht aus, um die Governance-Regeln und -Mechanismen zu ändern – dazu bedarf es einer reaktionsbereiten Regierung. Ein förderliches Umfeld ist entscheidend, ebenso wie starke Partnerschaften und Bündnisse mit anderen nichtstaatlichen Akteuren auf verschiedenen Ebenen.

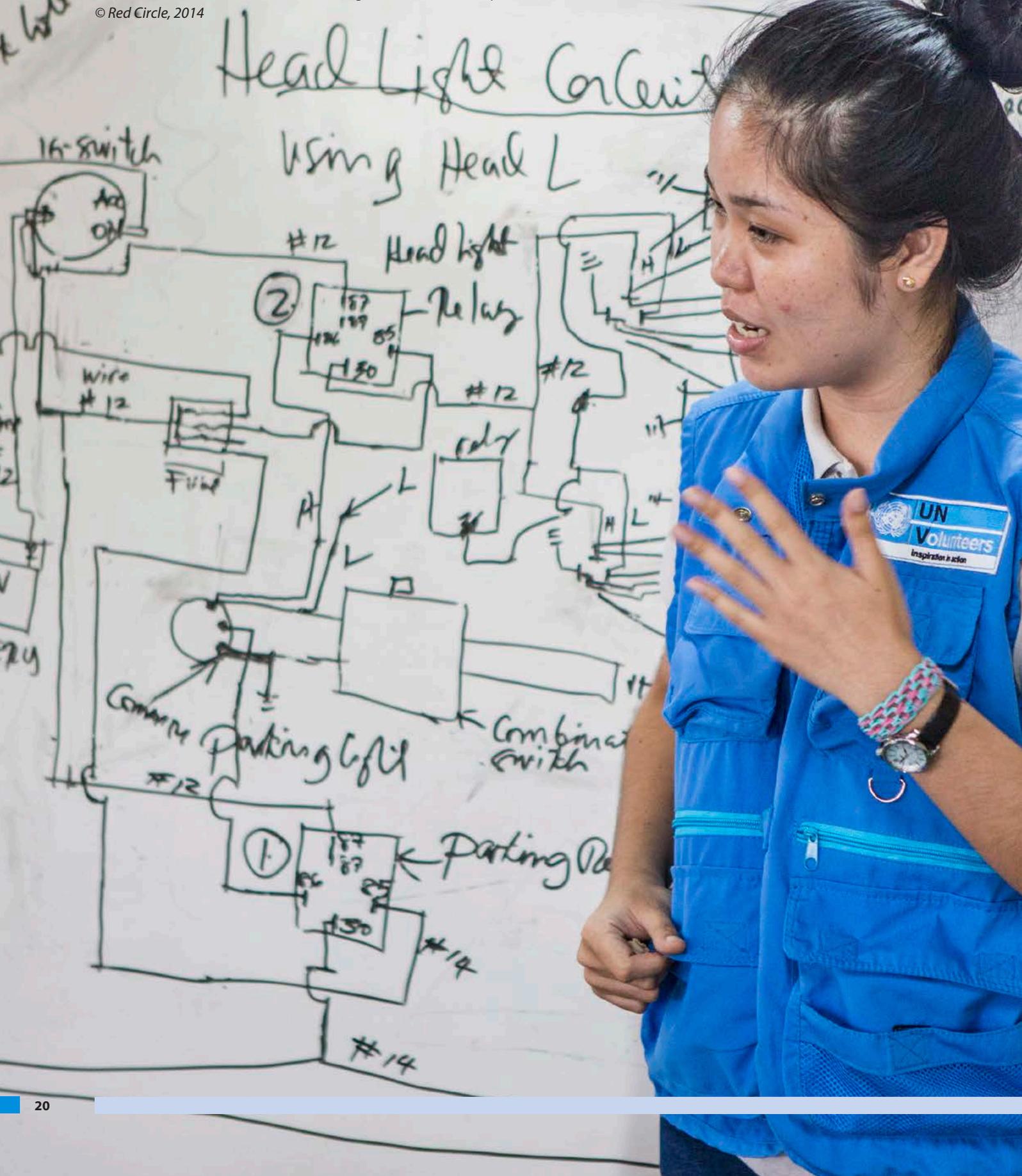
---

**Die  
Partizipation in  
verschiedenen  
Räumen ist  
unverzichtbar  
dafür, dass die  
Ausgegrenzten  
ihre Stimme  
finden und  
erheben  
können**

---

Als Teil der von UNDP gewährten Unterstützung für Nachsorge und Resilienz im Anschluss an den Taifun Yolanda in der Visayas-Region der Philippinen betreuten ein internationaler Freiwilliger der Vereinten Nationen für Existenzgrundlagen und Sachverständiger für kleine und mittlere Unternehmen und 19 nationale VN-Freiwillige, die als Beobachter vor Ort fungierten, das UNDP-Programm ‚Geld-für-Arbeit‘. Dieses Bild zeigt die UNV-Beobachterin Jeline Pearl Cabuenas bei der Unterstützung der von der Katastrophe betroffenen Menschen.

© Red Circle, 2014



A person wearing a blue vest and a white t-shirt is seen from the side, looking out a window. The window shows a bright, hazy outdoor scene. The person's arms are crossed.

# 2

## Wirkung der Freiwilligenarbeit auf lokaler Ebene

*„Seit meiner Entlassung glaube ich mehr denn je, dass die wahren Weltveränderer die einfachen Männer und Frauen unseres Landes sind; ihre Einflussnahme auf jede Zukunftsentscheidung ist der einzige Garant echter Demokratie und wahrer Freiheit.“ Nelson Mandela<sup>74</sup>*

Freiwillige auf der ganzen Welt werden auf lokaler Ebene aktiv, um die Fragen anzugehen, die ihr Leben und ihre Gemeinschaften unmittelbar berühren. Auf dieser Ebene haben Governance-Entscheidungen die unmittelbarsten Auswirkungen auf einzelne Menschen und Gemeinschaften. Auf dieser Ebene arbeiten in Gemeinschaften weltweit Millionen Freiwillige daran, die Fragen anzugehen, die sie am stärksten berühren und die ihren Alltag prägen. Bei einem Großteil ihrer Arbeit geht es darum, die Erbringung von Dienstleistungen zu gewährleisten und zu unterstützen, die lückenhaft oder unzureichend sind und die Ärmsten nicht erreichen; zum Teil ist sie auch darauf gerichtet, sich zu organisieren, um Rechte zu fördern, so etwa das Recht darauf, keine Gewalt (insbesondere gegen Frauen und Kinder) zu erfahren, das Recht auf Existenzsicherung und Grundversorgung oder das Recht auf Anhörung. Mit einer Fülle von Maßnahmen werden Normen und Einstellungen infrage gestellt und erweitert, um einen Wandel zu ermöglichen. Durch andere wird von den Governanceakteuren, deren Entscheidungen das Leben anderer prägen, vermehrte und bessere Rechenschaftlichkeit verlangt.

Dieses Kapitel befasst sich damit, wie Freiwillige, von denen viele in den Gemeinschaften leben und arbeiten, in denen sie sich ehrenamtlich betätigen, vorgehen, um Governance auf lokaler Ebene zu beeinflussen. Es stellt dar, wie Freiwillige in einer breiten Vielfalt von Räumen und zu einer Vielzahl von Fragen, die den lokalen Kontext und die lokale Erfahrungswelt berühren, ihr Recht auf Mitwirkung an Entscheidungen ausüben. Es stellt ferner dar, wie eng die Kommunen teilweise mit Freiwilligen zusammenarbeiten und wie stark sie darauf bauen, dass diese bestimmte Dienstleistungen erbringen oder verbessern, marginalisierte Gruppen erreichen oder schwierige Fragen angehen. Die Geschichten dieser Freiwilligen werden allzu oft nicht gehört und analysiert, weil ihre Arbeit vielfach informell und lokal stattfindet.

Die Freiwilligen üben ihr Recht darauf, angehört zu werden, auf lokaler Ebene auf unterschiedliche und mitunter innovative Weise aus. Einige Freiwillige arbeiten gemeinsam mit lokalen Verwaltungseinrichtungen in formellen Räumen „erwünschten Engagements“, die von der Regierung geschaffen wurden, um die lokale Bevölkerung in Entscheidungsprozesse einzubinden. „Subnationale Institutionen gehören zu den wichtigsten Instrumenten, um es Armen, Frauen und Minderheiten zu ermöglichen, an der Entwicklung ihrer Gemeinschaften mitzuwirken

und die für ihr Leben unmittelbar relevanten Entscheidungsprozesse zu beeinflussen. Wichtige Chancen für die Partizipation von Armen, Frauen und Minderheiten an der Entwicklung ihrer Gemeinschaften finden sich in lokalen und regionalen Governance-Einrichtungen.<sup>75</sup>

In einigen Ländern werden Mitglieder lokaler Gemeinschaften dazu gewählt, an der Planung und Umsetzung von staatlich finanzierten Programmen auf Dorf- und lokal-regionaler Ebene mitzuwirken. Einige Länder haben Quoten, um

## TEXTRAHMEN 2.1. BEITRAG DER ZIVILGESELLSCHAFT

Als Forscherin und inzwischen auch in der praktischen Entwicklungsarbeit tätige Frau hatte ich das Privileg, in mehreren afrikanischen Ländern viele Frauen und Mädchen kennenzulernen. Dabei habe ich sowohl die Größe der Herausforderungen gesehen, denen Frauen im täglichen Leben gegenüberstehen, als auch die außerordentliche Kraft und Widerstandsfähigkeit, die sie entwickeln, wenn sie gemeinsam miteinander arbeiten und lernen und zur gegenseitigen Unterstützung ihre Stimmen erheben. Ich habe gesehen, wie sie ihre Zeit und Energie investierten, um sich zu treffen, zu lernen, einander zu unterstützen und an den sozialen Normen und Strukturen zu rütteln, die ihre Vulnerabilität und Ausgrenzung zementieren.

Bei einem Treffen in Kenia Anfang 2015 hörte ich den Bericht einer jungen HIV-positiven Frau, die einen frisch verwitweten Mann geheiratet hatte, in dem Glauben, dass die Verstorbene als Frau eines Mannes von Rang und Namen sicherlich nicht den Folgen von HIV erlegen war. Als sie schwanger wurde, wurde sie selbst mit HIV diagnostiziert, woraufhin ihr Mann sie verließ; sie war allein, verängstigt und hatte niemanden, an den sie sich wenden konnte. Sie hatte Selbstmordgedanken, vor allem weil HIV und Scheidung in ihrer Gemeinschaft mit Stigmatisierung und Scham behaftet sind. Sie war zutiefst verzweifelt, bis Freundinnen sich ihr in Solidarität zuwandten und ihr ihre eigenen Überlebensgeschichten erzählten. Sie sah, wie isoliert und verzweifelt auch andere Frauen sind, und erkannte, wie wichtig es ist, untereinander Erfahrungen auszutauschen und sich gegenseitig zu unterstützen. Obwohl sie damit wegen einer möglichen Ko-Infektion mit Tuberkulose selbst gesundheitliche Risiken einging, begann sie, andere Frauen zu besuchen, denn: „Wer sonst, wenn nicht wir?“ Sie bringt Frauen Hoffnung, kennt und versteht aber auch ihre Gesundheits- und sonstigen Probleme.

Durch diese Besuche lernen die Frauen die sozialen Normen verstehen, die ihr Leben und ihre Entscheidungen prägen und die sie so verwundbar machen. Vor Kurzem hat sie eine kleine NGO aufgebaut und nimmt als starke Fürsprecherin für Frauenrechte erneut hohe Risiken in Kauf. Durch die Arbeit in der Gemeinschaft hat ihr Selbstvertrauen zugenommen. Sie hat Kompetenzen entwickelt, und erhebt jetzt ihre Stimme in vielen öffentlichen Foren. Sie baut Netzwerke mit Frauen auf, damit diese anfangen können, sich von den Zwängen zu befreien, die für schlechte Gesundheit, Mangel an Entscheidungsfreiheit, geringe Bildung, Ausgrenzung und Stigmatisierung verantwortlich sind. Durch den zwischenmenschlichen Kontakt, durch Diskussionen und gemeinsames Tun lernen die Frauen, zu partizipieren und auf die Notwendigkeit von Veränderung hinzuweisen.

Quelle: Seri Wendoh, Koautorin eines Forschungsberichts über Gender Mainstreaming in Afrika (Wendoh und Wallace, 2006), Feministin und aktuell Beauftragte für Gender und Rechte beim Internationalen Verband für Familienplanung (International Planned Parenthood Federation – IPPF) mit Sitz in London

zu gewährleisten, dass auch Frauen und Minderheiten in diesen Foren vertreten sind. Darüber hinaus haben formelle gemeinwesengestützte Benutzergruppen auf den Gebieten Gesundheitswesen, Waldwirtschaft und Gemeindeplanung mehr Möglichkeiten zur Partizipation an Entscheidungsprozessen, durch welche die Rechenschaftlichkeit erhöht und die Dienstleistungserbringung effizienter gestaltet werden können. Ortsansässige Menschen haben dazu beigetragen, Institutionen und Führungsakteure rechenschaftlicher und reaktionsbereiter zu machen und die Erbringung von Dienstleistungen zu verbessern. In Brasilien hatte die Einbindung der Gemeinschaft in gesundheitspolitische Entscheidungen eine dramatische Verringerung der Kindersterblichkeit zur Folge.

Auch außerhalb dieser Räume erwünschten Engagements fordern die Freiwilligen größere staatliche Rechenschaftlichkeit und Reaktionsbereitschaft. Mitunter werden sie innerhalb der formellen Governance-Systeme tätig, um für neue und verbesserte Rechenschaftsmechanismen und eine bessere Dienstleistungserbringung einzutreten (etwa die von Freiwilligen vorgenommene Überwachung der Dienstleistungen, die von der Regierung Bangladeschs für weibliche Gewaltopfer bereitgestellt werden).

Auf lokaler Ebene organisieren sich Freiwillige informell, um Fragen anzugehen, die sie unmittelbar berühren. Beispielsweise setzen sich Freiwillige für die Prävention von HIV/Aids und Ebola sowie für die Pflege und Betreuung der davon betroffenen Menschen ein und bieten nicht nur praktische Unterstützung, sondern stellen auch die Normen und Einstellungen infrage, die dafür verantwortlich sind, dass diese Krankheiten weiter fortbestehen. Ebenso machen Freiwillige mobil, um die Einstellung von Männern zu Gewalt in vielen Gemeinschaften weltweit zu verändern, um die Rechte der Kinder zu fördern, bessere Beziehungen zu formellen Dienstleistern aufzubauen und den Zugang zu Bildung, Gesundheit und anderen Dienstleistungen zu erhöhen. Durch öffentliche Straßenproteste bekundeten die Freiwilligen ihre Unzufriedenheit mit der Governance, der mangelnden Achtung der Bürgerrechte oder der

Ausbeutung der natürlichen Ressourcen auf eine Weise, die Menschen in ihren Gemeinschaften als Bedrohung ihrer Existenzgrundlagen erfahren.

Der Partizipation auf lokaler Ebene steht eine Fülle von Herausforderungen entgegen. In einigen Gesellschaften gibt es Gruppen oder Personen (z. B. Frauen), die es aufgrund ihrer Sozialisation nicht gewohnt sind, ihre Stimme zu erheben oder in Räumen erwünschten Engagements und in traditionellen Räumen zu partizipieren.<sup>76</sup> Manche Gruppen werden unter Umständen vorwiegend ausgeschlossen. Die Räume, in denen das Engagement von Freiwilligen erwünscht ist, können auch von der Elite – Personen oder Gruppen mit besserer Bildung, besserem Zugang zu wirtschaftlichen Ressourcen oder besseren Beziehungen zu Entscheidungsträgern – dominiert werden. Die Macht weniger einflussreicher Gruppen kann durch versteckte Hierarchien und soziale Normen beschränkt werden. Dennoch gibt es Erfolgsgeschichten, die zeigen, dass kollektive Aktivitäten in informellen Räumen, wie Müttergruppen oder Online-Foren, Menschen die Werkzeuge, die Kenntnisse und die kollektive Kraft verleihen können, sich auch in formelleren Räumen der Entscheidungsfindung zu engagieren und die Machttäger zu veranlassen, die Stimmen der Ausgegrenzten zu hören und anzunehmen.

Die lokalen Regierungen stehen den Bedürfnissen der Freiwilligen nicht immer aufgeschlossen gegenüber und können sie mitunter sogar untergraben. So zum Beispiel kämpfen indigene Gruppen in vielen Ländern angesichts einer staatlichen Politik, die dem Ressourcenabbau oder der wirtschaftlichen Expansion Vorrang einräumt, um den Schutz ihrer Umwelt. In solchen Fällen fordern die Freiwilligen häufig vorhandene Räume ein, um Macht auszuüben und von ihren Mitspracherechten Gebrauch zu machen. Die nationale Vereinigung der Landfrauen und Indigenas von Chile (Asociación Nacional de Mujeres Rurales e Indígenas – ANAMURI) nutzt nationale und globale Bündnisse mit anderen indigenen und campesino - Bewegungen, um an Wirksamkeit zu gewinnen und die kulturellen Normen zu verändern, die dazu geführt haben, dass ihre Bedürfnisse vernachlässigt wurden.<sup>77</sup>

---

**Die  
Freiwilligen-  
arbeit auf  
lokaler Ebene  
erweist sich  
als Ressource  
zur Sicherung  
und Aufrecht-  
erhaltung von  
Mitsprache und  
Partizipation,  
Rechenschaft-  
lichkeit und  
Reaktions-  
bereitschaft**

---

Dieses Kapitel enthält kontextuell geprägte Beispiele der Freiwilligenarbeit in allen drei Arten von Räumen – in geschlossenen Räumen, in Räumen erwünschten Engagements und in eingeforderten Räumen. Über Freiwillige, die in staatlich geschaffenen Räumen erwünschten Engagements tätig sind oder mit formellen Freiwilligen, nationalen und internationalen nichtstaatlichen Organisationen und anderen Organisationen wie den Vereinten Nationen zusammenarbeiten, liegt eine größere Fülle zugänglicher Informationen vor. Aufgrund sprachlicher Barrieren, unzureichender Zugänglichkeit und mangelnder schriftlicher Aufzeichnungen wird Freiwilligenarbeit häufig nicht erkannt und erfasst. Das bedeutet jedoch nicht, dass sie von geringerer Bedeutung ist. Dies wird belegt durch ein riesiges Mosaik von Aktionen, mit denen die Freiwilligen mit Regierungen und anderen mächtigen Akteuren ins Gespräch kommen wollen, um ihnen zu helfen, ihren Verpflichtungen in Bezug auf Basisdienstleistungen nachzukommen, auf lokale Bedürfnisse einzugehen und der Forderung nach größerer Rechenschaftlichkeit zu entsprechen. Damit erweist sich die Freiwilligenarbeit auf lokaler Ebene als Ressource zur Gewährleistung und Aufrechterhaltung von Mitsprache und Partizipation, Rechenschaftlichkeit und Reaktionsbereitschaft.

#### **EINFLUSSNAHME AUF DIE ENTSCHEIDUNGSFINDUNG DURCH PARTIZIPATION**

An den seit den 1980er Jahren vor allem in Afrika, Asien und Lateinamerika zu verzeichnenden Trends zur Dezentralisierung der Macht an die lokale Ebene lässt sich erhöhte Aufmerksamkeit für lokale Governance und partizipative lokale Governance-Strategien erkennen.<sup>78</sup> Weltweit haben sich neue formelle Räume gebildet, die es den Bürgern gestatten, auf lokaler Ebene an politischen Prozessen mitzuwirken.<sup>79</sup> Der Zugang zu diesen Räumen und der Grad der Einbindung und des Einflusses von Freiwilligen in diesen Foren variieren stark und hängen davon ab, wie das kommunale Verwaltungssystem beschaffen ist und welche Finanzierungs- und Entscheidungsbefugnisse es hat.

#### **Partizipation in Räumen erwünschten Engagements**

Konkrete Beispiele für regierungsseitig erweiterte Governance-Räume sind die Ausschüsse für Dorfentwicklung in Nepal und das Management der Mittel für Dorfplanung und Gemeinwesenentwicklung in Kenia und Uganda. Derartige Dialogmechanismen geben den Verwaltungen (und anderen Governance-Organen) praktische Mechanismen an die Hand, mit deren Hilfe sie eine Beziehung zu den Bürgern herstellen und mit ihnen direkt interagieren können. Mitunter bieten diese Räume Freiwilligen die Gelegenheit, die Politik und Praxis der Erbringung von Dienstleistungen mitzugestalten und die Umsetzung zu überwachen. Beispielsweise gilt in der Umwelt-Governance die gemeinwesengestützte Bewirtschaftung des Waldes zunehmend als förderlich für die Verbesserung der Entwicklungsergebnisse; wenn also „die Waldbewirtschaftung lokal initiiert wird und sich in lokaler Hand befindet, können die Gemeinschaften nachweislich auf die forstwirtschaftliche Governance der Zukunft ausgerichtete effektive, adaptive Forstwirtschaftsmethoden umsetzen.“<sup>80</sup> In Brasilien, wo Zehntausende von Freiwilligen über lokale Gesundheitsräte an der Verbesserung der Gesundheitsversorgung mitwirken und Einfluss auf die Gesundheitspolitik nehmen können, ist die Sterblichkeitsrate stark zurückgegangen.<sup>81</sup>

Diese Mechanismen sollen die Entwicklung von der Basis aus fördern, indem sie Räume erwünschten Engagements schaffen, in denen die örtliche Bevölkerung ihre Stimme erheben und Einfluss auf Entscheidungen nehmen kann, die sie am unmittelbarsten betreffen. Allerdings kann der potenzielle Einfluss von lokalen Räumen erwünschten Engagements, z. B. gemeinwesengestützter Gruppen für die Waldnutzung oder lokaler Gesundheitsräte, durch viele Faktoren eingeschränkt werden. Dazu gehören ein Mangel an Vertrauen zwischen Bürgern und Regierungen, mangelnde Transparenz und Rechenschaftlichkeit, die Nichtbeachtung verfassungsmäßiger Rechte und eine starke Zentralisierung der Entscheidungsfindung.



## TEXTRAHMEN 2.2. **STIMMEN VON FREIWILLIGEN:** EINE ABGEORDNETE DES PANCHAYAT

Das Development Research Centre on Citizenship, Participation and Accountability (Zentrum für Entwicklungsforschung über Bürgerschaft, Partizipation und Rechenschaftlichkeit) in Indien berichtet über ein Interview mit einer Abgeordneten des Panchayat (eines kommunalen Selbstverwaltungsorgans):

„Ich weiß nur, dass ich ein Mitglied bin, nichts weiter. Angehörige der Familie sagten, dass ein Platz für Frauen reserviert sei. Du fichtst die Wahl an, wir kümmern uns um den Rest. Ich frage, warum sie dann die Wahl angefochten habe. Ihre Stimme wird brüchig: „Meine Verwandten haben darauf bestanden, aber wissen Sie, es ist so demütigend. Alle diese Frauen machen sich ständig über mich lustig und sagen, ich sei im Panchayat nicht mehr als eine Tagelöhnerin.“<sup>82</sup>

Darüber hinaus können diese partizipativen Mechanismen bereits bestehende Ungleichheiten in der Gemeinschaft verstärken, wenn nichts getan wird, um Probleme des Zugangs- und Machtgefälles zu beheben. In ausgeprägt patriarchalischen Kulturen und bei geschlechtshierarchischen sozialen Normen mangelt es Frauen unter Umständen an Macht, sich gegenüber Männern durchzusetzen, um Einfluss auf Entscheidungen zu nehmen, selbst wenn ihre formelle Repräsentation bei der Entscheidungsfindung eigentlich durch relative oder feste Quotenregelungen gewährleistet ist. Für Frauen kann es schwierig sein, die Zeit zu finden oder auch nur die Erlaubnis zum Verlassen ihres Heims zu erhalten, um an lokale Entscheidungsträger heranzutreten. Und selbst wenn sie Zugang zu diesen Räumen erhalten, sind sie möglicherweise dennoch nicht in der Lage, sich Gehör zu verschaffen – oder ihre Ansichten werden ignoriert. Ebenso kann es Menschen aus marginalisierten Gruppen, z. B. Angehörige einer niedrigen Kaste, Menschen mit geringem wirtschaftlichem Status oder geringer Bildung schwer fallen, Gehör zu finden, was bedeutet, dass die lokalen Foren von denjenigen beherrscht werden, die mehr Macht und Ressourcen besitzen. Dies kann dazu führen, dass die Menschen aufgeben und sich machtlos oder sogar gedemütigt fühlen (Textkasten 2.2).

Führen diese Partizipationsmöglichkeiten also wirklich zu Machtverschiebungen und Veränderungen in Bezug auf soziale Ausgrenzung und Ungerechtigkeit? Oder dienen sie nur zur Legitimation des Status quo? Viel Beispiele belegen,

dass Freiwillige eine positive Wirkung erzielen, indem sie sich in Räumen erwünschten Engagements auf kommunaler Ebene engagieren und verschiedene Strategien verfolgen, um Zugang zu geschlossenen Räumen zu erhalten. Diese Erfolge können davon herrühren, dass Organisationen Freiwillige gezielt mobilisieren, um – wie in Nepal – Fragen der Governance anzugehen. Oder solche Organisationen wachsen organisch, wie bei Frauengruppen an Orten wie Uttarakhand in Indien, in dem Maße, wie bei Freiwilligen aus einem Gemeinwesen das Bewusstsein und die Entschlossenheit entsteht, sich in diesen Räumen Gehör zu verschaffen, und sie das dafür notwendige persönliche Handwerkszeug und eine kollektive Stimme entwickeln.

### Hilfe für Frauen in Nepal, sich zu engagieren

2007 legte die nepalesische Übergangsverfassung eine Frauenquote von 33% in allen kommunalen Verwaltungsgremien fest. Dazu gehören Ausschüsse für Dorfentwicklung – zuständig für die Ortsplanung – und die Schaffung von Partnerschaften zwischen Gemeinwesen und dem öffentlichen Sektor. Darüber hinaus sollen 10% der Mittel, die den Ausschüssen zur Verfügung stehen, für Frauen und Mädchen veranschlagt werden.

In Wirklichkeit ist der Anteil von Frauen in diesen lokalen Gremien jedoch extrem gering, und selbst wenn weibliche Freiwillige einen Sitz darin haben, wenden sie sich kaum je gegen Entscheidungen, die Mittel aus dem Gender-Budget für andere Entwicklungsprojekte umzuwidmen.

Um ausbleibenden Fortschritten entgegenzuwirken, haben internationale Freiwillige<sup>83</sup> und ihre Partner aus einer lokalen Frauenorganisation im Westen des Landes Führungsschulungen veranstaltet, die den Frauen helfen sollen, ihre Anliegen vorzutragen, mit einer gemeinsamen Stimme zu sprechen und das Bewusstsein zu entwickeln, dass das, was sie zu sagen haben, wichtig ist. Sie arbeiteten nicht nur mit lokalen Freiwilligen zusammen, die bereits in lokalen Governance-Foren partizipieren, sondern mit der Gemeinschaft, die sie darüber aufklären, dass Politik nicht nur Männern vorbehalten ist und Frauen in der lokalen Governance eine wichtige Rolle zukommt. Die internationalen Freiwilligen redeten auch mit männlichen Amtsträgern – von denen viele nichts von der Frauenquote wussten –, um sie über die Vorteile einer aktiven Partizipation der Frauen aufzuklären.

Dank dieser Schulungen beginnen Frauen, in nepalesischen Verwaltungsgremien mitzusprechen. Die Menschen wollen außerdem dafür sorgen, dass die Ressourcen gerechter und den lokalen Bedürfnissen entsprechend verteilt werden. In einem Dorfentwicklungsausschuss baten die Frauen darum, dass ein Teil der Haushaltsmittel für Krankenträger verwendet wird, die bei Entbindungen eingesetzt werden sollen; in einem anderen Dorf haben die Frauen für die Aufnahme der Probleme der häuslichen Gewalt und des Alkoholmissbrauchs auf die Tagesordnung gesorgt.<sup>84</sup>

Wenn sich Menschen in Räumen erwünschten Engagements effektiv einbringen können, lassen sich weitreichende Ergebnisse erzielen. Wie unten dargestellt, kann es die Einbeziehung marginalisierter Gruppen in die Entscheidungsfindung gestatten, die Bedürfnisse spezifischer Gruppen in den Entwicklungsagenden besser zu berücksichtigen und Ressourcen wirksamer und ausgewogener zu verteilen, wodurch die Governance-Einrichtungen größere Bürgernähe gewinnen. Ferner kann Partizipation beginnen, insoweit einen Wandel im sozialen Beziehungsgeflecht herbeizuführen, als tief verwurzelte soziale Normen hinterfragt und neu bewertet werden.

### Frauen aus Uttarakhand engagieren sich in formellen Governance-Strukturen

In Uttarakhand begannen einheimische Frauen, sich innerhalb formeller Governance-Strukturen zu engagieren, nachdem sie durch die Mitwirkung an lokalen Freiwilligentätigkeiten neue Kompetenzen, Kapazitäten und Kenntnisse und nicht zuletzt die Fähigkeit entwickelt hatten, sich kollektiv zu organisieren.<sup>85</sup> Sie begannen damit, dass sie unterstützt von dem Uttarakhand Environmental Education Centre (Zentrum für Umwelterziehung von Uttarakhand – UEEC), einer gemeinwesengestützten Organisation, informelle Frauengruppen bildeten, um über den Betrieb und die Unterhaltung von Vorschulzentren (*balwadi*) zu diskutieren. Um diese Vorschulzentren herum entstanden in verschiedenen Dörfern weitere Gruppen, und schließlich spannte sich über sieben Bezirke von Uttarakhand ein informelles Netzwerk aus über 450 Gruppen. Ein (von dem Zentrum für Umwelterziehung gefördertes) grundlegendes Organisationsprinzip der Gruppen bestand darin, aus jeder Familie im Dorf eine Frau als Freiwillige zu integrieren, unabhängig von Kastenzugehörigkeit und wirtschaftlichem Status. Diese Gruppen wurden unter der Bezeichnung „whole village groups“ (Gruppen „das ganze Dorf“) bekannt, eine Bezeichnung, die hervorhebt, dass Frauen jeglicher Herkunft darin eingebunden sind.

Zunächst beschränkten sich die Diskussionen in den Gruppen „das ganze Dorf“ auf Schulbildung für Kinder, doch nach und nach entwickelten sich die Gruppen zu Foren, in denen auch andere Themen wie das nachhaltige Management lokaler Wald- und Wasserressourcen auf dem Programm standen. Als Freiwillige in diesen Gruppen begannen die Frauen, organisatorische Aufgaben zu übernehmen, Dialoge zu führen und Entscheidungen zu fällen. Der Umstand, dass an den Gruppen „das ganze Dorf“ Freiwillige aus allen Haushalten beteiligt waren, machte auch die Machtverhältnisse innerhalb des Dorfes zum Thema und erforderte Verhandlungen, Debatten und Konfliktbeilegung in Bezug auf Fragen wie die Gleichheit der Wasserverteilung unter den Dorfbewohnern.

Viele Gruppen „das ganze Dorf“ fanden später Eingang in formelle Governance-Strukturen und

in Wahlprozesse. Mehrere Frauen aus den Gruppen „das ganze Dorf“ wurden zu Mitgliedern des Ortsbezirksrats, Mitgliedern des Blockausschusses oder Vertreterinnen der Dorfgemeinschaft im Panchayat gewählt. Im Jahr 2006 stellten die Frauen zudem eine unabhängige Kandidatin für die Wahlen zur Staatsversammlung auf; sie nominierten eine Frau aus einer Familie unterhalb der Armutsgrenze und finanzierten die Kampagne mit landesweiten Spenden von Gruppen „das ganze Dorf“. Obwohl die Kandidatin nicht gewählt wurde, hat ihr Beispiel andere dazu bewegt, sich aktiver im Governance-System zu engagieren und sich damit vertraut zu machen, wie Wahlen vor sich gehen.

Indirekt konnten die Frauen über ihr freiwilliges Engagement in den Gruppen „das ganze Dorf“ ihr Selbstbewusstsein stärken, Kompetenzen erwerben und den Wunsch zur Veränderung ihrer Lebensumstände entwickeln. Dadurch haben sie die für eine Teilnahme an formellen Governance-Prozessen notwendigen persönlichen Fertigkeiten – z. B. Reden vor der Gemeinschaft – entfalten können, was ihnen das Selbstvertrauen gab, mit Regierungsvertretern und Autoritätspersonen zu sprechen und sich (in manchen Fällen) als Führungspersönlichkeiten zu behaupten. Gruppen „das ganze Dorf“ verleihen den Frauen zudem eine Plattform, von der aus sie mit dem Panchayat des Dorfes sowie den Bezirks- und Blockfunktionären interagieren können, um ihre Forderungen vorzubringen, kollektiven Druck auszuüben und manchmal sogar Kampagnen oder Demonstrationen vor staatlichen Institutionen zu veranstalten. Ferner wurden sie durch die Nutzung öffentlicher Räume im Dorf – ob für Versammlungen oder den Vortrag von Liedern (z. B. auf Festen oder Hochzeiten) – in der Öffentlichkeit aktiv und konnten so ihre Partizipation „normalisieren“. Indem sie soziale Normen auf indirekte, nicht konfrontative Weise hinterfragten, wurde gewährleistet, dass sie die männlichen Dorfbewohner nicht entfremdeten.

Die Frauen haben als kollektive Gruppe erkannt, dass sie Einfluss auf die Governance-Strukturen nehmen müssen, um die Entwicklungsagenda beeinflussen zu können. In einigen Fällen ha-

ben Freiwillige zu erhöhter Rechenschaftlichkeit bei der Erbringung staatlicher Dienstleistungen beigetragen, insbesondere im Bereich Bildung. Die Frauen haben ihre Stimme erhoben, um dafür Sorge zu tragen, dass staatlich geführte Zentren für kindliche Entwicklung eingerichtet werden, um gleichberechtigte, qualitativ hochwertige Kinderbetreuung zu gewährleisten. Im Fall schlecht geführter Schulen und abwesender oder leistungsunwilliger Lehrkräfte haben die Gruppen „das ganze Dorf“ zudem ihre Unzufriedenheit an die Regierungsfunktionäre herangebracht und die Schulregister einer monatlichen Prüfung unterzogen. Den Gruppen „das ganze Dorf“ ist es gelungen, Entwicklungsinitiativen an den lokalen Kontext anzupassen, beispielsweise indem sie den Bau einer Straße ablehnten, weil diese die Produktivität der landwirtschaftlichen Betriebe gesenkt oder das Wasserdargebot beeinträchtigt hätte.

Ein Mitarbeiter einer gemeinwesengestützten Organisation sagte über den Einfluss der Gruppen „das ganze Dorf“: „Heutzutage fragt jeder Regierungsbeamte, der die in das Dorf kommt, nach der Präsidentin der Gruppen „das ganze Dorf“, und nicht nach dem Dorfältesten (*gram pradhan*), weil er weiß, dass diese Frauen später Schwierigkeiten machen werden, wenn sie nicht gefragt werden.“<sup>86</sup>

Nepal und Uttarakhand in Indien zeigen, wie wichtig es ist, die oft unsichtbaren Machthierarchien zu berücksichtigen, die verhindern, dass die Armen und am meisten Marginalisierten ihre Stimme erheben und in formellen Governance-Räumen mitwirken können, selbst wenn ihre Anwesenheit in solchen Foren erwünscht oder gesetzlich vorgeschrieben ist.

Freiwillige sind auch wichtig bei der Realisierung von Entwicklungsprogrammen. Entwicklungsorganisationen wollen häufig die Einbindung der Gemeinschaft und die lokale Eigenverantwortung fördern, da sie wissen, dass ihre Programme sonst ohne Erfolg bleiben werden. Dadurch, dass sie die Dienstleistungserbringung gewährleisten, unterstützen und verbessern, gestatten die an diesen formellen Programmen beteiligten

Freiwilligen den Regierungen, ihre Verpflichtungen vermehrt in die Tat umzusetzen.

Beispiele hierfür sind etwa die Einführung von Schulspeisungsprogrammen,<sup>87</sup> der Aufbau mädchenfreundlicher Schulen und die Entwicklung von Müttervereinen, um das Bewusstsein für die Bedeutung der Bildung für Mädchen zu schärfen und Eltern zu ermutigen, ihre Kinder zur Schule zu schicken. Die Arbeit der von Freiwilligen geführten Müttervereine hat zur Steigerung der Einschulungsrate von Mädchen und Jungen und zur Erhöhung des Bildungsniveaus von Mädchen beigetragen.<sup>88</sup> Die Initiative der Vereinten Nationen für Mädchenbildung von 2011 baute auf dieser Arbeit auf, häufig informell in Dörfern, in denen die Frauen sich zusammenschließen, um ihre Töchter zur Schule zu bringen, sich um Schulabbrecher zu kümmern und Müttern den Wert einer Bildung nahezubringen. Die Kampagne „Meine Bildung, meine Zukunft“ wird durch lokale Partner umgesetzt, die in den Gemeinwesen mit Freiwilligen zusammenarbeiten.<sup>89</sup>

### Wasser-Governance im arabischen Raum

In zwölf arabischen Ländern liegt die durchschnittliche Wasserverfügbarkeitsrate pro Kopf unterhalb der von der Weltgesundheitsorganisation festgelegten Grenze, von der an ernsthafte Wasserknappheit besteht. Laut UNDP ist die Wasserkrise eine Governance-Krise: die Sicherheit der Wasserversorgung erfordert effektive Governance, gute Bewirtschaftungsgrundsätze und -verfahren und die Berücksichtigung der komplexen und sich schnell ändernden gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und ökologischen Gegebenheiten.<sup>90</sup> In letzter Zeit sind in Ägypten, Jemen, Jordanien, Libanon, Marokko, Oman und Tunesien lokale Interessengruppen und Nutzerverbände geschaffen worden. Manche Wassernutzergruppen sind über einen von unten nach oben verlaufenden Konsultationsansatz entstanden. Wenn die Behörden sich mit Freiwilligen, die diesen Gruppen angehören und normale Wassernutzer sind, konsultieren, kann dies für Inklusion, Transparenz und Rechenschaftlichkeit sorgen.

In den letzten Jahren wurden im Rahmen des Boden- und Grundwasserschutzprojektes unter

Mithilfe der deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) im jemenitischen Amranbecken mehrere auf Freiwillige gestützte Wassernutzergruppen gegründet. Eine davon – die Wa‘alah-Wassernutzergruppe – entstand im Jahr 2006. Die Gemeinschaft schloss sich zusammen, um dem Missbrauch des Grundwassers und die Erschöpfung der Grundwasserleiter zu verhindern. Dabei wurde festgestellt, dass vor allem Wasserlieferungen an andere Gebiete für den sinkenden Wasserspiegel verantwortlich waren. Man kam überein, nicht mehr zuzulassen, dass Wasser aus Brunnen an Tankwagen verkauft und in andere Gebiete geliefert wird. Die Gemeinschaft startete eine von jedem Brunnenbesitzer und Scheich unterzeichnete Petition, um eine neue, von der Kommunalverwaltung genehmigte Regelung (*markoum*) durchzusetzen. Die Nichteinhaltung des *markoum* wurde mit Geldbußen belegt. Die Gemeinschaft kam überein, diejenigen, die gegen diese Regelung verstoßen, anzuzeigen, um sie davon abzuhalten, zurückzukehren und erneut Wasser in andere Gebiete zu transportieren. Durch diese Vereinbarung konnten Konflikte zwischen den verschiedenen Stämmen in diesem Gebiet verhindert werden. Die Umsetzung des *markoum* erfolgte mithilfe von Freiwilligen aus der Gemeinschaft. Es wurde kein Wasser mehr mit Tankwagen aus diesem Gebiet entnommen, und der Wasserspiegel hat sich stabilisiert. Andere Wassernutzergruppen im Amranbecken haben sich auf die gleichen *markoum*-Regeln geeinigt.<sup>91</sup>

### Partizipation in Räumen eingeforderten Engagements

Die obigen Beispiele veranschaulichen, wie die Mobilisierung von Freiwilligen auf unterschiedliche Weise und durch verschiedene Arten von Partnerschaften mit anderen – lokal und international agierenden – Gruppen stattfindet. Außerdem zeigen sie die Bedeutung der eingeforderten Räume in lokalen Gemeinschaften, wenn es darum geht, den Stimmen am Rande der Gesellschaft Gewicht und Legitimation zu verleihen. Rosemary McGee formuliert dies so: „Die wichtigste ‚Governance‘-Schnittstelle und -Dynamik besteht häufig nicht zwischen Bürgern und Staat, sondern innerhalb der Bürgerschaft und innerhalb der Gemeinschaft.“<sup>92</sup>

Diese Erfahrung der Freiwilligenarbeit in informellen Räumen der Gemeinschaft kann dazu beitragen, dass Menschen das Selbstvertrauen und das Vermögen zur Partizipation entwickeln, ebenso wie auch die Kompetenzen, die Kenntnisse und das Handwerkszeug sowie die kollektive Stimme zur Einflussnahme auf die Governance und zur Abwehr politischen Drucks seitens dominanter Gruppen. Wie John Gaventa schreibt: „Die in einem Raum durch neue Kompetenzen, Kapazitäten und Erfahrungen gewonnene Kraft kann dazu verwendet werden, andere Räume zu betreten und zu beeinflussen.“<sup>93</sup>

Trotz Konflikten, Naturkatastrophen, Krankheit, schlechter Bildung und Wassermangel finden örtliche Gemeinschaften Wege, zu überleben und ihre Lebensbedingungen sogar zu verbessern. Viele arbeiten in eingeforderten Räumen, und in der Regel wird diese Arbeit nur lokal wahrgenommen. Wieder andere machen die Erfahrung, dass ihre Arbeit aufgegriffen und – manchmal durch externe Hilfe, einschließlich Finanzierung – unterstützt und ausgeweitet wird, allerdings oftmals nur für begrenzte Zeit.

Es sind die Freiwilligen auf dieser Ebene, die dauerhaft die Arbeit verrichten, die in so vielen Bereichen gebraucht wird: Sie ermutigen Mädchen über Müttervereine, zur Schule zu gehen, sie kämpfen gegen Gewalt in der Gemeinschaft, sie treten für bessere Verfahren im Gesundheitswesen und bei der Durchsetzung sexueller und reproduktiver Rechte ein und sie schärfen das Bewusstsein und verändern die Einstellungen und Überzeugungen in Bezug auf Gewalt gegen Frauen, die weibliche Genitalverstümmelung, HIV/Aids und Ebola. Die Arbeit, die sie dadurch leisten, dass sie mittels der Bereitstellung wesentlicher Dienstleistungen und einer grundlegenden Versorgung und Unterstützung an sozialen Normen rütteln, ist für die Bewältigung dringender und langfristiger Bedürfnisse unerlässlich.

Ein aktuelles Beispiel veranschaulicht, welche Wichtigkeit lokalen eingeforderten Räumen bei der Bekämpfung von HIV/Aids zukommt. Es stellt ferner dar, wie die in diesen Räumen entwickelten Kompetenzen und Erkenntnisse

zu Partizipation und Mitsprache auf weiter von der Heimat entfernten Schauplätzen – sogar auf internationaler Ebene – führen können. Es zeigt außerdem, wie schwierig es sein kann, sich auf höheren, formellen und einflussreicheren Entscheidungsebenen Gehör zu verschaffen und wie wenig Unterstützung vor Ort bereitgestellt wird, um die ausschlaggebend wichtige Arbeit des Personals und der Freiwilligen dort zu fördern und voranzubringen – 2015 kommen lediglich 3,6% der UNAIDS-Mittel der Arbeit auf kommunaler Ebene zugute.<sup>94</sup>

Die „Stepping Stones“-Initiative entstand aus der Arbeit einer Gruppe ugandischer Aktivistinnen, die die Auswirkungen von HIV/Aids in Uganda vor zwei Jahrzehnten selbst miterlebten. Unter der Leitung von Alice Welbourn,<sup>95</sup> einer qualifizierten und erfahrenen Entwicklungshelferin, die selbst HIV-positiv ist, wurde auf partizipativem Wege ein formelles Schulungsprogramm entwickelt. Dieses Programm bietet Männern und Frauen der Gemeinschaft – ob jung oder alt – Aufklärung über die Ursachen von HIV, und geht dabei besonders auf Fragen der Gewalt sowie auf die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern und altersbedingte Ungleichheit ein. In jedem Gemeinwesen werden Freiwillige zu Tutoren und Mentoren für die anderen Dorfbewohner und fördern neue Einstellungen, gehen gegen Vorurteile und Diskriminierung vor, klären Frauen und Männern über die Wichtigkeit konsensueller sexueller Beziehungen auf, und vieles mehr. Inzwischen gibt es auf der ganzen Welt Gemeinschaften mit entsprechend geschulten Freiwilligen, die bestrebt sind, die besten Wege zur Bekämpfung von HIV/Aids zu finden. Ferner besteht eine internetgestützte Wissensgemeinschaft.<sup>96</sup>

Aus dieser Erfahrung heraus haben viele Frauen und Männer gelernt, sich zu den Fragen zu äußern, die sie am meisten berühren: die Notwendigkeit der Einbeziehung HIV-infizierter Menschen in alle Entscheidungen, die sie betreffen; die Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen als einer Ursache von HIV/Aids; die Opposition gegen Gesetze und Politiken, die Menschen mit HIV stigmatisieren; die Wahl- und Informationsfreiheit in Bezug auf Testuntersuchungen und viele andere Dinge.<sup>97</sup>

---

**Freiwilligenarbeit in informellen Räumen in der Gemeinschaft kann dazu beitragen, dass Menschen das Selbstvertrauen und das Vermögen zur Partizipation entwickeln**

---

Die Partizipation von Freiwilligen in Räumen erwünschten Engagements und in eingeforderten Räumen auf Gemeinschaftsebene kann zu umfassenderem bürgerschaftlichem Engagement und von breiteren Kreisen getragenen Forderungen nach Veränderung führen. Den vorliegenden Daten zufolge ist es jedoch oft schwer, Governance-Einrichtungen zu entsprechenden Maßnahmen zu bewegen, und vieles hängt davon ab, wie aufgeschlossen die Regierungen und sonstigen Governanceakteure sind.

### **DIE REGIERUNGEN RECHENSCHAFTLICHER MACHEN**

Dort, wo Freiwillige sich Gehör verschaffen und an Entscheidungsprozessen teilhaben können, wird die Bereitstellung von Dienstleistungen effektiver und gerechter. Einige neue Mechanismen oder Instrumente zur Steigerung der Rechenschaftlichkeit gehen daraus hervor, dass Organisationen sich gezielt einschalten, um Freiwillige zu mobilisieren, sich mit Bedürfnissen im Governance-Bereich auseinanderzusetzen. Es gibt auch zahlreiche Beispiele, bei denen sich Freiwillige eigenständig auf lokaler Ebene mobilisieren, um sie berührende Governance-Fragen anzugehen.

### **Neue Räume einfordern, um Regierungen rechenschaftspflichtig zu machen**

Die Instrumente und Strategien, deren sich lokale Freiwillige bedienen, um größere Rechenschaftlichkeit zu fordern, sind vielfältig. Die Freiwilligen können informell in lokal ausgerichteten Aktionen organisiert sein. Sie können aber auch gefördert werden (beispielsweise finanziell oder durch Schulungen), oder ihre Aktionen können sogar von internationalen und nationalen nichtstaatlichen Organisationen und anderen externen Governanceakteuren, einschließlich der Kommunalverwaltung, eingeleitet werden. Oftmals können Aktionen, die in einem einzelnen Dorf oder Slum kleine Anfänge haben, von anderen aufgegriffen und großflächig ausgedehnt werden. Es kommt vor, dass andere Gemeinschaften auf solche Aktionen aufmerksam werden und die kollektiven Maßnahmen, die

über die lokale Situation hinausgehen, für sich selbst aufgreifen. So etwa haben Freiwillige in den Schulen (vielfach von nichtstaatlichen Organisationen entwickelte) „Report Cards“ verwendet, um die Anwesenheit zu kontrollieren. Freiwillige werden dazu ermutigt und darin geschult, Informationen zu sammeln, um staatliche Dienstleistungsprojekte zu überwachen. Das gegebenenfalls über Crowdsourcing eingeholte Feedback der Nutzer dieser Dienstleistungen kann verwendet werden, um aufzuzeigen, wo die Dienstleistungserbringung konsistent schlecht ist. Aus lokalen Problemen und Aktivitäten können sich Strategien zur Förderung von Rechenschaftlichkeit entwickeln, die formellere Projektgestalt annehmen können. Ist eine Projektfinanzierung oder ein NGO-Programm abgeschlossen, können ortsansässige Freiwillige die Arbeit trotzdem weiterführen, wenn sie sich für sie als nutzbringend erwiesen hat.

### **Bewusstseinsbildung in Nord-Uganda**

Im Norden Ugandas waren 2012 fünf Gemeinschaften an einem Projekt beteiligt, mit dem sichergestellt werden sollte, dass sich die örtliche Bevölkerung ihres Anspruchs auf staatliche Mittel bewusst war. Ausgewählte Mitglieder der Gemeinschaft wurden darin geschult, Informationen über Finanzflüsse und entsprechende Entwicklungsprozesse besser verstehen zu können, und wurden zu „Freiwilligen für die Kontrolle der Ressourcenverwendung“ benannt.<sup>98</sup>

Diese Freiwilligen, die ihr Recht auf Information kannten, forderten von maßgeblichen Governanceakteuren wie Gemeinderäten Informationen ein. Sie wurden auch geschult, Rückmeldungen dazu zu geben, inwieweit diese Mittel ausreichten, um ihre Bedürfnisse zu decken, und wie gut und bedarfsgerecht die Programmmittel waren. Sie fingen an, das Programm der Nationalen Landwirtschafts- und Beratungsdienste (NAADS) zu befragen, das den Auftrag hat, die Ernährungssicherheit zu steigern. Und sie holten Informationen von lokalen Governanceakteuren Informationen ein. Toobalo Churchill Otim, einer der Freiwilligen, beschreibt dies folgendermaßen:

*Wir kannten unsere Rechte in Bezug auf den Zugang zu Informationen und wir waren gut ausgebildet und gerüstet, um unserer Rolle in dem ganzen komplexen Entwicklungsprozess gerecht zu werden. Zusammen mit dem Gemeinderat beriefen wir eine Dorfversammlung ein und luden die Gemeindevorstände (Senior Councillors) dazu ein. Bei dem Treffen selbst äußerten wir dann den Wunsch zu erfahren, warum wir nicht in den Genuss der laufenden staatlichen Programme für Einkommens- und Ernährungssicherung gelangten.<sup>99</sup>*

Der Gemeinderat reagierte darauf, indem er den NAADS-Koordinator zu einem Folgetreffen einlud, bei dem dieser die Liste von Vorhaben vorlegte, die in ihrem Unterbezirk finanziell gefördert wurden. Der Koordinator half der Gemeinschaft zu verstehen, worauf sie Anspruch hatte, und informierte sie über die Richtlinien der NAADS, die auf diesem Gebiet Beratungsdienste leisten. Als Folge der Besprechung fanden 42 Mitglieder des Gemeinwesens und sechs marktorientierte Bauern heraus, dass sie Anspruch auf Hacken, Ziegen und Färsen hatten. Den Bauern war auch nicht bewusst gewesen, dass sie wegen einer Veränderung der Marktpreise Anspruch darauf hatten, mehr Saatgut zu erhalten.

Dieses Beispiel zeigt, dass Freiwillige eine wichtige Rolle dabei spielen, für das Recht auf Information einzutreten und lokalen Governance-Einrichtungen Rückmeldung zu geben. Mit der Unterstützung von Organisationen beim Erwerb der notwendigen Kompetenzen bzw. beim Zugang zu den benötigten Technologie, können Bürger dank ihrer erweiterten Kapazität konkrete Vorteile erlangen, weil sie sich ihrer Anspruchslage bewusst werden und durch die von ihnen nunmehr gestellten Fragen gewährleisten, dass Systeme zur Informationsvermittlung auch gesellschaftlich ausgegrenzte Gruppen erreichen, wodurch diese besser in der Lage sind, die Regierungen rechenschaftspflichtig zu machen.<sup>100</sup>

### **Bottom-up-Rechenschaftlichkeit in Brasilien**

In Brasilien forderten Freiwillige neue Räume ein, und Freiwillige spielen eine wichtige Rolle

dabei, für das Recht auf Information einzutreten und lokalen Governance-Einrichtungen Rückmeldung zu geben. Eine erweiterte Partizipation junger Menschen in lokalen Gruppen trägt zu erhöhter Beteiligung an Wahlen und politischen Prozessen bei in Maringá, einer Stadt und Gemeinde im Süden Brasiliens, mit Bottom-up-Rechenschaftsmechanismen auf mangelnde Transparenz und auf Missbrauch bei der Verwendung öffentlicher Mittel zu reagieren.<sup>101</sup> Im Jahr 2000 veranlasste die Veruntreuung von mehr als 57 Mio. US\$ durch einen Bürgermeister und einer seiner Sekretäre die Zivilgesellschaft, sich zu organisieren, um die Korruption zu bekämpfen. Anfänglich waren die Maßnahmen primär darauf gerichtet, die Korruption in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken; im weiteren Verlauf entwickelte sich aus der Bewegung jedoch die „Sociedade Eticamente Responsável“ (Ethisch verantwortungsbewusste Gesellschaft), die Präventivprüfungen der öffentlichen Ausgaben der Kommunalverwaltung durchführt.

Die Gesellschaft richtete die Soziale Beobachtungsstelle von Maringá ein, um alle Ausschreibungsangebote und alle von dem Bürgermeisteramt und dem Legislativrat der Stadt getätigten Ausgaben zu überwachen. Die Beobachtungsstelle wird von Freiwilligen geleitet und von einem kleinen Team angestellter Mitarbeiter koordiniert. Sie kontrolliert alle Ausschreibungsverfahren der Gemeinde von der Ausarbeitung bis zur Produktlieferung und analysiert die Betriebskosten des Legislativrats. Freiwillige sind in jeder Projektphase wichtig: Die Freiwilligen, meist Fachkräfte im Ruhestand oder Studenten, sind Mitglieder des Gemeinwesens, die daran arbeiten, die Korruption zu beseitigen und den Verlust bzw. die missbräuchliche Verwendung von Steuereinnahmen zu unterbinden.

Mit ihrer Arbeit in der Beobachtungsstelle schufen die Freiwilligen Räume für die „soziale Kontrolle“ über die Verwendung öffentlicher Mittel.<sup>102</sup> In dem Bewusstsein, dass es für die langfristige Gewährleistung einer bürgernahen Verwaltung wichtig ist, eine Kultur zu schaffen, in der die Bürger aufgeklärt sind und die Regierungen rechenschaftspflichtig machen können, führten die

Freiwilligen Aktivitäten zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit durch, darunter auch Programme an Schulen und Universitäten. Die Freiwilligen wirken auf die Verhütung von Korruption hin, indem sie das Problem in das öffentliche Bewusstsein rücken, Bürger für die Überwachung öffentlicher Ausgaben schulen und die Kooperation des öffentlichen Sektors bei den Überwachungstätigkeiten fördern.

Dem Projekt ist zu verdanken, dass über einen Zeitraum von vier Jahren (2004–2008) 7,3 Mio. US\$ an öffentlichen Mitteln eingespart werden konnten. Es trug dazu bei, dass Gelder zurückgezahlt, betrügerische Beschaffungsgeschäfte rückgängig gemacht, die Preise bei öffentlichen Ausschreibungen gesenkt und die Mengen neu festgelegt wurden. Langfristig ist zu hoffen, dass die Aktivitäten der Beobachtungsstelle zur finanzwirtschaftlichen Aufklärung (Konferenzen, Seminare, Forschung, Aufsatzwettbewerbe, Dokumentarfilme und Theater) redlicheres Verhalten und stärkeres bürgerschaftliches Verantwortungsbewusstsein hervorbringen. Mit dem Modell wurde erreicht, dass Bürger sich verstärkt einbringen, um die Regierungen rechenschaftspflichtig zu machen und Governance-Institutionen zu größerer Reaktionsbereitschaft anzuhalten. Es wurde weithin nachgeahmt, und mittlerweile gibt es über 50 Beobachtungsstellen in ganz Brasilien.<sup>103</sup>

## ENGAGEMENT IN RÄUMEN ERWÜNSCHTEN ENGAGEMENTS

Kompetitive Wahlen stellen für politische Entscheidungsträger und Bürger formelle Rechenschaftsmechanismen dar und sind ein Weg, wie die Bürger mit ihren Auffassungen und Präferenzen politische Entscheidungen beeinflussen können. Eine ehrenamtliche Betätigung kann für Einzelne (besonders Jugendliche) ein Katalysator für die Beteiligung an der Politik sein, vor allem an der Wahlurne. Ein 2012 erstellter Bericht von Mercy Corps „Civic Engagement of Youth in the Middle East and North Africa“ (Bürgerschaftliches Engagement von Jugendlichen im Nahen Osten und Afrika) zeigte, dass eine er-

weiterte Partizipation junger Menschen in lokalen Gruppen zu erhöhter Beteiligung an Wahlen und politischen Prozessen beiträgt. Durch eine Freiwilligentätigkeit in ihren Gemeinschaften können die Jugendlichen größeres Vertrauen auf ihre Fähigkeit entwickeln, auch größere Probleme zu beeinflussen und im politischen Bereich aktiv zu werden.<sup>104</sup>

### Lokalwahlen in Indonesien

Bei den Wahlen 2012 in Jakarta veränderten informelle Freiwillige, die die Kandidatur von Jokowi und Ahok für das Amt des Gouverneurs und des Vize-Gouverneurs unterstützten, die Art und Weise, in der in Indonesien an der Basis Wahlpolitik betrieben wird. Dies führte nach dem Sieg der Kandidaten außerdem zu einer größeren Beteiligung von Freiwilligen an staatlichen Prozessen, insbesondere an der Schaffung und Verbesserung neuer Mechanismen zur Gewährleistung rechenschaftlicher Governance.<sup>105</sup>

Die Freiwilligen organisierten sich informell und spontan, um die beiden Kandidaten zu unterstützen. Viele waren unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit bereit sich zu engagieren. Die Freiwilligen gehörten einer Vielzahl von Religionen an und stammten aus einem breiten Spektrum von Ethnizitäten, Gesellschaftsklassen und Berufen. Viele standen der politischen Partei der beiden Kandidaten vorher nicht nahe oder gehörten vorher einer anderen Partei an. Sie entschieden sich jedoch dazu, diese Identitätsfaktoren in den Hintergrund zu stellen, um die Kandidaten zu unterstützen. Wie viele es genau waren, ist aufgrund der Vielfalt ihrer Aktivitäten und des informellen Charakters der Mobilisierung schwer abzuschätzen. Die Anzahl der offiziellen Freiwilligen, die in Wahllokalen tätig waren, belief sich auf 45.000 (drei pro Wahllokal), diejenige der inoffiziellen Freiwilligen war jedoch weitaus größer.

Am 28. September verkündete die Allgemeine Wahlkommission von Jakarta, dass Jokowi/Ahok mit 54% der Stimmen die Wahl gewonnen und damit Foke/Nara um 7 Prozentpunkte übertröfen hätten. Zwei Wochen später legten die beiden Wahlsieger ihren Amtseid als Gouverneur

und Vize-Gouverneur ab. Verschiedene Stimmen vertraten die Meinung, dies habe die Wahltradition in Indonesien verändert, da sich die politischen Parteien zunehmend bewusst würden, dass die Kooperation mit gesellschaftlichen Bewegungen für einen erfolgreichen Wahlkampf unerlässlich ist.<sup>106</sup>

Viele leisten Freiwilligenarbeit, um eine wirksame, bürgernahe Verwaltung zu gewährleisten. Manche haben sich indirekt staatlichen Programmen angeschlossen oder sind freiwillig tätig, um dabei behilflich zu sein, die Umsetzung der Wahlversprechen des Gouverneurs einzuleiten oder zu realisieren. Andere betätigen sich als „partizipative Wächter“ – sie sind nicht gegen die Regierung, aber sie sorgen für Transparenz, Effektivität und Effizienz bei der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen vor Ort.

### HERBEIFÜHRUNG INSTITUTIONELLER REAKTIONSBEREITSCHAFT

Ferner gibt es Freiwillige, die Druck ausüben, um dafür Sorge zu tragen, dass die Regierungen auf ihre Forderungen eingehen und neue Mechanismen zur Verbesserung von Rechenschaftlichkeit und Reaktionsbereitschaft einführen.<sup>107</sup>

Das folgende Beispiel aus Bangladesch zeigt, wie Freiwillige Kampagnenarbeit, die Bildung von Bündnissen und kollektive Aktionen einsetzen, um die lokale Governance reaktionsbereiter zu machen.

#### Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen in Bangladesch

Naripokkho, eine Organisation, die sich für die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen in Bangladesch einsetzt, nutzt ihre Bündnisse mit verschiedenen Governanceakteuren und veranstaltet kollektive Aktionen, um Mechanismen zu schaffen, die lokale Governance-Institutionen rechenschaftlicher und reaktionsbereiter werden lassen. Sie knüpft mit ihrer Arbeit an den Fällen weiblicher Gewaltopfer an, um das Problemverständnis zu stärken. Sie wirkte auf Governanceakteure ein, Freiwillige die Überwachung

staatlicher Interventionen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen zu gestatten, womit sie die Reaktionsbereitschaft in Bezug auf die Bedürfnisse der Frauen erhöhte.

Naripokkho stützt sich für ihre Arbeit in ganz Bangladesch auf Bündnisse und Partnerschaften. Eines ihrer wichtigsten Bündnisse ist dasjenige mit Doorbar, einem Frauennetzwerk, das sich für politische Ermächtigung und Verhütung von Gewalt gegen Frauen einsetzt. Die Freiwilligen bei Naripokkho und dem Doorbar-Netzwerk sind überwiegend Frauen. Ihre wirtschaftliche Situation und ihr Bildungshintergrund sind sehr unterschiedlich und reichen von Neualphabetisierten bis hin zu Universitätsabsolventen. Zu ihrer Tätigkeit gehört die Überwachung, Meldung und Unterstützung von Gerichtsbeamten, Ärzten, Polizisten und anderen Staatsbediensteten, damit diese einfühlsam und respektvoll mit Opfern von Gewalt umgehen. Außerdem leisten sie Kampagne-, Lobby- und Mobilisierungsarbeit, um die öffentliche Meinung zu bilden und zu beeinflussen.

Das Netzwerk ist insoweit von großem Nutzen, als es Überwachungsarbeit leistet und Informationen zu Gewalt gegen Frauen zusammenträgt. Es sammelt unter anderem auch Informationen zu Fällen von Gewalt gegen Frauen, die bei den Polizeistationen landesweit eingegangen sind. Die Organisation verwendet die Informationen, die sie von Freiwilligen erhält, die vor Ort in Betreuungsstellen arbeiten, sowie nationale Informationen über die Häufigkeit des Phänomens und Rückmeldungen von Frauengremien an der Basis, den Leitern nationaler Programme ihre Erkenntnisse dazu zukommen zu lassen, inwieweit die Qualität der Dienstleistungen von Regierung, Polizei sowie Krankenhäusern und Gerichten besser geworden bzw. verbesserungsbedürftig ist.<sup>108</sup>

#### Themenanwaltschaft für Reaktionsbereitschaft

Ein Aspekt der Stärkung der Governance ist es, politische Agenden mitzugestalten und mitzuprägen. Damit kann verbunden sein, an den vorherrschenden Wertvorstellungen, der Ideologie

oder der Entwicklungsagenda des Staates zu rütteln oder diese gar abzulehnen und alternative Auffassungen vorzutragen, in dem Bemühen, staatliche Institutionen dazu zu veranlassen, die Bedürfnisse spezifischer Gruppen zu erkennen und darauf einzugehen. Solche Herausforderungen finden in den herkömmlichen Governance-Räumen unter Umständen eher kein Gehör.<sup>109</sup> Sind die Fragen strittig oder befinden sich die Gruppen gegenüber formellen Governanceakteuren in einer schwachen Verhandlungsposition, finden ihre Aktionen zugunsten des Wandels häufig außerhalb formeller Governance-Räume statt. Die hier angeführten Beispiele zeigen, wie diese Aktionen nicht nur zu politischen Veränderungen, sondern auch zu einem Wandel der öffentlichen Meinung und der kulturellen Normen führen können, umgekehrt aber auch Nichtbeachtung oder sogar Vergeltungsmaßnahmen seitens der Regierung nach sich ziehen können.

Die Werte und das Entwicklungsverständnis einiger Gruppen stehen in Konflikt mit Ideologien, die wirtschaftlichen Fortschritt selbst auf Kosten der Umwelt wollen. Die Lebensgrundlagen, Kultur und Traditionen vieler indigener Gemeinschaften weltweit sind mit der Biodiversität des Bodens und ihrem Zugang zu natürlichen Ressourcen verhaftet und davon abhängig.<sup>110</sup> Eine auf Wirtschaftswachstum und Rohstoffgewinnung gerichtete Politik beeinträchtigt indigene Gemeinschaften nachhaltig und destabilisiert ihr Verhältnis zu Grund und Boden.

### Vom Außenseiter zum politischen Mitspieler in Chile

In Chile stießen Politiken zur Förderung der Lebensmittelgroßindustrie auf Widerstand bei lokalen Freiwilligen, die fanden, dass Kleinbauern dadurch an den Rand gedrängt werden und die Gefahr des Verlustes indigener Praktiken besteht. Ein Schlüsselthema ist der Schutz des Saatguts und der Saatgut-Souveränität. Seit einigen Jahren wenden sich Organisationen wie ANAMURI gegen Versuche zur Novellierung bestehender Gesetze zur Saatgut- und Pflanzenpatentierung, die mit dem Ziel unternommen wurden, die Wettbewerbsfähigkeit der chilenischen Landwirtschaft auf dem Weltmarkt zu gewährleisten. Sie machten

geltend, dass Gesetzesänderungen eine Hürde für Bauern darstellen würden, die infolgedessen von indigenen Bauern bereits seit Generationen verwendete Saatgutarten nicht einsetzen konnten. Sie argumentieren, dass derartige Änderungen traditionelle Verfahren wie Saatgutbörsen verhindern und Großkonzerne in die Lage versetzen würde, ein Monopol über den Verkauf sowie über die Ein- und Ausfuhr von Saatgut zu errichten.

ANAMURI hat 10.000 Mitglieder – weibliche Freiwillige indigener und ländlicher Gemeinschaften aus ganz Chile.<sup>111</sup> Ursprünglich war ANAMURI eine Außenseitergruppe mit eingeschränktem Zugang zu den Massenmedien oder kaum institutionalisiertem Kontakt zur Regierung. Damit die Kampagne der Vereinigung Erfolg haben kann, ist sie daher auf die Arbeit in informellen Räumen und die Schaffung neuer Netzwerke angewiesen. Zu den lokalen Initiativen gehören biologischer Anbau, Bauernmärkte, Verkostung traditioneller Produkte, Märkte zum Austausch von Saatgut und Nachbau (Erhalt von Saatgut, das über Generationen weitergegeben wird). Ferner beteiligen sich die Freiwilligen landesweit an Kundgebungen und Demonstrationen.<sup>112</sup>

Lokale Aktivitäten von ANAMURI beeinflussen die öffentliche Meinung und sensibilisieren sie für die Wichtigkeit der Saatgut- und Nahrungsmittelsouveränität; transnationale Bündnisse ermöglichen es der Vereinigung, die gemeinsame Macht zum Tragen zu bringen. Mithilfe von Bündnissen mit La Via Campesina (einer breit aufgestellten, weltweiten Koalition von über einer Milliarde Kleinbauern, Bauern u. a., die sich für Landbesitz, Nahrungsmittelsouveränität und Agrarökologie einsetzen) übt ANAMURI Druck auf nationale politische Entscheidungsträger aus.

Obwohl ANAMURI anfänglich eine Außenseitergruppe war, arbeitet sie mittlerweile mit chilenischen Gesetzgebern zusammen und erlangt zunehmend Zugang zu formellen Räumen der Politikgestaltung. Dieser Zugang zu formelleren Governance-Räumen war maßgeblich: Mittlerweile vertritt die Organisation die Interessen ländlicher und indigener Frauen direkt in staatlichen Foren, z. B. dem Agrarexportrat und

dem Rat für landwirtschaftliche Nutzflächen des Landwirtschaftsministeriums. Die Co-Direktorin von ANAMURI, Alicia Muñoz, besuchte zwischen 2013 und 2014 fünfmal das Parlament, um Gesetzgeber davon zu überzeugen, das Gesetz zur Saatgutpatentierung zu verwerfen, von dem die Gruppe befürchtet, es werde die Saatgutsouveränität und traditionelle Verfahren beeinträchtigen. Im März 2014 zog die Regierung ihre Pläne für die Gesetzesnovellierung zurück.<sup>113</sup>

ANAMURI setzte eine Vielzahl unterschiedlicher Strategien ein, um den Politikgestaltungsprozess auf verschiedenen Ebenen zu beeinflussen. Die Organisation hat sich aus ihrer Außenseiterrolle heraus in den politischen Prozess eingebracht und nimmt jetzt einen festen Platz ein, wenn es um die Beeinflussung politischer Entscheidungen in Bezug auf Saatgutpatentierung auf nationaler und transnationaler Ebene geht.

### Basisaktivismus zu Umweltfragen in China

In Ländern, in denen die Zivilgesellschaft schwach ist, müssen die Freiwilligen informelle Möglichkeiten des kollektiven Handelns entwickeln, um sicherzustellen, dass staatliche Institutionen ihre Stimmen hören und auf ihre Bedürfnisse eingehen.<sup>114</sup> Der Basisaktivismus zu Umweltfragen in China beispielsweise hat in den letzten zwei Jahrzehnten einen steilen Anstieg erlebt.

Viele Umweltorganisationen sind in Bereichen tätig, in denen sie mit den Interessen der Regierung nicht in Konflikt geraten, und fördern etwa umweltfreundliche Lebensweisen, bei denen es eher auf das Verhalten des Einzelnen als um die staatliche Politik und Entwicklungsagenda geht.

In chinesischen Städten haben lokale Freiwillige wegen der Luftqualität, vor allem wegen des Smogs, mobil gemacht. Trotz der Versuche der Regierung in den letzten Jahren, etwas gegen die schlechte Luftqualität zu unternehmen, stellt diese für die Städte nach wie vor ein großes Problem dar.<sup>115</sup> 2011 haben lokale Organisationen eine Basiskampagne zur Untersuchung der Luftqualität angestrengt und die Regierung aufgefordert, den Schadstoffgehalt zu messen und das genaue Ergebnis öffentlich bekannt zu geben. Dazu kam

es hauptsächlich deswegen, weil die gefährlicheren Feinstaubpartikel mit einem Durchmesser von unter 2,5 Mikrometern (PM<sub>2,5</sub>) in den offiziellen Messungen nicht immer enthalten waren.

Zunächst in Beijing – jedoch sodann mit Nachahmern in anderen Städten wie Wuhan, Chongqing und Nanjing – baten die Umweltorganisationen ihre Mitglieder und neu angeworbenen Freiwilligen, das PM<sub>2,5</sub>-Aufkommen an unterschiedlichen Standorten in den Städten zu messen. Dafür borgten sie sich die erforderliche Ausrüstung, erlernten den Umgang damit und veröffentlichten ihre Messergebnisse online. Sie schulten die Freiwilligen in der Verwendung und Instandhaltung der Geräte sowie in der Messung und dem standardisierten Hochladen von Daten. Ortsansässige Personen meldeten sich freiwillig, um den Schadstoffgehalt regelmäßig zu messen, beispielsweise in lockeren Organisationen von Lehrern und Schülern, die ihre Aufzeichnungen zur Luftqualität auf Microblogging-Sites stellten.

Die Aktivisten bedienten sich sozialer Medien, um Diskussionsthreads zu erstellen, Gruppentreffen zu veranstalten, neue lokale Mitglieder anzuwerben, Gelder zu beschaffen und Vorträge und kurze Touren zu organisieren. Ihr Ziel war es, als freie und unabhängige alternative Informationsquelle regelmäßig Testergebnisse bereitzustellen.

Auf diese Weise betrieben die Freiwilligen Bewusstseinsbildung zu den schädlichen Auswirkungen der Luftverschmutzung und hoben das Recht der Bürger auf wahrheitsgetreue Informationen zu Fragen hervor, die ihr tägliches Leben berühren. Einige staatliche Behörden reagierten hierauf mit eigenen Messungen der PM<sub>2,5</sub>-Werte, deren Ergebnisse veröffentlicht wurden, und städtische Umweltagenturen passen zunehmend ihre Messformate an und beginnen, die Messwerte über Funk und Fernsehen zu verbreiten. In Wuhan kam das Amt für Umweltschutz 2012 dem Antrag einer lokalen Freiwilligengruppe auf Veröffentlichung der PM<sub>2,5</sub>-Werte nach, nachdem die Behörde in der ganzen Stadt mehrere Messstationen eingerichtet hatte. In einigen Städten haben Umweltämter in dichtbesiedelten oder industriell genutzten Gebieten neue

---

**In Ländern, in denen die Zivilgesellschaft schwach ist, müssen die Freiwilligen informelle Möglichkeiten des kollektiven Handelns entwickeln**

---

Messstellen hinzugefügt, um die Genauigkeit der Messergebnisse zu erhöhen.

Städteübergreifend entwickelten die Freiwilligen eine kollektive Identität als Verteidiger des Rechts der Öffentlichkeit auf Auskunft. Dies scheint bei der chinesischen Stadtbevölkerung auf breite Resonanz zu stoßen.<sup>116</sup> Das Basisnetzwerk der Freiwilligen führt möglicherweise zu weiteren Gemeinschaftsaktionen, mit denen die Reduzierung der Umweltbelastung gefordert und auf die Regierungen Druck ausgeübt wird, damit diese Umweltproblemen eine höhere Priorität einräumen.

### Die Themenanwaltschaft von Freiwilligen beeinflusst Governanceakteure: Mexiko und Ecuador

Freiwilligenaktionen können die öffentliche Meinung beeinflussen und kulturelle Trennlinien so verschieben, dass Regierungen sich möglicherweise aufgeschlossener für die Bedürfnisse ausgegrenzter Gruppen und Einzelpersonen zeigen. Ferner können sie Fragen Sichtbarkeit und Legitimität verleihen, indem sie sich mächtiger Bündnispartner bedienen, kollektiv mobil machen oder zur Informationssammlung Technologien einsetzen. Diese Aktionen sind jedoch häufig lokal begrenzt und informell und entstehen, weil Ortsansässige ihre Anrechte verteidigen wollen und lose Gruppen bilden, um bessere Einflussmöglichkeiten gegenüber mächtigen Akteuren – Behörden oder Unternehmen – zu haben.

Die Mitglieder der Organisation Paso de la Reyna in Mexiko zeigen, wie Menschen mit beschränkten Ressourcen und begrenzter organisatorischer Unterstützung eher auf direkte Aktion bauen müssen, um ihrer Stimme Gehör zu verschaffen. 2009 unterbreitete die der mexikanischen Regierung unterstehende Staatliche Elektrizitätskommission einen Vorschlag, in Oaxaca am Rio Verde einen hydroelektrischen Damm zu bauen, der Auswirkungen auf 43 Gemeinwesen in sechs Regionen gehabt hätte.<sup>117</sup> Mitglieder einer Kommune, eines kleinen Dorfs mit 500 Einwohnern, fingen 2009 an, die einzige zu dem Dorf führende Brücke am Zugang zu dem Land der Kommune zu blockieren, um Staatsbedienstete und Ingenieure daran zu hindern, es zu be-

treten und zu vermessen. Sie erhielten bei ihrer Kampagne Unterstützung von anderen von der Maßnahme bedrohten Gemeinwesen.

Die Blockade war ein gewaltfreier Protest, bei dem sich die Dorfbewohner tagsüber bei der Besetzung der Brücke abwechselten. Dabei nahmen sie sich oft von ihrer bezahlten Arbeit frei, um eine durchgehende Anwesenheit sicherzustellen. Freiwillige beobachteten den Fluss und überwachen die Versuche von Staatsbediensteten, das Gebiet zu vermessen. Mit der Zeit organisierten sich die Einwohner besser und bildeten einen Rat, um gewaltfreie Strategien zu entwickeln. Außerdem nahmen sie Kontakt zu einer Organisation auf, die Erfahrung mit den Auswirkungen anderer Dämme im gleichen Gebiet hat, um die Menschen für die Folgen eines derartigen Projektes zu sensibilisieren und den ihres Erachtens einseitigen Informationen der mexikanischen Staatlichen Elektrizitätskommission entgegenzutreten. Die Blockade hat die Realisierung des hydroelektrischen Projektes aufgehalten.

Auf zeitraubende Strategien angewiesen sein zu müssen, um Veränderungen zu bewirken, weil der Einfluss in formellen Räumen beschränkt ist, kann langfristig jedoch die Lebensgrundlagen und das Wohlergehen der Einzelnen und der Gemeinschaft verändern. Durch Aktionen außerhalb formeller Räume, insbesondere wenn sie direkt und mit Zwang verbunden sind, entsteht ferner das Risiko von Vergeltungsmaßnahmen staatlicher Institutionen. In Ecuador besteht bereits seit 1995 lokaler Widerstand gegen ein Bergbauprojekt. Umweltverträglichkeitsprüfungen ergaben, dass die Mine die Wasservorkommen verunreinigen und 100 Familien aus ihren Heimstätten vertreiben könnte.<sup>118</sup> Lokale Freiwillige stellten sich gegen das Projekt, errichteten Straßensperren und organisierten Märsche nach Quito. Einige der Anwohner besetzten auch das Lager der Bergbaugesellschaft und zogen damit Vergeltungsmaßnahmen auf sich. 2006 wurde der lokale Anführer der Widerstandsbewegung festgenommen, aber zwei Jahre später entschied das Gericht gegen eine Haftstrafe. 2014 wurde ein anderer lokaler Führer Berichten zufolge 90 Tage lang in Haft gehalten, während die Regierung Ermittlungen anstellte.

## SCHLUSSFOLGERUNGEN

Millionen Freiwillige weltweit tragen auf lokaler Ebene zur Governance bei. Wenn die Regierungen auf lokaler Ebene Mechanismen schaffen, die die Mitwirkung an Entscheidungsprozessen fördern, beteiligen sich Freiwillige zunehmend an der Politikgestaltung und der Entscheidungsfindung zu Fragen, die ihr Leben unmittelbar berühren. Zudem sind Freiwillige auch außerhalb der formellen lokalen Governance-Strukturen tätig, um dafür zu sorgen, dass ihre Stimmen Gehör finden und dass die Regierungen auf ihre Bedürfnisse eingehen.

Wenn sie ihre Stimmen erheben, können Freiwillige gesellschaftliche Normen und Wertvorstellungen beeinflussen und mitgestalten. Sie können die Diskussionsparameter erweitern, indem sie neue Ideen auf die politischen Tagesordnungen setzen und den Status quo infrage stellen. Auch wenn dies unter Umständen kurzfristig keinen unmittelbaren Einfluss auf Entscheidungsträger oder politische Ergebnisse hat, kann es doch zu einem Umdenken und langfristig zu gesellschaftlichem Wandel führen. Dabei kann zudem Meinungsvielfalt gefördert werden, was in einigen Kontexten bewirken kann, dass die Regierungen verstärkt auf ein größeres Bedürfnisspektrum eingehen.

Freiwilligenarbeit auf lokaler Ebene ermöglicht es den Menschen, einander neue Fertigkeiten zu vermitteln, und den vormals Ausgegrenzten, ihre Rechte zu verstehen und einzufordern. Sie hilft ferner dem Einzelnen, die Kompetenzen zu entwickeln, sich über den eigenen Haushalt oder das Dorf hinaus einzubringen und mitzuwirken, die Zusagen und das Ausgabenverhalten der Regierung zu überwachen und nachzuvollziehen und Frauengruppen zu bilden, um den eigenen Einflussbereich über die lokale Ebene hinaus auf die nationale und sogar auf die globale Ebene auszuweiten. Sie bildet ihre Kapazität, als Partner von Einrichtungen der Kommunalverwaltung oder von nationalen oder internationalen zivilgesellschaftlichen Organisationen aufzutreten.

Freiwilligenarbeit auf Gemeinschaftsebene wendet eine Reihe von Strategien an, um ein größeres Mitspracherecht und bessere Partizipation zu

erlangen und dadurch Entscheidungen, die die Gemeinschaften der Freiwilligen berühren, beeinflussen zu können. Manchmal arbeiten lokal agierende Freiwillige allein; doch besteht eindeutig die Notwendigkeit, im Verbund mit externen Akteuren, beispielsweise nationalen oder internationalen zivilgesellschaftlichen Organisationen, tätig zu werden, wie auch als Partner von Einrichtungen der Kommunalverwaltung aufzutreten, um Governance-Prozesse partizipativer und inklusiver zu gestalten.

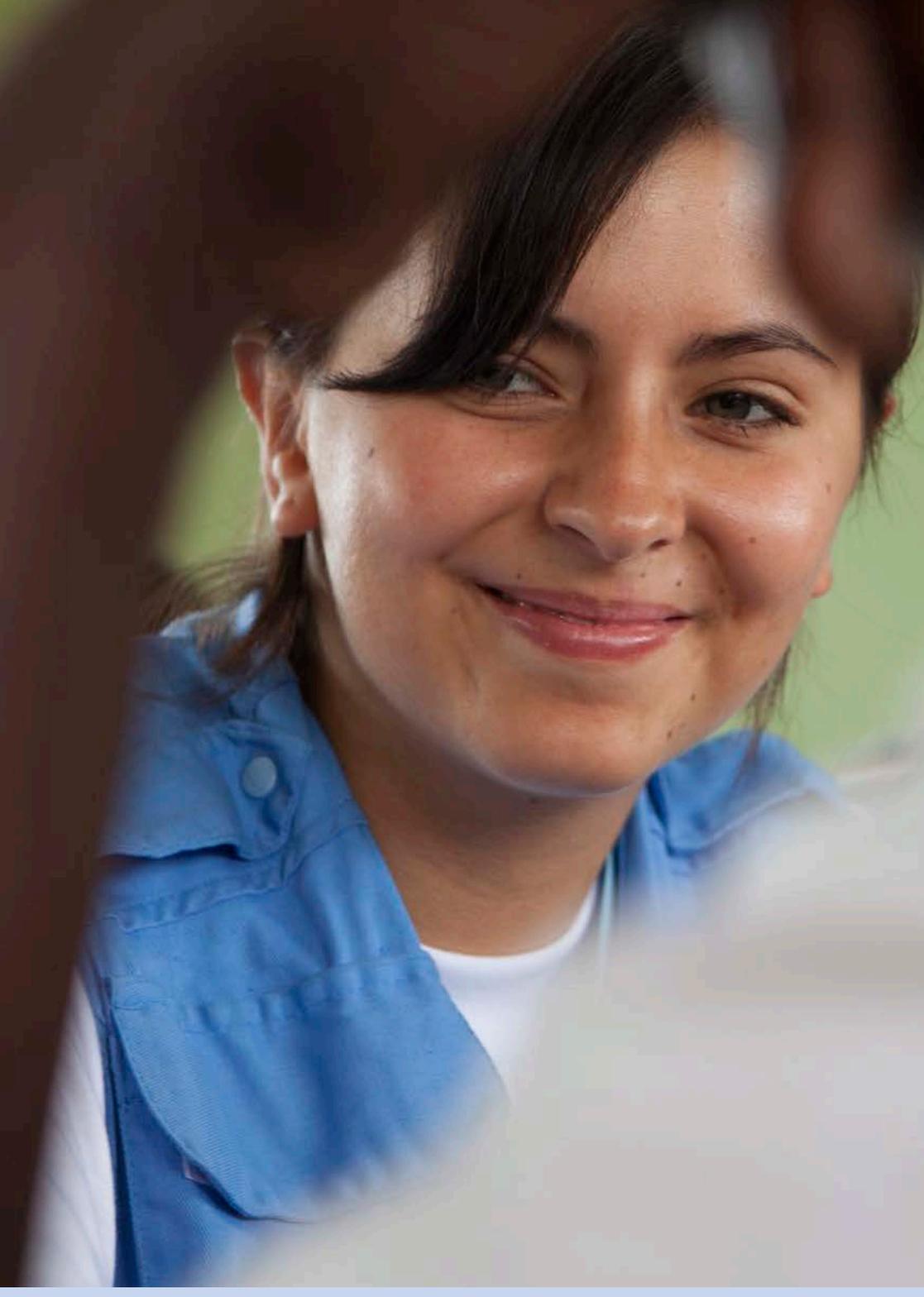
Freiwilligenarbeit gibt den Marginalisierten ein Instrument an die Hand, Wege zu stärkerer Mitsprache und Partizipation zu finden und zu schaffen. Es ist beispielsweise kein Zufall, dass es so viele Belege dafür gibt, dass Freiwilligenarbeit Frauen auf lokaler Ebene zu größerer Selbstbestimmungsfähigkeit verhilft. Wenn es marginalisierten Gruppen gelingt, sich wirksam Gehör zu verschaffen, dann werden ihre spezifischen Bedürfnisse in Governance-Agenden eher berücksichtigt und die Mittel zur Sicherstellung von Dienstleistungen bereitgestellt.

Freiwilligenarbeit auf lokaler Ebene ist nicht frei von Problemen. Es besteht die Gefahr, dass Regierungen die Arbeitslast auf die Freiwilligen abwälzen, insbesondere auf der lokalen Ebene. Darüber hinaus könnte die fortbestehende Vorherrschaft von Elitegruppen die Ungleichheiten beim Zugang zu Entscheidungsprozessen in partizipativen Räumen eher fortschreiben als verringern. Einigen eher symbolischen partizipativen Foren mangelt es möglicherweise an wirklicher Macht. Einige Freiwillige sehen sich seitens derjenigen, die ihre Ansichten nicht teilen, sogar Vergeltungsmaßnahmen ausgesetzt.

Trotz all dieser Herausforderungen hat die Freiwilligenarbeit auf lokaler Ebene das Potenzial, Dienstleistungen zu erweitern und zu verbessern, den am meisten Ausgegrenzten mehr Mitsprache zu verschaffen, lokales Wissen zu integrieren, Kontrollmechanismen einzuführen und Meinungsvielfalt zu fördern. Das alles kann, je nach dem breiteren Kontext, zu mehr Mitsprache und Partizipation und rechenschaftlicherer und reaktionsbereiterer Governance führen.

---

*Estefania Aguirre Chauvin war für das UNHCR in Ecuador als nationale UNV-Sachbearbeiterin für Schutzfragen tätig.  
© Andrew Smith, 2009*



# 3

## Wirkung der Freiwilligenarbeit auf nationaler Ebene

*“Wir wollen ein neues System, das auf den Rechten der Menschen und auf einem Sozialkontrakt zwischen den Regierenden und den Regierten aufbaut und welches die internationalen menschenrechtlichen Werte wie Demokratie, Gerechtigkeit, gleiche Bürgerrechte, Gleichstellung der Geschlechter sowie Rede- und Pressefreiheit respektiert.” Tawakkol Karman<sup>119</sup>*

Durch das Freiwilligenwesen kann es gelingen, die Macht der Mitsprache und der Partizipation der Menschen zur Einflussnahme auf Governance zu nutzen, und verbesserte Mitsprache und Partizipation wird assoziiert mit flexiblerem und rechenschaftlicherem Regierungsverhalten.<sup>120</sup> Historisch gesehen sind Freiwillige häufig auf nationaler Ebene tätig, wo sie an die Regierungen herantreten, um Möglichkeiten, Gelegenheiten und Wege zu nutzen und/oder zu schaffen, über die Bürger gegebenenfalls auf Dienstleistungen, Politiken, Diskussionen, Entscheidungen und Beziehungen einwirken können, die ihr Leben und ihre Interessen berühren. Auf dieser Ebene (wie auch auf den anderen Ebenen) liegt die Kraft des Freiwilligenwesens darin, dass es ein Weg sein kann, auf dem die Menschen durch bürgerschaftliches Engagement ihr Einflussvermögen entfalten können. Indem es die Stimmen der ärmsten und am meisten marginalisierten und ausgegrenzten Menschen bündelt und lenkt, kann das Freiwilligenwesen unter den richtigen Voraussetzungen die Qualität demokratischer Prozesse verbessern und diese inklusiver und aufgeschlossener für die Bedürfnisse der Menschen werden lassen. Durch die Mobilisierung eines breiten Querschnitts von Stimmen kann das Freiwilligenwesen darüber hinaus Regierungen zu größerer Rechenschaftlichkeit und Reaktionsbereitschaft anhalten. Es erreicht diese Ziele in erster Linie durch Einflussnahme auf die Gesetzgebung, auf Institutionen und auf die Regeln für die Interaktion zwischen verschiedenen Akteuren.

Auf nationaler Ebene sind verschiedene Governanceakteure involviert, darunter in vielen Ländern auch die internationalen Finanzinstitute (Weltbank und Internationaler Währungsfonds) sowie multinationale Unternehmen (MNU), die zunehmend an der Erbringung ausgelagerter staatlicher Dienstleistungen und an der Bewirtschaftung wichtiger natürlicher Ressourcen wie Öl, Diamanten, Wasser und Land beteiligt sind; bis hin zu internationalen und nationalen zivilgesellschaftlichen Organisationen, religiösen Organisationen und traditionellen Führungsinstanzen. Sie alle spielen in verschiedenen Kontexten unterschiedliche Rollen und tragen dazu, die Regierungsabläufe mitzugestalten. In unterschiedlichen Kontexten haben unterschiedliche Governanceakteure mehr oder weniger Gewicht und Möglichkeiten, Regierungen zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Von zunehmender Bedeutung im gegenwärtigen globalen Kontext ist die beträchtlich gewachsene Beteiligung des Unternehmenssektors an allen Bereichen der Entwicklungsarbeit, an Versorgungsdiensten und der Dienstleistungsbereitstellung, was das Rechenschaftsverhältnis zwischen Bürgern und Regierungen komplizierter werden lassen kann. Die Übertragung staatlicher Aufgaben auf den nationalen und internationalen Privatsektor sowie auf zwischenstaatliche Organisationen (wobei nichtstaatliche Organisationen in einigen Ländern in beträchtlichem Umfang die Dienstleistungserbringung im Gesundheits- und Bildungssektor übernommen haben) wirft Fragen auf: Wer ist wem gegenüber wofür rechenschaftspflichtig? Welche Verhandlungs- und Dialogverfahren (Partizipation und Mitsprache) sind vorhanden? Wie lässt sich Reaktionsbereitschaft herbeiführen?

In diesem Kapitel steht jedoch vor allem das Verhältnis zwischen dem Freiwilligenwesen und den Regierungen im Vordergrund. Die Regierungen legen nach wie vor die Regeln, Gesetze und politischen Richtlinien fest, die die Ressourcenzuweisung, die Dienstleistungsqualität und die Wechselbeziehungen zwischen Bürgern, Märkten, Unternehmen, Medien und anderen Elementen der Zivilgesellschaft regeln. Dieses Kapitel beleuchtet die verschiedenen Wege, auf denen Freiwillige der Stimme der Bürger mehr

Gewicht verleihen und es ihnen durch ihre Partizipation gestatten, die Governance auf nationaler Ebene zu beeinflussen, indem sie bessere, ihren Bedürfnissen und Rechten entsprechende Dienstleistungen und Lösungen sowie neue Gesetze und Politiken fordern und an Fragen der Rechenschaftlichkeit und vermehrten Reaktionsbereitschaft herangehen.

Auf nationaler Ebene wird ein Großteil der governancebezogenen Freiwilligenarbeit von Freiwilligen geleistet, die oftmals mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammenarbeiten und direkt oder indirekt das Gespräch mit verschiedenen Teilen der staatlichen Gewalt suchen. Umgekehrt haben sich manche Regierungen die Stärken des Freiwilligenwesens zunutze gemacht, um Entwicklungsziele erreichen und ihre Pflichten gegenüber den Bürgern besser erfüllen zu können. Freiwillige können zwar direkt zu Veränderungen im Recht und in der Verfassung – den formellen Governance-Mechanismen – beitragen, häufiger geschieht dies indessen über die Einflussnahme auf eher informelle Governance-Institutionen wie Bräuche, Traditionen sowie soziale und wirtschaftliche Normen. Die Herbeiführung von Veränderungen in diesen Bereichen ist für Regierungen ohne Unterstützung nur schwer realisierbar und erfordert eine langfristige Zusammenarbeit mit den Menschen – eine Aufgabe, für die Freiwillige oft gut aufgestellt sind.

In diesem Kapitel werden zwei Fragen näher beleuchtet. Erstens: Wie machen sich die Regierungen die Kraft der Freiwilligenarbeit zunutze, um die Mitsprache und Partizipation bei Entscheidungsprozessen zur Aufklärung und Verbesserung der formellen und informellen Governance zu stärken? Und zweitens: Wie nutzen Freiwillige die Mitsprache und Partizipation der Menschen, um – insbesondere in Bezug auf die drei Säulen (Mitsprache/Partizipation, Rechenschaftlichkeit und Reaktionsbereitschaft) Einfluss auf das Regierungsverhalten auszuüben und Veränderungen darin herbeizuführen? Ob eine Initiative von oben nach unten oder von unten nach oben verläuft, hat Einfluss darauf, zu welchen Räumen Freiwillige Zugang haben, und erfordert unterschiedliche

Interaktionsstrategien auf nationaler Ebene. Machen sich zum Beispiel Regierungen die Kraft des Freiwilligenwesens zunutze, findet ein Großteil des Engagements von Freiwilligen und der Partizipation der Menschen in Räumen erwünschten Engagements statt. Die Freiwilligen, die auf dieser Ebene in Räumen erwünschten Engagements operieren können, sind in ihrer Mehrzahl formelle nationale oder internationale Freiwillige, unter Einschluss einiger Freiwilliger von der Basis, die sich die Kompetenzen und das Selbstvertrauen angeeignet haben, in diese Räume vorzudringen. Die Regierungen haben die Entscheidung in der Hand, ehemals verschlossene Räume zu öffnen, beispielsweise in Organen der Politikgestaltung, und den Zutritt marginalisierter Gruppen zu Räumen erwünschten Engagements, in denen diese Gruppen nicht gut repräsentiert sind, zu erleichtern. Ergreifen jedoch die Bürger die Initiative und geht der Anstoß von den Freiwilligen aus, findet umgekehrt ein Großteil der anfänglichen Aktivität in Räumen eingeforderten Engagements statt (s. Ende von Kapitel 1).

Es liegt an den Regierungen, ein mehr oder weniger förderliches Umfeld für das bürgerschaftliche Engagement zu Fragen der Governance zu schaffen. Die entsprechenden Trends gehen weit auseinander. Einige Regierungen eröffnen neue Räume durch Dezentralisierung, Referenden, Online-Diskussionen, verstärkten Zugang zu Entscheidungsträgern und neue Strukturen der Freiwilligenarbeit und begünstigen das Wachstum und die Entwicklung eines lebendigen und unabhängigen Freiwilligensektors (zivilgesellschaftliche Organisationen und Freiwillige). Am anderen Ende des Spektrums stehen Regierungen, die Räume des bürgerschaftlichen Engagements auf vielfältige Weise verschließen: Der Zugang zu bestimmten Formen der Finanzierung wird eingeschränkt, Gesetze werden erlassen, die die Themenanwaltschaft und Lobbyarbeit durch die Zivilgesellschaft einschränken, die Presse

und Versammlungsfreiheit werden beschnitten und der Freiwilligensektor – einschließlich der Freiwilligen – wird zunehmend als Subunternehmer unter Vertrag genommen und muss zahlreiche vertraglich festgelegten Bedingungen befolgen, die seine Autonomie einschränken und es ihm erschweren, Tendenzen, Politiken und neue Gesetze infrage zu stellen.

Das restliche Kapitel befasst sich damit, was erreicht wird und worauf aufgebaut werden kann, um ein gutes Verhältnis zwischen Regierungen und Freiwilligen zu fördern, mit dem Ziel, die Vorteile der Entwicklung für die Ärmsten und Schwächsten zu mehren und sicherzustellen, dass die Bedürfnisse und Rechte der Bürger, insbesondere die der am meisten Ausgegrenzten, bei den Entscheidungen, Prozessen und Verfahren der Governance Beachtung und Berücksichtigung finden.

#### WIE SICH DIE REGIERUNGEN DAS FREIWILLIGENWESEN ZUNUTZE MACHEN

Viele Regierungen haben sich das Freiwilligenwesen zunutze gemacht, um Entwicklungsziele zu erreichen und ihre Pflichten gegenüber den Bürgern besser zu erfüllen zu können. Manche von ihnen haben gesetzliche und institutionelle Rahmenbedingungen geschaffen, um ein stärkeres freiwilliges Engagement in Bezug auf staatliche Aufgaben zu ermöglichen und um Räume für Freiwilligeninitiativen zu eröffnen. Andere nehmen die Dienste von Freiwilligen in zahlreichen staatlichen Tätigkeitsbereichen und bei Wahlverfahren in Anspruch, so auch im Hinblick auf eine partizipative Rechts- und Politikgestaltung sowie auf die Kontrolle der öffentlichen Verwaltung durch den Bürger. Wieder andere arbeiten mit Freiwilligen zusammen, um Brüche innerhalb der Gesellschaft zu beheben.

---

**Es liegt an den Regierungen, ein mehr oder weniger förderliches Umfeld für das bürgerschaftliche Engagement zu Fragen der Governance zu schaffen**

---

## DIE NORWEGISCHE ERKLÄRUNG ZUR FREIWILLIGENARBEIT

Norwegen blickt auf eine lange Tradition der Freiwilligenarbeit zurück. Im Laufe seiner Geschichte erschwerten die das Land prägenden hohen Bergketten, tiefen Fjorde und abgelegenen Inseln das Reisen und die Kommunikation. Dadurch sahen sich kleine, isoliert gelegene Gemeinschaften gezwungen, sich für die Bewältigung von Aufgaben vor Ort auf ihre eigenen gemeinsam erbrachten Anstrengungen zu verlassen.

Das nur in der norwegischen Sprache anzutreffende Wort „dugnad“, für das es keine exakte Übersetzung gibt, steht für kollektive Freiwilligenarbeit und beschreibt die Bündelung der vor Ort vorhandenen Arbeitskraft oder der finanziellen Mittel innerhalb einer sozialen Gruppe, zum Beispiel einer Familie, einer Nachbarschaft, einer Gemeinde, eines geografischen Gebietes oder eines beruflichen Sektors.

Traditionell wurden im Rahmen von dugnad etwa Straßen, Brücken und Häfen oder ein Gemeindehaus gebaut. Dugnad konnte auch eingesetzt werden, um diejenigen zu unterstützen, denen es weniger gutging, zum Beispiel durch die Erledigung der landwirtschaftlichen Arbeit für Witwen.

Heute gilt Norwegen als eines der Länder in der Welt, in denen die meiste organisierte Freiwilligenarbeit stattfindet. Beträchtliche Arbeits- und Geldleistungen fließen in vielfältige kommunale Dienstleistungen sowie in den Freizeitsektor, wo Sport, Kultur und andere Aktivitäten, insbesondere für Kinder und Jugendliche, unterstützt werden.

Norwegen besitzt auch auf eine lange, bis in die Gegenwart hineinreichende Tradition des internationalen Freiwilligendienstes. Tausende Menschen aller Altersgruppen haben über missionarische Organisationen und NGOs oder über öffentliche Organisationen wie FK Norway in Entwicklungsländern gearbeitet.

Das Freiwilligenwesen und der Freiwilligensektor bilden folglich einen wichtigen Bereich der öffentlichen Politik. Das letzte Weißbuch zu diesem Thema wurde im Jahr 2007 im norwegischen Parlament erörtert. Am 5. Dezember 2014, dem Internationalen Freiwilligentag, legte die norwegische Regierung eine Erklärung zur Freiwilligenarbeit zur Konsultation auf breiter Ebene vor.

Die Erklärung ist in erster Linie eine Grundsatzerklärung, in der die Bedeutung des Freiwilligensektors als Raum für soziale Partizipation und Demokratiebildung anerkannt wird. Sie hebt hervor, dass die Regierung die Freiwilligenarbeit und die Organisationen, die mit Freiwilligen arbeiten, auch weiterhin unterstützt und für sie eintritt, und gibt einen Überblick über die Verfahren zur politischen Inklusion des Freiwilligensektors.

Sie soll die Planbarkeit und eine langfristige Perspektive in Bezug auf die Interaktion zwischen der Regierung und dem Freiwilligensektor fördern. Sie legt einen Rahmen für Freiwilligentätigkeit fest, um die Beteiligung des Freiwilligensektors an politischen Prozessen zu erleichtern und bei gemeinsamen Bemühungen übergreifende Rechenschaftslegung sicherzustellen. Darüber hinaus unterstreicht die Erklärung die Bedeutung der Forschung und des Wissensmanagements für den Sektor.

Über das Ministerium für Kultur, das den Freiwilligensektor koordiniert, hat die Regierung norwegische Organisationen, die mit Freiwilligen arbeiten, bis März 2015 zu einem breit angelegten Konsultationsverfahren zu der Erklärung eingeladen. Danach wird sie die endgültige Grundsatzerklärung annehmen.

*Sonderbeitrag des **FK Norway**.*

Quelle: FK Norway/Fredskorpset. <https://www.regjeringen.no/en/whatsnew/Ministries/kud/press-releases/2014/regjeringens-frivillighetserklaring/declaration-on-voluntary-work--declaration-on-the-governments-interaction-with-the-voluntary-sector/id2350911/>.

### Schaffung rechtlicher und institutioneller Rahmenbedingungen

Einer der wirksameren Wege, wie Regierungen sich das Freiwilligenwesen zunutze machen können, besteht darin, Strukturen und institutionelle Verfahren zu schaffen, in denen es gedeihen und zu nationalen Entwicklungszielen beitragen kann. Wenn rechtliche und institutionelle Rahmenbedingungen vorhanden sind, können Freiwillige innerhalb der damit vorgegebenen Möglichkeiten und Strukturen jederzeit ehrenamtlich tätig werden. Umgekehrt können die Regierungen Freiwillige systematisch mobilisieren und einsetzen. Die Schaffung solcher rechtlichen und institutionellen Verfahren gestattet es den Regierungen außerdem, für eine Reihe von Zielsetzungen - etwa für die Stärkung des sozialen Zusammenhalts - auf bestimmte Zielgruppen, beispielsweise Jugendliche, als Freiwillige zurückzugreifen, indem sie ihnen einen Raum zur Verfügung stellen, wo diese Fragen der Unterschiedlichkeit und der Gleichheit ausloten, neue nationale Selbstverpflichtungen zur Mitsprache eingehen und verstärkt an Entscheidungsprozessen partizipieren können.

Wo die Regierungen als Grundlage für das Freiwilligenwesen neue Strukturen und institutionelle Rahmenbedingungen geschaffen haben, gehört die Förderung nationaler Entwicklungsziele und der sozialen Inklusion klar zu den Zielsetzungen der gegründeten Organisationen. In anderen Worten: Die Regierungen, die das Freiwilligenwesen aktiv fördern, betrachten es als entscheidendes Mittel zur Umsetzung ihrer Entwicklungsagenda und als wesentlich für die Bewältigung spezifischer Entwicklungsherausforderungen.

Die Freiwilligen haben ihrerseits ebenfalls eine wichtige Rolle bei der Förderung und Gestaltung der Gesetze und institutionellen Rahmenbedingungen gespielt, welche die Freiwilligenarbeit ermöglichen. Ferner haben sie das Gespräch mit den Regierungen gesucht und an staatlichen Programmen mitgewirkt, ihre eigenen Kompetenzen und Fähigkeiten weiterentwickelt und über diese Mechanismen zu nationalen Debatten beigetragen. In Kontexten mit langjährigen Traditionen und Strukturen der Freiwilligenar-

beit konnten die Regierungen durch die Anerkennung des Werts der Freiwilligenarbeit und die Bekundung ihrer Unterstützung für diesen Sektor ähnliche Vorteile für sich gewinnen. Aus stärkerer politischer Inklusion und größerer politischer Stabilität ergaben sich auch Vorteile für den ehrenamtlichen Sektor.

### Erlass von Gesetzen zur Förderung des Freiwilligenwesens

Die Regierungen von Honduras, Mosambik und Peru haben Gesetze zur Förderung des Freiwilligenwesens erlassen, um sich dessen Vorteile für nationale Entwicklungsziele zunutze zu machen, während die Regierung Togos die ehrenamtliche Tätigkeit Jugendlicher spezifisch zu dem Zweck angeregt und ermöglicht hat, das Problem der Jugendarbeitslosigkeit zu bewältigen. In den erstgenannten drei Ländern waren Interessengruppen auf Veranlassung der Regierung maßgeblich an dem Gesetzgebungsverfahren beteiligt. Andere Regierungen, wie etwa die Regierungen Ghanas und Kenias, haben in ähnlicher Weise formelle, rechtlich und finanziell untermauerte Freiwilligenstrukturen geschaffen, um junge Freiwillige zu ermutigen, ihre Zeit zur Verfügung zu stellen, um Gesundheit und Bildung in ländlichen Gebieten zu verbessern, dabei erwerbstätig zu sein und Zweck und Wert des bürgerschaftlichen Engagements verstehen zu lernen.

In Honduras erließ der Nationalkongress im September 2011 das Ley del voluntariado (Gesetz über das Freiwilligenwesen). Der Hauptzweck dieses Gesetzes liegt im Ausbau organisierter und verantwortlicher Freiwilligenarbeit sowie in der Nutzung des Potenzials derjenigen, insbesondere der Jugendlichen, die fähig, gewillt und motiviert sind, in öffentlichen, privaten und gemeinnützigen Organisationen ehrenamtlich für die Entwicklung des Landes tätig zu werden. Der Geist des Gesetzes schützt darüber hinaus die Rechte und Pflichten von Freiwilligen und Gastorganisationen und fördert Synergien zwischen verschiedenen im Rahmen der Freiwilligenarbeit unternommenen Bemühungen.

Das Gesetz über das Freiwilligenwesen wurde dem Kongress durch den Leiter der Jugendkom-

mission mit Unterstützung des Staatssekretärs im Amt für Jugendfragen vorgelegt. Der Gesetzesentwurf war in Workshops erarbeitet worden, die von Mitgliedsorganisationen des honduranischen Freiwilligennetzwerkes durchgeführt und von dem Amt koordiniert wurden. Das Gesetz würdigt das Freiwilligenwesen als Humankapital, dem angemessener Wert beizumessen ist, und als wirkungsvolle Ressource, die den doppelten Zweck erfüllt, sowohl das Wohlergehen der Bürger zu steigern als auch zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes beizutragen.<sup>121</sup>

In Mosambik verabschiedete die Regierung im Jahr 2010 ein Freiwilligengesetz. Das Gesetz wurde von einem nationalen Freiwilligenrat erarbeitet, den die Regierung im Jahr 2009 eingerichtet hatte, um zivilgesellschaftliche Organisationen zu stärken und sie in die Unterstützung der nationalen Armutsbekämpfungsstrategie einzubinden. Ein in hohem Maße partizipatives Verfahren wurde etabliert, um die Bewertung, Abfassung, Umsetzung und Überwachung des Gesetzes zu unterstützen. Das Gesetz wies zweierlei Zielsetzungen auf. Die eine bestand in der Förderung nationaler Entwicklungsziele wie der Demokratie, den Menschenrechten, der nationalen Einheit, der gesellschaftlichen Wohlfahrt, des öffentlichen Gesundheitswesens, der Bewältigung von Naturkatastrophen und des Umweltschutzes. Bei der anderen ging es darum, Grundlagen für das Freiwilligenwesen zu schaffen und

dieses zu unterstützen und anzuerkennen sowie Verfahren für das effektive Freiwilligenmanagement bereitzustellen.<sup>122</sup>

Auch die Regierung Perus war, neben der Schaffung eines rechtlichen Rahmens, bemüht, das Freiwilligenwesen durch die Einrichtung eines Referats für Freiwilligenarbeit zu institutionalisieren.

Ein förderliches Umfeld erfordert mehr als gesetzliche und politische Maßnahmen (obwohl dies unerlässliche Bausteine sind). Verfahren, Institutionen, Vorgehensweisen und starke Partnerschaften sollten allesamt ermöglichen, dass mehr Menschen an Entscheidungen mitwirken können, die ihr Leben berühren.

Seit 1988 wurden dank der beispiellosen Zusammenarbeit von mehr als 200 Ländern, großzügiger internationaler Investitionen und der Mobilisierung der Gemeinwesen durch mehr als 20 Millionen Freiwillige über 2,5 Milliarden Kinder gegen Polio geimpft. Alle drei Faktoren trugen entscheidend zum Erfolg bei. Um sicherzustellen, dass Einzelpersonen, Gemeinschaften und Nationen vollen Nutzen aus der Freiwilligenarbeit ziehen können, ist ein förderliches Umfeld mit unterstützenden Gesetzen, Politikkonzepten und Ressourcen von Wichtigkeit. Die Mitwirkung aller Bereiche der Gesellschaft – Regierung, Zivilgesellschaft, Medien, Wirtschaft und Wissenschaft – ist unentbehrlich.<sup>123</sup>

## DIE SCHAFFUNG VON STRUKTUREN ZUR UNTERSTÜTZUNG DER FREIWILLIGENARBEIT IN PERU

Peru verfügt über eine lange Tradition der Freiwilligenarbeit, die Teil der Tradition der Andengemeinschaften ist. Während der wirtschaftlichen und sozialen Krise der 1980er-Jahre brachten Gruppen von Freiwilligen – in der Mehrzahl Frauen, die in Suppenküchen und ländlichen Organisationen arbeiteten – das Land wieder auf Kurs.

2013 richtete die Regierung als Ergebnis eines Projekts zur Institutionalisierung des Freiwilligenwesens in Zusammenarbeit mit dem UNV innerhalb des Ministeriums für Frauen und schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen ein Referat für Freiwilligenarbeit ein. Das Referat ist zuständig dafür, die wichtigsten Interessenträger in Peru zusammenzuführen, um eine Freiwilligeninfrastruktur umzusetzen, ein förderliches Umfeld für das Freiwilligenwesen zu gewährleisten und bewährte Verfahren internationaler und lokaler Freiwilligenorganisationen zu übernehmen.

Das von der Regierung unterstützte SoyVoluntari@Netzwerk ist die Konkretisierung der sektorübergreifenden Zusammenarbeit zwischen Regierung, zivilgesellschaftlichen Organisationen, dem Privatsektor und Organisationen für Entwicklungszusammenarbeit auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene. Das Netzwerk ermöglicht die Meinungsäußerung, den Dialog und die Diskussion über die Freiwilligenarbeit und schafft Synergien zwischen den genannten Sektoren, damit das Freiwilligenwesen eine stärkere Rolle als strategische Ressource für die Entwicklung spielen kann.

Das Referat für das Freiwilligenwesen und die Methodik der Netzwerkbildung sind die beiden grundlegenden Erfolgsvoraussetzungen für die weitere Verbesserung der Freiwilligeninfrastruktur in Peru und für die Nutzung des Freiwilligenwesens zur Bewältigung von Herausforderungen.

Zu den Errungenschaften dieser Zusammenarbeit zählen Großveranstaltungen zur Förderung des Internationalen Freiwilligentages, Anerkennungsprämien für Freiwilligenorganisationen, Bündnisse zwischen Universitäten zur Erforschung der Freiwilligenarbeit, die Mobilisierung von Freiwilligen für staatliche soziale Programme, Schulungswerkzeuge für die Freiwilligenarbeit, nationale Qualitätszeichen für Freiwilligenaktivitäten sowie ein Handbuch zur Systematisierung der Erfahrungen von Freiwilligen.

Diese Freiwilligeninfrastruktur hat ein gemeinsames Verständnis des Freiwilligenwesens entstehen lassen und verwendet vielfältige Ansätze, um die Freiwilligenarbeit im Hinblick auf die vermehrte Partizipation der Bürger in Peru zu mobilisieren und zu erleichtern. Zu den großen Herausforderungen gehört es jedoch, eine nachhaltige Finanzierung zu gewährleisten und ein förderliches Umfeld für die Mobilisierung von Freiwilligen zugunsten staatlicher Sozialprogramme zu begünstigen. Eine institutionalisierte Finanzierung ist entscheidend, weil sie garantiert, dass das Freiwilligenwesen strategisch als Entwicklungsressource für die Menschen Perus zum Einsatz kommt – und zwar unabhängig von Veränderungen in den lokalen und nationalen Verwaltungen.

Peru ist auf dem Weg, ein entwickeltes Land zu werden. Wir sind der Ansicht, dass eine klare und starke politische Linie zur Förderung von Freiwilligeninfrastrukturen und -initiativen ein Zeichen dafür ist, dass wir uns auf dem richtigen Kurs befinden.

*Sonderbeitrag von **Fernando Bolaños Galdós**, Stellvertretender Minister für schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen (im Ministerium für Frauen und schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen), Peru*

### Schaffung innovativer Wege für die Jugendbeschäftigung in Togo

Ebenso wie die Regierungen mehrerer anderer Länder in Afrika nutzt auch die Regierung Togos das Freiwilligenwesen, um gegen die Herausforderungen der Jugendarbeitslosigkeit vorzugehen. Die Jugendarbeitslosenquote liegt bei über 8% und die Unterbeschäftigungsquote bei über 20%. Das nationale Programm zur Förderung des Freiwilligenwesens (PROVONAT) wurde im September 2011 von der Regierung ins Leben gerufen, um junge Menschen auszubilden und als Freiwillige in öffentlichen, privaten und zivilgesellschaftlichen Institutionen einzusetzen.

Im Laufe der ersten drei Jahre brachte das Programm 4.280 junge Menschen (darunter 40% Frauen) in Bereichen wie Kommunikation, Gesundheit, Landwirtschaft und Umwelt, die mit nationalen Prioritäten wie Gesundheit von Mutter und Kind, vermeidbaren Krankheiten, Sanitärversorgung, ländlicher Entwicklung und sozialem Schutz verknüpft sind, zum Einsatz. Das Programm verbesserte die Beschäftigungsfähigkeit junger Menschen, von denen mehr als 40% aufgrund ihrer Freiwilligenerfahrung eine bezahlte Beschäftigung fanden. Heute bieten mehr als 635 togolesische Organisationen Stellen für Freiwillige an und eine im Rahmen des Programms erstellte Datenbank verzeichnet mehr als 20.000 junge Bewerber.

Diese Erfolge des Programms haben die Regierung dazu veranlasst, im Juni 2014 per Gesetz eine öffentliche Stelle zur Verwaltung der nationalen Freiwilligen einzurichten. PROVONAT ist heute eine mit dem togolesischen Ministerium für Gemeinwesenentwicklung, Handwerk und Jugendbeschäftigung verbundene autonome Institution. PROVONAT hat viele von jungen Menschen getragene regionale und lokale Initiativen ermöglicht, die tiefgreifende Entwicklungsauswirkungen haben, insbesondere für junge Frauen. So bietet beispielsweise ein Palmölprojekt in Kpalime 400 jungen Frauen technische Beratung und genossenschaftliche Bankdienstleistungen und ermöglicht damit eine viel höhere Produktionsleistung und höhere Einkommen. In Kara war eine junge Anwältin

in der Regionaldirektion für das Ministerium für Frauenförderung tätig, um die Rechte von Frauen in Lokalsprachen zu übersetzen und so das Bewusstsein für diese Rechte zu schärfen.

Eine zweite positive Auswirkung des Programms ist es, dass es Freiwillige vom Süden des Landes in den Norden bringen kann und umgekehrt. Dies ist in einem Land, in dem historisch gewachsene politische Spannungen zwischen den beiden Regionen bestehen, besonders wichtig.

Aufbauend auf dem Erfolg von PROVONAT richtet sich eine neue von der Regierung gesteuerte Initiative mit dem Namen PROVONAT-JDS an Schulabgänger und Schulabbrecher. Sie soll im Rahmen der PROVONAT-Infrastruktur durchgeführt werden und 5.000 Schulabbrecher oder Jugendliche ohne Schulbildung im Alter von 15 bis 35 Jahren mobilisieren, für sechs Monate Freiwilligenarbeit in lokalen Entwicklungsprojekten zu leisten. Nach dieser Zeit erhalten sie eine Ausbildung oder eine Lehrstelle.

Andere Initiativen, bei denen die Regierungen sich auf das Freiwilligenwesen gestützt haben, um einen Aspekt der Governance zu verbessern, lassen sich anhand der Belege in drei Gruppen unterteilen: Einwirkung auf Gesetze und Politikkonzepte, Verbesserung von Wahlverfahren und Friedenskonsolidierung.<sup>124</sup>

### EINWIRKUNG AUF GESETZE UND POLITIKBILDUNG UND -UMSETZUNG

Zu den grundlegendsten Pflichten der Staatsführung auf nationaler Ebene gehört es, Gesetze und Politiken zu erarbeiten, die das Verhalten, die Rollen und die Verantwortlichkeiten der Regierung und der Bürger regeln. Aus diesem Grund ist es entscheidend, dass Gesetze und Politiken auch wirklich die Interessen aller repräsentieren und nicht nur die der Mehrheit oder der stärksten Interessengruppen. In der Tat führen in einigen Kontexten dezentralisierte und stark partizipative Prozesse mit größerer Wahrscheinlichkeit zu Gesetzen und Politiken, die lokalen Interessen gerecht werden und für nicht-dominante

Interessengruppen und Minderheiten Vorteile mit sich bringen. Einige Regierungen haben sich das Engagement von Freiwilligen zunutze gemacht, um bei Konsultationen, in dezentralisierten Strukturen und Referenden eine größere Anzahl vielfältigerer Stimmen zu beteiligen, mit dem Ziel, Gesetze und Politiken auf eine solidere Grundlage zu stellen.

Aber selbst gute Gesetze und Politiken dienen den am stärksten marginalisierten Menschen unter Umständen nicht, wenn sie nicht für alle Gruppen der Bevölkerung einheitlich umgesetzt werden, und mehrere Regierungen haben Sondermaßnahmen getroffen, um sicherzustellen, dass sich die Umsetzung positiver Gesetze und Politiken auch auf marginalisierte Gruppen erstreckt. Freiwillige haben die Regierungen maßgeblich dabei unterstützt, neue Gesetze öffentlich bekannt zu machen und so die Vorteile politischer Maßnahmen an diese Gruppen heranzutragen. Freiwillige konnten die Interaktion zwischen den Menschen und den Regierungen in beiderlei Richtung verbessern, beispielsweise indem sie neue Stimmen in die Erarbeitung von Gesetzen und Politiken einfließen ließen und indem sie dafür sorgten, dass deren Vorteile die Marginalisierten auch erreichten.

### Die Einbeziehung von Bürgern in Brasiliens Gesundheitspolitik

Einige Regierungen haben ihre Bürger systematischer und langfristig einbezogen, um ihre Meinungen in politische Konzepte einfließen zu lassen und diese umzusetzen. In Brasilien haben die engen Verbindungen zwischen Staat und Zivilgesellschaft die Entwicklung einer neuen Gesundheitspolitik ermöglicht, durch die das Gefälle bei der öffentlichen Gesundheitsversorgung erheblich abgebaut werden konnte. Eine vielschichtige, vor allem auf kommunaler Ebene aktive Freiwilligenbewegung setzte sich dafür ein, dass die gesundheitliche Versorgung als ein Grundrecht des Menschen angesehen wird und dass die Bürger an der Formulierung, dem Management und der Überwachung der Gesundheitspolitik beteiligt werden. Die „Bürgerverfassung“, die Brasilien im Jahr 1988 verabschiedete, erklärte die Gesundheit zu einem allgemeinen Recht der Bürger

und ersetzte das alte öffentliche Gesundheitssystem durch das „Einheitliche Gesundheitssystem“. In den darauf folgenden beiden Jahrzehnten entstand eine ausgewogenere Verteilung der öffentlichen Gesundheitsressourcen auf die Regionen. Nicht nur gingen die Ungleichheiten zwischen und in den Regionen zurück, sondern auch die Ungleichheiten in Bezug auf die Gesundheitsversorgung innerhalb der Bevölkerung als Ganzes und für einige der schwächsten Bevölkerungsgruppen Brasiliens.<sup>125</sup>

Diese Ergebnisse sind zum Teil auf Innovationen zurückzuführen, die durch umfangreiches bürgerschaftliches Engagement ermöglicht wurden, das als Reaktion auf einen stark gestiegenen Bedarf an Gesundheitsleistungen und die ungleiche Verteilung öffentlicher Ressourcen entstanden war und sich im Kampf für eine universelle Gesundheitsversorgung niederschlug. Viele Freiwillige waren im öffentlichen Gesundheitswesen tätig. Durch die Bewegung bildeten sich Bündnisse zwischen fortschrittlich denkenden Amtsträgern und Bürgern heraus und führten zu einem von unten nach oben verlaufenden Prozess mit Initiativen, die ihren Ursprung auf der lokalen und bundesstaatlichen Ebene hatten und dort vor ihrer Übertragung auf die nationale Ebene erfolgreich erprobt worden waren. In den Worten eines Wissenschaftlers: „Der Verteilungserfolg [...] war bedingt durch einen politischen Prozess, der eine durchlässige Trennlinie zwischen den Akteuren des Staates und der Gesellschaft förderte, wodurch es leichter wurde, eine spezifische institutionelle Regelung voranzubringen, die den regelmäßigen Austausch zwischen politischen Entscheidungsträgern, Gesundheitsfachkräften und Vertretern derjenigen förderte, die die Dienstleistungen in Anspruch nehmen.“<sup>126</sup>

### Einbeziehung von Bürgerstimmen in die Gesetzesbildung in Indien

Das Zustandekommen einer dringend erforderlichen Änderung der indischen Gesetze zur Prävention von Gewalt gegen Frauen ist maßgeblich dem Einfluss engagierter Freiwilliger zu verdanken. Dies ist ein Fall, in dem eine massive, von Freiwilligen getragene Mobilisierung die Regierung für die Notwendigkeit sensibilisier-

---

**Freiwillige unterstützen die Regierungen maßgeblich dabei, neue Gesetze öffentlich bekannt zu machen und so die Vorteile politischer Maßnahmen an diese Gruppen heranzutragen**

---

te, rechtliche Reformen vorzunehmen und die staatlichen Einrichtungen für die Umsetzung rechenschaftspflichtig zu machen. Die Regierung zeigte sich aufgeschlossen und wurde von denselben Freiwilligen bei der schnellen Durchführung der Reform unterstützt. Über die massiven Proteste in Indien nach der Vergewaltigung und dem anschließenden Tod einer Studentin in Neu-Delhi im Dezember 2012 wurde weltweit in den Medien berichtet, und es wurde viel über den Zorn der Bevölkerung über die Apathie der Institutionen im Umgang mit Gewalt gegen Frauen geschrieben. Sonst eher zurückhaltende Jugendliche der Mittelschicht gingen auf die Straße, und die indische Regierung änderte die Gesetze, um bei Vergewaltigungsklagen eine schnelle Verurteilung zu ermöglichen. Weit weniger bekannt ist die Art und Weise, in der die Regierung die Freiwilligen mobilisierte, um diese Gesetzesrevision zu unterstützen.

Die Regierung berief einen Ausschuss unter der Leitung eines ehemaligen Obersten Richters ein, um die Gesetzeslage zu prüfen und Änderungsempfehlungen zu erarbeiten. In einer öffentlichen Mitteilung forderte sie die Zivilgesellschaft dazu auf, ihre Ideen, ihr Wissen und ihre Erfahrung einzubringen und in die Empfehlungen des Ausschusses einfließen zu lassen. Obwohl in der Mitteilung nur eine zweiwöchige Vorschlagsfrist eingeräumt wurde, erhielt der Ausschuss über 80.000 Stellungnahmen von Frauengruppen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und einer überwältigenden Mehrzahl in persönlicher Eigenschaft handelnder Bürger.<sup>127</sup> Diese Freiwilligen prüften die einschlägigen Gesetze, berichteten über die Art und Weise, wie die Polizei Opfer von Gewalt und Belästigung behandelt, untersuchten, wie Ärzte und Krankenhäuser mit Opfern von Vergewaltigung und häuslicher Gewalt umgehen, betrachteten die tiefer liegenden, weniger offensichtlichen Faktoren, die Gewalt gegen Frauen ermöglichen, und schickten Tausende von Änderungsvorschlägen an den Ausschuss.

Dieser befasste sich daraufhin nicht nur mit einer Gesetzesreform zur Bekämpfung von Vergewaltigung und sexueller Nötigung, sondern auch mit verbalen und sonstigen Formen der

sexuellen Belästigung, Säureangriffen, Vergehen gegen Frauen in Konfliktregionen, dem sexuellen Missbrauch von Kindern, der Polizeireform, der Governance in Bezug auf die Wiedergutmachung von Verbrechen gegen Frauen sowie Reformen der Wahlverfahren und des Bildungswesens. Die Freiwilligen stellten viele Stunden lang ihre Arbeitskraft zur Verfügung, um in kurzer Zeit eine breit angelegte Überprüfung vorzunehmen, und lieferten eine Vielfalt von Perspektiven zu den zahlreichen Bereichen und Formen, in denen indische Frauen Gewalt erleiden.

Bei der Gesetzesnovellierung wurde ein Teil der Empfehlungen des Ausschusses akzeptiert, einige Hauptforderungen der Bevölkerung und Ausschussempfehlungen jedoch nicht inkorporiert.<sup>128</sup> Der Ausschuss war am 23. Dezember 2012<sup>129</sup> eingesetzt worden, und die Änderungsfassung der Strafrechtsverordnung wurde am 3. Februar 2013<sup>130</sup> erlassen – in Anbetracht des Ausmaßes der Änderungen eine bemerkenswert kurze Zeitspanne. Die Freiwilligen hatten damit zur Beschleunigung des Änderungsprozesses beigetragen, dass sie die Regierung und den Gesetzgeber durch Proteste sensibilisierten und den Ausschuss anschließend bei seiner Prüfungsarbeit unterstützten.

### Verbesserung des Justizzugangs in Niger

Die nigrische Regierung hat freiwillige Anwälte zum Einsatz gebracht, um besonders schutzbedürftigen Bevölkerungsgruppen die Vorteile ihrer Gesetzesreformen zugutekommen zu lassen. Sie erkannte, dass Rechenschaftlichkeit und Reaktionsbereitschaft nicht allein dadurch herbeigeführt werden können, dass diese beiden Faktoren Eingang in faire und fortschrittliche Gesetze finden. Damit die am stärksten marginalisierten Teile der Gesellschaft in den Genuss ihrer Vorteile gelangen, müssen besondere Anstrengungen unternommen werden. In diesem Fall stellten freiwillige Experten die Humanressourcen, dank derer die Regierung ihre Politik effektiv umsetzen konnte.

2003 leitete die Regierung ein Förderprogramm für die Justizreform ein, um den rechtlichen Rahmen und dessen Verbreitung zu modernisieren,

Prozessparteien verbesserten Zugang zur Justiz zu verschaffen und die Funktionsweise der Gerichte zu verbessern. 2006 arbeitete das Justizministerium mit verschiedenen externen Stellen (UNDP, der Europäischen Union und der französischen Regierung) zusammen, um die Vorteile der neuen Gesetzgebung auf die Schwächsten im Strafvollzug auszudehnen.

Derzeit sind 32 nationale und internationale Anwälte als VN-Freiwillige in Gefängnissen in acht Regionen tätig, um Häftlinge über ihre Rechte aufzuklären und ihre Verfahren vor den zuständigen Gerichten zu beobachten. Darüber hinaus koordinieren sie Sensibilisierungsmaßnahmen in Rechtsberatungsstellen der Nationalen Vereinigung zur Verteidigung der Menschenrechte. Die Freiwilligen, von denen etwa ein Drittel Frauen sind, haben in den Gefängnissen Hotlines zur Beratung von Häftlingen eingerichtet, unterstützen Gefangene bei den mit Gerichtsterminen verbundenen Formalitäten und bieten Rechtssuchenden Beratung. Auch innerhalb der schwächsten Gruppe, den Gefängnisinsassen, versuchen sie, ihre Bemühungen auf weibliche Häftlinge auszurichten und diese besonders zu unterstützen.

Seit 2003 haben mehr als 1.800 Häftlinge vor Ort kostenlos Rechtsberatung und Rechtsbeistand erhalten, und fast 2.500 erhielten eine Aufklärungsschulung zu ihren Rechten und Pflichten. Bessere Beziehungen zwischen den Häftlingen und den Beamten haben zu einem besseren Schutz der Menschenrechte geführt. Der Erfolg des Projekts hat Diskussionen darüber ausgelöst, ob es auf das übrige Land ausgedehnt werden sollte.<sup>131</sup>

Da institutionelle Reformen unter Umständen verwundbaren Gruppen nicht automatisch zugutekommen, sind häufig besondere Initiativen erforderlich. Selbst innerhalb verwundbarer Bevölkerungsgruppen stehen einige noch schwächer da als andere, und von Freiwilligen geführte Initiativen können die Vorteile institutioneller Reformen an diese Gruppen herantragen. Ist nur geringe Kapazität vorhanden, können Freiwillige marginalisierte Gruppen darin unterstützen, Zugang zu den Vorteilen zu erlangen, die per Gesetz oder politischer Maßnahme für sie vorgesehen sind.

Die Einbeziehung der Bürgerstimmen in den Prozess der Gesetzgebung und Politikgestaltung kann nicht nur dazu beitragen, Gesetze stärker auf die Menschen auszurichten, sondern auch, Ungleichheiten bei der Umsetzung zu reduzieren und so besser die beabsichtigten Ergebnisse zu erzielen. Die Einbeziehung von Freiwilligen in die Politikumsetzung kann von entscheidender Bedeutung sein, wenn sichergestellt werden soll, dass die Vorteile fortschrittlicher Gesetze auch die am stärksten ausgegrenzten Gruppen erreichen. Verbesserte Resultate können ferner bei der erfolgreichen Nutzung der Freiwilligenarbeit in der öffentlichen Verwaltung beobachtet werden.

### VERBESSERUNG VON WAHLVERFAHREN

Traditionelle Vorstellungen von freiwilliger Mitwirkung in den Aufgabenbereichen und an den Verfahren des Staates richten sich primär auf die Erstellung alternativer Haushaltspläne und die Kapazitätsentwicklung bei staatlichen Behörden durch formelle Freiwillige, die lokale Regierungsbeamte ausbilden oder in Regierungsbehörden arbeiten. Es gibt jedoch viele Fälle, in denen Regierungen sich die Bemühungen ehrenamtlich tätiger Menschen zunutze machen, um viele verschiedene Teilbereiche der staatlichen Aufgabenwahrnehmung, einschließlich der Wahlverfahren, zu verbessern.

Kennzeichnendes Merkmal dieser Fälle ist, dass dabei nicht außenstehende Personen der Regierung Rechenschaft abfordern, sondern die Regierungen vielmehr die Initiative ergreifen, um mithilfe von Freiwilligen aus dem Kreis ihrer Bürger ihre eigenen Behörden und Verfahren rechenschaftlicher zu gestalten. Angesichts der Tatsache, dass die Interaktionen zwischen Freiwilligen und Regierungen innerhalb einigermaßen formeller Mechanismen verlaufen, besteht beiderseitige Rechenschaftspflicht. Da jedoch Regierungen die Initiatoren dieser Mechanismen sind, kann diese Gegenseitigkeit scheitern, wenn eine Regierung beschließt, sich daraus zurückzuziehen.

**Freiwillige waren den Regierungen dabei behilflich, die staatliche Aufgabenwahrnehmung zu verbessern und die Rechenschaftlichkeit von Prozessen zu erhöhen**

Gleichviel, ob es darum geht, die Leistungserbringung wichtiger Regierungsstellen und Partner zu überwachen, Menschen zu ermutigen, sich an Wahlen zu beteiligen, oder den Wahlprozess zu überwachen - stets waren Freiwillige den Regierungen dabei behilflich, die staatliche Aufgabenwahrnehmung zu verbessern und die Rechenschaftlichkeit von Prozessen zu erhöhen.

### Wahlbeobachtung

Die Integrität von Wahlen ist ein grundlegender Aspekt guter Staats- und Regierungsführung. Die Rolle von Freiwilligen als Wahlhelfer und -beobachter in instabilen Situationen ist gut dokumentiert. In den Jahren 2013 bis 2014 haben in Afghanistan Hunderte nationaler und internationaler formeller Freiwilliger Wähler registriert, Stimmzettel ausgezählt und den komplexen, langwierigen Wahlprozess beobachtet und überwacht. Hunderte nationaler Freiwilliger arbeiteten als Bürgerreporter, um politische Aktivitäten in abgelegenen Regionen zu beobachten, zu dokumentieren und Informationen darüber zu verbreiten.

Bei den Gouverneurswahlen von 2012 in Jakarta (Kapitel 2) waren es in erster Linie informelle Freiwillige, die sich zu einer gesellschaftlichen Bewegung zusammenschlossen, die gegen den traditionell vorherrschenden Einfluss des Geldes auf die Wahlen vorging. Bei der Präsidentschaftswahl in Indonesien 2014 kam es sogar zu einer noch breiteren Mobilisierung von mehrheitlich informellen Freiwilligen. Die Freiwilligen motivierten die Menschen, sich an den Wahlen zu beteiligen und für ihren Kandidaten zu stimmen. Soziale Netzwerke spielten dabei eine entscheidende Rolle. Viele Wähler nutzten die Telefon-App iWitness, um Fotos von C1-Formularen mit den abschließenden Tabellen der in jedem Wahllokal erzielten Wahlergebnisse in soziale Netzwerke zu stellen und mit anderen zu teilen.<sup>132</sup> Die nationale Wahlkommission Indonesiens stellte die Ergebnisse aus jedem der 480.000 Wahllokale auf ihre Website. Drei Software-Experten zusammen mit 700 anderen Menschen beschafften sich diese Informationen von der Website und prüften die Ergebnisse. Das Ausmaß der Bürgerbeteiligung bei der Gewährleistung der Unantastbarkeit des Wahlvorgangs

führte dazu, dass diese Wahl heute als „crowd-sourced election“ bezeichnet wird.<sup>133</sup>

Die Wahlbeobachtung hat eine lange Tradition in vielen Ländern Lateinamerikas, die dabei technische Unterstützung durch die Organisation amerikanischer Staaten (OAS) erhielten. In den letzten Jahrzehnten wurden vermutlich 200 Wahlbeobachtungsmissionen ausschließlich von Freiwilligen durchgeführt. Solche Missionen sind ein wesentliches kollektives, multilaterales Instrument zur Förderung und Aufrechterhaltung der repräsentativen Demokratie. Wenn man ihre Häufigkeit und die diplomatische und öffentliche Aufmerksamkeit bedenkt, die ihnen zugewandt wird, hat sich durch die Missionen verändert, wie Lateinamerika an demokratische Governance herangeht. Vor 1989 wurden gelegentlich OAS-Beobachter zur Wahlbeobachtung entsandt, doch waren die meisten Missionen klein und kamen in der Regel erst am Wahltag als formelle Verfahren vor Ort an. Die heutigen Missionen sind anspruchsvoller und verwenden standardisierte Methoden und Technologien, mit deren Hilfe der gesamte Vorgang von der Ankündigung einer Wahl bis zur Stimmabgabe beobachtet werden kann.<sup>134</sup>

Die Regierungen von Kenia und Sambia setzen Freiwillige ein, um ihnen bei der Veranstaltung friedlicher und ordnungsgemäßer Wahlen behilflich zu sein. Sambia akkreditiert seine Wahlüberwacher und -beobachter. Die Wahlbeobachter (monitors) kommen aus der lokalen Zivilgesellschaft und können, wenn sie Unregelmäßigkeiten beim Wahlvorgang beobachten, diese eigens dafür vorgesehenen Beamten melden. Die Beobachter (observers) kommen aus der internationalen Gemeinschaft und sind zwar nicht befugt, die Wahlbeamten über Unregelmäßigkeiten in Kenntnis zu setzen, können aber der Wahlkommission schriftliche Informationen zukommen lassen.<sup>135</sup>

In jedem dieser Fälle, ob es sich um die Erbringung von Dienstleistungen oder Wahlen handelte, hat die Überwachung durch nationale und internationale Freiwillige und die



### TEXTRAHMEN 3.1. **STIMMEN VON FREIWILLIGEN:** FREIWILLIGE SETZEN SICH FÜR DIE RECHTE VON FLÜCHTLINGEN UND VERTRIEBENEN EIN

Antoine, Emmanuel und Naiel helfen Flüchtlingen und Binnenvertriebenen in Côte d'Ivoire, der Zentralafrikanischen Republik und Guinea-Bissau. Sie konzentrieren sich dabei auf die Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt, den Zugang zu Gemeinschaftsdiensten wie Bildung, Gesundheit, einkommensschaffenden Aktivitäten und Kapazitätsbildung sowie auf die friedliche Koexistenz mit der örtlichen Bevölkerung.

Antoine Monemou (aus Guinea) ist ein internationaler VN-Freiwilliger für Wiedereingliederung und Gemeinschaftsdienste im Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) im Südwesten von Côte d'Ivoire. Er arbeitet mit Flüchtlingen, Binnenvertriebenen und ivoirischen Rückkehrern. Er berichtet, dass im Jahr 2014 mehr als 1.600 Flüchtlinge, in erster Linie aus Liberia, medizinischen Beistand erhielten, mehr als 337 Personen im Rahmen der lokalen Integrationspolitik Pässe ausgestellt wurden, 150 Kinder Zugang zu Bildung erhielten, 16 Brunnen und 14 Wasserpumpen instand gesetzt wurden, der Bau von Häusern für 100 zurückgekehrte Familien unterstützt wurde, fünf Fälle von sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Minderjährige bearbeitet wurden und eine 16-tägige Kampagne zur Sensibilisierung in Bezug auf diese Formen der Gewalt durchgeführt wurde. Er setzt sich für ein friedliches Zusammenleben der Flüchtlinge und der lokalen Bevölkerung ein (einschließlich derer, die der Ansicht sind, Flüchtlinge kämen in den Genuss von Sonderprivilegien) sowie für die Förderung und Ausbildung gemeinsam besuchter Schulen und anderer gemischter Begegnungsorte als Mittel und Weg, Austausch und Verständigung voranzutreiben.

Agbonon Emmanuel Ehouman (aus Côte d'Ivoire) hielt es bei seiner Arbeit mit muslimischen Binnenvertriebenen in der Zentralafrikanischen Republik für hilfreich, ein internationaler Freiwilliger zu sein, weil die Menschen dort anderen nationalen Bevölkerungsgruppen oder Staatsbediensteten Misstrauen entgegenbringen. Wenngleich es nach wie vor bewaffnete Gruppen gibt, ist er dennoch bestrebt, Vertriebene über ihr Recht auf Rückkehr und ein freies Leben an ihrem Herkunftsort sowie ihr Recht auf Zugang zur Justiz und auf behördliche Unterstützung in Bezug auf ihre Situation und das Eigentum aufzuklären, das sie verloren haben. Es gab eine Zeit, an der sich 8.000 Binnenvertriebene an der Moschee im Gebiet der Hausa aufhielten, von denen nur etwa 200 wieder in ihre Heimat zurückgekehrt sind. Viele von ihnen übernachteten weiterhin in der Moschee. Die überwältigende Mehrzahl der Binnenvertriebenen sind Frauen und Kinder, die in einer schwierigen Sicherheitslage besonders gefährdet sind.

Naiel Saiti Cassama ist ein nationaler Freiwilliger, der im Auftrag des UNHCR in Guinea-Bissau mit Flüchtlingen arbeitet. Etwa 8.000 Flüchtlinge, in ihrer Mehrzahl aus Senegal, leben in ländlichen Gegenden zusammen mit ihren Gastgemeinschaften. In diesen Gegenden, in denen Landwirtschaft die einzige Einkommensquelle darstellt, ist der Zugang zu Grund und Boden das Hauptproblem zwischen Flüchtlingen und der einheimischen Bevölkerung. Naiel und seine Kollegen haben traditionelle Grundbesitzer für die Notwendigkeit eines neuen Gesetzes in Bezug auf Landbesitz und die Anerkennung des Rechts der Flüchtlinge auf Eigentum sensibilisiert. Die Wahrung einer friedlichen Koexistenz ist eine permanente Herausforderung, der Naiel auf vielfältige Weise zu begegnen sucht: mit Sensibilisierungskampagnen, partizipativen Bewertungen, Treffen und Schulungsmaßnahmen in entlegenen ländlichen Gegenden sowie der Schulung nationaler und lokaler Behörden in Bezug auf die Anerkennung offizieller Flüchtlingspapiere sowie der Organisation von Gruppen für den Schutz vor sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt.

Alle drei Freiwilligen berichteten über die Herausforderungen, denen sie wegen der fehlenden Kohäsion zwischen Flüchtlingen und der lokalen Bevölkerung gegenüberstehen, über die unzulänglichen Human- und Finanzressourcen zur Unterstützung ihrer Aktivitäten sowie über immer wieder auftretende Unruhen und Gewalt, die ihre Arbeit behindern. Dennoch bekräftigte Antoine nachdrücklich ihre Entschlossenheit, dafür Sorge zu tragen, dass die Flüchtlinge und Binnenvertriebenen „in den Genuss der Menschenrechte gelangen, die in den internationalen Menschenrechtskonventionen und dem Gewohnheitsrecht niedergelegt sind.“

Quelle: Interviews mit Antoine Monemou, Agbonon Emmanuel Ehouman und Naiel Saiti Cassama durch UNV, November bis Dezember 2014.

---

**Formelle Verfahren zur bürgerschaftlichen Überwachung der Politikumsetzung und der Erbringung von Dienstleistungen können die Kapazität der Regierungen zur Verbesserung ihrer Aufgabenwahrnehmung erheblich erweitern**

---

vielfältige Tätigkeit formeller und informeller Freiwilliger die Legitimität der Instanz (Ministerium) und des Verfahrens (Wahlen) verbessert. Die Schaffung formeller Verfahren zur bürgerschaftlichen Überwachung der Politikumsetzung und der Erbringung von Dienstleistungen können die Kapazität der Regierungen zur Verbesserung ihrer Aufgabenwahrnehmung erheblich erweitern. Ob diese Ansätze auch fortbestehen, wenn die Erbringung von Dienstleistungen an private Anbieter ausgelagert wird, bleibt abzuwarten.

Bei allen diesen Fällen geht es um Regierungen, auch soweit sie nur über begrenzte staatliche Kapazität verfügen, die sich ihrer Verpflichtungen gegenüber ihren Bürgern bewusst sind und die Verantwortung dafür übernehmen, und um Bürger, die die Regierung als zentrale Autorität und Pflichtenträger akzeptieren.

#### **HEILUNG GESELLSCHAFTLICHER BRÜCHE UND FESTIGUNG DES FRIEDENS**

---

In prekären Situationen, typischerweise während oder nach Konflikten, in denen das Vertrauen zwischen den Gruppen gering ist und die Menschen nicht bereit sind, die Hoheitsgewalt der Regierung zu akzeptieren, haben Regierungen (oder, falls diese nicht vorhanden sind, andere Träger der Regierungsgewalt) Freiwillige eingesetzt, um gesellschaftliche Brüche zu heilen. Auch dies ist ein Bereich, in dem spontane, informelle und von der Basis ausgehende Freiwilligenarbeit erhebliche Beiträge leistet.

Eine entscheidende Voraussetzung für dauerhaften Frieden und die Heilung gesellschaftlicher Brüche ist eine umfassende Partizipation und ein Rahmen, in dem alle Stimmen, vor allem die der am stärksten in Mitleidenschaft Gezogenen, gehört werden. Ein gewisses Maß an Reaktionsbereitschaft seitens der Regierung, der herrschenden Gruppen oder Eliten ist unabdingbar, damit die Voraussetzungen für ein solches Aufeinanderzugehen geschaffen werden können. Anders als in Zeiten der Stabilität und des Friedens könnte es somit notwendig sein, dass

Reaktionsbereitschaft Mitsprache und Partizipation vorausgeht.

In solchen Situationen haben von außen kommende, häufig formelle internationale Freiwillige eine konstruktive Rolle bei der Friedenskonsolidierung gespielt. In vielen Fällen mussten dieselben Freiwilligen Mängel bei der Dienstleistungserbringung ausräumen, gegen Gewalt an Frauen und Kindern vorgehen und sich für den Zusammenhalt zwischen verschiedenen Gruppen einsetzen.

Die Regierungen sind Partnerschaften mit Freiwilligen eingegangen, um sichere Räume für den Meinungs austausch und die Bewältigung von Anliegen zu schaffen. Die meisten Wahrheits- und Versöhnungskommissionen bestehen zum Großteil aus Freiwilligen, die über ein gewisses Maß an Unabhängigkeit von der Regierung verfügen. Bei der Bewertung der Rolle, die formelle externe Freiwillige bei der Festigung und Konsolidierung des Friedens spielen, ist nicht zu vergessen, dass mit der Friedenskonsolidierung lange und komplexe Prozesse verbunden sind, die durch die Vielfalt der Akteure mit unterschiedlichen Interessen und Bindungen sowie durch die Geschichte einer jeden Gemeinschaft oder eines jeden Landes kompliziert werden.

#### **Aussöhnung in Sri Lanka**

In Sri Lanka waren formelle und informelle Freiwillige maßgeblich daran beteiligt, die Bürger stärker in den Heilungsprozess einzubinden, nachdem eine eher reaktionsbereite Regierung den ersten Versöhnungsschritt unternommen hatte. Nach dem Ende des Bürgerkrieges zwischen Regierungstruppen und den Befreiungstigern von Tamil Eelam 2009 nahm die Regierung Sri Lankas 2011 den Bericht und die Empfehlungen der Kommission für Vergangenheitsbewältigung und Aussöhnung an, in dem eine Reihe von Prioritäten im Vordergrund standen, unter anderem die Festlegung einer klaren Rolle für Partnerschaften zwischen der Zivilgesellschaft und der örtlichen Verwaltung. Einer der Schwerpunkte betraf die Befähigung verwundbarer Menschen, auf dem Wege strukturierter Dialoge und eines verbesserten Zugangs zu Dienstleistungen an der Governance teilzuhaben.

Fünf nationale zivilgesellschaftliche Organisationen, denen zuvor internationale Freiwillige zugeteilt worden waren, die mit der vom Konflikt betroffenen Bevölkerung arbeiten sollten, und VSO Sri Lanka legten eine zugängliche Analyse des Berichts der Aussöhnungskommission in englischer, singhalesischer und tamilischer Sprache vor. Sie führten die Zivilgesellschaft und die örtliche Verwaltung in sieben Distrikten zusammen, um die Menschen einzubinden und sie zu befähigen, Prioritäten für die lokale Aussöhnung zu setzen. Ferner unterstützten sie den Aufbau einer Partnerschaft und von Beziehungen zwischen den Angehörigen der Koalition, mit dem Ziel, Vorurteile zu überwinden und das Verhältnis zwischen den Volksgruppen zu verbessern.

Mehrere Elemente des Projektkonzepts halfen den formellen Freiwilligen, sich in einen derart kontrovers besetzten politischen Raum zu bewegen, um es zivilgesellschaftlichen Organisationen und gleichgesinnten Einzelpersonen zu ermöglichen, Zusammenarbeit zugunsten einer gemeinsamen Agenda zu üben. An erster Stelle wurde das Projekt sowohl von der lokalen als auch der nationalen Regierung gutgeheißen und bot sichere Räume für das Gespräch über die Aussöhnungsprioritäten des Bezirks. Dabei baute es auf dem von der Regierung gebilligten Aussöhnungsbericht auf und förderte diesen. Auch die Verfügbarkeit in mehreren Sprachen und kultursensible Standorte waren dem Projekt zuträglich.<sup>136</sup>

### Friedenskonsolidierung in Sierra Leone

Auf Friedenskonsolidierung und Aussöhnung folgt der Prozess, den Fortbestand des Friedens sicherzustellen. Freiwillige haben dazu beigetragen, Kombattanten wieder in die Gesellschaft zu integrieren und lokale Entwicklungs- und Friedensprozesse anzubahnen. Nach dem Ende des elfjährigen Bürgerkriegs in Sierra Leone unterstützten formelle nationale und internationale Freiwillige nach dem Abschluss des Demobilisierungs-, Entwaffnungs- und Wiedereingliederungsprogramms der Regierung Gemeinschaften in 12 Bezirken bei der Reintegration und dem Übergang zum Frieden.

Die Freiwilligen arbeiteten mit lokalen Organisationen zusammen, um Finanzierungen für Mikro-

projekte in den Gemeinschaften zu organisieren. Zu den 83 Projekten zählten soziale Heilung durch Friedenscamps, Sport- und Kulturveranstaltungen, Schulungen und Workshops zu Themen wie HIV/Aids, Drogenmissbrauch, Genderfragen, Menschenrechten, vertrauensbildenden Aktivitäten und Lobbyarbeit. Mit diesen Aktivitäten unterstützten die Freiwilligen Ex-Kombattanten, bauten ein Maß an Vertrauen in den Friedensprozess auf, verbesserten das öffentliche Bewusstsein für die Rechte und Verantwortlichkeiten der Bürger und stärkten Freiwilligentätigkeiten im Land. Darüber hinaus halfen die Mikroprojekte nationalen Freiwilligen dabei, Beziehungen zu wichtigen Interessenträgern wie Gemeinden, Regierungen und Umsetzungspartnern aufzubauen. Die Freiwilligen sorgten für Verbindungen zwischen Programmen von Organisationen der Vereinten Nationen und der Basis. Entscheidend für den Erfolg war, dass das Projekt „durchweg die Wiedereingliederung nicht durch Unterstützung auf der Grundlage der Identität als ‚Kombattant‘ oder ‚Opfer‘, sondern durch zielgerichtete Aktivitäten für alle Jugendlichen förderte, einer für Frustration und Gewalt besonders anfälligen Bevölkerungsgruppe.“<sup>137</sup>

Sich gezielt an die Jugend zu wenden, ist besonders wichtig in Konflikt- und Postkonfliktsituationen, da es sich bei den Kombattanten zumeist um junge Männer handelt. Jugendliche gehören oft zu den Ersten, die ihre Hand zur Versöhnung reichen und in Postkonfliktregionen territoriale und verhaltensbedingte Schranken überwinden. Aus diesem Grund können junge nationale Freiwillige bei der Friedenskonsolidierung besonders erfolgreich sein.<sup>138</sup>

### WENN MENSCHEN DIE INITIATIVE ERGREIFEN

Auf nationaler Ebene bewirken die meisten Freiwilligeninitiativen Wandel durch kollektive Maßnahmen, bei denen es darum geht, an Regierungen und andere Zentren der Macht heranzutreten und Entscheidungsträger in Räumen, von denen Freiwillige ausgeschlossen sind, von außen zu beeinflussen. Wenn das Freiwilligenwesen die Stimme der ärmsten und am stärksten margina-

---

**Die meisten  
Freiwilleninitiativen bewirken  
Wandel durch  
kollektive  
Maßnahmen**

---

lisierten Menschen verstärken und als Katalysator für kollektives Handeln fungieren kann, kann es das Macht- und Einflussgefälle verringern helfen.

Auf dieser Ebene mehr als auf jeder anderen können mehr Mitsprache und Partizipation bewirken, dass Rechenschaftlichkeit und Reaktionsbereitschaft stärker in Gesetze und Politiken Eingang finden. Freiwillige engagieren sich, um Regierungen und staatliche Stellen rechenschaftspflichtig zu machen, und zwar nicht nur in Bezug auf die Verabschiedung von Gesetzen, sondern auch bei ihrer Umsetzung und der Umsetzungskontrolle. Freiwilligeninitiativen sind immer wieder bemüht, Einfluss auf Gesetze, Institutionen und Politiken sowie auch die informellen Regeln für die Interaktion zwischen Gruppen zu nehmen.

Die Mehrzahl der von unten nach oben verlaufenden Initiativen, mit denen Einfluss auf die Governance auf nationaler Ebene genommen wird, werden von informellen Freiwilligen in Räumen eingeforderten Engagements, vielfach gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und anderen formellen Freiwilligen, durchgeführt, beispielsweise bei öffentlichen Versammlungen, online, auf der Straße und in anderen Foren. Eine Reihe erfolgreicher Initiativen hat sich der Medien als Raum eingeforderten Engagements bedient, um Ansichten der Bevölkerung zu eruieren und zu verstärken, und hat sich die Kraft einer groß angelegten Mobilisierung zunutze gemacht, um von außen Einfluss auf die Entscheidungsfindung in geschlossenen Räumen zu nehmen.

Auf nationaler Ebene lassen sich Freiwilligeninitiativen zur Einflussnahme auf die Governance auf der Grundlage der vorhandenen Belege grob in drei Gruppen unterteilen. Diese sind nicht vollständig und schließen sich gegenseitig nicht aus: Es handelt sich dabei um die Einflussnahme auf die Gesetzgebung, auf Institutionen und die Gepflogenheiten und Bedingungen für die Interaktion zwischen Gruppen.

### **EINFLUSSNAHME AUF DIE GESETZGEBUNG**

Wollen sie die Governance auf nationaler Ebene beeinflussen, arbeiten Freiwillige je nach der Sa-

che, für die sie eintreten, dem soziopolitischen Kontext und der Verfügbarkeit von Räumen für ihr Engagement mit unterschiedlichen Akteuren zusammen und verwenden unterschiedliche Strategien. Der Erfolg ihrer Bemühungen hängt von mehreren Faktoren ab, einschließlich der Kräftedynamik, der Stärke und Vielfalt der Bündnisse, die sie bilden können, und in hohem Maße auch von der Reaktionsbereitschaft der Regierungen. ‚Einflussnahme‘ auf die Gesetzgebung kann beinhalten, politische Unterstützung und Impulse für förderliche Gesetze zu erzeugen, die Änderung oder Aufhebung diskriminierender Gesetze zu bewirken oder die Verabschiedung neuer Gesetze, die die Interessen der Armen und Marginalisierten verletzen könnten, zu blockieren.

Hierbei besteht die Hauptrolle der Freiwilligen in der Bewusstseinsbildung, der Mobilisierung bürgerschaftlicher Partizipation, der Arbeit mit unterschiedlichen Interessengruppen, der Ausübung von Druck auf die gewählten Gesetzgeber und der Sensibilisierung von Regierungen für Probleme der marginalisierten und unterrepräsentierten Bevölkerungsteile. Einige ihrer Anläufe sind erfolgreich, andere wiederum nicht, wie sich etwa an dem 2003 im Vereinigten Königreich veranstalteten Marsch von bis zu zwei Millionen Menschen gegen die Irak-Invasion zeigt, (dessen Scheitern das nationale Gedächtnis und die öffentliche Politik im Vereinigten Königreich noch immer prägt). In einer Vielzahl von Beispielen werden die vielfältigen Kontexte und die verschiedenen Freiwilligen und ihre unterschiedlichen Strategien dargestellt – bisweilen werden Bündnisse eingegangen, dann wieder Ansprechpartner herangezogen. Unter anderem werden Beispiele zu einer Reihe von Initiativen mit einem hohem Maß an Freiwilligenbeteiligung angeführt, bei denen Änderungen in Gesetzen bewirkt oder der Erlass von Gesetzen blockiert werden konnte, die den Interessen marginalisierter Gruppen abträglich waren. Jedes dieser Beispiele zeigt, dass die Mobilisierung der Mitsprache und Partizipation von Bürgern zu Reaktionsbereitschaft seitens der Regierungen führte.

Da es sich bei gesetzgebenden Organen um geschlossene Räume handelt, üben Freiwillige indirekt Einfluss auf die Gesetzgebung aus, indem

sie öffentlichen Druck erzeugen (der in repräsentativen Demokratien effektiver sein kann), in Bündnissen mit internationalen Akteuren zusammenarbeiten (falls Regierungen nicht ausreichend reaktionsbereit sind) und Verbündete und Ansprechpartner innerhalb bestehender Machtstrukturen werben. Dies können sie auf unterschiedliche Weise erreichen: durch die Schaffung neuer informeller Räume, um verschiedene Teile der Regierung und die Bürger zusammenzubringen, durch die Erschließung von Zugangspunkten zu Räumen erwünschten Engagements, mithilfe der Übermittlung der Ansichten von Interessengruppen an andere begrenzte Räume wie wissenschaftliche Zeitschriften und Foren für Politikvorschläge durch Experten aus ihren Reihen sowie durch die Erweiterung bestehender Räume für Veränderungen.

### Änderung diskriminierender Staatsbürgerschaftsgesetze im Nahen Osten und in Nordafrika

Die Bewegung zur Änderung diskriminierender Staatsbürgerschaftsgesetze in mehreren Ländern in dieser Region bezeugt die Eigenständigkeit des Freiwilligenwesens und seine Fähigkeit, trotz institutioneller und kultureller Hindernisse Standhaftigkeit zu beweisen und Neuerungen herbeizuführen. In vielen Ländern der Region haben Frauen, die mit Ausländern verheiratet sind, gesetzlich kein Recht darauf, ihre Staatsbürgerschaft an ihre Kinder weiterzugeben, wohingegen Männer ihre Staatsbürgerschaft automatisch an ihre Kinder weitergeben.<sup>139</sup> Damit wird das Recht der Frauen auf staatsbürgerliche Gleichbehandlung verletzt, unsägliches Leid über die Familien gebracht, die von sozialen Dienstleistungen und Grundbesitz ausgeschlossen sind, und die Chancenvielfalt in Bezug auf die Beschäftigung eingeschränkt.<sup>140</sup>

Formelle und informelle Freiwillige haben in den letzten beiden Jahrzehnten Kampagnen geführt, um diese Gesetze abzuschaffen und die Opfer zu unterstützen. Konfrontiert mit Gleichgültigkeit, Unkenntnis in Bezug auf das Ausmaß des Leidens und patriarchalischen Traditionen betrieben die Freiwilligen Bewusstseinsbildung, indem sie sich durch partizipative Aktionsforschung Wissen aneigneten, dieses dann über geschickte Medien-

kampagnen verbreiteten und Gemeinschaften auf lokaler und nationaler Ebene mobilisierten. Weitere Strategien bestanden darin, auf lokaler, nationaler, regionaler und globaler Ebene (insbesondere mit Gemeinschaftsgruppen, zivilgesellschaftlichen Frauenorganisationen, den Medien, Wissenschaftlern sowie staatlichen und religiösen Instanzen) Bündnisse und Netzwerke aufzubauen und zu vermitteln. Wieder andere umfassen politische Lobbyarbeit und die Erbringung von Dienstleistungen an betroffene Frauen und Kinder.

Die Kampagnen trugen dazu bei, die Reaktionsbereitschaft und Rechenschaftlichkeit der Regierungen zu erhöhen, wie sich an Gesetzesänderungen in mehreren Ländern und neuen programmatischen Ansätzen in anderen zeigte. Die Ägypterinnen erhielten 2004 das Recht, ihre Staatsbürgerschaft an ihre Kinder weiterzugeben, die Algerierinnen im Jahr 2005 und die Marokkanerinnen im Jahr 2007. Den Tunesierinnen wurde das Recht durch Präsidialdekrete erteilt. In Ländern, in denen diese Änderungen noch ausstehen, darunter Bahrain, Jordanien, Libanon und Syrien, wurden Programme für die Unterstützung von Frauen und deren Familien ins Leben gerufen.

Über diese Änderungen in Gesetzgebung und Politik hinaus bestand eine der wichtigsten Errungenschaften der Bewegung darin, den betroffenen Frauen eine Stimme zu verleihen. (Textrahmen 3.2). Die partizipative Aktionsforschung spielte eine wichtige Rolle dabei, die Leidensgeschichten der Frauen, die mit Ausländern verheiratet sind, zu eruieren. Die Medien halfen, sie zu verbreiten. Die Freiwilligen und die zivilgesellschaftliche Organisationen ergänzten sich gegenseitig. Die Kampagne zum Staatsbürgerschaftsrecht ist nicht nur ein Zeugnis für die Ausdauer und Standhaftigkeit der Freiwilligen, sondern auch für den Einsatz der Frauen in nicht-staatlichen Organisationen, die dieser Kampagne als Festangestellte und Freiwillige Monate oder sogar Jahre ihrer Zeit widmeten.

### Blockierung der Verabschiedung von Gesetzen in Afrika und Lateinamerika

Ist das Hinwirken auf den Erlass neuer oder die Aufhebung bestehender Gesetze mit langwieriger

ger Arbeit verbunden, erfordert die Blockierung der Verabschiedung von Gesetzen eine rasche Mobilisierung, damit innerhalb kurzer Zeit ausreichend Druck auf den Gesetzgeber ausgeübt werden kann. Dem gehen häufig lange Phasen der Kampagnenarbeit voran, in denen Freiwillige ähnliche Aktivitäten durchführen und die gleichen Strategien einsetzen, wie sie auch in dem vorstehenden Abschnitt dargestellt werden.

Die hier angeführten Beispiele beschreiben Volksbewegungen bei indigenen Bevölkerungen

beispielsweise in Chile und Guatemala, die zur Blockierung des Monsanto-Gesetzes und in Südafrika zu der Tätigkeit der Allianz für Demokratie im ländlichen Raum führten. In beiden Fällen war die nationale Legislative im Begriff, Gesetze zu verabschieden, ohne dass die Menschen dabei eine Mitsprache gehabt hätten oder ihre wohlverstandenen Interessen berücksichtigt worden wären. In beiden Fällen erhoben sich die Gemeinschaften in Protest, mobilisierten die öffentliche Meinung, betrieben Lobbyarbeit gegenüber dem Gesetzgeber und verhinderten die Verabschiedung des



TEXTRAHMEN 3.2. **STIMMEN VON FREIWILLIGEN:** DAS RECHT DER ARABISCHEN FRAUEN AUF STAATSBÜRGERSCHAFT - ERUIEREN, VERSTÄRKEN UND VERBREITEN, UM ZU INFORMIEREN, ZU BETEILIGEN UND ZU MOBILISIEREN

Lina Abu Habib, geschäftsführende Direktorin des Beiruter Kollektivs für Forschung und Training zu Entwicklungsaktionen (Collective for Research and Training on Development Action – CRTD-A), das an der Spitze der regionalen Kampagne für die Revision des Staatsbürgerschaftsrechts steht, erinnert sich: „Die Staatsbürgerschaft ist heute zu einem wichtigen Thema in der Politik und in den Medien geworden. Das war 2002, als wir angefangen haben, nicht der Fall. Da war es noch ein Randthema. Als wir anfangen, mit den Medien zu reden, waren sie an Fakten und Zahlen interessiert, aber auch an Geschichten, bei denen der menschliche Aspekt im Vordergrund steht. Es gab keine. Wir hatten keine genauen Zahlen. Also haben wir ganz vorne angefangen - mit Recherchen.“<sup>141</sup>

Die partizipative Forschungsarbeit, die von CRTD-A durchgeführt und in sieben Ländern koordiniert wurde, gab nicht nur den betroffenen Familien eine Stimme, sondern machte das Problem auch sichtbar. Wajeeha Al Baharna, Vizepräsidentin des Frauenverbands von Bahrain, beschreibt, wie bei den Recherchen vorgegangen wurde: „Wir gaben eine Zeitungsanzeige auf und waren von dem Ergebnis überrascht: Einmal kamen 140 Frauen in unser Büro und erzählten uns ihre schmerzlichen Geschichte. Niemand hatte sie je zuvor über ihr Leid befragt.“<sup>142</sup>

Eine Frau sagte, es habe sie überrascht zu erfahren, eine von Zehntausenden von Frauen zu sein, die unter dieser Rechtslage zu leiden hätten, nicht nur in Syrien, sondern fast überall in der arabischen Welt. „Ich war so froh zu erfahren, dass ich nicht alleine bin und dass es vielen Frauen ähnlich ergeht wie mir. Das hat mich hoffen lassen, dass sich die Dinge bessern werden“, sagte sie.<sup>143</sup>

Auf der Grundlage dieser Forschungsarbeiten leitete das CRTD-A in der gesamten Region eine Kampagne unter dem Slogan „Meine Staatsbürgerschaft ist ein Recht für mich und meine Familie“ ein, um friedlichen Druck auf die Regierungen auszuüben, die mit dem Staatsbürgerschaftsrecht einhergehende Diskriminierung der Frauen auszuräumen.

Nach Iman Bibar, einem ehrenamtlichen Mitglied des Aufsichtsorgans der Vereinigung zur Förderung und Verbesserung der Stellung der Frau, die in Ägypten an der Spitze der Kampagne stand, war die Einbeziehung der nationalen Medien überwiegend deswegen so erfolgreich, weil die Vereinigung die Problematik auf eine Weise darstellen konnte, die in der Öffentlichkeit auf positive Resonanz stieß. „Wir haben also die Sache nicht als ‚Recht oder Freiheit von Frauen‘ dargestellt, sondern als ‚Schutz von Frauen und Kindern.‘“ Dieser zwar traditionelle Ansatz erhöhte dennoch die Sichtbarkeit der Problematik und gewann Sympathien und Verbündete bei einem breiten Spektrum der Gesellschaft, darunter auch bei religiösen Gruppen. Das war unerlässlich dafür, den Druck auf die Regierung zustande zu bringen, der schließlich zur Gesetzesnovellierung führte, und zeigt, wie Strategien an unterschiedliche Kontexte angepasst werden müssen, um effektiv zu sein.“

Quelle: UNV 2014c.

Gesetzes. Sie fanden Wege, die Entscheidungsfindung in Räumen zu beeinflussen, aus denen sie ausgeschlossen waren, und in einigen Fällen, neue Räume zu schaffen, um an Entscheidungsträger heranzutreten, sie in die Verantwortung zu nehmen und die Reaktionsbereitschaft der Regierung und der Institutionen zu erhöhen.

In Südafrika gründete im Jahr 2012 eine Gruppe nichtstaatlicher Organisationen die Allianz für Demokratie im ländlichen Raum, die eine öffentliche Kampagne gegen ein neues Gesetz führte, das die Rolle der traditionellen Gerichte im Rechtssystem stärken sollte, gleichzeitig aber drohte, andere bürgerrechtliche Verfassungsgarantien zu unterminieren. Es wurde befürchtet, dass ausgegrenzte Gruppen, insbesondere Frauen, ihrer Grundbesitz- und Eigentumsrechte beraubt werden würden. Die Allianz informierte Interessengruppen und klärte sie auf, bezog die Medien ein und organisierte öffentliche Veranstaltungen, um Freiwilligenaktionen seitens der am stärksten betroffenen ländlichen Gemeinschaften zu mobilisieren. Im der Folge unterstützten nur zwei von neun Provinzen die Gesetzesvorlage, die unter dem wachsenden Druck der Zivilgesellschaft Anfang 2014 zurückgezogen wurde. Das südafrikanische „Women’s Legal Centre“ bezeichnete das Ergebnis als „Sieg für die Grundbesitz- und Eigentumsrechte von Frauen in ländlichen Regionen, die für deren Gesundheit und Wohlergehen von entscheidender Bedeutung sind.“<sup>144</sup> Die Allianz, in der informelle Freiwillige und zivilgesellschaftliche Organisationen Seite an Seite arbeiteten, war in der Lage, den geschlossenen Raum auf nationaler Ebene zu beeinflussen, indem sie zunächst in den geschlossenen Räumen der Provinzen Einfluss auf die Entscheidungsfindung nahm.

In anderen Situationen mussten Gesetze auf direkterem Weg blockiert werden. So etwa umspannt die Kampagne zur Erhaltung der Saatgut-Souveränität und zum Schutz der Länder vor genetisch veränderten Nutzpflanzen mehrere Kontinente. Sie steht beispielhaft für den auf nationaler Ebene ausgefochtenen Konflikt zwischen lokalen und internationalen Interessen oder für eine auf nationaler Ebene ausgetragene trans-

ationale Politik.<sup>145</sup> In Mexiko,<sup>146</sup> Peru<sup>147</sup> und den Vereinigten Staaten<sup>148</sup> gab es große Kampagnen gegen Gesetze zur Patentierung von Saatgut. In Kolumbien beteiligten sich Landwirte 2013 aus Protest gegen ein solches Gesetz an einem nationalen Agrarstreik. In Chile verhinderten indigene Landwirte die Verabschiedung eines solchen Gesetzes (Kapitel 2). Die massive Mobilisierung durch indigene Landwirte in Guatemala führte dazu, dass der oberste Gerichtshof des Landes das vom Parlament 2014 verabschiedete Gesetz für verfassungswidrig erklärte. Letztendlich hob die Legislative das Gesetz wieder auf.<sup>149</sup>

Diese Erfolge sind über nationale Grenzen und sogar über Lateinamerika hinaus von Bedeutung, da heute beispielsweise Landwirte in Ghana eine Kampagne gegen das zur Behandlung im Parlament anstehende Gesetz führen.<sup>150</sup> Ein Element für den Erfolg dieser Initiativen war die Unterstützung, die ihnen innerhalb der Regierung und der Gesetzgebung zuteilwurde. Eine Gewinnung von Ansprechpartnern innerhalb der Machtstruktur kann die Wirksamkeit von informellen, auf kommunaler Ebene stattfindenden Freiwilligeninitiativen zur Einflussnahme auf Gesetzesvorlagen verbessern.

### **EINFLUSSNAHME AUF INSTITUTIONEN UND VERFAHREN**

Gesetze geben zwar einen wichtigen Rahmen vor, doch Auswirkungen auf das Leben der Menschen ergeben sich erst aus ihrer Umsetzung. Auf nationaler Ebene setzen sich Freiwillige in vielen Ländern für einen besseren Gesetzesvollzug ein, damit Menschen ihre Rechte einfordern können, Staaten rechenschaftlich und reaktionsbereit sind und Menschen bei Entscheidungen, die ihr Leben berühren, eine Mitsprache haben. In vielen Ländern (beispielsweise Bulgarien, Indien und Mexiko) ist es eine entscheidende Komponente von Kampagnen zum Informationsrecht, die Menschen über ihre Rechte aufzuklären, sie durch Unterstützung beim Ausfüllen von Formularen zu ihrer Inanspruchnahme zu befähigen, als Vermittler zwischen den Menschen und Staatsbediensteten aufzutreten und die Umsetzung staatlicher Projekte zu überwachen.

Diese Bemühungen, Prozesse zu beeinflussen, sind in der Regel kontinuierlicher Natur und nur schwer einzuschätzen. Wenn es einmal gelingt, eine staatliche Stelle rechenschaftspflichtig zu machen, bedeutet dies noch nicht, dass sie auch in Zukunft rechenschaftlich handeln wird. Wenn es einmal gelingt, die sinnvolle Partizipation einer marginalisierten Gruppe in einem Entscheidungsforum zu ermöglichen, ist damit ihre sinnvolle Partizipation in demselben Forum in Bezug auf eine andere Entscheidung noch keineswegs gewährleistet. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass in der Regel einige „Erfolgsmarker“ vorhanden sind. Ein solcher Marker ist die Ausweitung lokaler Initiativen, wenn Freiwillige in verschiedenen Regionen eines Landes eine lokale Initiative aufgreifen oder wenn eine Organisation den Prozess in verschiedenen Gegenden wiederholt, bis er zu einem nationalen Programm wird. Ein zweiter Erfolgsmarker ist, wenn eine marginalisierte Gruppe in einem Entscheidungsraum einen Sitz am Verhandlungstisch erhält und dies eher zur Regel als zur Ausnahme wird. Formelle und informelle Freiwillige nehmen durch kontinuierliche Mobilisierung, den Aufbau von Kapazitäten und Lobbyarbeit (bei der Regierung und der Gruppe, die sie repräsentiert) Einfluss auf Institutionen, Mechanismen und Verfahrensweisen.

### **Überwachung öffentlicher Interventionen zur Prävention von Gewalt gegen Frauen in Bangladesch**

Ein entscheidender Faktor für die Wirksamkeit der Organisation Naripokkho, über die bereits im vorherigen Kapitel gesprochen wurde, ist die kollaborative Art und Weise, in der sie auf Institutionen der Regierung und des Staates zugeht. Sie besorgte sich die schriftliche Genehmigung des Generalinspektors der Polizei, des Generaldirektors des Gesundheitswesens, des Obersten Gerichtshofs und des Justizministeriums dafür, überprüfen zu dürfen, wie öffentliche Dienstleistungsanbieter mit Frauen umgehen, die Opfer von Gewalt geworden sind.

Sie nahm außerdem eine positive Haltung gegenüber denjenigen staatlichen Stellen ein, bei denen Mängel festgestellt wurden. Anstatt Fehler der öffentlichen Dienstleister bei ihren

Interaktionen mit Gewaltopfern anzuprangern, waren die Freiwilligen eher bestrebt, ihnen behutsam Vorschläge zu unterbreiten und sie zu ermutigen, einfühlsamer mit Frauen umzugehen. Sie bauten Kapazitäten auf, beispielsweise indem sie Gerichtsangestellte dabei unterstützten, vollständige Fallnotizen zu erstellen, die die Frauen bei Gericht verwenden können. Damit gewannen die Freiwilligen das Vertrauen und den Respekt der Dienstleistungsanbieter und verbesserten die geleistete Betreuung. Naripokkho erhielt die Anerkennung und Unterstützung hoher Regierungsstellen, und als die Regierung im Jahr 2000 das Gesetz zur Prävention von Gewalt gegen Frauen und Kinder verabschiedete, wurden darin die meisten Empfehlungen der Organisation berücksichtigt. Fünf neue Ministerien wurden ebenfalls davon überzeugt, einen neuen Dienstleistungsansatz zu erproben, der weiblichen Gewaltopfern besser gerecht wird. Das Programm machte durch die Nutzung der Medien Gewalt gegen Frauen in Bangladesch sichtbar und „trug dazu bei, die öffentliche Meinung dagegen einzunehmen.“<sup>151</sup>

### **Technologiegestützte Wahlbeobachtung in Afrika**

Das rasche Wachstum der informations- und kommunikationstechnischen Industrie in Afrika hat Bedingungen geschaffen, die es der jüngeren Generation von Afrikanern aus der Mittelschicht gestatten, Tools für das Crowdsourcing von Informationen zu bauen, die von einer zentralisierten Stelle in der Regel nur schwer in Echtzeit eingeholt werden können, und diese Informationen zu nutzen, um Wahlen zu überwachen und über sie zu berichten. Beispiele hierfür sind das „African Elections Project“ (Projekt Wahlen in Afrika) und die Ushahidi-Tools.

Das von dem Freiwilligen Eric Osiakwan und seinem Team initiierte „African Elections Project“ (Projekt Wahlen in Afrika) ist eine regionale Initiative mit eigenen Räumen für länderspezifische Plattformen. 2008 ins Leben gerufen, will das Projekt professionelle Journalisten und Bürgerreporter wie auch die Nachrichtenmedien in die Lage versetzen, aktuellere und relevantere Informationen und Erkenntnisse zu Wahlen bereit-

zustellen und gleichzeitig spezifische, wichtige Aspekte der Governance zu beobachten.<sup>152</sup>

Das auf Freiwilligenarbeit aufbauende e-Demokratie-Projekt ist eine mehrere Partner umfassende Initiative unter der Leitung des „International Institute for ICT Journalism“ (Internationales Institut für IKT-gestützten Journalismus), die unter anderem von der „Open Society Initiative for West Africa“ (Initiative Offene Gesellschaft für Westafrika) (OSIWA) und der „Open Society Initiative for Southern Africa“ (OSISA) (Initiative Offene Gesellschaft für das südliche Afrika) finanziert wird. Zehn Freiwillige arbeiten zehn Stunden in der Woche bzw. an den eigentlichen Wahltagen bis zu Vollzeit, um Schulungen für Chefredakteure, Journalisten und Reporter abzuhalten und andere technikgestützte Aktivitäten durchzuführen. Das Team hat, neben anderen Techniken zur Wahlbeobachtung, ein System entwickelt, die Wahlergebnisse in Grafiken, Tabellen und Karten darzustellen. Es hat darüber hinaus zur Wählererziehung beigetragen und ein Bewusstsein für den Wahlvorgang geschaffen sowie die Rechenschaftlichkeit der Wahlbehörden gefördert, indem es sie zu Interessenträgern gemacht hat. In elf Ländern hat es landesspezifische Webportale eingerichtet.<sup>153</sup>

Ushahidi ist ein in ähnlicher Weise bahnbrechendes und weltweit bekanntes Tool zur Berichterstattung auf der Basis von Crowdsourcing, das 2007 entwickelt wurde, um die nach den Wahlen in Kenia auftretende Gewalt zu verfolgen.<sup>154</sup> Es hat eine Welle von Wahlbeobachtungsprojekten nach sich gezogen, die das Tool in Afrika und anderswo verwenden.

### EINFLUSSNAHME AUF DIE INTERAKTIONSREGELN

Selbst wenn die formellen Governance-Institutionen gut funktionieren, wird die Fähigkeit der Menschen, ihre Rechte einzufordern und an Entscheidungen, die sich auf ihr Leben auswirken, zu partizipieren, durch informelle Institutionen der Governance wie Traditionen, Praktiken, Gebräuche und Normen beeinträchtigt. Selbst in funktionierenden Demokratien mit repräsentativen

Institutionen sitzen arme und ungebildete Menschen sowie Angehörige historisch unterdrückter Gruppen möglicherweise nicht mit an dem Tisch, an dem sie unmittelbar berührende Entscheidungen gefällt werden, wenngleich sie auf dem Papier die Möglichkeit hätten, dabei zu sein und gehört zu werden. Selbst wenn sie physisch anwesend sind, mangelt es ihnen möglicherweise an Selbstvertrauen, sich zu äußern oder für eine Sache einzutreten, insbesondere wenn Verschleierung und komplizierte bürokratische Verfahren Staatsbediensteten eine Vorteilsposition gegenüber den Bürgern verschaffen, Rechenschaftlichkeit vereiteln und Reaktionsbereitschaft mindern.

Die Regeln, an denen sich die Interaktion zwischen privilegierten und marginalisierten Gruppen, den Inhabern von Rechten und den Trägern von Pflichten, den Reichen, den Armen und der Mittelschicht orientiert, sind somit ein Abbild der relativen Machtverhältnisse. Und im grundlegendsten Sinn bedeutet Entwicklung die Umverteilung von Macht zwischen den Mitgliedern der Gesellschaft.

Die Interaktionsregeln können auf vielfältige, allerdings nie unkomplizierte oder direkte Weise infrage gestellt werden. Wenn sich beispielsweise der Zugang zu Informationen über die Tätigkeit der Regierung von einem Privileg oder selbst einem prinzipiellen Recht zu einem Recht in der Praxis entwickelt, ändern sich die Interaktionsbedingungen zwischen Staatsbediensteten und Bürgern grundlegend. Und wenn marginalisierte Gruppen zu Räumen Zutritt erlangen, die ihnen zuvor eher durch Konvention als durch Gesetz verwehrt waren (wie etwa bei Friedensverhandlungen), und wenn sie ihre Präsenz in diesen Räumen konsolidieren, ändert sich dadurch die Art und Weise, in der sie an Entscheidungen partizipieren und Einfluss darauf nehmen können.

### Recht auf Information

Problemloser Zugang zu zeitnahen und wichtigen Informationen ist eine Grundbedingung für transparente und rechenschaftliche Governance. Wenn die Bürger keinen problemlosen Informationszugang haben, dominieren häufig Eigeninteressen und Korruption. Außerdem gehört das Recht auf Auskunft zu den Grundrechten der

---

**Im grundlegendsten Sinn bedeutet Entwicklung die Umverteilung von Macht zwischen den Mitgliedern der Gesellschaft**

---

Menschen. Wird der Zugang der Öffentlichkeit zu Informationen über die Tätigkeit der Regierung anstelle eines Privilegs zu einem Recht gemacht, das auch umgesetzt wird, kann dies tiefgreifende Auswirkungen auf die Regeln für die Interaktion zwischen Staatsbediensteten und Bürgern haben.

Mehrere Regierungen haben Gesetze erlassen, die Bürgern Zugang zu Informationen von staatlichen Stellen einräumen. Der Zivilgesellschaft kommt bei der Forderung nach solchen Gesetzen sowie bei deren Formulierung und Umsetzung eine entscheidende Rolle zu. Eine Untersuchung des Erlasses von Gesetzen über den Zugang zu Informationen in Bulgarien, Indien, Mexiko, Südafrika und dem Vereinigten Königreich zeigt auf, auf welchen verschiedenen Wegen die Zivilgesellschaft in diesen Ländern Einfluss auf den Prozess genommen hat: durch Themenanwaltschaft, Aufbau öffentlicher Unterstützung, Partizipation an der Abfassung und Gestaltung von Rechtsvorschriften, Lobbyarbeit in der Legislative, Unterstützung der Bürger, damit diese das Gesetz verstehen und es für den Informationszugang in Anspruch nehmen, Schulung von Staatsbediensteten bei der Bearbeitung von Informationsbegehren, Schärfung des Bewusstseins für bewährte Verfahrensweisen und Anwendung des Gesetzes zur Förderung sozialer Ziele.

In der Regel bestehen Bewegungen für das Recht auf Information aus zwei Phasen. In der ersten Phase wird die Unterstützung der Öffentlichkeit gewonnen und politischer Druck auf die Regierung ausgeübt, das Recht gesetzlich zu verankern. Diese Phase wird gewöhnlich von spezialisierten zivilgesellschaftlichen Organisationen und Fachleuten angeführt. Bei den Freiwilligen kann es sich in der Anfangsphase um informelle Freiwillige handeln, doch sind hier tendenziell zumeist formelle Freiwillige beteiligt, die im Rahmen von Organisationen tätig sind. Die Grenze zwischen professioneller Arbeit und Freiwilligenarbeit kann allerdings verschwimmen, weil die Menschen zwischen den beiden Rollen hin und her wechseln.

So wurden beispielsweise die Bewegungen für das Recht auf Information in Bulgarien und Mexiko in der Frühphase von Gruppen sachverständiger Freiwilliger angeführt, die innerhalb kür-

zester Zeit Finanzmittel von außen erhielten und professionelle Organisationen schufen: das Programm für Informationszugang und die Oaxaca-Gruppe. Die Bewegung in Indien stellte insofern eine Ausnahme dar, als es dabei sich um eine Basisbewegung handelte, die in weitaus stärkerem Maß aus informellen sachverständigen und nicht sachverständigen Freiwilligen bestand.

In der zweiten Phase gilt es, das Recht auf Information umzusetzen und die Menschen zu befähigen, Auskunftsersuchen zu stellen, und die Staatsbedienstete in den Stand zu versetzen, diesen Ersuchen nachzukommen. In der Regel stützt sich diese Phase auf sowohl formelle als auch informelle Freiwillige, die den Bürgern ihre Rechte bewusst machen, sie bei der Ausfüllung von Auskunftsansprüchen unterstützen und Plattformen zur Überwachung der Anwendung und Einhaltung der Vorschriften schaffen.

### **Forderungen nach Transparenz der Regierungstätigkeit in Tunesien**

Da der Besitz bevorzogter Informationen und ihre Geheimhaltung Machtgewinne mit sich bringt, können Forderungen nach Transparenz ein äußerst wirksames Werkzeug sein, den Status quo infrage zu stellen. OpenGovTN ist ein umfassendes, online und offline nutzbares Programm, das für die Institutionalisierung von Offenheit und Transparenz der Regierung als politische Priorität in Tunesien eintritt. OpenGovTN, ein informeller Zusammenschluss interessierter Bürger, entstand im Anschluss an die tunesische Revolution 2011, um die Fortschritte zu konsolidieren, die nach dem Sturz des geschlossenen, autoritären Regimes Tunesiens im Hinblick auf Transparenz und Rechenschaftlichkeit erreicht worden waren. Obwohl OpenGovTN bei vielen seiner Projekte Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) einsetzt, führt es seine Fähigkeit, messbare Ergebnisse zu erzielen, auf seine Struktur als freiwillige, inklusive und horizontale Ad-hoc-Bewegung zurück.

Das Programm ist in erster Linie eine Offline-Kampagne, die anfänglich dazu bestimmt war, einige der Herausforderungen der digitalen Kluft und sozialen Schichtung zu meistern, denen sich IKT-gestützte Projekte für gute Go-

vernance in der Region gegenübersehen. Zu seinen Strategien zählen koordinierte Medien- und Aufklärungskampagnen, direkte Lobbyarbeit bei politischen Entscheidungsträgern und rechtliche Schritte im Rahmen der tunesischen Justizstrukturen. Es berichtet allerdings nach wie vor über Schwierigkeiten dabei, seine Mission in einer Weise zu kommunizieren, die den Prioritäten weniger wohlhabender Städte im Landesinneren und der Landbevölkerung entspricht.

Es beschloss, zur Wahrung seiner Autonomie als Ad-hoc-Gebilde ohne Rechtspersönlichkeit zu operieren. Damit ist es allerdings gesetzlich nicht befugt, Spendenmittel entgegenzunehmen, und ist infolgedessen nur beschränkt in der Lage, Projekte zu verwalten, die über die freiwillig bereitgestellten Mittel seiner Mitglieder hinausgehen. Es war zwar ausnehmend erfolgreich dabei, die tunesischen Medien einzubeziehen, doch fand ein Großteil des Kommunikations- und Nachrichtenverkehrs zu seiner eigenen Kampagne auf Französisch statt, einer Sprache, die von der gebildeten Elite am fließendsten gesprochen wird.

OpenGovTN hat Kampagnen zur Öffnung der tunesischen Regierungstätigkeit auf nationaler und regionaler Ebene durchgeführt. Bei diesen Kampagnen standen die Forderung nach einem Gesetz über Informationsfreiheit, das Eintreten für institutionalisierte Datenöffentlichkeit und für die Transparenz der Verfassungsgebenden Versammlung im Vordergrund. Seine gegenwärtigen Kampagnen umfassen Bemühungen, die Datenöffentlichkeit in Bezug auf den Staatshaushalt des Landes zu institutionalisieren. Viele dieser Kampagnen haben die Politik und den öffentlichen Diskurs vorangebracht und OpenGovTN zu einer wirkungsvollen zivilgesellschaftlichen Bewegung für verantwortungsvolle Regierungsführung in Tunesien werden lassen.<sup>155</sup>

### Die Frauen Liberias fordern Mitsprache bei Friedensverhandlungen

Wenn die formellen Governance-Institutionen nicht einwandfrei funktionieren, wie beispielsweise in instabilen Situationen oder in gescheiterten Staaten, können informelle Institutionen, die einige Gruppen gegenüber anderen bevorteilen, eine

lähmende Wirkung auf marginalisierte und nicht dem Mainstream angehörende Gruppen ausüben. Ohne einen funktionierenden Staat und positive Gesetze sind marginalisierte Gruppen nicht nur von der Entscheidungsfindung ausgeschlossen, sondern leben auch in größerer Unsicherheit und haben geringeren Zugang zu öffentlichen Gütern.

In solchen Situationen stehen Freiwillige häufig an vorderster Front, wo sie in Ermangelung sonstiger Möglichkeiten die Initiative ergreifen, um den Beschwerden ihrer Gemeinschaft, die vielfach aus systematischer Diskriminierung und unterdrückter Mitsprache herrühren, abzuwehren. Indem sie sich angesichts nicht reaktionsbereiter Institutionen den unmittelbaren Bedürfnissen der Gruppe selbst annehmen, kommt es vor, dass die Freiwilligen letztlich die traditionellen Regeln für die Interaktion zwischen Gruppen infrage stellen und beeinflussen, wie dies etwa bei den Friedensbemühungen liberianischer Frauen geschehen ist.

Zwei Bürgerkriege im Land (1989–1997 und 1997–2003) dezimierten die staatlichen Institutionen, zerstörten die Infrastruktur und hinterließen mehr als 250.000 Tote und 500.000 Vertriebene. Frauen erlitten Vergewaltigung, Verschleppung, Versklavung, den Tod männlicher Familienmitglieder, den Verlust ihres Zuhauses und ihrer Existenzgrundlage sowie Unsicherheit in entsetzlichstem Ausmaß. Bei zahlreichen seit 1990 veranstalteten Friedensgesprächen war es nicht gelungen, dauerhaften Frieden herzustellen. Die bei diesen Gesprächen vertretenen Warlords und Kombattanten waren stets Männer, und für Frauen war am Verhandlungstisch kein Platz.

Ohne Aussicht auf ein Ende des Krieges begannen Frauen, sich für den Frieden einzusetzen und öffentliche Versammlungen, Petitionen, Mahnwachen und Demonstrationen zu organisieren. Aus den wenigen Frauen am Anfang der Bewegung im Jahre 1994 wurden Tausende, die aus einem breit gefächerten demografischen und religiösen Hintergrund stammten. Eine kleine Gruppe von Frauen reiste zu den verschiedenen Friedensgesprächen und wurde – obwohl sie nie an dem formellen Verhandlungsprozess teilnehmen durfte – schließlich als Beobachter zugelassen.

Auch dadurch, dass sie am Rande der Gespräche Lobbyarbeit bei den Delegierten der Rebellen betrieben, übten die Frauen Einfluss aus. Da sie für die gewöhnlichen Liberianer sprachen, hatten sie Zugang zu allen Parteien. Außerdem mobilisierten sie die Öffentlichkeit, indem sie parallel zu den Friedensgesprächen ein Liberianisches Frauenforum ins Leben riefen, wo Frauen über den Fortgang der Gespräche reflektieren und weiter das wichtigste Ziel – den Frieden – in den Vordergrund stellen konnten, ohne sich durch das politische Gerangel im Umfeld der Gespräche ablenken zu lassen. Dies war ein Weg, einen formelleren Raum zu schaffen, in dem Frauen ihr Mitspracherecht bei dem Friedensprozess wahrnehmen konnten. Die Frauen blieben politisch neutral, gaben keiner Fraktion den Vorzug gegenüber einer anderen und schlossen sich keiner Fraktion an. Ihre einzige Forderung war, den Krieg zu beenden.

2002 trafen sich Leymah Gbowee, Präsidentin der Frauenorganisation von St. Peter, der lutherischen Kirche in Monrovia, und Comfort Freeman, Präsidentin des Frauenkomitees der lutherischen Kirche in Liberia, um den liberianischen Ableger des „Women in Peace Network“ (WIPNET) (Frauen-für-Frieden-Netzwerk) ins Leben zu rufen.<sup>156</sup> Die Gewalt und das Leid, die liberianische Frauen aller Religionszugehörigkeiten erfahren hatten, war Grund genug, unter Erweiterung der Friedensinitiative auch muslimische Frauen einzubeziehen.

Die Gruppe intensivierte die von ihr betriebene Mobilisierung durch Petitionen, den Krieg zu beenden, die Veranstaltung von Sit-ins auf öffentlichen Plätzen und die Protestbekundung durch Gebet, Tanz, Skandieren und Gesang, wobei sie stets ihre neutrale Haltung wahrte. Alle Frauen trugen die gleichen weißen Kopftücher und Blusen, um Hinweise auf wirtschaftliche Unterschiede zwischen ihnen auszulöschen. Die Frauen befolgten die soziokulturellen Normen und stellten ihre Rolle und ihr Leiden als Mütter in den Vordergrund. Dies erhöhte ihre Legitimität und Macht in einem System, das sie ausgrenzte. Durch die Verwendung weißer Kleidung und den Verzicht auf Schmuck erhielt die gemeinsame Verlust- und Leidenserfahrung einigende Wirkung. Die Beteiligung von Frauen aller Reli-

gionzugehörigkeiten vergrößerte den Umfang und die Reichweite der Bewegung.

Das Umfassende Friedensabkommen von 2003 war eines der ersten Friedensabkommen, die geschlechtsspezifische Grundsätze enthielten, unter anderem zur Teilhabe der Frauen an der Regierung.

In ihrer abschließenden Phase waren der Bewegung ihre internationalen Beziehungen von Nutzen. Sie betrieb Lobbyarbeit bei der internationalen Gemeinschaft, suchte Verbündete und profitierte von Mobilisierungsaktionen des WIPNET in anderen Ländern. Ihre Bemühungen weckten im eigenen Land und international das Interesse der Medien. Die friedlichen Proteste dehnten sich auch auf andere Plätze in Monrovia aus, und Bischöfe und Imame kamen, um ihre Unterstützung zu bekunden. Die Gruppe setzte ihre Interessenanwaltschaft bei der Regierung wie auch bei den Rebellenfraktionen auch während der Friedensgespräche 2003 in Accra fort. Als die Gespräche in eine Sackgasse gerieten, blockierten die Frauen eines Tages den Eingang zu dem Austragungsort der Gespräche und erklärten, sie würden die Männer nicht wieder gehen lassen, bis diese die Gespräche ernst nähmen.<sup>157</sup>

Hieran zeigt sich, wie Freiwillige unter Einbeziehung aller Clans, Religionen und Nationen Bündnisse eingehen und in ausgrenzenden, restriktiven soziopolitischen Systemen Räume einfordern können, um ihren Stimmen Gehör zu verschaffen. Sie nehmen ferner Einfluss auf die Entscheidungsfindung in Räumen, die ihnen anfänglich verschlossen waren, und fordern den Zugang zu diesen Räumen ein. Damit wird das verbreitete Narrativ der Frau als Konflikt-„Opfer“ auf den Kopf gestellt und die Handlungsfähigkeit von Frauen in Situationen hervorgehoben, in denen der Staat und die internationale Gemeinschaft sie im Stich lassen.

Eine Einflussnahme auf informelle Governance-Institutionen ist schwer zu erreichen und aufrechtzuerhalten. Es geht dabei nicht um einmalige Veränderungen, sondern vielmehr sind ständige Bemühungen erforderlich, um Denkweisen und Verhaltensmuster zu ändern. Da diese Denkweisen an bestehende gesellschaftliche, politische und kultu-

relle Normen gebunden sind, weisen die Aktivitäten von Freiwilligen und ihre Erfolgsgeschichten große Vielfalt, aber auch einige Gemeinsamkeiten auf.

## SCHLUSSFOLGERUNGEN

Wie dieses Kapitel zeigt, können die nationalen Regierungen unter Umständen feststellen, dass die Schaffung von mehr Raum für Freiwilligenarbeit zu größerer sozialer Inklusion, besseren Ergebnissen im Sozial- und Entwicklungsbereich und einer reibungsloseren Erbringung von Dienstleistungen führt. Die Resultate der Einbindung von Freiwilligen und der Freiwilligenarbeit fallen dort am besten aus, wo förderliche Voraussetzungen wie Rede- und Versammlungsfreiheit und eine Atmosphäre des lebhaften politischen Austauschs bereits bestehen. Das Kapitel zeigt ferner, dass nicht nur Regierungen Raum für das Engagement von Freiwilligen schaffen, sondern umgekehrt auch Freiwillige Aktionen einleiten und sich engagieren, um sich Gehör zu verschaffen, für Rechenschaftsmechanismen einzutreten und Reaktionsbereitschaft einzufordern – alles Dinge, die für die Verbesserung der Governance unerlässlich sind.

Die Schaffung von Strukturen zur Verbesserung des freiwilligen Engagements versetzt die Regierungen in die Lage, sich das Freiwilligenwesen systematisch zunutze zu machen, und schafft einen Rahmen, innerhalb dem Freiwillige in für nationale Entwicklungspläne wichtigen Bereichen die Initiative ergreifen können. Damit das Freiwilligenwesen einen möglichst großen Beitrag zum Gemeinwohl leisten kann, braucht es ein förderliches Umfeld. Dort, wo Regierungen ein förderliches Umfeld für bürgerschaftliches Engagement – insbesondere für die Partizipation von Freiwilligen – geschaffen haben oder aufgeschlossen auf von Freiwilligen angeführte Gemeinschaftsinitiativen eingegangen sind, waren mehr Menschen an Entscheidungsprozessen beteiligt.

Die Freiwilligen unterstützten die Regierungen dort am erfolgreichsten bei der besseren Regierungsführung, wo förderliche Voraussetzungen wie Rede- und Versammlungsfreiheit und eine Atmosphäre des lebhaften politischen Austauschs bereits bestanden. Diese Vorausset-

zungen haben nicht nur insoweit intrinsischen Wert, als sie den Menschen die Wahrnehmung ihrer Menschenrechte gestatten, sondern sind auch unerlässlich dafür, Synergien zwischen den Menschen und ihren Regierungen herzustellen. Das Freiwilligenwesen besitzt starke Katalysatorfunktion dafür, diese Synergien zugunsten von Frieden und Entwicklung zu verstärken

Eine großflächige Mobilisierung ist für den Erfolg vieler von unten nach oben verlaufender Freiwilligeninitiativen ausschlaggebend. Dazu arbeiten die Freiwilligen häufig im Rahmen von Bündnissen. Zivilgesellschaftliche Organisationen und Fürsprecher innerhalb der Regierung und der Gesetzgebung etwa können wichtige Verbündete sein. Wo die Gruppe der Interessenträger klein war, haben länderübergreifende Bündnisse und die Anwerbung von Ansprechpartnern Unterstützung hervorgebracht.

Viele Freiwilligeninitiativen greifen auf die Medien zurück, um Bewusstsein zu wecken, politische Entscheidungsträger zu sensibilisieren und die öffentliche Meinung zu mobilisieren. Eine neue Generation technisch versierter Freiwilliger entwickelt Tools zur Bereitstellung von Echtzeitinformationen von der Basis. Sie ergänzen damit auch die Massenmedien, indem sie auf ihren eigenen Websites und in Blogs Nachrichten und Perspektiven anbieten und so die Abhängigkeit der Menschen von den traditionellen Medien verringern und in einigen Fällen traditionellen Nachrichtenseiten im Hinblick auf Relevanz in Zugzwang bringen.

Auf nationaler Ebene ist eine reaktionsbereite Regierung ein entscheidender Faktor für den Erfolg von Initiativen, die auf Freiwilligenarbeit beruhen. Mitunter erzeugen die Bewegungen selbst den politischen Druck, der erforderlich ist, um bei ihrer Regierung größere Reaktionsbereitschaft herbeizuführen; ein anderes Mal werden Freiwilligeninitiativen erst durch eine aufnahmebereite Regierung ermöglicht oder erleichtert. Daher haben die meisten erfolgreichen von unten nach oben verlaufenden Freiwilligeninitiativen versucht, in bestimmten Bereichen selbst dann mit den Regierungen zusammenzuarbeiten, wenn sie in anderen gegen sie angehen oder sie infrage stellen.

*Demonstranten beim People's Climate March in New York.  
Schätzungsweise 300.000 Menschen nahmen an dem Marsch teil,  
was ihn zur größten Klimademonstration aller Zeiten machte.  
© Kena Betancur/VIEWpress, 2014*





# 4

## Wirkung der Freiwilligenarbeit auf globaler Ebene

*„Wir leben in einer Welt, in der kein Mensch und kein Land für sich allein existieren. Wir alle leben nicht nur in unseren eigenen Gemeinschaften, sondern gleichzeitig auch in der Welt als Ganzes. Wir sind miteinander verbunden, vernetzt und voneinander abhängig. Angesichts der potenziellen Vorteile der Globalisierung ebenso wie ihrer Risiken, angesichts der Fortdauer verheerender Konflikte, deren Hauptziele Zivilpersonen sind, und angesichts der Allgegenwart von Armut und Ungerechtigkeit müssen wir Bereiche ermitteln, in denen es kollektiver Maßnahmen bedarf, und diese Maßnahmen sodann ergreifen, um das globale Gemeinwohl zu wahren.“*

Kofi A. Annan, ehemaliger Generalsekretär der Vereinten Nationen<sup>158</sup>

Mitsprache und Partizipation sowie Rechenschaftlichkeit und Reaktionsbereitschaft, die drei Elemente der Governance, an denen sich die Bemühungen und Beiträge von Freiwilligen am stärksten manifestieren, haben auf internationaler Ebene andere Formen als auf nationaler oder lokaler Ebene. Auf globaler Ebene besteht nicht die gleiche klare Rollenverteilung zwischen staatlichen Akteuren als Träger von Pflichten und Bürgern als Inhaber von Rechten, die es den Menschen auf lokaler und nationaler Ebene gestattet, Rechenschaftlichkeit und Reaktionsbereitschaft einzufordern. Der Grund? Die meisten globalen Organisationen verantworten sich gegenüber nationalen Regierungen, nicht aber den Menschen in den Mitgliedsstaaten; die meisten multinationalen Unternehmen (MNU) verantworten sich gegenüber ihren Vorständen und viele internationale zivilgesellschaftliche Organisationen verantworten sich eher vor ihren Geldgebern als vor den Menschen, deren Leben sie berühren.

---

**Zunehmend  
verbinden  
IKT-Systeme  
und Affiliate-  
Netzwerke eine  
Vielzahl un-  
terschiedlicher  
Menschen auf  
der ganzen Welt  
miteinander**

---

Während Rechenschaftspflicht ein fester Bestandteil des Verhältnisses zwischen dem Staat und seinen Bürgern ist, definieren nichtstaatliche Akteure Rechenschaftspflicht eher im Hinblick auf ihre Interessenträger. Auf globaler Ebene Einfluss auf Governance zu nehmen und globale Organisationen rechenschaftspflichtig zu machen, ist daher ein komplexeres Unterfangen und kann es erfordern, im Bündnis mit einem breiteren Spektrum von Akteuren, einschließlich Regierungen, zu arbeiten.

Der Zugang zu Räumen erwünschten Engagements auf globaler Ebene kann beschränkt sein, aus rein praktischen Gründen wie der räumlichen Distanz zwischen den Orten, an denen Entscheidungen getroffen werden, und denen, an denen die Menschen leben. Aus den gleichen Gründen bestanden traditionell auch beschränkte Möglichkeiten, Räume zu schaffen und einzufordern. Das hat sich in letzter Zeit infolge neuer Technologien und verbesserter Organisationsformen verändert. Dank des Internets konnten in den letzten zehn Jahren neue globale virtuelle Räume geschaffen werden, in denen Freiwillige ihren Stimmen Gehör verschaffen und sie grenzüberschreitend und zeitnah zu Entscheidungsträgern durchdringen lassen können. Zunehmend verbinden IKT-Systeme und Affiliate-Netzwerke eine Vielzahl unterschiedlicher Menschen auf der ganzen Welt miteinander. Ein Beispiel auf globaler Ebene ist der gewaltige globale Raum erwünschten Engagements, die Internetplattform „Die Welt, die wir wollen 2015“<sup>159</sup>, welche von der Zivilgesellschaft und den Vereinten Nationen gemeinsam betrieben wird, um die Meinungen der Menschen einzuholen und sie in ihre Erörterungen über die Post-2015-Agenda einfließen zu lassen.

Es gibt zwar keine Weltregierung, dafür aber eine Fülle globaler Resolutionen, Übereinkünfte, Vereinbarungen, Standards und rechtlicher Regelungen zu einer Vielzahl von Themen und Problemen, die von den Regierungen souveräner Staaten vereinbart worden sind. Ein erheblicher Teil der Aktionen Freiwilliger auf globaler Ebene betrifft die Einflussnahme auf den Inhalt, die Umsetzung und die Überwachung dieser

Vereinbarungen. Ferner binden länderübergreifende Freiwilligenbewegungen Freiwillige in Kampagnen und Bündnissen ein, um durch die Mitsprache und Partizipation nationaler und lokaler Akteure die globale Bedeutung lokaler Fragen hervorzuheben, um sich für globale Vereinbarungen, Politiken und Standards einzusetzen und über diese aufzuklären und um eine reaktionsbereite Entscheidungsfindung durch multinationale Akteure zu unterstützen und diese Akteure rechenschaftspflichtig zu machen. Viele lokale und nationale Freiwilligeninitiativen stützen sich auf globale Verträge und Konventionen wie das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), um das Bewusstsein für globale Politiken zu fördern, Bündnisse zu stärken und normenkonformes Verhalten zu unterstützen. Die Freiwilligen werden darüber hinaus häufig tätig, um die lokale, nationale, regionale und globale Ebene durch einvernehmlich koordinierte, vertikale Bündnisse miteinander zu verknüpfen.<sup>160</sup>

Die Freiwilligen sehen sich auf der globalen Ebene Herausforderungen gegenüber, die sich zu Teilen von denjenigen auf nationaler und lokaler Ebene unterscheiden. Dies ist darauf zurückzuführen, dass es nur begrenzte globale und regionale Durchsetzungsmechanismen gibt und die Einhaltung internationaler Übereinkünfte und Entscheidungen durch Machtdynamiken behindert werden kann. Häufig muss die globale Freiwilligenarbeit geschlossenen Räumen für Mitsprache und Partizipation gegenüberreten.

Ferner haben die reine Größe und der Einfluss nichtstaatlicher Akteure rapide zugenommen und übersteigen in Bezug auf manche Fragen selbst das Einflussvermögen nationalstaatlicher Regierungen. So etwa spielen die Zivilgesellschaft, einschließlich religiöser Akteure, sowie Gewerkschaften und Basisvereinigungen auf allen Governance-Ebenen eine Rolle bei der Themenanwaltschaft, als Aktivisten und in der Politikgestaltung.<sup>161</sup> Das Engagement internationaler Großkonzerne in einigen Sektoren, zum Beispiel in der Rohstoffindustrie, im Dienstleistungssektor und in der Herstellungsindustrie, ist mit Auswirkungen auf die lokale und natio-

nale Governance fiskalischer, natürlicher und menschlicher Ressourcen verbunden.<sup>162</sup> Zwischenstaatliche Institutionen wie die Weltbank und Vereinbarungen wie der Vertrag über den Waffenhandel können sich auf die Politik in den Bereichen Finanzen, Handel, humanitäre Hilfe, Menschenrechte, Katastrophen, Krisenbewältigung und Umwelt auswirken.<sup>162</sup>

Selbst bei Staaten können Rechenschaftsforderungen von internationalen Governanceakteuren wie Geldgebern und MNU in Widerspruch zu der Verantwortung stehen, die diese Staaten gegenüber ihren Bürgern haben. Das Engagement von Freiwilligen kann Rechenschaftlichkeit und Transparenz nach innen und nach außen stärken. Aus der Forschung geht hervor, dass eine rechenschaftliche und reaktionsbereite Governance häufiger bei Räumen eingeforderten und erwünschten Engagements anzutreffen ist, in denen mehrere Interessenträger sich zu freiwilligen Bündnissen zusammenschließen.<sup>163</sup>

Trotz dieser Herausforderungen engagieren sich Freiwillige als Weltbürger nicht nur in vertikalen, sondern auch in horizontalen Netzwerken und Gesprächen, um die Rechenschaftlichkeit verschiedener Governanceakteure zu stärken.

In diesem Kapitel wird die Rolle der Freiwilligen beleuchtet, die sich auf transnationaler – bisweilen globaler, bisweilen regionaler – Ebene auf vielfältige Weise in Bezug auf Elemente der Governance engagieren. Diese Art des Engagements nimmt drei grundlegende Formen an. Erstens: Die Bemühungen von Freiwilligen sind ausschlaggebend dafür, die Meinungen der Menschen hörbarer zu machen und sie an transnationale Foren zu übermitteln, mit dem Ziel, sie in globale Politiken einfließen zu lassen und die Aufmerksamkeit auf Fragen von weltweitem Belang zu lenken. Zweitens: Freiwillige sind auch weiterhin auf nationaler und lokaler Ebene tätig, um globale Politiken zu lokalisieren oder ihre laufenden Initiativen auf globalen Übereinkünften und Vereinbarungen aufzubauen. Drittens: Eine Fülle der von den Freiwilligen zum Einsatz gebrachten Energie ist darauf gerichtet, von transnationalen Akteuren, die den Menschen ge-

genüber nicht unmittelbar rechenschaftspflichtig sind, Rechenschaftlichkeit einzufordern.

### **DIE STIMMEN DER MENSCHEN MOBILISIEREN, DAMIT SIE EINGANG IN GLOBALE POLITIKEN UND STANDARDS FINDEN**

Globale Politiken und Normen werden von den Regierungen der Mitgliedstaaten in Foren festgesetzt. Die Stimmen der Menschen, die von ihnen betroffen sind, dringen nicht immer bis in diese Gremien hinein vor, und die dort getroffenen Entscheidungen spiegeln nicht immer das wohlverstandene Interesse dieser Menschen wider. Folglich wird ein beträchtlicher Teil der Energie von Freiwilligen dafür aufgewendet, die Ansichten der Menschen einzuholen und zu verstärken, damit sie in diesen Foren gehört werden können. Damit in Zusammenhang steht die Zielsetzung, durch eine hinlänglich stark mobilisierte öffentliche Meinung die Regierungen der Betroffenen ebenso wie andere Regierungen und Governanceakteure zu Rechenschaftlichkeit und Reaktionsbereitschaft anzuhalten. In dieser Hinsicht fungieren Freiwillige als Katalysatoren weltbürgerlichen Denkens.

Diese Initiativen zerfallen grob in zwei Kategorien: diejenigen, die auf spezifische globale Politiken abstellen und Einfluss auf diese nehmen wollen, und diejenigen, die die globale öffentliche Meinung zu Problemkomplexen mobilisieren wollen, zu denen politische Entscheidungsträger keinen dringenden Handlungsbedarf sehen mögen. Die Kampagne „Erlassjahr 2000“ für einen Schuldenerlass für Entwicklungsländer und die Kampagne für die Verabschiedung eines Waffenhandelsvertrags gehören zu der ersten Kategorie, während die Protestbewegung „Occupy Wall Street“ und der „People’s Climate March“ der zweiten zuzuordnen sind.

Mit wachsendem globalen Zugang zu Kommunikationsmitteln diversifizieren die Freiwilligen ihre Strategien. Viele Aktivisten, in ihrer Mehrzahl ohne formelle Bindungen, vernetzen sich im Interesse gemeinsamer Belange über Länder-

---

**Viele  
Aktivisten, in  
ihrer Mehrzahl  
ohne formelle  
Bindungen,  
vernetzen  
sich über  
Ländergrenzen  
hinweg**

---

grenzen hinweg, in dem Bemühen, im Interesse größerer Rechenschaftlichkeit und Reaktionsbereitschaft gegenüber den Bürgern Stimmen aus unterschiedlichen Sektoren und Kulturen zu engagieren. Formelle und informelle Freiwillige stellen ihre Zeit und ihr Fachwissen zur Verfügung, um transnationale Vereinbarungen, Politiken und Normen zur Stärkung der allgemeinen Achtung der Menschenrechte zu fördern.

### Die Kampagne „Erlassjahr 2000“ für einen Schuldenerlass für die Dritte Welt

Die internationale Kampagne „Erlassjahr 2000“ für den Erlass nicht rückzahlbarer Drittweltschulden zählt zu den erfolgreichsten Initiativen gegen die negativen Auswirkungen ungleicher Machtverhältnisse zwischen Ländern, mithilfe spezifischer Aktionsaufrufe freiwilliger Bürger.<sup>164</sup> Sie ist ein Beispiel dafür, wie Freiwillige ihre Stimme erheben können, um an geschlossene Räume, wie denjenigen der internationalen Finanzwelt, anzupochen, mit dem Ziel, eine globale Massenbewegung ins Leben zu rufen, die die Governanceakteure zu größerer Rechenschaftlichkeit und Reaktionsbereitschaft veranlasst.

Die Kampagne verfügte im Süden wie im Norden über eine breite Basis mit lokalen Wurzeln. Zum Kontext gehörten positive politische Veränderungen in den Reihen der europäischen und nordamerikanischen Führer sowie ähnliche potenziell armenfreundliche Veränderungen bei zwischenstaatlichen Organisationen wie den Vereinten Nationen (zum Beispiel die VN-Millenniumskampagne), der Weltbank und dem IWF. Die Sammelbewegung mit ihrer breit gefächerten Mitgliedschaft an religiösen Gruppen, internationalen zivilgesellschaftlichen Organisationen, Gewerkschaften, Geschäftsleuten, Wissenschaftlern, Künstlern, Medienstars und Dorfbewohnern war bahnbrechend. Es gab weltweit 69 Koalitionen – 17 in Lateinamerika, 15 in Afrika und 10 in Asien. Ein wesentlicher Erfolgsfaktor war die internationale und lokale Breite der Bewegung.

Die politischen Entscheidungsträger waren überrascht, nicht von den gewohnten Aktivisten angesprochen zu werden, sondern von „ge-

wöhnlichen Bürgern“ – Eltern, Studenten, religiösen Laien, Geschäftsinhabern, gut informierten Bürgern von der Basis, die sich an Briefkampagnen und der Unterzeichnung von Petitionen beteiligten, aber auch telefonisch oder persönlich bei Entscheidungsträgern vorsprachen.<sup>165</sup> Etwa 1.850.000 Peruaner unterzeichneten die internationale Petition innerhalb von nur drei Monaten. Weltweit unterzeichneten 17 Millionen Menschen aus mehr als 160 Ländern die Petition, die den Staats- und Regierungschefs beim G7-Gipfel im Juni 1999 in Köln vorgelegt wurde. Dort willigten die Staats- und Regierungschefs grundsätzlich ein, weitere 45 Milliarden US\$ der bilateralen und multilateralen Schulden von 41 berücksichtigungsfähigen Ländern zu erlassen.

Zu Ende des Jahres 2000 hatten die massive Mitsprache und Partizipation von formellen und informellen Freiwilligen eine erhöhte Anerkennung der Rechenschaftspflicht und eine erste weltweite Reaktionsbereitschaft gegenüber der Problematik der Armut in der Welt bewirkt. Der IWF und die Weltbank unternahmen Anstrengungen, 20 Länder die erste Phase des Prozesses der Schuldenerleichterung durchlaufen zu lassen, deren Höhe allerdings unterschiedlich ausfiel: Mosambik sollten 72% seiner Schulden erlassen werden, Uganda 42% und Kamerun 15%.<sup>166</sup>

### Die Kampagne „Control Arms“ für den ersten globalen Waffenhandelsvertrag

Im Oktober 2003 starteten Oxfam, Amnesty International, das Internationale Aktionsbündnis gegen Kleinwaffen (IANSA) und andere Organisationen weltweit die Kampagne „Control Arms“ (Rüstungskontrolle). Sie war darauf gerichtet, durch die globale Kontrolle des Waffenhandels eine Verminderung der Waffengewalt und der bewaffneten Konflikte herbeizuführen, und das primäre Ziel bestand im Abschluss eines internationalen Vertrags über den Waffenhandel. Erreicht wurde dieses Ziel mit einer zehnjährigen Kampagne, die weitgehend von Freiwilligen betrieben wurde und die ein eindrucksvolles Beispiel für das Beharrungsvermögen und die Ausdauer von Freiwilligenbewegungen sowie für deren Fähigkeit darstellt, Politik maßgeblich zu beeinflussen.

Die Kampagne für den Waffenhandelsvertrag setzte den Schwerpunkt dabei, Regierungen zu ermitteln, die bereit waren, sich für die Sache einzusetzen, und baute dazu eine internationale Freiwilligenkampagne auf, erweiterte die Koalition, tauschte technisches Sachwissen aus, um dem Vertrag Gestalt zu verleihen, und rückte den Vertrag auf politische Agenden.<sup>167</sup>

Als die Kampagne im Jahr 2003 ihren Anfang nahm, schlossen sich nur Costa Rica, Kambodscha und Mali öffentlich der Forderung nach einem Waffenhandelsvertrag an. In der Frühphase lag das Schwergewicht darauf, das Konzept für einen solchen Vertrag mittels breiter Basiskampagnen an entscheidende Länder heranzutragen. Nationale, regionale und globale Strategien dienten dazu, die Zahl der Befürworterstaaten zu erhöhen, die Unentschlossenen zu überzeugen und den Skeptikern entgegenzutreten. 2006 wurde dem damaligen VN-Generalsekretär Kofi Annan die globale Petition „Million Faces“ (eine Million Gesichter) überreicht.

Unterstützt wurde die globale und nationale Kampagne von einzelnen Freiwilligen und Organisationen aus einer Vielfalt von Gruppen, zu denen etwa medizinisches Fachpersonal, Überlebende bewaffneter Gewalt, Frauen, religiöse Führer und Parlamentarier zählten. Sogar einige Verteidigungsunternehmen aus dem „verantwortungsbewussteren“ Teil der Rüstungsbranche schlossen sich ihr schließlich an, ebenso wie zahlreiche pensionierte Generäle und ehemalige Kriegsberichterstatter.

Die Kampagne begann außerhalb eines geschlossenen Raums, mit dem Voranschreiten des Prozesses innerhalb der Vereinten Nationen verlagerte sich zwischen 2008 und 2011 der Fokus jedoch auf die enge Zusammenarbeit mit einigen Regierungen in Räumen erwünschten Engagements. Das IANSA-Frauenetzwerk unterstützte Themenanwaltschaft dafür, geschlechtsspezifische Gewalt als Kriterium in den Vertrag aufzunehmen. Über 100 Staaten gaben eine gemeinsame Erklärung ab, mit der sie ein solches Kriterium forderten. Artikel 7 des Abkommens verpflichtet die Staaten, bei Entscheidungen zum Transfer

von Rüstungsgütern das Risiko geschlechtsspezifischer Gewalt zu berücksichtigen.<sup>168</sup>

Die mehr als jahrzehntelange Kampagnenarbeit zahlte sich aus, als der Vertrag über den Waffenhandel – der erste globale Vertrag zur Regelung des Transfers von konventionellen Waffen und Munition – im April 2013 bei den Vereinten Nationen in New York von einer überwältigenden Mehrheit verabschiedet und zwei Monate später zur Unterzeichnung aufgelegt wurde. Im September 2014 ratifizierten acht Staaten – Argentinien, die Bahamas, Bosnien und Herzegowina, Portugal, St. Lucia, Senegal, die Tschechische Republik und Uruguay – den Vertrag anlässlich einer Sonderveranstaltung der Vereinten Nationen, womit die Anzahl der Vertragsstaaten sich auf 53 erhöhte. Dies bedeutete, dass er 90 Tage später, am 24. Dezember 2014, in Kraft treten konnte, eines der schnellsten Billigungsverfahren, die es je gegeben hatte.<sup>169</sup>

Die Mitstreiter in der Kampagne setzen sich mit Outsider- und Insider-Strategien auch weiterhin für zusätzliche Ratifizierungen und Unterzeichnungen ein. [Armstreaty.org](http://Armstreaty.org)<sup>170</sup> ist ein interaktives Tool, mit dem Freiwillige die Haltung der Staaten bezüglich wichtiger Punkte des Vertrags verfolgen und Lücken füllen können. Diese internationale, auf Freiwillige gestützte Kampagne wird auch künftig ihr Augenmerk auf den Vertrag über den Waffenhandel richten, um die nationale und globale Umsetzung dieses internationalen Vertragswerks zu unterstützen und zu überwachen.<sup>171</sup>

### **Brückenschlag zwischen kleinen ländlichen Erzeugern und Politikgestaltungsprozessen**

In den Kapiteln 2 und 3 wurde erörtert, welche Anstrengungen indigene Bauern in manchen lateinamerikanischen Ländern unternahmen, um die Verabschiedung der Monsanto-Gesetze zu blockieren, die im Einklang mit dem Zentralamerikanischen Freihandelsabkommen angenommen werden sollten. Allzu oft fließen die Stimmen derjenigen nicht in solche Regionalabkommen ein, die davon am stärksten betroffen sein werden. Manchmal jedoch konnten

---

**Globale und nationale Netzwerke und Plattformen konsolidieren und befähigen lokale Freiwilligengruppen dazu, auf politischer Ebene Räume einzufordern**

---



#### TEXTRAHMEN 4.1. **STIMMEN VON FREIWILLIGEN:** EIN FREIWILLIGER AUS DER KAMPAGNE ZUM WAFFENHANDELSVERTRAG

Julius Arile, ein junger Mann aus der Provinz Rift Valley im Nordwesten Kenias, ist jemand, der Waffengewalt sowohl selbst angewandt hat als auch ihr Opfer geworden ist. Als junger Mann kam Julius mit Waffengewalt in Kontakt. Nachdem sein Bruder bei einem Viehdiebstahl in seinem Dorf erschossen worden war, griff er selbst zur Waffe und beteiligte sich zusammen mit anderen jungen Männern an Vergeltungsanschlägen.

„[Das Leben] war sehr schwer. Wir wussten nicht, was vor uns lag, und so kämpften wir, und wir benutzten Schusswaffen. Eines Tages kamen die Karamojong [eine ethnische Gruppe aus Uganda] und griffen unser Dorf an. Dann ging es richtig los. Mein Freund kam neben mir ums Leben. Als ich ihn sterben sah, rannte ich weg. Und da wurde mir klar, dass ‚das nicht gut ist‘. Beim nächsten Mal hätte es mich erwischen können. Da habe ich meine Waffe weggelegt.“<sup>172</sup>

In diesem Augenblick entschloss sich Julius, andere aufzufordern, das Gleiche zu tun, nämlich ihre Waffen niederzulegen und von Gewalt und Kämpfen wegzukommen. Er legte seine AK-47 nieder, um in seiner Gemeinschaft ein Friedensaktivist und Anführer von Freiwilligen zu werden. Außerdem schuf er sich ein aufregendes neues Leben als Marathonläufer.

2006 kam Julius als Mitglied der Gruppe „Control Arms Coalition“ zu dem damaligen VN-Generalsekretär Kofi Annan, um die Petition „Million Faces“ für einen Vertrag über den Waffenhandel zu überreichen. In seiner Rede an die bei den Vereinten Nationen anwesenden Führer forderte Julius die Regierungen dazu auf, eine gemeinsame Botschaft zu vertreten und einen Vertrag über den Waffenhandel zu unterstützen, der für Menschen und Gemeinschaften wie die seinige wirklich etwas bewegt.

Julius ist ein Symbol für das Problem des schlecht regulierten Rüstungshandels, für Gemeinschaften, die mit bewaffneter Gewalt leben und für die Verbindung zwischen Waffen und Armut. Er ist außerdem ein Symbol für den enormen Fortschritt, den Freiwillige bewirken können und weiterhin bewirken müssen, um den Vertrag über den Waffenhandel vor Ort wirksam umzusetzen, damit er wirklich Leben rettet und Menschen schützt.<sup>173</sup>

die Menschen durch ihre Stimme Einfluss auf internationale Entscheidungen mit unmittelbaren Auswirkungen auf ihre Existenzgrundlagen nehmen. Globale und nationale Netzwerke und Plattformen konsolidieren und befähigen lokale Freiwilligengruppen zu größerer Mitsprache und verstärkt auch dazu, auf politischer Ebene Räume einzufordern. Auf nationaler und globaler Ebene helfen Plattformen mehrerer Interessenträger sowie beratende Foren kleinen Agrarerzeugern, bei Prozessen der Politikgestaltung ihre Anliegen und Interessen vorzutragen. Die informellen freiwilligen Basis- und Selbsthilfegruppen, lokalen Vereinigungen und Kooperativen verbinden sich zu größeren und eher formellen Erzeugerzusammenschlüssen, -verbänden und -netzwerken. Diese wiederum schlagen Brücken zu ähnlichen Organisationen, um Ressourcen, Kompetenzen und Verhand-

lungskraft zu bündeln und nationale Spitzenorganisationen zu entwickeln.

Das Réseau des Organisations Paysannes et des Producteurs Agricoles de l'Afrique de l'ouest (ROPPA) (Netzwerk der Bauern- und Agrarerzeugerverbände Westafrikas) ist eine regionale Spitzenorganisation der Bauern aus 10 westafrikanischen Staaten (Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Gambia, Guinea, Guinea-Bissau, Mali, Niger, Senegal und Togo). 2001 handelte es mit der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten (ECOWAS) eine westafrikanische regionale Agrarpolitik aus. Mit jeder seiner nationalen Plattformen in den ECOWAS-Ländern wurden Konsultationen organisiert. Mit der Bereitstellung von Tools, Ressourcen und externem Fachwissen versetzte es Bauern besser in die Lage, die Auswirkungen der ECOWAS-Politik

auf die ländliche Entwicklung zu analysieren. Dadurch konnten lokale Bauern und ihre Vertreter die der Agrarpolitik zugrundeliegenden Konzepte verstehen und Alternativen dazu vorschlagen. Nationale Bauernverbände erarbeiteten einen gemeinsamen Vorschlag, der größere Mitverantwortung der Bauernverbände für die ECOWAS-Agrarpolitik vorsah, und legten ihn dann Regierungsvertretern vor. Auf der Grundlage moderierter Diskussionen zwischen Bauern aus verschiedenen Ländern über die Politik entwickelten die Bauernverbände einen gemeinsamen Vorschlag dazu, wie der Agrarsektor entwickelt werden sollte. Dieser Vorschlag, in dem sie auch gemeinsam die Herausforderungen, Rollen und Verantwortlichkeiten der verschiedenen beteiligten Akteure aufzeigten, wurde der ECOWAS unterbreitet.

Infolge dieser auf Freiwillige gestützten, mehrere Ebenen umfassenden Basis-Bündnisse fanden auch die Interessen kleiner landwirtschaftlicher Erzeuger Eingang in die neue Regionalpolitik. Die regionale Agrarpolitik enthält die Vision einer „modernen und nachhaltigen Landwirtschaft, die auf effektiven und effizienten Familienbetrieben beruht“. Sie verfolgt das allgemeine Ziel, „nachhaltig dazu beizutragen, den Nahrungsmittelbedarf der Bevölkerung in den Mitgliedstaaten zu decken.“<sup>174</sup>

Eine weitere globale Initiative, die eine immense Freiwilligenenergie freigesetzt hat, sind die verschiedenen Konsultationen zur Post-2015-Entwicklungsagenda. Die Vorstellung ist, dass sich die Agenda in den kommenden 15 Jahren auf das Leben von Milliarden Menschen auswirken wird. Um die Menschen an der Festlegung der Agenda zu beteiligen, führten die Vereinten Nationen und ihre Partner in der Zivilgesellschaft eine massive globale Konsultation durch - und öffneten gewaltige globale Räume erwünschten Engagements sowie Cluster lokaler und nationaler Räume erwünschten Engagements. Freiwillige spielten eine entscheidende Rolle dabei, die Stimmen der Menschen in diese Räume zu tragen und die Menschen zur Partizipation zu befähigen, ob in persönlichen Gesprächen, über Mobiltelefone oder online.<sup>175</sup>

### Einwirkung auf den Post-2015-Rahmen für nachhaltige Entwicklung

Ein globales partizipatives Forschungsprogramm zur Befähigung der ärmsten und am stärksten marginalisierten Menschen ist bestrebt, Grundlagenarbeit für Entscheidungsträger im Post-2015-Prozess zu leisten. Zwischen 2012 und 2015 machte es sich die aus 18 internationalen und nationalen zivilgesellschaftlichen und wissenschaftlichen Organisationen zusammengesetzte „Participatory Research Group“ (PRG) (Gruppe für Partizipationsforschung) zur Aufgabe, die Partizipationsforschung, und damit die Mitwirkung der Gemeinschaft und die Stimmen von Freiwilligen, in der globalen politischen Entscheidungsfindung zu verankern.

Eines der Mitglieder, die Initiative ATD Vierte Welt, führte von Anfang 2011 bis Ende 2013 eine partizipative Evaluierung mit in Armut oder extremer Armut lebenden Menschen durch. Mehr als 2.000 Menschen, größtenteils Freiwillige, aus 22 Ländern waren beteiligt. Die Evaluierung konzentrierte sich auf 12 Länder (Belgien, Bolivien, Brasilien, Burkina Faso, Frankreich, Guatemala, Haiti, Madagaskar, Mauritius, Peru, die Philippinen und Polen). Zwei entwickelte Länder wurden einbezogen, um zu zeigen, dass chronische Armut auf der ganzen Welt existiert, nicht nur in den Ländern, auf welche die MDGs sich ausrichten.

Teams der ATD Vierte Welt organisierten in jedem Land Treffen mit freiwilligen Teilnehmern, die über einen Zeitraum von sechs Monaten bis zu zwei Jahren bei wöchentlichen oder monatlichen Begegnungen über Entwicklungsfragen diskutierten. Die Teilnehmer führten Interviews durch, sammelten Erfahrungen beim Vortrag ihrer Anliegen und bauten gemeinsam kollektives Wissen auf. Die koordinierenden Teammitglieder waren internationale Freiwillige.

Diese Vorarbeiten mit Teilnehmern, die in Armut und extremer Armut lebten, wurden in einem mit anderen Partnern durchgeführten zweiten Verfahren wiederholt. Vertreter der Wissenschaft, nichtstaatliche Organisationen, Gewerkschaften, Beamte aus verschiedenen Ministerien (Bildung, Soziales, Arbeit, Berufsbildung) sowie

**Einige dieser Bewegungen haben dazu beigetragen, den Stand des Diskurses über Themen von weltweitem Interesse zu verändern**

Bedienstete internationaler Organe wie der Europäischen Union, des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF), der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP), des Amtes des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen Menschenrechte (OHCHR) und der Weltbank kamen in verschiedenen Ländern zusammen und bereiteten sich auf einen Dialog mit extremer Armut lebenden Menschen vor.

Alle Teilnehmer wohnten acht Seminaren in verschiedenen Regionen bei. Die Analysen und Empfehlungen dieser Seminare flossen sodann in das Syntheseminar bei den Vereinten Nationen in New York ein. Die in Armut lebenden Menschen teilten ihre Angaben mit den zuständigen Organisationen der Vereinten Nationen und zivilgesellschaftlichen Partnern wie dem Internationalen Gewerkschaftsbund und Social Watch – als Bürgerbeiträge zu dem Dialog über den Post-2015-Rahmen für nachhaltige Entwicklung.<sup>176</sup>

Die Methodik „Zusammenführung von Wissen“ befähigt die Ärmsten, ihre Situation zu analysieren und zu reflektieren, Verständnis und ein Gefühl der Mitverantwortung für das, worüber sie Kontrolle haben, zu entwickeln und sich im Rahmen weltweiter öffentlicher und politischer Prozesse im Zusammenhang mit den Post-2015-Zielen für nachhaltige Entwicklung zu äußern und freiwillig zu engagieren. Gleichzeitig wird für politische Entscheidungsträger neutrales Feld geschaffen, auf dem sie mit denen interagieren können, die von Entscheidungen betroffen sind.<sup>177</sup>

**Hervorhebung der Belange des Klimawandels und der wirtschaftlichen Gerechtigkeit**

Nicht alle von Freiwilligen getragenen Initiativen führen zu konkreten globalen Politiken oder Vereinbarungen. Manche Bewegungen lenken die Aufmerksamkeit auf dringliche Fragen, bezüglich derer die nationalen Regierungen und zwischenstaatlichen Gremien möglicherweise keinen Handlungsbedarf sehen. Einige dieser Bewegungen haben in jüngerer Zeit dazu beigetragen, den Stand des Diskurses über Themen von weltweitem Interesse zu verändern.

Die Protestbewegung „Occupy Wall Street“ wollte auf einen breiten Fächer von Themen aufmerksam machen: wirtschaftliche Gerechtigkeit, das Recht auf Arbeit, Gesundheitsversorgung und grundlegende Dienstleistungen, die Deregulierung des Finanzsektors und darauf, wie die „Gier der Wall Street“ weltweit zur Zersetzung demokratischer Prozesse beitrug, aber auch zu der Rezession von 2008, die hunderte Millionen Menschen ohne Arbeit, ohne Leistungsansprüche und in den Entwicklungsländern am Rande des Hungerstods zurückließ.<sup>179</sup>

Occupy Wall Street trat zunächst in Kanada in Erscheinung, breitete sich dann aber für einen kurzen Zeitraum im Herbst 2011 auf Länder in der ganzen Welt aus, darunter Argentinien, Bosnien und Herzegowina, Brasilien, Chile, Frankreich, Hongkong, Indien, Japan, Mexiko, Spanien, Südafrika, das Vereinigte Königreich und viele andere.<sup>180</sup> Und natürlich errichteten die Demonstranten im Zuccotti Park in New York eine „Zeltstadt“ und „besetzten“ so die Wall Street.

Verstimmte Steuerzahler, Senioren, Studenten, Immigranten, Gewerkschaften und Frauengruppen – die sich selbst als die „99%“ bezeichneten – schlossen sich verschiedenen Occupy-Protestaktionen an. Sie demonstrierten gegen alles, von der zunehmenden Einkommensungleichheit über die Deregulierung des Bankenwesens bis hin zur Zersetzung des politischen Prozesses durch Geldeliten.

In welchem Maße die freiwillige Massenprotestbewegung Occupy Wall Street zur globalen Entwicklungsdiskussion beitrug, lässt sich nur schwer sagen. Dennoch ist klar, dass die Bewegung, bevor sie schließlich allmählich im Sande verlief, half, den Entscheidungsträgern klarzumachen, welches Ausmaß der Zorn der Öffentlichkeit über die Konzentration des Reichtums bei immer weniger Menschen annahm. Diese starke Freiwilligenbewegung versuchte, in demokratischen Volksversammlungen Konsentscheidungen herbeizuführen. Sie stärkte das Bewusstsein für Möglichkeiten und Mittel der Bürger, auf freiwilliger Basis ihre Meinung zu äußern und zu partizipieren.<sup>181</sup>



TEXTRAHMEN 4.2. **STIMMEN VON FREIWILLIGEN:** LOMBE TEMBO; FREIWILLIGE IN DER ARBEITSGRUPPE FÜR RECHENSCHAFTLICHKEIT DER JUGENDORGANISATION „RESTLESS DEVELOPMENT“

*„Junge Menschen sollten nicht Gegenstand des Gesprächs sein, sondern selbst am Gespräch teilnehmen. Sie sollten aktiv an der Überwachung dieser politischen Strategien, ihrer Bewertung und der Berichterstattung über sie beteiligt sein. Aber die Realität sieht ganz anders aus. Und ich möchte, dass sich das ändert.“* Lombe Tembo, Jugend-Freiwillige in der Arbeitsgruppe für Governance und Rechenschaftlichkeit

Das Youth Governance and Accountability Task Team (Arbeitsgruppe für Governance und Rechenschaftlichkeit), eine gemeinsame NGO-Initiative von Plan UK, Restless Development, dem British Youth Council und ActionAid, ist eine von Jugendlichen geführte Koalition, die die Rolle junger Menschen in Governance- und Rechenschaftsprozessen weltweit verändert. Die 18 Mitglieder der Arbeitsgruppe im Alter von 20 bis 28 Jahren aus 16 Ländern gehen auf nationale und internationale Interessengruppen zu, vereinen ihre Stimmen mit diesen und bilden mit anderen jungen Menschen und Jugendorganisationen Untergruppen und Partnerschaften.

Lombe Tembo ist eine der Freiwilligen der Arbeitsgruppe. Sie hat einen Abschluss in Wirtschaftswissenschaften und Statistik von der Universität von Sambia und interessiert sich brennend für internationale Entwicklung. In Sambia kombiniert sie Projektarbeit für internationale und nationale Organisationen mit der Freiwilligenarbeit im Bereich Geschlechtergleichstellung und Menschenrechte.

*„Ich war als Delegierte für die Weltjugendkonferenz in Sri Lanka angenommen worden, als die Aufforderung zur Bewerbung (als Mitglied der Arbeitsgruppe für Governance und Rechenschaftlichkeit) in meiner Mailbox ankam. Also bewarb ich mich und wurde ausgewählt. Ich habe darin eine Möglichkeit gesehen, den Sorgen der Jugendlichen in meinem Land Ausdruck zu verleihen und Erkenntnisse über die Lage in Bezug auf das Engagement junger Menschen hier in Sambia mit anderen zu teilen.“*

Plan UK und Restless Development betreiben die Kapazitätsbildung, die es den Freiwilligen in der Arbeitsgruppe gestattet, sich an der globalen Diskussion zu beteiligen und ihrer Stimme Gehör zu verschaffen. Lombe reiste 2014 zur VN-Generalversammlung nach New York, wo der Bericht des Overseas Development Institute „Partners for Change: Young people and governance in a post-2015 world“ (Partner für den Wandel: Junge Menschen und Governance in einer Post-2015-Welt) vorgestellt wurde. Als Mitglied der Arbeitsgruppe nimmt sie darüber hinaus an hochrangigen Veranstaltungen wie denjenigen in Aserbaidschan, Kopenhagen und Marokko teil. Dort setzt sie sich dafür ein, dass junge Menschen an Governance- und Rechenschaftsprozessen partizipieren können, insbesondere im Hinblick auf die Post-2015-Agenda.

Ein wichtiger Aspekt ist die Stärkung des Engagements auf nationaler Ebene. Viele Mitglieder der Arbeitsgruppe engagieren sich intensiv darin, Themenanwaltschaft gegenüber den Mitgliedstaaten zu betreiben, nationale Amtsträger für die Bedeutung des neuen Rahmens zu sensibilisieren und zu gewährleisten, dass die Prioritäten der Jugend berücksichtigt werden.

*„Wir arbeiten an der Basis, auf nationaler Ebene und auch auf globaler Ebene. Wir arbeiten mit anderen Organisationen zusammen, die eine größere Reichweite besitzen und die Einbeziehung der Jugend ermöglichen können. Dies wird nicht einfach nur ein Traum bleiben, den irgendjemand irgendwo einmal geträumt hat. Unsere Arbeit ist Wirklichkeit. Sie verändert Leben,“* sagt Lombe.

Die neuen Gruppen und Bündnisse, die durch die Bemühungen der Arbeitsgruppe entstanden sind, haben die Aufmerksamkeit und die Unterstützung führender Persönlichkeiten gefunden, darunter auch die des Gesandten des VN-Generalsekretärs für die Jugend, Ahmad Alhendawi. Vor allem verändert die Arbeitsgruppe die bestehenden Gepflogenheiten, was die Partizipation von Jugendlichen an politischen Diskussionen betrifft. Junge Männer und Frauen sind nicht mehr nur passive Zuhörer, sondern sitzen immer öfter auch am Verhandlungstisch – als Wortführer, die an der Gestaltung der Entwicklungsprioritäten der Zukunft mitwirken.

*„Bevor ich zum ersten Mal an einer Konferenz teilgenommen habe, saß in der Regel der Minister für Jugendangelegenheiten anstelle eines jungen Menschen dort, was wirklich keinen Sinn ergibt, wenn man darüber nachdenkt. Wie kann man über die Erfahrungen von Jugendlichen sprechen, ohne dass junge Menschen mit dabei sind?“<sup>178</sup>*

Fast drei Jahre nach Occupy Wall Street zog der „People’s Climate March“ nicht nur Scharen aus der breiten Öffentlichkeit, sondern auch zahlreiche Vertreter des sogenannten Establishments an. Der Marsch, der am 21. September 2014 stattfand, war die größte Kundgebung zum Klimawandel in der Geschichte. Unter den geschätzten 300.000 Demonstranten in New York City befanden sich der VN-Generalsekretär Ban Ki-moon, der ehemalige US-Vizepräsident Al Gore, der Schauspieler Leonardo DiCaprio sowie gewählte Amtsträger aus den Vereinigten Staaten und dem Ausland. Zur gleichen Zeit fanden in 162 Ländern etwa 2.500 Demonstrationen „gewöhnlicher“ Männer und Frauen statt, so etwa in Afghanistan, Bulgarien, Frankreich und dem Vereinigten Königreich. Ziel war es, dem von den Vereinten Nationen ausgerichteten Klima-Gipfel die Botschaft zukommen zu lassen, über die Reduzierung der Kohlenstoffemissionen zu diskutieren. Alle Redner auf der Konferenz, vom VN-Generalsekretär über US-Präsident Obama bis hin zur brasilianischen Präsidentin Rousseff, bezeichneten die Märsche als ihren „Ruf zu den Waffen“.

Die Demonstration in New York City, die von The Guardian in Großbritannien als organisatorischer Triumph beschrieben wurde, war das Resultat eines digitalen Netzwerkes von Freiwilligen, die über die Grenzen von Zeit und Raum hinaus miteinander kommunizierten, um für Veränderungen einzutreten.<sup>182</sup> Zwei digitale Online-Aktivistengruppen – Avaaz und 350.org – gehörten zu den Hauptorganisatoren. Avaaz legte eine Petition mit mehr als 2,1 Millionen Unterschriften vor, in der Maßnahmen zum Klimawandel gefordert wurden, und brachte so ansonsten grundverschiedene Menschen und Gemeinschaften im Hinblick auf ein gemeinsames Ziel zusammen.

Die wohlgedachte Strategie verband soziale Publikumsarbeit und Offline-Engagement mit einer aggressiven Öffentlichkeitskampagne und Aktivitäten in den sozialen Medien, um die Mitsprache und Partizipation der demografischen Gruppe zu erreichen, die sich selbst nicht unbedingt als politisch identifiziert.

Der Marsch ist vorüber, doch gibt die Website der Initiative mithilfe von URLs dem Einzelnen je nach Thema, Ort, Fähigkeiten und gemeinsamer Identität die Mittel an die Hand, auch weiterhin aktiv zu bleiben. Die Websites von Partnern informieren über bevorstehende Diskussionen zum Klimawandel und Möglichkeiten, sich weiterhin zu engagieren.<sup>183</sup>

### LOKALISIERUNG GLOBALER POLITIKEN IM HINBLICK AUF GRÖßERE RECHENSCHAFTLICHKEIT IM INNEREN

Martin Luther King Jr., Aung San Suu Kyi, Rigoberta Menchú, Nelson Mandela, Wangari Muta Maathai und in jüngerer Zeit Malala Yousafzai und Kailash Satyarthi ist es gemeinsam, dass sie alle Nobelpreisträger und Freiwillige sind und dass es ihnen gelungen ist, sozialen Wandel im lokalen Umfeld mit globaler Wirkung zu vereinen.

Weltweite Freiwilligenaktionen sind dann am wirksamsten, wenn sie Maßnahmen auf lokaler, nationaler und regionaler Ebene miteinander abstimmen und auf diese Weise sicherstellen, dass sie sich gegenseitig verstärken.<sup>184</sup> Lokale informelle Freiwilligengruppen, die sich für die Belange von Frauen, indigenen Bevölkerungsgruppen, kleinen landwirtschaftlichen Erzeugern und Jugendlichen einsetzen, haben sich grenzüberschreitend an Plattformen angekoppelt und an internationalen Dialogen beteiligt, um ihre Empfehlungen in die Öffentlichkeit zu tragen. Seit dem Weltgipfel im Jahr 1992 ist den Vereinten Nationen bewusst, wie wichtig die Partizipation verschiedener Teile der Gesellschaft und verschiedener Arten von Menschen ist. Neun „wichtige Gruppen“ und weitere Interessengruppen sind in die zwischenstaatlichen Prozesse innerhalb der Vereinten Nationen eingebunden, darunter auch in die Prozesse zur nachhaltigen Entwicklung und zum Post-2015-Rahmen.<sup>185</sup> Diese Foren ermöglichen die Zusammenführung lokaler, nationaler und globaler Mitsprache und Partizipation. Zwischenstaatliche und internationale Resolutionen, Übereinkommen, Rahmen und Vereinbarungen wiederum können

für erhöhte Legitimität sorgen und das Potenzial für Bündnisse zwischen lokalen und nationalen Kampagnen zur Stärkung von Rechenschaftlichkeit und Reaktionsbereitschaft vergrößern.

Es gibt vielfältige Beispiele für Freiwilligeninitiativen, die die innerstaatliche Lokalisierung internationaler Politiken und Übereinkünfte als

Werkzeug bei ihrer Arbeit zugunsten erhöhter Rechenschaftlichkeit eingesetzt haben. Einige Übereinkünfte, wie das Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), dienten dazu, sowohl Regierungen als auch den Privatsektor hinsichtlich der Frauendiskriminierung rechenschaftspflichtig zu machen. In anderen Fällen hat



#### TEXTRAHMEN 4.3. **STIMMEN VON FREIWILLIGEN:** PEOPLE'S CLIMATE MARCH: EIN POSTMODERNES PHÄNOMEN

Es ist 11:30 Uhr in New York City, der Himmel ist bedeckt und es ist schwül. Und doch knistert die Luft vor Spannung. Je näher ich dem Central Park komme, desto mehr werde ich von einer Woge von Körpern erfasst, die die 8th Avenue hinunterströmen, und aus den Seitenstraßen kommen immer mehr Menschen dazu. Ich überhole einen Mann, der ein kleines Mädchen auf seinen Schultern trägt. Auf dem Plakat, das es hoch über seinem Kopf hält, steht: ‚Guck mal, Mama, keine Zukunft!‘ Über den zusammenströmenden Menschenmassen schwebt ein einsamer Helikopter tief am grauen Himmel. Er hat einen beneidenswerten Blick auf diese Veranstaltung, die zu der größten Klimademonstration der Geschichte werden sollte.

Diese Klimademonstrationen scheinen ‚traditionellen‘ Formen des Aktivismus nicht unähnlich zu sein. In der Tat fühlen sich die Protestteilnehmer, die alt genug sind, um sich an die Bürgerrechtsbewegung und die Kampagne für nukleare Abrüstung in den Achtzigerjahren zu erinnern, ‚in alte Zeiten‘ zurückversetzt. Da allerdings die Online-Kampagnennetzwerke bei der Realisierung dieses Marsches eine wichtige Rolle spielen, versteht man die Globalität des ‚People's Climate March‘ vielleicht eher als ein Phänomen der Postmoderne.

Anders als die Zentrum-Peripherie-Modelle des Aktivismus und Freiwilligenwesens der Vergangenheit, war diese Aktion führerlos und in vielerlei Hinsicht grenzenlos; ermöglicht wurde sie größtenteils online und über räumliche und zeitliche Grenzen hinweg. Teil der Strategie war ein kurzer Film mit dem Titel ‚Disruption‘, der einige Wochen vor dem Marsch herausgebracht wurde. Der von 350.org produzierte Film stellt in etwas mehr als 50 Minuten deutlich und bewegend dar, dass der Klimawandel sofortiges Handeln dringend erforderlich macht. Der Film schließt mit einem Countdown von 10 bis 0. Dann wird bis zum Abspann wieder und wieder die zentrale Frage des Films gestellt: ‚Bist du bereit, mitzumarschieren?‘ Und das war ich. Zusammen mit Hundertausenden anderen.

Zwei Monate nach dem Marsch bin ich in Amsterdam und besuche eine von Studenten organisierte Veranstaltung, auf der die großen Universitäten der Stadt zur Divestition aus dem Bereich der fossilen Energieträger aufgefordert werden. Catalina Von Hildebrand, eine der Organisatorinnen, ist seit 2012 in der Bewegung ‚Fossil Free‘ engagiert. Sie wurde durch einen früheren Dokumentarfilm von 350.org zum Beitritt zu dieser weit verbreiteten Initiative motiviert, durch die Institutionen und Organisationen dazu bewegt werden sollen, ihre Investitionen aus der fossilen Brennstoffindustrie abzuziehen.

Diese virtuellen Netzwerke von Aktivisten eröffnen Möglichkeiten, die es so zuvor nicht gegeben hat, und verändern, wie die Menschen politisches Engagement sehen, meint Daniel Isler, ein aktives Mitglied von ‚Fossil Free‘. ‚Das entkräftet das Argument, diese Organisationen würden lediglich eine Generation von ‚Klicktivisten‘ hervorbringen.‘ Vielmehr scheint ein Großteil der Macht dieser Online-Bewegungen in ihrem Mobilisierungsvermögen zu liegen, weil sie Einzelpersonen und Gruppen mit einem flexiblen Rahmen ausstatten, der ihnen die Autonomie gibt, die politische und soziale Agenda so anzugehen, dass sie für sie relevant ist.

Quelle: Hannah Wallace Bowman, Partner Strategist bei rnw.org

**Freiwillige haben auf globaler, nationaler und lokaler Ebene maßgeblich zur Stärkung von Bewegungen beigetragen, denen es darum geht, die Rechenschaftlichkeit nichtstaatlicher Akteure zu steigern**

die Aufnahme des IAO-Übereinkommens Nr. 169 über die Rechte indigener Bevölkerungsgruppen in nationale Rechtsrahmen indigene Bevölkerungsgruppen dazu befähigt, mit MNU auf weniger ungleicher Grundlage zu verkehren. In einigen Fällen konnten Gruppen allein dadurch, dass sie internationale Aufmerksamkeit auf ihre Anliegen lenken konnten, bei den Governance-akteuren größere Reaktionsbereitschaft wecken.

#### Lokalisierung des CEDAW

Das CEDAW fördert die uneingeschränkte Teilhabe von Frauen am wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Leben. Mithilfe des CEDAW trugen auf Freiwillige gestützte Frauenorganisationen und -netzwerke dazu bei, politische Veränderungen zu lenken und entsprechende sprachliche Formulierungen vorzuschlagen, staatliche Maßnahmen zu evaluieren, Kapazitäten für die Umsetzung des Übereinkommens aufzubauen und so vermehrte bedarfsgerechte Rechenschaftlichkeit in Bezug auf die Menschenrechte der Frau herbeizuführen. Sie bildeten Bündnisse und arbeiteten mit zahlreichen Akteuren, darunter auch Regierungen, zusammen.<sup>186</sup> Beispielsweise bat eine Gruppe von Frauen in Japan den CEDAW-Ausschuss erfolgreich um Unterstützung ihrer Bemühungen, die Diskriminierungen am Arbeitsplatz zu beenden. In Kirgisistan und Tadschikistan setzten Frauen sich dafür ein, das Bodengesetz mit Artikel 16 des CEDAW in Einklang zu bringen. In Afghanistan und Bangladesch diente die Berichterstattung über die Umsetzung des Übereinkommens als Werkzeug zur Bewusstseinsbildung und zur Untermauerung von Forderungen nach Einhaltung der Frauenrechte.

Japan ratifizierte das CEDAW im Jahr 1985 und erließ wichtige Reformgesetze, unter anderem das Gesetz über Chancengleichheit bei der Beschäftigung. Trotzdem sahen sich Frauen am Arbeitsplatz weiter diskriminiert. Eine Gruppe von Arbeitnehmerinnen reichte gegen das Elektronunternehmen Sumitomo beim Berufungsgericht in Osaka Klage wegen Lohndiskriminierung ein. Das Netzwerk berufstätiger Frauen wandte sich um Unterstützung an den CEDAW-Ausschuss. Der Fall wurde beigelegt, einige Klägerin-

nen erhielten eine Entschädigung, und es wurde gerichtlich angeordnet, das Gesetz über Chancengleichheit bei der Beschäftigung zu ändern, um die de-facto-Diskriminierungen von Frauen zu reduzieren. Im Anschluss an das Gerichtsverfahren im Verbund mit Freiwilligenaktionen von Frauen im Rahmen von Netzwerken, bei denen auch auf andere Fragen, beispielsweise Erziehungsurlaub, zur Sprache gebracht wurden, ergriff die japanische Regierung weitere Rechenschaftsmaßnahmen, um durch politische Maßnahmen und Kampagnen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit für erhöhte Gleichheit am Arbeitsplatz zu sorgen.

In Kirgisistan und Tadschikistan hatten mit Entkollektivierung und Privatisierung verbundene, umfassende Bodenreformen unvorhergesehene diskriminierende Auswirkungen auf Frauen. Vielen von ihnen war nunmehr die Möglichkeit genommen, eigenes Land zu besitzen. Freiwillige bei Frauengruppen starteten Medien- und Lobbykampagnen, das Bodengesetz in beiden Ländern so zu reformieren, dass es mit Artikel 16 des CEDAW in Einklang steht, in dem die Gleichbehandlung von Eheleuten auch in Bezug auf Eigentum vorgeschrieben wird. Für staatliche Institutionen, lokale Amtsträger, Frauenkooperative und einzelne Frauen wurden bewusstseinsbildende Maßnahmen und Mittel zur Bildung von Bündnissen und zur Steigerung der Effektivität und Reaktionsbereitschaft bereitgestellt. Zwischen 2002 und 2008 stieg der Anteil weiblicher Eigentümer landwirtschaftlicher Familienbetriebe von 2% auf 14%.<sup>187</sup>

Wenn die Regierungen reaktionsbereiter sind, legen die Freiwilligen die Bestimmungen des CEDAW zugrunde, um Mitsprache zu üben. In Afghanistan, wo die Regierung das CEDAW zwar ratifiziert, aber bislang keinen Bericht dazu vorgelegt hat, nutzten Frauenorganisation das CEDAW als Werkzeug, um die Frauen aufzuklären und die Regierung zur Vertragsumsetzung aufzufordern, und förderten so die freiwillige Mitsprache und Partizipation der Frauen.<sup>188</sup>

In Bangladesch wurde 1992 ein CEDAW-Forum aus Einzelpersonen und Organisationen gestar-

tet, die sich für die Sache der Frauen und die Umsetzung des CEDAW einsetzen. Der Nationale Juristinnen-Verband von Bangladesch, Mahila Parishad und Naripokkho (Kapitel 2 und 3) zählen zu den führenden Organisatoren. Mit Unterstützung der Organisation International Women's Rights Action Watch wurden Workshops, Schulungskurse und CEDAW-Foren für verschiedene Gruppen – von Anwälten über Journalisten bis hin zu „gewöhnlichen Bürgern“ – durchgeführt, um Bewusstsein und Verständnis für die Sache der Frauen zu wecken.

Citizens' Initiatives on UN CEDAW-Bangladesh, eine Bürgerplattform aus 38 Frauen- und Menschenrechtsorganisationen, erstellte einen kombinierten 6. und 7. Schattenbericht für den VN-Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau. Die Inhalte der themenbezogenen Berichte wurden auf dem Wege von Konsultationen mit mehr als 500 Basisorganisationen im ganzen Land entwickelt.<sup>189</sup>

Bei allen diesen Beispielen machten Freiwillige und Aktivisten ihre seit Langem erhobenen Forderungen an einer globalen Norm fest, wodurch sie diskriminierende Traditionen infrage stellen und ihren Forderungen mehr Gewicht verleihen konnten. Der Rückverweis auf globale Normen gestattete es den Freiwilligen darüber hinaus, ihre Anliegen an die Weltgemeinschaft heranzutragen und ihre Meinung zu mobilisieren. In einigen Fällen konnten Freiwillige aufgrund dessen ein globales Organ bitten, sich einzuschalten und ihre Kampagne zu unterstützen, so etwa in Japan, wo eine positive Reaktion erfolgte.

### Schattenberichte als Werkzeug für Rechenschaftlichkeit

Wie für das CEDAW erstellten zivilgesellschaftliche Gruppen auch Schattenberichte zu anderen internationalen Menschenrechtsverträgen, als Werkzeuge für die Interessenvertretung, die Bündnisbildung und die Bewusstseinsbildung. Die Berichte der Staaten stellen vielfach eher auf Erfolge ab und ignorieren oder bagatellisieren mitunter Versäumnisse beim Schutz der Menschenrechte in der Praxis. Die Erstellung von Schattenberichten, in denen über Fälle der Nicht-

umsetzung und über Umsetzungsdefizite berichtet wird, ist in der Regel sehr arbeitsintensiv und erfordern detaillierte Informationen von der Basis. Freiwilligengruppen spielen eine entscheidende Rolle, wenn es darum geht, Vertragsüberwachungsorganen Informationen, Problembeispiele und Beispiele für die Nichtumsetzung zu übermitteln, und stellen darüber hinaus sicher, dass ein breiteres Spektrum von Meinungen in den Bericht einfließt. Freiwilligenkampagnen haben dazu geführt, dass sich mehrere Regierungen in Lateinamerika globale Grundsatzrahmen zu den Rechten der indigenen Völker zu Eigen gemacht haben.

Die Foundation for Human Rights Initiative in Kampala (Uganda), arbeitete mit Human Rights Watch zusammen, um weitgehend auf der Grundlage der Arbeit von Freiwilligen einen Schattenbericht zu erstellen. Die Zusammenarbeit mit Human Rights Watch verhalf der Stiftung zu internationaler Sichtbarkeit und Expertise und weckte bei der Regierung erhöhte Aufmerksamkeit. Aufgrund des Schattenberichts gab der VN-Ausschuss gegen Folter unter anderem eine Empfehlung zu der Änderungsfassung des Strafvollzugsgesetzes von Uganda ab.<sup>190</sup>

Der australische Bericht der Zivilgesellschaft zum Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (CRPD) wurde auf der Grundlage von Konsultationen, einschließlich Online-Beiträgen, mit Menschen mit Behinderungen und deren Interessenverbänden, Erkenntnissen aus staatlichen und von Gemeinschaften durchgeführten Erhebungen sowie verschiedenen Berichten und Informationen zivilgesellschaftlicher Organisationen erstellt, die sich mit dem Schutz und der Förderung der Menschenrechte für Menschen mit Behinderungen befassen. Die aus führenden Behindertenverbänden und Menschenrechtsorganisationen bestehende Projektgruppe des CRPD-Schattenberichts stützte sich zur Erstellung des Berichts auf die Arbeit zahlreicher Freiwilliger. Diese Projektgruppe, die umfangreichen unentgeltlichen Beistand von DLA Phillips Fox erhielt, führte mit der Unterstützung des Ministeriums für Familie, Wohnen, Gemeinschaftswe-

sen und indigene Angelegenheiten Konsultationen in ganz Australien durch.<sup>191</sup>

### Beobachtung der Aktivitäten nationaler und lokaler Akteure in Bezug auf transnationale Belange

Das African Network on the Right to Food (Afrikanisches Netzwerk für das Recht auf Nahrung) hielt in Benin und Uganda Workshops zu den Freiwilligen-Leitlinien zur Unterstützung der schrittweisen Verwirklichung des Rechtes auf angemessene Nahrung der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen ab. Von den nationalen Anlaufstellen und Netzwerkmitgliedern wurden eine Kultur des freiwilligen Dienstes, gemeinsame Wertvorstellungen und die Bereitschaft verlangt, Teil der nationalen und panafrikanischen Verteidigung und Förderung des Rechtes auf angemessene Nahrung zu werden. Die nationale Koalition Benins strahlt jetzt Radiosendungen von Freiwilligen zu diesem Recht aus. Die nationale Koalition Ugandas überwacht staatliche Maßnahmen, unterstützt und koordiniert zivilgesellschaftliche Organisationen bei ihrem Kampf gegen den Hunger und setzt sich bei Verletzungen dieser Rechte für Sanktionen ein.<sup>192</sup>

Die Bereitstellung eines Rahmens für Freiwilligenaktivitäten durch Unternehmen kann problematisch sein und erfordert die kontinuierliche Überwachung durch Freiwilligengruppen. Seit Januar 2007 haben das Regenwald-Aktionsnetzwerk und seine Bündnispartner Freiwillige zu mehr als 60 öffentlichen Protestaktionen bei Citibank-Zweigstellen in den Vereinigten Staaten organisiert und Online-Aktionen inszeniert, um Druck auf das Unternehmen auszuüben. Im Februar 2008 gaben drei der führenden US-Banken – Citibank, JPMorgan Chase und Morgan Stanley – ihre eigenen „Kohlenstoff-Grundsätze“ heraus, die Banken und Versorgungsunternehmen größere Sorgfaltspflicht bei der Einschätzung der mit dem Bau neuer Kohlekraftwerke verbundenen klimatischen und wirtschaftlichen Risiken abverlangen.<sup>193</sup>

Seit der Veröffentlichung dieser Grundsätze wurden sie auch von Wells Fargo, Bank of America und Credit Suisse unterzeichnet. Sie gehörten

zu den ersten Erklärungen von Banken, die sich konkret mit dem Klimawandel und kohlenstoffintensiven Investitionen befassten. Im Januar 2011 gab das Netzwerk jedoch einen Bericht mit den Ergebnissen einer Überprüfung der von den Banken im Zeitraum von Januar 2008 bis Juni 2010 getätigten Investitionen heraus. Es fand keine Hinweise darauf, dass die „Kohlenstoff-Grundsätze“ die Finanzierung kohlenstoffintensiver Projekte zum Stillstand gebracht oder verlangsamt bzw. zu höheren Investitionen in saubere Energie geführt hätten. Das Netzwerk organisiert erneut Freiwilligenkampagnen, um einen rechenschaftlicheren Rahmen zu entwickeln.<sup>194</sup>

### Lokale Anpassung des IAO-Übereinkommens Nr. 169 über die Rechte indigener Völker

Globale Grundsatzrahmen können, soweit sie angewandt werden, die Regierungen besser befähigen, andere Governanceakteure, beispielsweise Unternehmen, reaktionsbereiter gegenüber den Bürgern zu machen.

Von Freiwilligen getragene Kampagnen haben dazu geführt, dass mehrere Regierungen in Lateinamerika globale Richtlinien zu den Rechten der indigenen Völker, beispielsweise das IAO-Übereinkommen Nr. 169, in ihre innerstaatliche Rechtsordnung aufgenommen haben. Die zunehmende formale Anerkennung der Rechte indigener Völker durch lateinamerikanische Regierungen sorgt für größere Ausgewogenheit in den Beziehungen zwischen indigenen Völkern und globalen Unternehmen, die am Rohstoffabbau auf dem Land indigener Gemeinschaften interessiert sind.

Durch dreierlei politische Maßnahmen – die Einräumung von kulturellen, territorialen und Konsultationsrechten – kam es zu verstärkter Anerkennung der Rechte der indigenen Völker in Lateinamerika und zu einer Verminderung der Konflikte mit der Rohstoffindustrie. Mindestens zehn lateinamerikanische Regierungen erkennen die kulturellen Rechte der indigenen Völker in ihrer Verfassung an. Unter anderem haben die Regierungen Argentiniens, Boliviens, Brasi-

liens, Chiles, Ecuadors, Honduras, Guatemalas, Kolumbiens, Mexikos, Paraguays und Perus das IAO-Übereinkommen Nr. 169 ratifiziert. Einige lateinamerikanische Länder, darunter Bolivien, Kolumbien und Panama, sind über die Anerkennung kultureller Rechte hinausgegangen und haben indigenen Völkern partielle territoriale Rechte und Verfügungsgewalt über ihr Gebiet eingeräumt. Das Übereinkommen empfiehlt den Regierungen darüber hinaus die staatliche Durchführung und Regulierung von Konsultationsverfahren. Dieses Recht auf vorherige Konsultation ist inzwischen in neun nationalen Verfassungen verankert worden.<sup>195</sup>

Diese globalen Grundsatzpakete und die überwiegend durch nationale Freiwilligenkampagnen herbeigeführten flankierenden nationalen Rechtsrahmen unterstützen die Regierungen in ihrem Verhältnis mit der Rohstoffindustrie. Sie haben dazu geführt, dass Regierungen und Unternehmen über Rohstoffprojekte auf dem Land indigener Gemeinschaften zunehmend mit diesen Gemeinschaften verhandeln, statt sie ihnen einfach aufzuzwingen. Für die Regierungen ist die Wahrung der Rechte der indigenen Völker insoweit mit Vorteilen verbunden, als Projekte, denen diese zugestimmt haben, sozial nachhaltiger wären.<sup>196</sup>

Die Regierungen können Räume erwünschten Engagements schaffen, in denen Gemeinschaften mit globalen Governanceakteuren in Kontakt treten können, und einige haben dies durch die Vermittlung bei Streitigkeiten zwischen indigenen Völkern und multinationalen Rohstoffkonzernen bereits erfolgreich getan. Die Regierungen in Lateinamerika befürworteten zunehmend Referenden der Gemeinschaften zu Bergbauvorhaben, um Einzelnen und Gruppen bei Projekten mit weitreichenden Auswirkungen auf ihr Leben Mitsprache einzuräumen.<sup>197</sup> Bolivien hat einen solchen Raum für Konsultationen zu einem Projekt des argentinischen Konzerns Pluspetrol zur Exploration von Kohlenwasserstoffen auf dem angestammten Gebiet des indigenen Volks der Guaraní geschaffen. Das Ergebnis war eine Einigung zwischen der indigenen Gemeinschaft und der bolivianischen Regie-

rung, Pluspetrol die Genehmigung zu erteilen, mit der Exploration zu beginnen.<sup>198</sup>

### **Dalit-Frauen in Indien kämpfen gegen Diskriminierung aufgrund der Kasten- und Geschlechtszugehörigkeit**

Die zunächst nationale, dann globale und heute wieder lokale Bewegung der Dalit-Frauen ist ein Beispiel für die Synergien, die internationale Netzwerke, Konferenzen und Kommissionen beisteuern, um innerstaatliche Vorstöße zu internationalisieren. Die (ehemals als Unberührbare bezeichneten) Dalit-Frauen sind wegen ihrer Kasten- und Geschlechtszugehörigkeit einer vielschichtigen Unterdrückung und Ausbeutung ausgesetzt. In den 1990er Jahren wurden neben verschiedenen subnationalen regionalen Dalit-Frauenorganisationen die „National Federation of Dalit Women“ (Nationale Vereinigung der Dalit-Frauen) und das „All India Dalit Women's Forum“ (Gesamtindische Forum der Dalit-Frauen) gebildet, um das Thema der Kastenzugehörigkeit in die indische Frauenbewegung zu integrieren.

Die indische Dalit-Frauenbewegung, die sich mit der Reaktion der Staaten, die Frage der Kasten sei eine rein innerstaatliche Angelegenheit, nicht zufriedengab, spielte in einem Bündnis aus verschiedenen Dalit-Gruppen und den unteren Kasten angehörenden Aktivisten in anderen südasiatischen Ländern wie Nepal und Sri Lanka eine Schlüsselrolle. Sie mobilisierten Unterstützung bei der 2001 in Durban (Südafrika) veranstalteten VN-Weltkonferenz gegen Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängende Intoleranz. Zuvor, im Jahr 2000, war das International Dalit Solidarity Network (Internationale Dalit-Solidaritätsnetzwerk) gegründet worden, mit Sekretariat in Kopenhagen und Mitgliedsorganisationen und Netzwerken auf der ganzen Welt, darunter in sieben europäischen Ländern.

Transnationaler Freiwilligenaktivismus führte dazu, dass die VN-Kommission für die Beseitigung der Rassendiskriminierung in ihrer 2002 angenommenen Allgemeinen Empfehlung zu dem Internationalen Übereinkommen bestätigte, dass die begriffliche Bestimmung der Dis-

kriminierung aufgrund der Abstammung auch Diskriminierung aufgrund der Kastenzugehörigkeit umfasst. Auch das Weltsozialforum hat eine Plattform für transnationalen Aktivismus bereitgestellt. Das Dalit-Netzwerk Niederlande organisierte gemeinsam mit anderen eine Konferenz über die Menschenrechte und Menschenwürde der Dalit-Frauen, die im November 2006 in Den Haag stattfand. In der Abschlusserklärung der Konferenz – der Den Haager Erklärung über die Menschenrechte und Menschenwürde der Dalit-Frauen – hieß es, dass einzelstaatliche Regierungen die Pflicht haben, alle erforderlichen politischen Maßnahmen zu ergreifen, um die Verwirklichung der Menschen- und Grundrechte der Dalit-Frauen zu erleichtern.

Die indische Regierung erteilte einem UN-Sonderberichterstatter die Genehmigung, in Indien Untersuchungen anzustellen.<sup>199</sup> Obschon mithilfe transnationaler Verbindungen Druck auf einzelstaatliche Regierungen ausgeübt werden kann, gilt es dennoch, gleichzeitig starke einheimische Freiwilligenbündnisse aufrechtzuerhalten, um bei lokalen Bedarfsträgern und einheimischen Governanceakteuren Legitimität zu wahren.<sup>200</sup> Zu ebendiesem Zweck wurde im November 2006 gemeinsam mit dem Justizministerium, der indischen Regierung und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen das Projekt „Zugang der Dalit-Frauen zu Gerechtigkeit und Würde“ gestartet.<sup>201</sup>

### Die öffentliche Meinung innerhalb der Grenzen und darüber hinaus mobilisieren

Als Ben Rattray 2007 bei sich zuhause in San Francisco Change.org gründete, hatte er die bescheidene, aber aner kennenswerte Vision, eine auf positiven sozialen Wandel abstellende Mehrzweck-Website einzurichten, auf der Aktivisten Geld einwerben, sich als Freiwillige melden oder Petitionen unterzeichnen konnten. Die Website war nicht besonders erfolgreich.

2011 sodann verwendete die Südafrikanerin Ndumie Funda in Kapstadt beim Besuch eines Internet-Cafés das Petitionstool der Website, um eine Petition zur Beerdigung „korrekterer Vergewaltigungen“ zu starten. Berichten zufolge wurden

lesbische Frauen in Südafrika, vor allem in den Townships, vergewaltigt und manchmal sogar getötet, um sie von ihrer sexuellen Orientierung zu „heilen“. Funda forderte, dieser Verletzung der Menschenrechte ein Ende zu setzen. Ihre Petition verbreitete sich wie ein Lauffeuer. Sie wurde von mehr als 171.000 Menschen aus 175 Ländern unterzeichnet und weckte die Aufmerksamkeit der internationalen Medien. In der Folge bildete die südafrikanische Regierung ein Team, um sich dieses Problems anzunehmen.

Zu sehen, wie diese scheinbar machtlose Frau einen echten Wandel bewirken konnte, überzeugte Rattray, neu anzusetzen seine Website zu einer reinen Petitions-Site zu machen. In den darauffolgenden beiden Jahren wurde Change.org zu einer wichtigen Web-Plattform. Heute hat die Website Mitarbeiter in 28 Ländern, Teilnehmer in 196 Ländern und weltweit 85 Millionen Nutzer, d.h. Menschen, die bereits Petitionen unterzeichnet haben.<sup>202</sup>

## DIE RECHENSCHAFTLICHKEIT TRANSNATIONALER AKTEURE STEIGERN

Infolge der Globalisierung sind globale Akteure wie internationale nichtstaatliche Organisationen, MNU, öffentliche und private Geber sowie zwischenstaatliche Organisationen heute verstärkt an lokaler und nationaler Governance beteiligt. Viele dieser Akteure sind gegenüber den Menschen, deren Leben sie beeinflussen, nicht unmittelbar rechenschaftspflichtig. Da sie grenzüberschreitend tätig sind, besitzen nationale Regierungen unter Umständen zudem keine hinlängliche Macht oder Autorität, ihre Aktivität zu überwachen und sie zur Verantwortung zu ziehen. Freiwillige haben auf globaler, nationaler und lokaler Ebene maßgeblich zur Stärkung von Bewegungen beigetragen, denen es darum geht, die Rechenschaftlichkeit nichtstaatlicher Akteure in Bezug auf eine breite Vielfalt von Menschenrechtsfragen zu steigern. Diese Bewegungen ziehen sich in der Regel über mehrere Jahre hin und greifen in hohem Maße auf Freiwillige zurück. Eine große Herausforderung, mit der die Freiwilligen konfrontiert sind, ist die Ungleichheit der Machtverhältnisse.

### Internationale Finanzinstitutionen rechenschaftspflichtig machen

Die internationalen Finanzinstitutionen gehören zu den mächtigsten Governanceakteuren und können Rufe nach Rechenschaftlichkeit und Reaktionsbereitschaft mitunter ungehört verhallen lassen. Institutionen wie die Weltbank und der IWF, die die Machtverhältnisse und wirtschaftlichen Prioritäten ihrer mächtigen Mitgliedstaaten widerspiegeln, sind seit Jahren Zielscheibe umfassender, jedoch nur begrenzt erfolgreicher Freiwilligenkampagnen.

Aktivist\*innen haben die Weltbank davon überzeugt, einige Konsultativgruppen für die Einbindung der Zivilgesellschaft einzurichten, Rechenschaftsmechanismen für Projekte festzulegen und die negativen Auswirkungen ihrer Kreditvergabe auf die Umwelt sowie in Bezug auf Zwangsumsiedlungen und indigene Völker zu berücksichtigen. Es können öffentliche Beschwerden eingereicht werden, die von der Inspektionsgruppe oder dem Berater für Erfüllungskontrolle/Ombudsmann überprüft werden. Es gibt Konsultationsmechanismen, die dazu vorgesehen sind, bei der Behandlung von Politikänderungen die Standpunkte relevanter Interessengruppen einzuholen.

Das fortbestehende Machtungleichgewicht bedeutet jedoch, dass die Realisierung – trotz aller Grundsatzregelungen und Mechanismen – nicht rechenschaftlich oder transparent erfolgt. Die Zivilgesellschaft hat zwar Beiträge geleistet, ist über den Einfluss der Konsultationen auf die endgültigen Entscheidungen aber zunehmend frustriert. Kritiker, darunter Regierungen, die Zivilgesellschaft, freiwillige Aktivist\*innen, andere in-

ternationale Institutionen, Wissenschaftler und Mitarbeiter der Weltbank, stellen fest, dass sie nicht hinlänglich repräsentativ, transparent, offen für die Partizipation der Öffentlichkeit oder rechenschaftspflichtig gegenüber denjenigen ist, die von ihrer Tätigkeit betroffen sind.<sup>203</sup>

### Kritischer Blick auf die Arbeitsmarktpraktiken und die Fertigungsindustrie in der Dritten Welt

Die Globalisierung der Fertigungsindustrie wirft Fragen der Rechenschaft und Ethik auf, an denen sich von Freiwilligen getragene Arbeitsmaßnahmen entzünden.

Beim Einsturz der Fabrik Rana Plaza am 24. April 2014 in Bangladesch kamen 1.129 Menschen ums Leben. Dieses Ereignis war das schlimmste in einer ganzen Kette von Katastrophen, zu denen Gebäudeeinstürze und in regelmäßigen Abständen immer wieder auch verheerende Brände gehörten. 80 Prozent der Beschäftigten waren junge Frauen.<sup>204</sup> Die entsetzlichen Bilder von dieser Tragödie wurden zu einem weltweiten Medienereignis und gingen in Sekundenschnelle um die Welt. Rana Plaza rief einen globalen Aufschrei hervor und löste enormen Druck nicht nur auf Importeure auf der ganzen Welt, sondern auch auf die Bekleidungsindustrie und die Regierung Bangladeschs aus. Tausende von bangladeschischen Arbeitnehmern traten nach dem Einsturz der Fabrik in Streik. Weltweit beteiligten sich formelle und informelle Freiwillige an Online-Kampagnen und Offline-Demonstrationen, die von Gewerkschaften, Studenten, Aktivist\*innen der Modeindustrie und der breiten Öffentlichkeit organisiert worden waren und sich rasch ausdehnten.<sup>205</sup>

#### TEXTTRAHMEN 4.4. KAMPF VON DER BASIS GEGEN UNGLEICHE MACHTVERHÄLTNISSE

Kalpona Akter, mit 12 Jahren Kinderarbeiterin und mit 15 Jahren Gewerkschaftspräsidentin, ist die derzeitige Leiterin des Bangladesh Centre for Worker Solidarity (Zentrum für Arbeitersolidarität in Bangladesch). Sie eilt zu den jüngsten Katastrophen in Textilfabriken in Bangladesch, um Opfern zu helfen und Trost zuzusprechen und um in die Fabrik zu gelangen, auch wenn der Brand noch schwelt, um sich Etiketten aus den dort hergestellten Kleidungsstücken zu beschaffen. „Die großen europäischen und amerikanischen Importeure streiten manchmal ab, dass ihre Marke in der Fabrik genäht wurde“, erklärt sie.<sup>206</sup>

2005 hatte Bangladeschs unabhängige Arbeiterbewegung, angeführt von Kalpona Akter und anderen jungen Aktivistinnen und deren Bündnispartnern in Übersee, eine Vereinbarung abgefasst, die strenge Sicherheitsbestimmungen vorsah, und sich jahrelang erfolglos darum bemüht, die mächtigen westlichen Einzelhandelsunternehmen zu ihrer Unterzeichnung zu bewegen (Textrahmen 4.4.). Nach Rana Plaza forderten laute Stimmen Rechenschaft seitens der Regierung, der Fabriken und der Bekleidungsindustrie. Bürger, unter anderem in Australien, der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten, forderten die internationalen BekleidungsHersteller dazu auf, die als „Pakt“ bezeichnete Sicherheitsvereinbarung zu unterzeichnen.

Infolge der lautstarken Forderungen von Freiwilligen nach größerer Partizipation und Rechenschaftlichkeit, unterstützt durch digitale und traditionelle Medien, wurde der Pakt bislang von mehr als 150 Bekleidungsunternehmen aus 20 Ländern in Asien, Australien, Europa und Nordamerika unterzeichnet. Außerdem setzten zwei internationale Gewerkschaftsverbände und zahlreiche Gewerkschaften in Bangladesch ihre Unterschrift darunter. Die IAO fungiert als unabhängiger Vorsitzender. Der Pakt sieht unabhängige Sicherheitsinspektionen in Fabriken sowie die öffentliche Bekanntmachung der Ergebnisse dieser Inspektionen vor. Werden Sicherheitsmängel festgestellt, verpflichten sich die Einzelhändler, dafür zu sorgen, dass diese behoben werden, dass dafür ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden und dass die Arbeiter in diesen Fabriken weiterhin ihren Lohn erhalten.

Da die in Bangladesch hergestellte Kleidung zu 60% nach Europa importiert wird, ist die Unterzeichnung der Vereinbarung durch große europäische Unternehmen wie H&M und Zara ein überaus wichtiger Sieg für die Rechenschaftlichkeit und ein gutes Beispiel dafür, wie Öffentlichkeit durch die Stimmen von Freiwilligen und die weltweite Mobilisierung von Freiwilligen stärker sensibilisiert werden kann. Zu Rechenschaftlichkeit und Reaktionsbereitschaft ist es jedoch mitunter ein langer Weg. Die meisten großen US-Importeure wie Walmart und GAP (zu dem

auch Old Navy und Banana Republic gehören) weigern sich auch weiterhin, den Pakt zu unterzeichnen. Sie haben eine von der US-Regierung gebilligte, freiwillige unverbindliche Alternative vorgeschlagen, die mit sehr viel geringeren finanziellen Verpflichtungen verbunden ist.<sup>207</sup>

Freiwillige auf der ganzen Welt weigern sich, die Textilarbeiter in Bangladesch zu vergessen, und halten den Druck ihrer Kampagne weiterhin aufrecht. Auf der globalen Bühne erklärten der Fair-Trade-Pionier Carry Somers und die Modeaktivisten Lucy Siegel und Livia Firth den 24. April zum jährlichen Mode-Revolutionstag und forderten die Menschen auf der ganzen Welt dazu auf, an diesem Tag ihre Kleidung nach von außen nach innen gewandt zu tragen. „Wir wollen, dass die Menschen darüber reden, wo die Kleidung herkommt“, sagt Somers, „wir wollen ein Bewusstsein dafür wecken, dass wir nicht nur ein Kleidungsstück kaufen, sondern eine gesamte Wertschöpfungs- und Beziehungskette. [Der Mode-Revolutionstag] wird zu einer Plattform für vorbildliche Geschäftspraktiken werden, auf der Markenfirmen zeigen, was sie tun, um die Situation zu verbessern.“<sup>208</sup>

Studentische Freiwilligengruppen haben 15 amerikanische Universitäten, darunter Cornell, Arizona State, Penn State und Syracuse, dazu bewogen, ihre Geschäftsbeziehungen mit dem Unternehmen VF Corporation, dem der Markenhersteller für Schulbedarf JanSport Apparel gehört, abubrechen, weil dieses sich geweigert hatte, die Vereinbarung zu unterzeichnen. Das nationale Bündnis tritt auch an andere Universitäten heran.<sup>209</sup> Motivierend ist für es dabei auch weiterhin der Umstand, dass es durch Mitsprache und Partizipation imstande ist, geschlossene Räume mächtiger Akteure zu öffnen.

### Multinationale Akteure rechenschaftspflichtig machen

Soziale, ökologische, wirtschaftliche und politische Faktoren können Gemeinschaften vereinen oder spalten und stellen damit für Freiwilligengruppen eine Herausforderung dar. So versuchen beispielsweise lokale Freiwillige aus betroffenen Gemeinschaften sowie lokale Umweltgruppen,

ABB. 4.1: AUSDEHNUNG UND ZUNAHME DER INTERNETZNUTZUNG NACH REGION



Quelle: Weltbankgruppe, Weltentwicklungsindikatoren 2014

den Konzern ArcelorMittal, der sich selbst als „einzig wirklich globalen Stahlherzeuger“ bezeichnet, für negative soziale und ökologische Auswirkungen in die Verantwortung zu nehmen. Doch stehen Umweltfragen dabei im Wettbewerb mit wirtschaftlichen Interessen und Arbeitsplätzen.

In Bosnien und Herzegowina, Irland, Kasachstan, Luxemburg, Rumänien, Trinidad und Tobago, Südafrika, der Ukraine und den Vereinigten Staaten wurde das Unternehmen für die Verseuchung von Luft und Wasser, die Zerstörung lokaler Gemeinschaften, die Ausbeutung von Arbeitskraft sowie die Duldung gefährlicher Arbeits- und Lebensbedingungen, die zu einigen Todesopfern geführt haben, verantwortlich gemacht. Der lange Kampf einer Gemeinschaft gegen ein Stahlwerk in Südafrika, die Umwelt-

verschmutzung zu stoppen und für gesundheitliche Schäden und den Verlust der Lebensgrundlagen entschädigt zu werden, scheiterte. Die Stahlproduktion wurde als ausschlaggebend für Wachstum und Arbeitsplätze angesehen, und die Gewerkschaften gaben Arbeitsplätzen den Vorrang über die Stimmen der Gemeinschaft.

Eine Koalition mit dem Namen „Global Action on ArcelorMittal“ (Globales Vorgehen gegen ArcelorMittal), in der Freiwillige aus dem hoch belasteten Vaaldreieck und lokale Aktivisten aus anderen betroffenen Ländern zusammengeschlossen sind, organisierte 2008 anlässlich der Hauptversammlung von ArcelorMittal in acht Ländern gleichzeitig Protestkundgebungen. Durch ihre lokalen Zusammenschlüsse ist die Koalition auf internationaler Ebene bestrebt,

**Das Freiwilligenwesen auf globaler Ebene ist eine treibende Kraft für den Multilateralismus, insbesondere in norm- und standardsetzenden Instanzen**

Umweltgerechtigkeit in Beschäftigungs- wie Umweltüberlegungen einzubringen. Da Acelor-Mittal gegenüber Regierungen und Arbeitnehmern immer wieder seine Rolle als Arbeitgeber in den Vordergrund stellt, blieb der Erfolg bislang bescheiden. Internationale Gewerkschaften kooperieren weiterhin mit dem Unternehmen und stellen Arbeitsplätze über die Umwelt.<sup>210</sup>

### **Die Rechenschaftspflicht zivilgesellschaftlicher Organisationen**

Da internationale zwischenstaatliche Organisationen im Governancebereich immer häufiger als Vertragsnehmer auftreten, sehen sie sich vermehrten Forderungen ausgesetzt, ihre eigene Rechenschaftlichkeit und Transparenz zu gewährleisten. Darunter fallen selbst ehrenamtliche Einrichtungen, die sicherstellen müssen, dass ihre internen Formen der Governance partizipativ, transparent und rechenschaftlich sind. Unverantwortliche Praktiken und schlechte interne Governance können Ruf und Glaubwürdigkeit schwer schädigen.<sup>211</sup>

Im Zuge der Bemühungen zivilgesellschaftlicher Organisationen um größere organisatorische Effektivität und Reaktionsbereitschaft im Inneren unterstützen Freiwillige von der Zivilgesellschaft eingeleitete Initiativen zur Selbstregulierung. So hat beispielsweise CIVICUS vor kurzem einen Führer herausgegeben, der als Quelle und Leitfaden für die vorbildliche Praxis dienen soll. Freiwilligen wird darin Nutzen bei der Maximierung der für Selbstregulierungsinitiativen verfügbaren Ressourcen zugeschrieben, und die Initiativen beziehen Freiwillige in den Bewertungsprozess ein. Die Freiwilligen können darüber hinaus Kapazitäten aufbauen und Aktivitäten durch ihr Fachwissen bereichern. Freiwillige aus der Zivilgesellschaft oder dem Privatsektor mit Kompetenzen in den Bereichen Buchführung, Rechnungsprüfung, Überwachung und Evaluierung können von großem Nutzen sein. Mit Online-Freiwilligen kommt größere Vielfalt und eine breitere geografische Reichweite zur Unterstützung von Bewertungen und Kontaktarbeit zustande.<sup>212</sup>

Die Zivilgesellschaft muss bei dem Management von Bündnissen Institutionalisie-

rungstendenzen entgegenwirken, um Reaktionsbereitschaft und Meinungsvielfalt zu gewährleisten. Bei dem 2001 in Porto Alegre (Brasilien) veranstalteten ersten Weltsozialforum gab es noch eine „VIP-Lounge“, die für die einflussreichen globalen Bezugsgruppen aus überwiegend männlichen Eliten und globalisierten Aktivisten vorgesehen war. Auf dem Weltsozialforum 2003 standen Massenvorträge vor einer passiven Zuhörerschaft auf dem Programm. 2005 hingegen wurde bei dem Forum in Porto Alegre besonderer Wert auf die Mitwirkung der Teilnehmer an Sitzungen und Diskussionen gelegt, wobei die Organisationen Panels und Reden vorbereiteten. Seither haben freiwillige Aktivisten von der Basis mit Erfolg auf die Beibehaltung eines offenen Raums und einer partizipativen und horizontalen Organisationsstruktur gepocht, die eine breiter gefächerte Mitsprache und Mitwirkung ermöglichen, selbst wenn die Entscheidungsprozesse und das Veranstaltungsmanagement dadurch kompliziert werden.<sup>213</sup>

### **GEMEINSAME STRATEGIEN**

Die in diesem Kapitel beispielhaft vorgestellten Freiwilligenaktionen weisen trotz äußerst unterschiedlicher Ziele und Kontexte einige Gemeinsamkeiten auf. Erstens kommen die Freiwilligen oft aus externen Interessengruppen und Ländern zusammen, um eine lokale oder nationale Sache zu unterstützen. Beispielsweise gewannen so grundlegend unterschiedliche Ereignisse wie das Erlassjahr 2000 und Rana Plaza die Unterstützung von Freiwilligen aus betroffenen und aus nicht betroffenen Ländern. Ein zweites Merkmal ist, dass bei vielen Freiwilligenaktionen auf globaler Ebene Verbindungen zur nationalen und lokalen Ebene bestehen – zum Beispiel dadurch, dass die Stimmen der Bürger in internationale Entscheidungsforen hineingetragen werden oder Hilfe bei der Lokalisierung globaler Grundsatzpolitiken und Standards gewährt wird. Folglich ist das Freiwilligenwesen auf globaler Ebene eine treibende Kraft für den Multilateralismus, insbesondere in norm- und standardsetzenden Instanzen.

Den im Zusammenhang mit dem Freiwilligenwesen auf globaler Ebene vorgestellten Belegen sind drei Strategien gemeinsam: die Bildung von Bündnissen für größere Rechenschaftlichkeit und Reaktionsbereitschaft, die kreative Nutzung des Internets als virtuellen Raum für die Äußerung von Meinungen und der kritische Blick des internationalen Umfelds als Mittel zur Einflussnahme auf inländische Akteure.

### In Bündnissen arbeiten

Keine einzelne Gruppe oder Organisation kann eine Mobilisierung in der Größenordnung bewirken, die notwendig ist, um die Politik auf transnationaler Ebene oder den Stand des Diskurses auf globaler Ebene zu verändern. Die Bildung von Bündnissen zwischen verschiedenen Interessengruppen und anderen Gruppen war ausschlaggebend für den Erfolg von Initiativen wie des Erlassjahrs 2000. Die Kampagne „Control Arms“ war von der Vielfalt und Größe der Bündnisse abhängig, die länderübergreifend und zwischen verschiedenen Akteuren und Interessengruppen geschlossen wurden. Die Landwirte und Agrarproduzenten Westafrikas haben die Regionalpolitik dank der Kraft ihres Netzwerks – bestehend aus Organisationen, nicht Einzelpersonen – beeinflussen können. Zur Umsetzung der Konsultationen für die Post-2015-Agenda bemühten sich die Vereinten Nationen gezielt, Partnerschaften mit der Zivilgesellschaft und Organisationen mit Freiwilligenbeteiligung einzugehen, um ihren Zugang zur Basis zu erweitern. Sowohl die „Occupy Wall Street“-Bewegung als auch der „People’s Climate March“ stützten sich auf zahlreiche Bündnisse, um die Dynamik und Reichweite zu gewinnen, die es ermöglichten, eine weltweite Debatte anzustoßen und sich auf der ganzen Welt Gehör zu verschaffen.

Bündnisse waren nicht nur im Hinblick auf die Mobilisierung wichtig, sondern auch, um bei globalen Akteuren Rechenschaftlichkeit zu bewirken. Sektorinterne und sektorübergreifende Bündnisse haben die Rechenschaftlichkeit und Reaktionsbereitschaft globaler Akteure gefördert. Da keine direkte Rechenschaftspflicht besteht, können Bündnispartner bei einem globalen Akteur ein von den eigentlichen Inte-

ressengruppen vermutlich nicht durchsetzbares Maß an Reaktionsbereitschaft bewirken. So waren Regierungen beispielsweise der Hauptbündnispartner, als es darum ging, indigene Völker in Lateinamerika zu ermächtigen, mit Unternehmen der Rohstoffindustrie zu verhandeln. Die Bildung derartiger Bündnisse ist jedoch nicht selbstverständlich, da infolge von Machtverhältnissen und Interessenunterschieden unter Umständen geringe Anreize für unterschiedliche Interessengruppen bestehen, sich zusammenzutun. Wie sich an den Schwierigkeiten der Gruppen, die das Unternehmen Arcelor Mittal für die von ihm verursachte Umweltverschmutzung zur Verantwortung ziehen wollen, zeigt, stellen sich Regierungen und sogar Gewerkschaften mitunter nicht unbedingt auf die Seite der Menschen, die von der Tätigkeit eines multinationalen Unternehmens betroffen sind.

### Virtuelle Räume für länderübergreifendes Engagement nutzen

Virtuelle Räume eröffnen neue Wege für die Partizipation von Freiwilligen. Sowohl die „Occupy Wall Street“-Bewegung als auch der „People’s Climate March“ bauten in hohem Maße auf das Internet, um ihren Stimmen Gehör zu verschaffen, Aktivitäten auf der ganzen Welt zu koordinieren und die öffentliche Meinung zu mobilisieren. Change.org hat auf lokaler, nationaler und globaler Ebene tausende von Initiativen ermöglicht. Doch der Online-Aktivismus findet nicht nur Zustimmung.

Solche Massenaktionen werden als „Slackivism“ (Faulenzer-Aktivismus) und Sofa-Aktivismus kritisiert, die eher als Wohlfühlhandlungen auf Knopfdruck denn als Auslöser sozialen Wandels zu sehen sind.<sup>214</sup> Trotzdem finden Veränderungen statt. Brandon Evans von CrowdTap, einer Plattform für soziales Marketing in New York meint: „Soziale Technologien haben es den Menschen ermöglicht, sehr viel schneller aktiv zu werden und sich über Fragen auszutauschen, die für sie wichtig werden.“<sup>215</sup>

Im Rahmen des von der University of Washington, der National Science Foundation, dem Institute of Peace und der MacArthur Foundation ge-

---

**Globales Engagement kann Chancen in Räumen eröffnen, die auf nationaler Ebene gewöhnlich verschlossen bleiben**

---

sponserten Forschungsprojekts über digitalen Aktivismus wurden etwa 1.200 Beispielfälle von digitalem Aktivismus weltweit analysiert. Die Untersuchung ergab, dass erfolgreiche Kampagnen mit einer Kombination aus Offline- und Online-Tools arbeiten, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen. Insgesamt dominieren Facebook und Twitter, aber in der Regel kommen auch zahlreiche andere Tools wie Digitalvideos und E-Petitionen zum Einsatz. Es waren beträchtliche regionale Unterschiede zu verzeichnen: In Osteuropa wurde mehr auf Videos als auf Microblogging zurückgegriffen, während es in Westafrika, Lateinamerika und vielen asiatischen Ländern genau umgekehrt war. In Nordamerika gab es die meisten E-Petitionen. Das eine perfekte Tool für ein spezifisches Ergebnis existiert nicht.

Im Rahmen des Projekts wurde festgestellt, dass im globalen Kontext bereits einige wenige digitale Tools und eine bescheidene Beteiligung der Straße ausreichen können. Digitale Kampagnen lösen dann mit besonderem Erfolg öffentliche Kundgebungen aus, wenn sie sich gegen eine Regierung, vor allem ein totalitäres Regime, richten oder wenn mehrere digitale Tools zum Einsatz gelangen. Ist das Ziel einer Kampagne ein Unternehmen, eine Gruppe der Zivilgesellschaft oder eine Einzelperson, ist ein starker demokratischer politischer Kontext Kriterium für den Erfolg.<sup>216</sup>

Ein weiteres Problem des digitalen Aktivismus ist, dass er der Partizipation von armen Menschen und häufig auch Frauen Grenzen auferlegt. Der Zugang zum Internet ist in vielen Ländern immer noch begrenzt (Abb. 4.1), und es gibt weniger Frauen mit Internetzugang als Männer. Im Jahr 2013 hatten nur 17% der Bevölkerung des subsaharischen Afrika und 14% der Bevölkerung Südasien Zugang zum Internet; in Nordamerika waren es 84%. Weltweit haben nur 38 % der Menschen Internetzugang, obwohl die Internetverbreitung in den Entwicklungsländern zwischen 2000 und 2013 rasant zugenommen hat: um mehr als 4.662% im subsaharischen Afrika, 4.210% im arabischen Raum und über 3.404% in Südasien. Darüber hinaus findet der Großteil der Online-Konversationen weltweit auf Englisch statt, auch wenn Websites wie Change.

org es Menschen ermöglichen, sich in verschiedenen Sprachen einzubringen. Dadurch wird eingeschränkt, wer sich beteiligen und sich Gehör verschaffen kann.

### **Der kritische Blick des globalen Umfelds und lokale Auswirkungen**

Nicht an allen in diesem Kapitel erörterten Freiwilligeninitiativen waren Freiwillige beteiligt, die auf globaler Ebene oder mit anderen globalen Akteuren verkehren. Oft haben sich Freiwillige und Freiwillige einbeziehende Organisationen den kritischen Blick des internationalen Umfelds als Mittel zunutze gemacht, um auf lokaler und nationaler Ebene Rechenschaftlichkeit und Reaktionsbereitschaft herbeizuführen. So wirkt beispielsweise das „International Dalit Solidarity Network“ (Internationales Netzwerk für Solidarität mit den Dalit) spezifisch deswegen das Schlaglicht auf die Geißel der Unberührbarkeit in südasiatischen Ländern, weil es die jeweiligen Regierungen unter Handlungsdruck setzen will. Schattenberichte verwenden dieselbe Strategie, indem sie Umsetzungsdefizite bei internationalen Verträgen und Übereinkünften nicht nur deshalb aufdecken, weil sie im Inland eine Debatte auslösen wollen, sondern auch, um ein internationales Publikum zu informieren. Petitionen auf Change.org können das Gleiche erreichen.

Globales Engagement kann Chancen in Räumen eröffnen, die auf nationaler Ebene gewöhnlich verschlossen bleiben. Durch globales Agieren können Freiwilligennetzwerke wie die Bewegung der Dalit-Frauen die Legitimität und Ressourcen gewinnen, die sie für eine lokale oder nationale Mobilisierung einsetzen können. „Die Erklärung der Vereinten Nationen bietet uns einen großartigen Aktionsrahmen, sodass wir nicht von dem ferngehalten werden, was wirklich für uns wichtig ist. Sie ist uns eine echte Hilfe bei unserer Arbeit und in unserem Kampf,“ so Ethel Long-Scott vom Women’s Economic Agenda Project (Projekt Wirtschaftsagenda für Frauen).<sup>217</sup> Doch bringt dies nicht nur Gutes mit sich.

Globales Agieren birgt für Freiwilligennetzwerke das Risiko, auf nationaler Ebene einer größeren Zahl geschlossener Räume gegenüberzuste-

hen. Regierungen können globalen Aktivitäten mit Misstrauen begegnen.<sup>218</sup> Der Vorwurf ausländischer Manipulation kann laut werden. Ebenso kann das Eintreten für globale Grundsatzzpolitiken und Ressourcen auch zur Entfremdung der Mitglieder an der Basis führen, weil sie sich fragen, wessen Interessen das Netzwerk eigentlich vertritt.<sup>219</sup>

## SCHLUSSFOLGERUNGEN

Das Schwergewicht des Berichts liegt bei derjenigen Freiwilligenarbeit, die sich mit den Säulen der Governance im Kontext der vielgestaltigen Querschnittsmenge globaler Governanceakteure auseinandersetzt, die auf alle – lokale, nationale und globale – Dimensionen der Gesellschaft eine Wirkung ausüben. Globales Engagement durch Freiwilligenarbeit stößt sehr häufig auf geschlossene Räume, weil die Governanceakteure, darunter mitunter auch Regierungen, dazu neigen, andere Interessenträger wie Geber, Mitgliedstaaten, Aktionäre und Investoren über Bürger und Gemeinschaften zu stellen.

Transnational verbundene Freiwilligenkampagnen konnten gelegentlich lokale, nationale und globale Räume einfordern, um die Rechenschaftlichkeit zu erhöhen. Strategien, die sich darauf richteten, die Mitsprache und Partizipation nationaler Freiwilliger an globalen Grundsatzrichtlinien und Übereinkünften festzumachen, haben Fragen der Rechenschaftspflicht angesprochen und in manchen Fällen eine positive Reaktion erhalten. Doch müssen in der lokalen Freiwilligenarbeit verwurzelte zivilgesellschaftliche Organisationen dem Globalisierungsbedingungen

Druck widerstehen, der ihre Verbindungen zu ihren lokalen Zielgruppen und ihre Legitimität bei lokalen Governanceakteuren schwächt.

Der Aufbau von Bündnissen innerhalb und zwischen Sektoren und Ebenen kann größere Rechenschaftlichkeit und Reaktionsbereitschaft bei globalen Akteuren herbeiführen. Freiwillige aus Wirtschaft, Politik oder Zivilgesellschaft schließen Bündnisse, tauschen Fachwissen aus und befähigen die Bürger, auf allen Ebenen effektiver mit einer Vielzahl von Governanceakteuren ins Gespräch zu kommen. Regierungen können zu Konsultations- und Vermittlungszwecken für Gemeinschaften und nichtstaatliche Governanceakteure Räume erwünschten Engagements eröffnen.

Technologie ist ein starkes Werkzeug für bürgerschaftliches Engagement, das weltweit auf eine Weise entwickelt werden muss, die die Realisierung ihres Inklusionspotenzials gestattet. Technologie erhöht die Geschwindigkeit, die Breite und die Vielfalt der Möglichkeiten, die Freiwilligen online oder persönlich offenstehen, lokale, nationale und globale Probleme anzugehen. Die digitale Kluft, von der ländliche, marginalisierte und arme Gemeinschaften im Hinblick auf den Zugang zu digitalen Medien betroffen sind, muss überwunden werden.

Freiwillige, die unter Einsatz unterschiedlicher Strategien wechselnd bei der lokalen Basis, in nationalen politischen Entscheidungsforen und in globalen Foren tätig werden können, fördern effektiv Mitsprache und Partizipation sowie Rechenschaftlichkeit und Reaktionsbereitschaft bei vielfältigen globalen Governanceakteuren.

**Der Aufbau von Bündnissen innerhalb und zwischen Sektoren und Ebenen kann größere Rechenschaftlichkeit und Reaktionsbereitschaft bei globalen Akteuren herbeiführen**

---

Nutznießerin eines Projekts zur Verbesserung der Rechte von Witwen im nordwestlichen Kamerun.  
© Cuso International, 2013



# 5

## Kapazitäten für die neue Entwicklungsagenda

*„Auch das freiwillige Engagement kann bei unseren Bemühungen, Kapazitäten aufzubauen und die neue Agenda fest zu verankern, ein wirkmächtiges und vielfältig einsetzbares Umsetzungsmittel darstellen. Freiwilliges Engagement kann dazu beitragen, mehr Bürger zu mobilisieren und die Menschen in die nationale Planung und Umsetzung im Hinblick auf die Ziele für nachhaltige Entwicklung einzubeziehen. Gruppen von freiwillig Engagierten können helfen, die neue Agenda zu lokalisieren, indem sie neue Bereiche der Interaktion zwischen den Regierungen und den Menschen erschließen, in denen konkrete und skalierbare Maßnahmen stattfinden können.“<sup>220</sup> Vereinte Nationen*

Das Freiwilligenwesen findet einen Weg, wo es keine Straße gibt. Es organisiert, wo keine Struktur besteht. Und es schafft Ressourcen und Kapazitäten, wenn nicht ersichtlich ist, woher diese kommen könnten. Es gestattet es den am meisten marginalisierten Menschen, sich in Solidarität mit anderen zu verbinden, und schafft auf diese Weise eine Machtbasis, die Gesetze, Systeme und die Fahrtrichtung verändern kann. Es ist ein Akt des bürgerschaftlichen Engagements und benötigt ein Umfeld, in dem es im Interesse des gemeinsamen Wohls aller Menschen gefördert werden kann.

Am Vorabend der Aushandlung und Verabschiedung einer neuen Agenda für nachhaltige Entwicklung können wir aus den letzten Jahrzehnten der menschlichen Entwicklung zwei wichtige Lehren ziehen. Erstens: Die Entwicklung hat viele Menschen zurückgelassen. Trotz der beeindruckenden Fortschritte bei der Armutsbekämpfung und trotz deutlicher Verbesserungen im Gesundheits- und Bildungswesen, die durch den Rahmen der Millenniums-Entwicklungsziele ermöglicht wurden, gilt die zunehmende Ungleichheit zwischen den Ländern und in ihrem Inneren heute als eine der wichtigsten Herausforderungen unserer Zeit. Zweitens: Wenn die Entwicklung effektiv sein und das Leben der Menschen grundlegend und nachhaltig verändern soll, ist die Mitwirkung und Mitverantwortung der Menschen erforderlich. Dazu gehört die Partizipation der durchweg stärker ausgegrenzten Menschen, beispielsweise der Frauen. Es ist somit an der Zeit, nicht nur die Ziele selbst, sondern auch die Wege der Zielverwirklichung zu überdenken. Es bietet sich uns eine Gelegenheit, erneut einen Blick darauf zu werfen, wie die Aufgaben der Entwicklung erfüllt werden.

## EINE NEUE, TRANSFORMATIVE AGENDA ERFORDERT AUCH EINE TRANSFORMATION DER DENKWEISEN

Die Bewältigung dieser großen Problemstellungen erfordert einen echten Wandel der Denkweisen. Im vorherrschenden Entwicklungsmodell wird Governance größtenteils von oben nach unten verlaufender Prozess angesehen, in dem die Regierungen als Pflichtenträger und die Bürger als Rechteinhaber gelten, mit einer klaren Aufgabenteilung zwischen beiden und einer deutlichen Unterscheidung zwischen denen, die Dienstleistungen fordern, und denen, die sie bereitstellen. Dieses Modell spiegelt die gegenwärtigen lokalen, nationalen oder globalen Gegebenheiten nicht länger wider. Stattdessen sind neue Vorgehensweisen erforderlich, die die Vielfalt der Governanceakteure und ihre Fähigkeit berücksichtigen, für ausgewogene Entwicklungsergebnisse zu sorgen, und die auf Entwicklungsherausforderungen und auf diejenigen eingehen, die davon am stärksten betroffen sind, wie etwa ausgegrenzte Gruppen und Gemeinschaften. In einer Welt, in der sich viele ökologische, soziale und wirtschaftliche Probleme nicht an nationale Grenzen halten und in der sich Menschen länderübergreifende Anliegen von weltweitem Belang zu Eigen machen – mit wachsendem Verständnis dafür, wie sie in ihre lokale Realität hineinspielen –, wird es notwendig sein, die Rollen der verschiedenen Akteure in der Gesellschaft neu zu verteilen und die Weise, in der die neue Entwicklungsagenda umgesetzt und überwacht wird, zu überdenken.

Dafür bedarf es einer Veränderung der Weise, in der Governanceakteure auf allen Maßnahmen- und Tätigkeitsebenen ihren Verantwortlichkeiten nachkommen, damit vielfältige Stimmen gehört, mehr Menschen einbezogen und mehr Räume erschlossen werden können und eine rechenschaftlichere und reaktionsbereitere Governance möglich wird. Eine solche Veränderung erfordert einen echten Wandel dabei, wie sich Menschen in Entwicklungsprozesse einbringen oder in diese einbezogen werden können. Ein Ansatz, der die Umsetzung und Überwachung der neuen Entwicklungsagenda mit der Einbe-

ziehung der Stimmen aller Interessengruppen und der Nutzung aller verfügbaren Ressourcen verbindet, sollte über reine Rhetorik hinausgehen und als Grundlage gelebter Governance angesehen und realisiert werden. Dieser Bericht hat gezeigt, dass das Freiwilligenwesen in diesem Kontext eine wertvolle Ressource darstellen wird und dass es über großes Potenzial und viele Möglichkeiten verfügt, die es erst noch zu erschließen gilt. Das Freiwilligenwesen war ein erfolgreiches Mittel, in Ergänzung der Entwicklungsbemühungen für breitere Mitsprache und Partizipation zu sorgen.

Auch die Zentrierung der Entwicklung auf die Menschen – namentlich diejenigen, die unter anderem wegen ihres Geschlechts, ihrer ethnischen Zugehörigkeit oder Einkommensdisparität von der Gesellschaft ausgegrenzt werden –, macht einen Wandel der Art und Weise erforderlich, in der Macht ausgeübt wird und in der die gegenseitige Rechenschaftslegung von den jeweiligen Governanceakteuren verstanden und praktisch umgesetzt wird. Damit sind nicht nur Regierungen, sondern auch Akteure gemeint, die, ob in der Zivilgesellschaft oder im Privatsektor, als Auftragnehmer staatliche Aufgaben wahrnehmen. Die gegenseitige Rechenschaftslegung muss mit einem stärkeren Element der Verantwortlichkeit und Durchsetzbarkeit verbunden sein, vor allem angesichts der Vielfalt der Governanceakteure, von denen viele derzeit gegenüber den Bürgern nicht unmittelbar rechenschaftspflichtig sind. So etwa schuf die Regierung in Bolivien für ein von dem argentinischen Unternehmen Pluspetrol betriebenes Projekt zur Exploration von Kohlenwasserstoffen auf dem angestammten Gebiet des indigenen Volks der Guaraní einen Raum, in dem das Unternehmen, die Gemeinschaften und die Regierung einander effektiv und rechenschaftlich begegnen konnten.

Die Zentrierung auf den Menschen macht es darüber hinaus erforderlich, dass alle Governanceakteure verstärkter Partizipation mit größerer Reaktionsbereitschaft begegnen, die die Bereitwilligkeit signalisiert, die Auffassungen der Bürger anzuhören und ihr eigenes Vorgehen entsprechend zu ändern. 2012 reagierte

**Die Rollen verschiedener Akteure in der Gesellschaft werden neu verteilt werden müssen**

die indische Regierung auf massive Proteste im Anschluss an die Vergewaltigung und den darauffolgenden Tod einer Studentin durch die Einrichtung eines Ausschusses zur Überprüfung der Gesetze und zur Abgabe von Änderungsempfehlungen. Akteure der Zivilgesellschaft wurden aufgefordert, Beiträge zu den Empfehlungen zu leisten. Sollen die Veränderungen bewirkt werden, die nötig sind, um die Auswirkungen des Klimawandels umzukehren, Ungleichheiten erheblich zu vermindern, die Armut zu beseitigen und die Grundrechte und Grundfreiheiten eines jeden Einzelnen zu wahren, darf Reaktionsbereitschaft seitens der Governanceakteure keine Ausnahme bleiben, sondern muss zur Regel werden. Mit der erfolgreichen Umsetzung einer jeden Agenda für nachhaltige Entwicklung muss Reaktionsbereitschaft einhergehen.

Auf globaler Ebene müssen die Regierungen reaktionsbereit auf die Millionen von Stimmen sein, die erkennen, dass im Sozialvertrag eine Verlagerung stattgefunden hat.

Auf nationaler und lokaler Ebene muss sich Reaktionsbereitschaft seitens der unterschiedlichen Governanceakteure in konkreten Maßnahmen niederschlagen, die es den Menschen gestatten, in sie betreffende Entscheidungen einbezogen zu werden, am Genuss des Wohlstands teilzuhaben, ihre Rechte uneingeschränkt auszuüben und Anteil an der Verwaltung der Ressourcen zu haben.

## SCHLUSSFOLGERUNGEN

Dieser Bericht hat anhand mannigfaltiger Belege eine Reihe von gemeinsamen Themen, wichtigen Strategien, Herausforderungen und Chancen für die Freiwilligenarbeit herausgearbeitet, die sich auf drei Säulen der Governance – Mitsprache/Partizipation, Verantwortlichkeit und Reaktionsbereitschaft – auswirken. Konkrete Aktionen und Strategien von Freiwilligen auf den verschiedenen Ebenen – der lokalen, nationalen und globalen Ebene – sowie die unterschiedlichen Wege, in denen Freiwillige sich in Räumen erwünschten Engagements einbringen, geschlossene Räume

öffnen oder neue Räume einfordern, sind bereits in den vorhergehenden Kapiteln behandelt worden. Fünf wichtige grundsatzpolitische Botschaften, die sich durch alle Kapitel ziehen, sind besonders erwähnenswert.

### **Freiwilligenarbeit kann in Bezug auf eine Vielfalt von Akteuren und auf allen Ebenen zu mehr Mitsprache und Partizipation sowie zu größerer Rechenschaftlichkeit und Reaktionsbereitschaft beitragen**

Wenngleich sie nicht die einzige Lösung darstellt, kann Freiwilligenarbeit zur Umsetzung eines wahrhaft auf die Menschen ausgerichteten Entwicklungsmodells beitragen. Sie bildet ein echtes Portal für die Einbeziehung einer höheren Anzahl von Stimmen, die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen und die Ergänzung staatlicher Bemühungen um mehr Partizipation, um verstärkte Rechenschaftlichkeit und um die Förderung institutioneller Reaktionsbereitschaft auf allen Ebenen im Interesse dauerhaften Friedens und nachhaltiger Entwicklung. Dies geschieht auf vielfältige Weise, insbesondere durch die Mobilisierung und Einbindung von lokalen Freiwilligen in Gemeinschaften, die langfristig über Gremien, Ausschüsse und andere Governance-Mechanismen an die Governance-Probleme herangehen, die ihr tägliches Leben prägen. Freiwillige sind wichtige Durchführende zahlreicher Programme vor Ort, obwohl sie selten eigens erwähnt oder in den Analysen genannt werden, die den Erfolg oder Misserfolg messen.

Partizipative Governance wird daher ein Umdenken in Bezug auf die Anerkennung von Freiwilligen und die Eröffnung von mehr Raum für weitere Freiwillige erfordern. Sie wird auch erfordern, dass andere Governanceakteure diesen Freiwilligen, von denen gegebenenfalls Mithilfe bei der Leistungserbringung erwartet wird, die aber an der Gestaltung und Planung der anfallenden Arbeit oder deren Bewertung nur selten beteiligt werden, Gehör schenken.

Freiwillige finden sogar in eher ungünstigen Umfeldern Wege, sich zu engagieren. Sie mobilisieren sich dann gegebenenfalls in weniger

---

**Partizipative Governance wird ein Umdenken erfordern, was die Anerkennung von Freiwilligen und die Eröffnung von Raum für weitere Freiwillige angeht**

---

formellen Räumen und nutzen diese, um sich für den Zugang zu formelleren Räumen einzusetzen und um diejenigen Fähigkeiten zu erwerben und Netzwerke zu bilden, auf die sie bauen können, wenn die Umstände für ein stärkeres bürgerschaftliches Engagement zur Verbesserung der Governance günstiger werden. Unter förderlicheren Voraussetzungen können Freiwillige die Effektivität von Regierungen erheblich verbessern, wie sich im Fall der Gesundheitspolitik in Brasilien gezeigt hat.

Freiwillige können die Aufmerksamkeit der politischen Entscheidungsträger auf neue Probleme und wichtige neue Erkenntnisse lenken. Eine Strategie, die Freiwillige auf lokaler, nationaler wie auch globaler Ebene einsetzen, ist in der Tat der Wissenserwerb und die Beschaffung von Belegmaterial durch partizipative Forschung, Erfahrungsberichte ausgegrenzter Gruppen, Kunstmesse, die kreative Nutzung digitaler Technologien sowie Schattenberichte, um Fragen und Stimmen in den Vordergrund zu rücken, die in offizielle staatliche Berichte nicht immer Eingang finden. Dieses Wissen verleiht diesen Problemen ein menschliches Gesicht, dokumentiert ihren Umfang und ihre Auswirkungen aus unterschiedlichen Perspektiven und hebt Probleme hervor, die sich auf das Leben schwächerer, von der Agenda der politischen Entscheidungsträger nicht unbedingt erfasster Gruppen auswirken.

#### **Im Freiwilligenwesen müssen ausgewogene Rahmenbedingungen bestehen**

Freiwillige sind natürlich eine in Bezug auf Standort, Strukturen der Freiwilligenarbeit, Alter, Bildung, Geschlecht und Fähigkeiten sehr heterogene Gruppe. Wie der Bericht zeigt, verfügt das Freiwilligenwesen selbst nicht immer über ausgewogene Rahmenbedingungen und weist eine eigene Machtdynamik und eigene Hierarchien auf. Die Räume des Freiwilligenwesens sind selbst auch geschlechtshierarchisch, und verschiedene Freiwilligengruppen haben unterschiedlichen Zugang zu finanziellen Mitteln und Förderungen oder zu den Trägern der Macht. Freiwillige sind mit unterschiedlichen Hindernissen konfrontiert, haben unterschied-

liche Chancen und unterschiedlichen Zugang zu wichtigen Räumen. Während beispielsweise Frauen in vielen Gemeinschaften und Gesellschaften als Freiwillige, bei Pflegeaufgaben und in unterstützenden Funktionen sowie mit ihrem Engagement und ihrer Mitsprache in Räumen erwünschten und eingeforderten Engagements in der Mehrzahl sind, bleiben sie dabei zumeist ohne große finanzielle Unterstützung und ohne großen Rückhalt. Vielmehr fördern sie mit ihrer Arbeit häufig Prozesse, die Regierungen nicht finanzieren können, und in den zur Steigerung der Partizipation von Frauen geschaffenen Räumen erwünschten Engagements müssen sie häufig feststellen, dass sie kein Gehör finden. Armen Frauen fällt es oft schwer, Zugang zu formellen Strukturen der Freiwilligenarbeit zu finden, z. B. wegen eingeschränkter Mobilität, Analphabetismus, mangelnder Erfahrungen in öffentlichen Räumen oder mangelndem Geld für Transport. Auch beim Zugang zu neuen Kommunikationstechnologien, die für globales Engagement unerlässlich sind, besteht eine echte Geschlechterkluft. Die Ärmsten der Welt sind häufig vom Zugang zu formellen Formen der Freiwilligenarbeit auf nationaler und globaler Ebene ausgeschlossen, d. h. ihre Stimmen finden in nationalen oder globalen Foren noch immer kein Gehör.

#### **Die Schaffung eines förderlichen Umfelds ist eine unabdingbare Voraussetzung dafür, dass das Freiwilligenwesen voll zur Realisierung einer jeden künftiger Agenda für nachhaltige Entwicklung beitragen kann**

Damit das Freiwilligenwesen einen möglichst großen Beitrag zum Gemeinwohl leisten kann, braucht es ein förderliches Umfeld. Der allgemeine soziale, rechtliche und politische Rahmen ist in Bezug darauf, was Freiwillige zur Verbesserung der Governance leisten oder nicht leisten können, von großer Bedeutung. Die politische Absprache zwischen Staat und Bürgern, die bestehende Verfassung, der rechtliche Rahmen, das soziale Gefüge in verschiedenen Ländern, die Interaktion zwischen lokaler, nationaler und globaler Governance, die Vielfalt der Governanceakteure auf einer jeweiligen Ebene – alle diese Elemente haben einen Einfluss darauf, wer Zu-

**Das Freiwilligenwesen selbst verfügt nicht immer über ausgewogene Rahmenbedingungen und weist eine eigene Machtdynamik und eigene Hierarchien auf**

gang zu den verschiedenen Räumen erhält und wer nicht, wessen Stimmen Gehör finden und wer die Entscheidungsfindung beeinflusst.

Dort, wo Regierungen ein förderliches Umfeld für bürgerschaftliches Engagement – insbesondere für die Partizipation von Freiwilligen – geschaffen haben oder aufgeschlossen auf von Freiwilligen angeführte Gemeinschaftsinitiativen eingegangen sind, waren mehr Menschen an Entscheidungsprozessen beteiligt. Das Freiwilligenwesen trägt dann am effektivsten zu größerem bürgerschaftlichem Engagement bei, wenn der umfassendere rechtliche und institutionelle Rahmen förderlich ist. Dazu gehören die Rede- und Versammlungsfreiheit und das Vorhandensein von hinlänglich inklusiver Räume für ein Engagement.

Manche Regierungen erkennen den Wert systematischer Gesetzgebung, Politiken, Strukturen und Programme für das Engagement von Freiwilligen und verfügen über Strukturen, die es mehr Menschen gestatten, Chancen zu ehrenamtlicher Tätigkeit wahrzunehmen. In Nepal vergrößert die Regierung die Räume des erwünschten Engagements mithilfe von Ausschüssen für Dorfentwicklung, und in Kenia bezieht die Regierung die Bürger in die Verwaltung des Gemeindeentwicklungsfonds mit ein. Regierungen und andere an der Governance beteiligte Gremien benötigen praktische Verfahren, um eine Beziehung zu den Bürgern herzustellen und mit ihnen direkt zu interagieren.

Diese Räume bieten Freiwilligen mitunter die Gelegenheit, die Politik und Praxis der Erbringung von Dienstleistungen mitzugestalten und die Umsetzung zu überwachen. – und auf diese Weise zu versuchen, Regierungen und andere rechenschaftspflichtig zu machen. In Honduras, wo der Nationalkongress einstimmig ein Freiwilligengesetz (Lei del voluntariado) verabschiedete, hat die Regierung das Engagement ausgegrenzter Gruppen wie Jugendlicher und älterer Menschen erleichtert. Regierungen, die dies noch nicht getan haben, können diesen Ansatz übernehmen und Systeme für eine Ausweitung der Partizipation schaffen.

Auf lokaler Ebene, wo die Bürger am direktesten mit staatlichen Stellen in Verbindung treten, muss die Kommunalverwaltung Institutionen und Mechanismen schaffen, die das Engagement der Menschen in Räumen der Entscheidungsfindung erleichtern. Aus der Analyse in diesem Bericht geht hervor, dass gerade die lokale Verwaltungsebene zeigt, wie Regierungen mit Freiwilligen arbeiten können. Beispiele dafür, dass Kommunalverwaltungen Räume eröffnen, finden sich in verschiedenen Ländern in Ausschüssen für Dorfentwicklung, lokalen Gesundheitsräten, in der Dorfplanung und bei der Verwaltung von Gemeindeentwicklungsfonds. Derartige Initiativen können den Verwaltungen und anderen Governance-Organen praktische Mechanismen an die Hand geben, mit deren Hilfe sie eine Beziehung zu den Bürgern herstellen und mit ihnen direkt interagieren können. Unter den richtigen Voraussetzungen können sie darüber hinaus Freiwilligen die Chance bieten, die Politik und Praxis der Erbringung von Dienstleistungen mitzugestalten und die Umsetzung zu überwachen.

Staatliche Maßnahmen allein reichen jedoch nicht aus, das Blatt zu wenden, wenn es um so globale Herausforderungen wie Armut, Ungleichheit und Klimawandel geht. Von oben nach unten verlaufende Maßnahmen allein werden keine Governance-Räume für das Freiwilligenwesen öffnen, gleichviel, ob es sich dabei um geschlossene oder eingeforderte Räume oder um Räume des erwünschten Engagements handelt. Eine solche Öffnung wird ein breites Spektrum unterschiedlicher Strategien, Zusammenarbeit, Partnerschaften und Bündnisse in allen Bereichen und auf allen Governance-Ebenen erfordern.

### **Zusammenarbeit, Bündnisse und gruppenplurale Partnerschaften sind unerlässlich für den Erfolg der Freiwilligenarbeit**

Die Zusammenarbeit von Regierungen und Zivilgesellschaft hat zur erfolgreichen Annahme von Gesetzen und Strukturen geführt, wie beispielsweise in Honduras, wo die Regierung eine Partnerschaft mit Freiwilligennetzwerken einging, um die Partizipation von Freiwilligen an

---

**Von oben nach unten verlaufende Maßnahmen allein werden keine Governance-Räume für das Freiwilligenwesen öffnen, gleichviel, ob es sich dabei um geschlossene oder eingeforderte Räume oder um Räume des erwünschten Engagements handelt**

---

Konsultationen über das Recht zu gewährleisten, oder in Peru, wo die Regierung mit Freiwilligenetzwerken im ganzen Land zusammenarbeitet, um so viele Menschen wie möglich einzubeziehen, oder in Togo, wo die Regierung eng mit Jugendnetzwerken zusammenarbeitet, um sicherzustellen, dass die Stimmen junger Frauen und Männer Eingang in den Prozess finden. Die Förderung engerer gegenseitiger Beziehungen zwischen Regierungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen kann Wege schaffen, die Kapazität der Regierungen zur Umsetzung politischer Entscheidungen mithilfe des Engagements von Freiwilligen zu erhöhen.

Ihrerseits hat sich auch die Zivilgesellschaft um Bündnisse mit der Regierung, dem Privatsektor und anderen Akteuren bemüht und hat Freiwillige für die gemeinsame Sache eingebunden. Im Fall der Organisation Naripokkho in Bangladesch waren Bündnisse und Partnerschaften sowie die Zusammenarbeit mit den Medien wichtige Faktoren dafür, den größeren Umfang zu gewinnen, der notwendig war, damit auf nationaler Ebene Wirkung entfaltet werden konnte. Die Zusammenarbeit mit der Regierung und staatlichen Institutionen schuf Respekt und Vertrauen, und dank der Art und Weise, in der Naripokkho mit den Medien arbeitete, konnte häusliche Gewalt schließlich sichtbar gemacht und eine Änderung der Gesetzgebung zugunsten der betroffenen Frauen zustande gebracht werden. Ein weiteres Beispiel ist das Staatsbürgerschaftsrecht in der arabischen Welt, wo es in allen Ländern ausschlaggebend für den Erfolg war, bei Regierungen, Parlamenten, religiösen Stellen und den Medien maßgebliche Verbündete zu finden.

In dem Maße, wie die Gemeinschaften, insbesondere durch kollektive Aktionen auf lokaler Ebene in informell eingeforderten Räumen, die sich wandelnden Interaktionsregeln besser verstehen und kennen lernen, erkennen sie den Wert des Aufbaus von Bündnissen und Partnerschaften als notwendige Strategie für das Herangehen an die governancebezogenen Entwicklungsfragen, die lokale, nationale und globale Grenzen überschreiten. In dem Maße, wie Freiwillige ihre Zeit, ihr Wissen und ihr Know-

how zur Auseinandersetzung mit globalen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen zum Tragen bringen, können sie die Bemühungen der Regierung und breiteren Zivilgesellschaft ergänzen, anfechten und infrage stellen. Auf globaler Ebene arbeiten Freiwilligengruppen mit gemeinsamen Zielsetzungen grenzübergreifend zusammen, bringen ihre Meinung zum Ausdruck und nehmen an globalen Begegnungen teil. Es gibt viele Gelegenheiten dazu, unterstützende globale Vereinbarungen, Politiken, Konventionen und Standards für die Freiwilligenarbeit zu fördern. Diese wiederum können die Legitimität sowie die Wissens- und Ressourcenbasis lokaler und nationaler Bemühungen erhöhen.

Für die Zivilgesellschaft ist es interessant, zur Kenntnis zu nehmen, dass in Situationen, in denen die Vielfalt und die Macht der Governanceakteure auf globaler Ebene die Zuweisung von Rechenschaftspflicht erschwerten, diejenigen Politiken und Strategien für alle Beteiligten am förderlichsten und inklusivsten zu sein scheinen, die Bündnisse zwischen Interessengruppen und auf allen Ebenen ermöglichen. Globale Massenbewegungen, ob virtuell oder direkt, an denen zumeist informelle freiwillige Aktivisten beteiligt sind, können dann, wenn sie mit anderen zusammenarbeiten, bisweilen einen Öffentlichkeits- oder Mediendruck oder Gruppenzwang in Bezug auf geschlossene Räume erzeugen, der ausreicht, um ein gewisses Maß an Rechenschaftlichkeit herbeizuführen.

Im Jahr 2013, nach mehr als jahrzehntelanger Mobilisierung gegen den Rüstungshandel, wurde der Vertrag über den Waffenhandel – der erste globale Vertrag zur Regelung des Transfers von konventionellen Waffen und Munition – bei den Vereinten Nationen in New York von einer überwältigenden Mehrheit verabschiedet. Freiwillige aus unterschiedlichen Gruppen unterstützten die globale und nationale Kampagnenarbeit, mit dem Ziel, schließlich Druck auf politische Entscheidungsträger auszuüben. Ein Beispiel aus der jüngeren Vergangenheit ist der People's Climate March, der soziale Publikumsarbeit und Offline-Engagement in Verbindung mit

den sozialen Medien einsetzte, um eine möglichst große Gemeinschaft zu mobilisieren und Druck auf politische Entscheidungsträger und Regierungen auszuüben, die zögern, der Erderwärmung entgegenzuwirken.

Es ist notwendig, die Rollen der Freiwilligen in diesen Bewegungen formell anzuerkennen und den Stimmen unterschiedlicher Freiwilliger Gehör zu schenken, die Problemstellungen, wie sie sich in spezifischen, gänzlich unterschiedlichen Kontexten darstellen, zu verstehen und sicherzustellen, dass Freiwillige mehr Gelegenheiten für Diskussionen und Verhandlungen in einem Spektrum von Räumen und auf verschiedenen, für mehr Menschen zugänglichen Ebenen haben. Dazu sind vielfältige und wohlüberlegte Strategien erforderlich, um für alle Freiwilligen, insbesondere für einige der stärker ausgegrenzten Gruppen, die gleichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Zu diesen Gruppen zählen arme Frauen, die in den meisten Kontexten systematisch marginalisiert werden und deren Zugang zu Entscheidungsräumen durch mehrfache Hindernisse erschwert wird. Auch junge Menschen gehören dazu: jene, die wenig oder keine Bildung besitzen, und jene, die durch Armut, ethnische Zugehörigkeit, Klassen- oder Kastenzugehörigkeit oder Staatenlosigkeit marginalisiert sind.

### **Ein vertieftes Verständnis durch Forschung ist entscheidend**

Dieser Bericht leitet ein Gespräch darüber ein, was Freiwillige beitragen, um partizipative, rechenschaftliche und reaktionsbereite Governance-Prozesse auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen Räumen zu unterstützen. Allerdings bestehen im Datenbereich nach wie vor reale Herausforderungen, die es auszuräumen gilt, wenn das Potenzial der Freiwilligenarbeit

als Ressource in den kommenden Jahren voll ausgeschöpft werden soll. Eine Herausforderung besteht in der Abgrenzung und Beschreibung der immensen Bandbreite und Vielfalt der Freiwilligenarbeit weltweit. Eine zweite ist es, Größe, Umfang und Reichweite der verschiedenen Arten der Freiwilligenarbeit quantitativ zu erfassen. Als drittes ist die Erfassung der Nuancen, Unterschiede und komplexen Beiträge durch eher qualitative, in unterschiedlichen Kontexten angesiedelte Fallstudien. In allen drei Fällen wären weitere Forschungsarbeiten von Nutzen. Darüber hinaus ist es notwendig, sich ernsthaft für eine bessere Datenerfassung einzusetzen, darunter qualitative, kulturell verankerte Daten darüber, wie Freiwilligenarbeit in verschiedenen Ländern definiert und praktiziert wird.

Es ist eindeutig wichtig, den Beitrag von Freiwilligen zur Entwicklung zu messen. Ebenso wichtig ist es, Freiwillige in den Stand zu versetzen, die Entwicklung auf lokaler, nationaler und globaler Ebene zu beobachten und darüber zu berichten. Hier bieten neben der Bereitschaft und Entschlossenheit von Menschen, sich in der Entwicklung zu engagieren, Governanceakteure rechenschaftspflichtig zu machen und für Reaktionsbereitschaft zu sorgen, auch Technologien eine Möglichkeit, Bürger als freiwillige Beobachter und Berichterstatter über die Fortschritte einzusetzen, die in Bezug auf eine jeweilige Entwicklungsagenda erzielt worden sind. Millionen von Menschen haben an der „MY World“-Umfrage teilgenommen, und Freiwillige haben die Einbeziehung ihrer Gemeinschaften gefördert, um eine möglichst weitreichende Mitsprache zu gewährleisten. In dem Maße, wie immer mehr Menschen Zugang zum Internet und zu Mobiltelefonen haben, sollte die Chance genutzt werden, sicherzustellen, dass Governance auf allen Ebenen partizipativ, rechenschaftlich und reaktionsbereit ist.

## Anhang – Methodik

### Die Berichterstellung stützte sich auf folgende Methodik:

1. Ein internes UNV-Forschungs- und Autorenteam, unterstützt von einem externen Forschungsberater, in Zusammenarbeit mit einem internen Beratungsteam und einem externen Beratungsgremium, ermittelt aus den Reihen der Vereinten Nationen sowie Experten zum Thema Freiwilligenarbeit (Vertreter aus Wissenschaft und Praxis).
2. Aufbereitung der Literatur mit besonderem Fokus auf Governance, Freiwilligenarbeit, dem globalen Kontext und auf Themen der Post-2015-Agenda.
3. UNV-Konsultationen zu Freiwilligenarbeit und Governancefragen.
4. Entwicklung eines analytischen Rahmens als Leitfaden für die Forschungsarbeit.
5. An mehrere Wissenschaftlern weltweit vergebene Forschungsaufträge, einschließlich regionaler Übersichtsprüfungen zu Governancefragen und Freiwilligenaktionen, einzelner Fallstudien und Referaten zu spezifischen, aus den Übersichtsprüfungen hervorgehenden Themen.
6. Iterative schriftliche Darstellung der Daten im Team selbst und mit den Beratergremien und der UNV-Leitung. Drei Besprechungen des externen Beratergremiums.
7. Berichtsentwurf versandt, mit dem Ziel umfassender Konsultationen und Rückmeldungen durch die Vereinten Nationen.

### Zu den wichtigsten Merkmalen zählen:

1. Der Großteil des Berichts basiert auf Sekundärquellen – zusammengetragen anhand klarer Kriterien für die Übernahme schriftlicher Daten aus Büchern, Berichten, Evaluierungen, grauer Literatur, Websites und so weiter.
2. Eine breite Mischung schriftlicher Quellen wurde verwendet, wobei auf Selbstdarstellungen von Organisationen verzichtet wurden und die Angaben nach Möglichkeit trianguliert wurden.
3. Es wurden einige Interviews mit Schlüsselinformanten durchgeführt, die in einigen Fällen basierend auf den Originaldaten für diesen Bericht aufbereitet wurden.
4. Es wurde redlich darauf geachtet, Repräsentativbeispiele für alle Regionen aufzunehmen, obwohl zu erkennen war, dass über einige Regionen umfassenderes schriftliches Material

vorliegt als über andere und dass das Freiwilligenwesen in den reicheren Ländern bereits früher umfassender schriftlich erörtert wurde. Das Schwergewicht des Berichts lag bei der Freiwilligenarbeit im Süden.

5. Es wurde zwar Gewicht darauf gelegt, die Daten zu triangulieren, allerdings auch berücksichtigt, dass einige Stimmen selten gehört werden, weil sie nicht von anderen Quellen gestützt werden. Aus diesem Grund wurden an einigen Stellen die Stimmen von Freiwilligen verwendet, selbst wenn diese nicht durch andere Belege gestützt waren. Die Beiträge von Organisatoren wurden geprüft, soweit dies möglich war.
6. Ein Großteil des Materials ist qualitativ und nicht so umfassend, wie das Team es in allen Fällen gern gesehen hätte. Quantitative Analysen der Ausdehnung und Reichweite der Freiwilligenarbeit, die sich mit Fragen der Governance und Macht befasst, liegen nur in höchst geringem Umfang vor. Da die derzeit vorliegenden Daten bruchstückhaft und nicht vergleichbar sind, wurden sie in diesem Bericht nicht verwendet.

### Einschränkungen:

1. Die englische Sprache.
2. Das weite Feld.
3. Das Nichtvorhandensein zuverlässiger Daten zu Freiwilligenarbeit, Ergebnissen und der Rolle von Freiwilligen in vielen Projekten.
4. Das Nichtvorhandensein verlässlicher, leicht zugänglicher Bewertungen.
5. Neuland.
6. Die Notwendigkeit, sehr viele detaillierte Belege aus dem Bericht wegzulassen, um diesen kurz und prägnant zu halten. Das Belegmaterial ist allerdings zur Untermauerung der getätigten Aussagen verfügbar.
7. Kriterien für die Auswahl der Daten für die Fallstudien

### Das Material musste Folgendes thematisieren:

1. Die spezifische Rolle der Freiwilligen.
2. Beiträge der Freiwilligen im Hinblick auf die drei Säulen der Governance.
3. Die Frage, wer die Freiwilligen sind.
4. Die Quelle und die Legitimität der Information.
5. Den Kontext, in dem Freiwilligenarbeit stattfindet.

## Anmerkungen

### KAPITEL 1

1. Clark 2015.
2. UNDP 2010, S. x.
3. Globale Partnerschaft für wirksame Entwicklungskooperation, Busan, Südkorea, 29. November – 1. Dezember 2011.
4. OECD o. J.
5. Globale Partnerschaft für wirksame Entwicklungszusammenarbeit, Busan, o. J.
6. ActAlliance und CIDSE 2014, S. 7.
7. Europäische Kommission, 2012, S. 3.
8. Ban 2014.
9. Clark 2014.
10. Vereinte Nationen, Overseas Development Institute und Ipsos Mori. 2014. „MY World“ ist eine globale Bürgerumfrage der Vereinten Nationen. In Zusammenarbeit mit Partnern zielt sie darauf ab, die Stimmen, Prioritäten und Ansichten der Menschen einzuholen, damit die politischen Führer der Welt über fundierte Informationen verfügen, wenn sie den Prozess zur Festlegung der nächsten globalen Ziele zur Beseitigung der Armut beginnen.
11. WEF 2014.
12. Ortiz und andere 2013, S. 2.
13. Edwards 2014.
14. UNV 2011a, S. 4.
15. Naidoo 2007.
16. UNV 2014a.
17. McArthur 2013
18. Oxfam International 2014.
19. Oxfam International 2015.
20. UNV 1999.
21. UNV, IAVE und CIVICUS 2008.
22. UNV, IAVE und CIVICUS 2008, S. 11.
23. CIVICUS 2011.
24. CIVICUS 2014.
25. Meek 2014.
26. Anderson und Cavanagh 2000.
27. Giddens 1989, S. 727.
28. Giddens 1989, S. 520.
29. Carlson 2012.
30. APAN 2013.
31. 350.org; avaaz.org.
32. ITU und UNESCO 2013, S. 6.
33. UNV 2011a, S. 2.
34. UNV 2011a, S. 9.
35. Twum-Danso 2014.
36. Welbourn 2014.
37. ICWglobal.org.
38. Modern Ghana 2007; National Council for Law Reporting 2006.
39. Morayef 2013; Women on Walls o. J.
40. Mercy Corps 2012, S. 5.
41. ICP und American University in Cairo 2011, S. 41.
42. UNDP 2011.
43. UNV 2013, S. iv.
44. Kadi 2011.
45. PRIA 2012.
46. Dahiya 2012.
47. Dahiya 2012; UN-Habitat 2011.
48. UN-REDD-Programm 2014.
49. UNV und UNDP 2011.
50. Making all Voices Count o. J.
51. PRIA 2013.
52. Asian Peasant Coalition o. J.
53. ICD 2012.
54. Cruz 2014, S. 5.
55. Latinobaraméto 2013, S. 37.
56. Cruz 2014, S. 8.
57. Fundación América Solidaria o. J.
58. Amnesty International 2012.
59. UNV 2011a, S. 14–23.
60. Helms und McKenzie 2014.
61. IAO 2013.
62. Haddock 2014.
63. ISTAT 2014.
64. Pro Bono Australia 2014.
65. CNCS und NCOC 2014.
66. Widows for Peace through Democracy o. J.
67. Caprara und andere 2012.
68. Newbury und Wallace 2014.
69. Helms und McKenzie 2014.
70. Joseph 2014, S. 19.
71. Gaventa 2006; Cornwall 2002.
72. McEwan 2005, S. 973.
73. Cornwall 2007.

## KAPITEL 2

- 74. Mandela 1990, S. 228.
- 75. UNDP o. J.
- 76. Oswald 2014.
- 77. Mann 2014
- 78. Joshi und Schultze-Kraft 2014.
- 79. Gaventa 2006.
- 80. Singh, Pandey und Prakash 2011, S. 3.
- 81. Citizenship DRC 2011.
- 82. Citizenship DRC 2011, S. 26.
- 83. VSO-Freiwillige.
- 84. Nath 2013.
- 85. Sharma und Sudarshan 2010.
- 86. Sharma und Sudarshan 2010, S. 49.
- 87. WFP o. J.
- 88. Langue-Menye 2007.
- 89. UNGEI 2011.
- 90. UNDP 2013.
- 91. Bruns und Taher 2009.
- 92. McGee 2014, S. 6.
- 93. Gaventa 2006, S. 27.
- 94. Welbourn 2014.
- 95. Welbourn 1995.
- 96. Salamander Trust 2015.
- 97. Jewkes und andere 2008.
- 98. Munabi 2013.
- 99. Munabi 2013.
- 100. Munabi 2013.
- 101. Marulanda und Tancredi 2010.
- 102. Marulanda und Tancredi 2010.
- 103. Marulanda und Tancredi 2010.
- 104. Mercy Corps 2012.
- 105. Suaedy 2014.
- 106. Suaedy 2014.
- 107. Citizenship DRC 2011.
- 108. Thomas und andere 2003.
- 109. Citizenship DRC 2011.
- 110. Pimbert 2008.
- 111. Mann 2014.
- 112. ANAMURI 2011.
- 113. DuMonthier 2014.
- 114. Xu 2014.
- 115. In Peking beispielsweise sah das Blue Sky Project die Verlagerung von Fabriken, den Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel und die Straffung von Abgasnormen.
- 116. Xu 2014.
- 117. Treat 2013.
- 118. Özkaynak und Rodríguez-Labajos 2012.

## KAPITEL 3

- 119. The Daily Beast 2011.
- 120. Es ist schwierig, eine eindeutige Aussage zu den Kausalzusammenhängen zu machen. In einigen Fällen kann mehr Mitsprache und Partizipation zu mehr Reaktionsbereitschaft und Rechenschaftlichkeit führen. In anderen Fällen können reaktionsbereitere und rechenschaftlichere Regierungen zu mehr Mitsprache und Partizipation ermutigen. Mehr Mitsprache und Partizipation und reaktionsbereite und rechenschaftliche Regierungen können ihre Ursache alle auch in einem dritten Faktor haben, zum Beispiel in der politischen Kultur eines Landes oder einer Gemeinschaft.
- 121. Haruna and Curtain, 2014.
- 122. UNV 2011b.
- 123. UNV 2011b.
- 124. Daniel 2013.
- 125. Coelho 2013.
- 126. Coelho 2013, S. 5
- 127. Mehta 2013.
- 128. Dazu gehörte beispielsweise die Kriminalisierung von Vergewaltigung in der Ehe sowie Sondervorschriften für Gewalt gegen Frauen durch Mitglieder der Streitkräfte.
- 129. PRS Legislative Research 2015.
- 130. Government of India 2013.
- 131. UNV 2014b.
- 132. The Guardian 2014a.
- 133. Financial Times 2014.
- 134. Cruz 2014.
- 135. Wahlkommission Sambias 2015.
- 136. Aked 2014.
- 137. UNV und UNDP 2007, S. 8.
- 138. Lough und Matthew 2014; Bezhani 2008, zitiert in Lough and Matthew 2014.
- 139. Amawi 2000; Joseph 1999a; Joseph 1999b; UNDP 2002; CRTD-A o. J.
- 140. Joseph 1999a; UNDP 2002; El-Kholy 2002.
- 141. Haggart o. J.
- 142. Haggart o. J.
- 143. Abdoush 2008.
- 144. Mkhize 2014.
- 145. Mann 2014.
- 146. La Via Campesina 2013.
- 147. Gucciardi 2011.
- 148. Organic Consumers Association 2015.
- 149. Abbott 2014.

- 150. Walker 2014.
- 151. Thomas und andere 2003.
- 152. African Elections Project o. J.
- 153. African Elections Project o. J.
- 154. Awan 2014; Ushahidi o. J.
- 155. Ionescu 2014.
- 156. Press 2010.
- 157. Berkley Center for Religion, Peace & World Affairs 2013.

#### KAPITEL 4

- 158. Annan 2009.
- 159. [www.worldwewant2015.org](http://www.worldwewant2015.org).
- 160. Gaventa and Rootes 2007.
- 161. United Nations Intellectual History Project 2009.
- 162. WEF 2013.
- 163. Benequista and Gaventa 2012.
- 164. Mayo 2005.
- 165. Barrett 2000.
- 166. Barrett 2000; Donnelly 2002; Mayo 2005.
- 167. MacDonald and Green 2014.
- 168. Control Arms 2014.
- 169. MacDonald and Green 2014; Jaeger 2014.
- 170. Controlarms.org o. J
- 171. Controlarms.org o. J
- 172. MacDonald o. J
- 173. MacDonald 2013.
- 174. Herbel und andere 2012, S. 63.
- 175. Vereinte Nationen, Overseas Development Institute und Ipsos Mori (2014). MY World Analytics, 7. Oktober verfügbar unter <http://data.myworld2015.org>.
- 176. ATD Fourth World 2014.
- 177. Shahrokh and Wheeler 2014.
- 178. Palomino Gonzalez 2014.
- 179. UNSCN o. J
- 180. The Guardian o. J
- 181. CIVICUS 2011, S. 51-52.
- 182. The Guardian 2014b.
- 183. People's Climate March o. J.; 350.org
- 184. Gaventa and Rootes 2007.
- 185. Vereinte Nationen, Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten (UN DESA) (o. J.). Die wichtigen Gruppen sind Frauen, Kinder und Jugendliche, indigene Völker, nichtstaatliche Organisationen, lokale Behörden, Arbeitervereinigungen und Gewerkschaften, Unternehmen und Industrie, Wissenschaft und Technologie und Landwirte. Weitere Interessengruppen sind lokale Gemeinschaften, Freiwilligen-gruppen und Stiftungen, Migranten und Familien sowie ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen.
- 186. UN Women o. J.
- 187. ICRW 2010.
- 188. ICRW 2010.
- 189. CIC-BD 2010; AWORC 1998.
- 190. New Tactics in Human Rights 2009.
- 191. PWDA 2010-2014.
- 192. Right to Food and Nutrition Watch 2010.
- 193. Newell 2008.
- 194. Rainforest Action Network 2008.
- 195. ELLA 2012a.
- 196. ELLA, 2012a.
- 197. ELLA 2012b.
- 198. ELLA 2012b.
- 199. Mahanta 2012.
- 200. Institute of Research and Debate on Governance, 2010, S. 35–36.
- 201. Mahanta 2012.
- 202. Reno 2013.
- 203. Ebrahim and Herz 2007.
- 204. Kakuchi 2013.
- 205. North 2013.
- 206. North 2013.
- 207. North 2013; Accord on Fire and Building Safety in Bangladesh 2014.
- 208. Jones 2014.
- 209. Kitroeff 2014.
- 210. Cock 2012; Rätzel and Uzzell 2013.
- 211. Gaventa and Rootes 2007.
- 212. CIVICUS 2014; Anheier and Hawkes 2008.
- 213. Pleyers 2012.
- 214. Christensen 2011.
- 215. Vega and McKinley Jr. 2013.
- 216. Edwards, Howard and Joyce 2013.
- 217. Institute of Research and Debate on Governance, 2009, S. 26.
- 218. Institute of Research and Debate on Governance 2009.
- 219. Meyers 2014.

#### KAPITEL 5

- 220. Vereinte Nationen 2014

## Literatur

- 350.org. New York, USA. Verfügbar unter <http://350.org>. Abgerufen am 12. März 2015.
- Abbott, Jeff (2014). In Guatemala, indigenous communities prevail against Monsanto, 4 November. Verfügbar unter <http://wagingnonviolence.org/feature/guatemala-indigenous-communities-prevail-monsanto/>
- Abdoush, Rahada (2008). Syrian Women Married to Foreigners: Endless Stories of Suffering. Arab Reporters for Investigative Journalism, 16. Juli. Verfügbar unter <http://arij.net/en/syrian-women-married-foreigners-endless-stories-suffering>
- Accord on Fire and Building Safety in Bangladesh. Homepage. Dhaka, Bangladesh. Verfügbar unter <http://bangladeshaccord.org/>. Abgerufen am 12 März 2015.
- ActAlliance and CIDSE (2014). Space for civil society: how to protect and expand an enabling environment. Brüssel und Genf: ActAlliance und CIDSE.
- African Elections Project. Homepage. Verfügbar unter <http://africanelections.org>. Abgerufen am 12. März 2015.
- Aked, Jody (2014). How volunteerism promotes and enables the practice of participation. An Asia-Pacific perspective [unveröffentlicht]. Hintergrundpapier für den Bericht über die Lage der Freiwilligenarbeit in der Welt 2015. Bonn: UNV.
- Amawi, Abla (2000). *Gender and Citizenship in Jordan. In: Gender and Citizenship in the Middle East*, Suad Joseph, Hrsg., S. 158-184. Syracuse: Syracuse University Press.
- Amnesty International (2012). Colombia: the victims and land restitution law. An Amnesty International Analysis. London: Amnesty International Publications.
- ANAMURI (2011). El Correo de las Mujeres del Campo. [Bulletin, Oktober]. Verfügbar unter <http://anamuri.cl/index.php/boletines>.
- Anderson, Sarah and John Cavanagh (2000). Top 200: The Rise of Global Corporate Power. Corporate Watch. New York: Global Policy Forum.
- Anheier, Helmut K., und Amber Hawkes (2009). Accountability in a globalizing world: International non-governmental organizations and foundations. In *Leadership in sozialen Organisationen*, Johannes Eurich und Alexander Brink, Hrsg., S. 193-212. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Annan, Kofi A. (2009). Problems without passports. Special Report, Foreign Policy, 9. November. Verfügbar unter [http://www.foreignpolicy.com/articles/2002/09/01/problems\\_without\\_passports](http://www.foreignpolicy.com/articles/2002/09/01/problems_without_passports)
- Armstreay (n.d). Arms Trade Treaty Negotiation Mapping Database. Verfügbar unter <http://armstreay.org>. Abgerufen am 10 März 2015.
- Asia Pacific Adaptation Network (APAN) (2013). South Pacific "Comes Together" Over Climate Change. Verfügbar unter <http://www.apan-gan.net/resource/south-pacific-%E2%80%9Ccomes-together%E2%80%9D-over-climate-change>
- Asian Peasant Coalition. Homepage. Verfügbar unter <http://www.asianpeasant.org/content/asian-peasant-coalition-apc>.
- Asian Women's Resource Exchange (AWORC) (1998). CEDAW and Women: The Bangladeshi Experience. WPRN Newsletter, 1(3), March-June. Verfügbar unter [http://www.aworc.org/bpfa/pub/sec\\_i/hum00001.html](http://www.aworc.org/bpfa/pub/sec_i/hum00001.html)
- ATD Fourth World (2014). Challenge 2015: Towards sustainable development that leaves no one behind. Paris: Éditions Quart Monde.
- Avaaz.org. Homepage. Verfügbar unter [www.avaaz.org](http://www.avaaz.org)
- Awan, Omer Ahmed (2014). Volunteerism and E-Governance [unveröffentlicht]. Hintergrundnotizen für den Bericht über die Lage der Freiwilligenarbeit in der Welt 2015. Bonn: UNV.
- Ban, Ki-moon (2014). Moving to implementation: findings from UNDG dialogues on post-2015 implementation. Rede am Amtssitz der Vereinten Nationen, 25. September. Verfügbar unter [http://www.un.org/apps/news/infocus/speeches/statments\\_full.asp?statID=2370#.VDTySSIdWF4](http://www.un.org/apps/news/infocus/speeches/statments_full.asp?statID=2370#.VDTySSIdWF4).

- Barrett, Marlene (2000). *The World Will Never Be the Same Again*. London: Jubilee 2000 Coalition and World Vision.
- Benequista, Nicholas, and John Gaventa (2012). What we now know about citizen action and development outcomes. In *Gouvernance en révolution(s). Chroniques de la gouvernance 2012*. Institute for Research and Debate on Governance. Paris: Verlag Charles Léopold Mayer.
- Berkley Center for Religion, Peace & World Affairs (2013). *Ending Liberia's Second Civil War: Religious Women as Peacemakers*. Religion and Conflict Case Study Series. Washington DC: Georgetown University.
- Bezhani, Lindita (2008). *National volunteering and peace-building: The case of the Philippines and the Balkan Region*. London: VSO International.
- Bruns, Bryan and Taha Taher (2009). *Yemen Water User Association Study: Findings and Recommendations for a Problem-Solving Approach*. Verfügbar unter <http://www.yemenwater.org/wp-content/uploads/2013/05/Yemen-Water-User-Assosiation-Study.pdf>
- Busan Global Partnership for Effective Development Cooperation (o.J.). *Open Forum for CSO Development Effectiveness*. Verfügbar unter <http://cso-effectiveness.org/post-busan-interim-group,202>
- Caprara, David und andere (2012). *Volunteering and civic service in three African regions. Contributions to regional integration, youth development and peace*. Washington DC: Brookings Institution.
- Carlson, Laura (2012). *Genocide on Trial in Guatemala*, 29. Februar. Verfügbar unter <http://www.thenation.com/article/166526/genocide-trial-guatemala>
- Christensen, Henrik Serup (2011). *Political activities on the Internet: Slacktivism or political participation by other means? First Monday*, Vol. 16, No. 2, 2. Februar. Verfügbar unter <http://firstmonday.org/article/view/3336/2767#p3>
- Citizens' Initiatives on CEDAW-Bangladesh (CIC-BD) (2010). *Combined Sixth and Seventh Alternative Report to the UN CEDAW Committee*. Dhaka: CIC-BD.
- CIVICUS (2011). *State of Civil Society Report 2011*. Johannesburg: CIVICUS: World Alliance for Citizen Participation.
- CIVICUS (2014). *State of Civil Society Report 2014. Reimagining global governance*. Johannesburg: CIVICUS: World Alliance for Citizen Participation.
- Clark, Helen (2014). *Eröffnungssprache auf dem Post-2015-Treffen auf Hoher Ebene der Generalversammlung der Vereinten Nationen über 'Ending Poverty: Why Strong, Accountable Institutions Matter'*. New York, 24. September. Verfügbar unter <http://www.undp.org/content/undp/en/home/presscenter/speeches/2014/09/24/helen-clark-opening-speech-at-the-united-nations-general-assembly-high-level-event-on-post-2015-on-ending-poverty-why-strong-accountable-institutions-matter/>
- Clark, Helen (2015). *Rede auf einer öffentlichen Veranstaltung 'Delivering the 2015 ambition' organized by the Overseas Development Institute*, 20. Januar. Verfügbar unter <http://www.odi.org/events/4097-delivering-2015-ambition>
- Cock, Jacklyn. (2012). *Labour and the globalisation of local resistance: the case of Arcelor Mittal*. In: *Global Civil Society: Shifting Powers in a Shifting World*, Heidi Moksnes und Mia Melin, Hrsg., S. 208-211. Uppsala: Uppsala Universitet.
- Collective for Research and Training on Development – Action (CRTD-A). *Homepage*. Beirut, Lebanon. Verfügbar unter <http://www.crt-da.org.lb/>
- Controlarms.org. *Homepage*. New York, USA. Verfügbar unter <http://controlarms.org/en/>
- Control Arms (2014). *Women, Gender and the Arms Trade Treaty*. Verfügbar unter: <http://controlarms.org/en/actforwomen/>
- Coelho, Vera Schattan Pereira (2013). *What did we learn about citizen involvement in the health policy process? Lessons from Brazil*. *Journal*

- of Public Deliberation*: Vol. 9, Issue 1, Article 9. Berkeley: The Berkeley Electronic Press.
- Cornwall, Andrea (2002). Making spaces, changing places: situating participation in development. IDS Working Paper 170. Brighton: Institute of Development Studies.
- Corporation for National and Community Service (CNCS) and National Conference on Citizenship (NCOC) (2014). Volunteering and Civic Life in America 2014. Verfügbar unter <http://www.volunteeringinamerica.gov/>
- Cruz, Anabel (2014). Volunteerism and Governance in Latin America: An Overview and Regional Scan [unveröffentlicht]. Hintergrundnotizen für den Bericht über die Lage der Freiwilligenarbeit in der Welt 2015. Bonn: UNV.
- Dahiya, Bharat (2012). Cities in Asia, 2012: Demographics, economics, poverty, environment and governance. Verfügbar unter <http://www.uclg.org/sites/default/files/Bharat%20Dahiya%20-%20Cities%20in%20Asia%2C%202012%20-%20Cities.pdf>
- Daniel, Patricia (2013). Evaluation of UNV Contribution to Volunteer Infrastructures. Country Mission Report: Togo. Centre for International Development and Training. Telford: University of Wolverhampton.
- Development Research Center on Citizenship, Participation and Accountability (The Citizenship DRC) (2011). Blurring the Boundaries. Citizen Action Across States and Societies. A summary of findings from a decade of collaborative research on citizen engagement. Brighton: The Citizenship DRC.
- Donnelly, Elizabeth A. (2002). Proclaiming Jubilee: The Debt and Structural Adjustment Network. In *Restructuring World Politics: Transnational Social Movements, Networks and Norms*, Sanjeev Khagram, James Riker, and Kathryn Sikkink, Hrsg., S. 155-180. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- DuMonthier, Asha (2014). Chile Derails 'Monsanto Law' That Would Privatize Seeds, 28 March. Verfügbar unter [http://www.grain.org/bulletin\\_board/entries/4915-chile-derails-monsanto-law-that-would-privatise-seeds](http://www.grain.org/bulletin_board/entries/4915-chile-derails-monsanto-law-that-would-privatise-seeds).
- Ebrahim, Alnoor, and Steve Herz (2007). Accountability in Complex Organizations: World Bank Responses to Civil Society. Boston: Harvard Business School.
- Edwards, Frank, Philip N. Howard, and Mary Joyce (2013). Digital activism & non-violent conflict. Digital Activism Research Project. Seattle: University of Washington.
- Edwards, Michael (2014). When is civil society a force for social transformation? *OpenDemocracy*, 30 May. Verfügbar unter <https://www.opendemocracy.net/transformation/michael-edwards/when-is-civil-society-force-for-social-transformation>
- Electoral Commission of Zambia (2015). Are you a monitor or an observer? Verfügbar unter <http://www.elections.org.zm/monitor.php>
- El-Kholy, Heba (2002). Arab Women: Towards Equal Citizenship? Entwurf [unveröffentlicht]. Amman: United Nations Development Programme - Programme on Governance in the Arab Region (UNDP-POGAR).
- Europäische Kommission (2012). Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Die Wurzeln der Demokratie und der nachhaltigen Entwicklung: Europas Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft im Bereich der Außenbeziehungen. 12. September. Brüssel: Europäische Kommission.
- Evidence and Lessons from Latin America (ELLA). (2012a). Indigenous people, conflict and extractive industries: Latin America's approaches. Verfügbar unter: <http://ella.practicalaction.org/node/1034>
- Evidence and Lessons from Latin America (ELLA). (2012b). Latin American Approaches to Extractive Industry Conflicts. Verfügbar unter: <http://ella.practicalaction.org/node/1052>
- Financial Times (2014). Indonesian techies crowdsource election results, 18. Juli. Verfügbar unter <http://www.ft.com/intl/cms/s/0/6c62a8b6-0e33-11e4-85ab-00144feabdc0.html#axzz3SI8rlf>
- Fundación América Solidaria. América Solidaria. Santiago, Chile. Verfügbar unter <http://www.americasolidaria.org/>. Abgerufen am 12. März 2015.
- Gaventa, John (2006). Finding the Spaces for Change: A Power Analysis in Power, Exploring Power for

- Change. IDS Bulletin 37.6, Brighton: Institute of Development Studies.
- Gaventa, John, and Christopher Rootes (2007). From local to global. ESRC Seminar Series: Mapping the public policy landscape. Swindon: Economic and Social Research Council.
- Giddens, Anthony (1989). *Sociology*. Cambridge: Polity Press.
- Government of India (2013). Criminal Law (Amendment) Ordinance, 2013. Verfügbar unter <http://pib.nic.in/newsite/erelease.aspx?relid=91979>
- Gucciardi, Anthony (2011). Peru Passes Monumental Ten-Year Ban on Genetically Modified Foods, 24. Juni. Verfügbar unter <http://naturalsociety.com/peru-passes-monumental-ten-year-ban-on-genetically-modified-foods/>
- Haddock, Megan (2014). Two important volunteering policy developments. Center for Civil Society Studies at the Johns Hopkins Institute for Health and Social Policy, 10. März. Verfügbar unter <http://ccss.jhu.edu/two-important-volunteering-policy-developments>
- Haggart, Kelly (o.J.). Research leads to Rights Breakthrough for Arab Women. Ottawa: International Development Research Center.
- Haruna, Ella, and Ellie Curtain (2014). Thematic Evaluation of UNV Contribution to Volunteer Infrastructures. Final Report. Centre for International Development and Training. Telford: University of Wolverhampton.
- Helms, Sara and Tom McKenzie (2014). Gender Differences in Formal and Informal Volunteering in Germany. *Voluntas: International Journal of Voluntary and Nonprofit Organizations*, Vol. 25, Issue 4, pp. 887-904. Baltimore: International Society for Third Sector Research und The Johns Hopkins University.
- Herbel, Denis, and others (2012). Good practices in building innovative rural institutions to increase food security. Rom: Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) und Internationaler Agrarentwicklungsfonds (IFAD).
- Innovations in Civic Participation (ICP) und The American University in Cairo (AUC). (2011). Youth Activism and Public Space in Egypt. Washington DC und Kairo: ICP und AUC.
- Institute of Research and Debate on Governance (2009). The access of self-help networks to the international arena. International Meeting of Rambouillet, 23.-25. März. Verfügbar unter [http://www.institut-gouvernance.org/docs/actes\\_rambouillet-en.pdf](http://www.institut-gouvernance.org/docs/actes_rambouillet-en.pdf)
- Instituto de Comunicación y Desarrollo (ICD) (2012). El Poder de la Transparencia. FONTRA: Un programa de la sociedad civil del Cono Sur. Montevideo: ICD and IADB.
- International Center for Research on Women (ICRW) (2010). Recognizing Rights, Promoting Progress: The global impact of the Convention of the Elimination of All Forms of Discrimination against Women. Washington DC: ICRW.
- International Labour Organization (ILO) (2013). Resolution concerning statistics of work, employment and labour underutilization. Adopted by the Nineteenth International Conference of Labour Statisticians, October 2013. Geneva: ILO.
- International Telecommunication Union (ITU) and United Nations Educational Scientific and Cultural Organization (UNESCO) (2013). Doubling digital opportunities: enhancing the inclusion of women and girls in the information society. A report by the Broadband Commission Working Group on Broadband and Gender. Verfügbar unter <http://www.broadbandcommission.org/Documents/working-groups/bb-doubling-digital-2013.pdf>.
- Ionescu, Mihaela (2014). Volunteerism and Governance: Arab Region. Hintergrundnotizen zu dem Bericht über die Lage der Freiwilligenarbeit in der Welt 2015. Bonn: UNV.
- Italian National Institute of Statistics (ISTAT) (2014). Unpaid activities to benefit others. Rom: ISTAT.
- Jaeger, Joel (2014). Arms Trade Treaty gains momentum with 50th ratification. Inter Press Service (IPS), 28. September. Verfügbar unter: <http://www.ipsnews.net/2014/09/arms-trade-treaty-gains-momentum-with-50th-ratification/>
- Jewkes, Rachel and others (2008). Impact of Stepping Stones on incidents of HIV and HSV-2 and sexual behaviour in rural South Africa: cluster randomised controlled trial. Verfügbar unter <http://www.bmj.com/content/bmj/337/bmj.a506.full.pdf>
- Jones, Dolly (2014). How the World Has Changed Since Rana Plaza. *Vogue*, 1. April. Verfügbar unter: <http://www.vogue.co.uk/news/2014/04/01/>

- bangladesh-rana-plaza-anniversary-fashion-revolution-day
- Joseph, Joe (2014). Global Volunteering in the Context of Globalization [unveröffentlicht]. Hintergrundnotizen zu dem Bericht über die Lage der Freiwilligenarbeit in der Welt 2015. Bonn: UNV.
- Joseph, Suad (1999a). Women between Nation and State in Lebanon. Between Women and Nation: Transnational Feminism and the State. Durham: Duke University press.
- Joseph, Suad (1999b). Descent of the Nation: Kinship and Citizenship in Lebanon. In *Citizenship Studies*, Vol. 3, Issue 3. New York: Routledge.
- Joshi, Anuradha and Markus Schultze-Kraft (2014). Introduction—Localizing Governance: An Outlook on Research and Policy. In *Localizing Governance, IDS Bulletin* Vol. 45, Nr. 5, S. 1. Brighton: Institute of Development Studies.
- Kadi, Osama (2011). Middle East and Northern Africa. Regionalpapier für den Bericht über die Lage der Freiwilligenarbeit in der Welt 2015. Unveröffentlichtes Papier. Bonn: UNV.
- Kakuchi, Suvendrini (2013). Female garment workers bear brunt of tragedy, 10. Mai. Inter Press Service. Verfügbar unter <http://www.ipsnews.net/2013/05/female-garment-workers-bear-brunt-of-tragedy/>
- Kitroeff, Natalie (2014). Colleges cut ties with apparel maker over worker safety. *BloombergBusinessWeek*, 20. Oktober. Verfügbar unter: <http://www.businessweek.com/articles/2014-10-20/students-push-cornell-to-end-vf-corp-deals-over-labor-practices>
- Latinobaraméto (2013, p. 37). Informe Latinobaraméto 2013. Santiago: Corporación Latinobaraméto.
- Langue-Menye, Gisele (2007). With mothers' help, more girls are going to school in Cameroon, 25. Mai. Verfügbar unter [http://www.unicef.org/infobycountry/cameroon\\_39815.html](http://www.unicef.org/infobycountry/cameroon_39815.html)
- La Via Campesina (2013). Our seeds, our future. Jakarta: La Via Campesina.
- Lough, Benjamin and Leonore Matthew (2013). International Volunteering and Governance. A joint project of the United Nations Volunteers Programme and the International Forum for Volunteering in Development. Bonn: UNV und International Forum for Volunteering in Development.
- MacDonald, Anna (o.J.). Meeting the Control Arms 'Millionth Supporter' Julius Arile: a message from Kenya. Blog post presented on Oxfam International. Verfügbar unter <http://blogs.oxfam.org/en/blogs/12-06-26-control-arms-millionth-supporter-julius-arile-kenya>
- MacDonald, Anna (2013). One in a Million. Blog post presented on Control Arms, 7. November. Verfügbar unter <https://controlarmsblog.wordpress.com/2013/11/07/one-in-a-million/>
- Macdonald, Anna, and Duncan Green (2014). Power and change case study: the Arms Trade Treaty. Oxford: Oxford International.
- Mahanta, Upasana (2012). Transnational activism and the Dalit women's movement in India. In *Global Civil Society Shifting Powers in a Shifting*
- World*, Heidi Moksnes a#und Mia Melin, Hrsg. S. 140-148. Uppsala: Uppsala Universitet.
- Making All Voices Count. Homepage. Johannesburg, South Africa. Verfügbar unter <http://http://www.makingallvoicescount.org/what>. Abgerufen am 12. März 2015.
- Mandela, Nelson (1990). The struggle is my life. Atlanta: Pathfinder Books Ltd.
- Mann, Alana (2014). Global Activism in Food Politics—Power Shift. International Relations and Development Series. The Graduate Institute. Genf: Palgrave Macmillan.
- Marulanda, Nohra Rey de and Francisco B. Tancredi (2010). From social innovation to public policy: success stories in Latin America and the Caribbean. Santiago: Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (ECLAC).
- Mayo, Marjorie (2005). 'The world will never be the same again'? Reflecting on the Experiences of Jubilee 2000, Mobilizing Globally for the Remission of Unpayable Debts. In *Social Movement Studies: Journal of Social, Cultural and Political Protest*, Vol. 4, Issue 2, S.139-154. London: Routledge.
- McArthur, John (2013). Own the Goals: What the Millennium Development Goals Have Accomplished. Washington DC: Brookings Institution.
- McGee, Rosemary (2014). Power, Violence, Citizenship and Agency. *IDS Bulletin* Vol. 45, No. 5, S. 36-47. Brighton: Institute of Development Studies.

- McEwan, Cheryl (2005). New spaces of citizenship? Rethinking gendered participation and empowerment in South Africa. *Political Geography*. 24(8), pp. 969-991. Oxford: Elsevier Ltd.
- Meek, James (2014). In Farageland. *London Review of Books*, Vol. 36 (19), S. 5-10. London: London Review of Books.
- Mehta, Dhvani (2013). The Justice JS Verma Committee Report on Amendments to Criminal Law relating to Sexual Violence in India—Preliminary Observations, 23. Januar. Blog post. Verfügbar unter <http://ohrh.law.ox.ac.uk/the-justice-js-verma-committee-report-on-amendments-to-criminal-law-relating-to-sexual-violence-in-india-preliminary-observations/>
- Mercy Corps (2012). Civic Engagement of Youth in the Middle East and North Africa: An Analysis of Key Drivers and Outcomes. Portland: Mercy Corps.
- Meyers, Stephen (2014). Global Civil Society as Megaphone or Echo Chamber? Voice in the International Disabilities Rights Movement. In *International Journal of Politics, Culture and Society*, Patrick Baert, Hrsg. Vol. 27, Issue 4, S. 459-476. New York: Springer International Publishing.
- Mkhize, Sithuthukile (2014). A Victory for the Rights of Women in Rural South Africa, 7. Mai. Open Society Foundations. Verfügbar unter <http://www.opensocietyfoundations.org/voices/victory-rights-women-rural-south-africa>
- Molyneux, Maxine (2009). Conditional Cash Transfers: A 'Pathway to Women's Empowerment'? Working Paper 5. Sussex: Institute of Development Studies.
- Morayef, Soraya (2013). Women in Egypt through the Narrative of Graffiti. Blog presented on Atlantic Council, 5. März. Verfügbar unter <http://www.atlanticcouncil.org/blogs/egyptsource/women-in-egypt-through-the-narrative-of-graffiti#>
- Modern Ghana (2007). Domestic violence bill passed at last, 22. Februar. Verfügbar unter <http://www.modernghana.com/news/124409/1/domestic-violence-bill-passed-at-last.html>
- Munabi, Annette (2013). Improving resource allocation in Uganda. Blog post presented on Development Initiatives, 28. August. Verfügbar unter <http://devinit.org/citizen-engagement-in-resource-allocation-in-uganda-brings-results-for-communities/>
- Naidoo, Kumi (2007). Closing the gap between volunteering and social activism, 8. Oktober. Verfügbar unter <http://www.worldvolunteerweb.org/news-views/viewpoints/doc/closing-the-gap-between.html>
- Nath, Priya (2013). Women in Power: beyond access to influence in a post-2015 world. Surrey: Voluntary Service Overseas.
- National Council for Law Reporting (2006). The Sexual Offences Act. No. 3 of 2006. Nairobi: National Council for Law Reporting
- New Tactics in Human Rights (2009). Using Shadow Reports for Advocacy, 3. August. Verfügbar unter: <https://www.newtactics.org/using-shadow-reports-advocacy/using-shadow-reports-advocacy>
- Newbury, Emma and Tina Wallace (2014). The space between: the analytical framework of women's participation. Kildare: Trócaire.
- Newell, Peter (2008). Civil Society, Corporate Accountability and the Politics of Climate Change. In *Global Environmental Politics*, Vol. 8, Nr. 3, S.122-153. Cambridge: MIT Press.
- North, James (2013). Bangladeshi Garment Workers Fight Back, 15. November. Verfügbar unter: <http://www.thenation.com/article/177181/bangladeshi-garment-workers-fight-back#>
- Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights (OHCHR) and Center for Economic and Social Rights (CESR) (2013). Who will be accountable? Human Rights and the Post-2015 Development Agenda. Genf und New York: United Nations.
- Organic Consumers Association (2015). Millions against Monsanto. Verfügbar unter <https://www.organicconsumers.org/campaigns/millions-against-monsanto>
- Organization for Economic Co-operation and Development (OECD) (n.d.). The Paris Declaration on Aid Effectiveness (2005) and the Accra Agenda for Action (2008). Verfügbar unter <http://www.oecd.org/dac/effectiveness/34428351.pdf>
- Ortiz, Isabel and others (2013). World Protests 2006-2013. Executive summary. Working paper. New York: Initiative for Policy Dialogue (IPD) und Friedrich-Ebert Stiftung (FES).
- Oswald, Katy (2014). Which Voices are Heard & by Whom? Blog post

- presented on Making All Voices Count, 29. Januar. Verfügbar unter <http://www.makingallvoicescount.org/blog/voices-heard/>
- Oxfam International (2014). Even it up: Time to end extreme inequality. Oxford: Oxfam International.
- Oxfam International (2015). Wealth: Having it all and wanting it all. Oxford: Oxfam International.
- Özkaynak, Begüm, and Beatriz Rodríguez-Labajos (2012). Mining conflicts around the world: Common grounds from an Environmental Justice perspective. Environmental Justice Organizations, Liabilities and Trade (EJOLT) Report No. 07. Verfügbar unter <http://www.ejolt.org/wordpress/wp-content/uploads/2012/11/Mining-Report-low.pdf>
- Palomino Gonzalez, Raquel (2014). Finding space for youth in global policy making: a case study on the Task Team on Governance and Accountability [unveröffentlicht]. Hintergrundnotizen zu dem Bericht über die Lage der Freiwilligenarbeit in der Welt 2105. Bonn: UNV.
- Participatory Research in Asia (PRIA) (2012). Civil Society @ Crossroads. Shifts, Challenges, Options? New Delhi: PRIA.
- Participatory Research in Asia (PRIA) (2013). Global Charter: Right to Participation in Local Democratic Governance—Consultations from South Asian Region. New Delhi, India: Participatory Research in Asia (PRIA). Verfügbar unter <http://www.practiceinparticipation.org/documents/276/169/global-charter-right-to-participation-in-local-democratic-governance-consultations-from-south-asian-region>
- participation-in-local-democratic-governance-consultations-from-south-asian-region
- People with Disability Australia (PWDA) (2010-2014). CRPD Civil Society Shadow Report. Verfügbar unter: <http://www.pwd.org.au/issues/crpd-civil-society-shadow-report-group.html>
- People's Climate March. Homepage. Verfügbar unter <http://www.peoplesclimate.org>. Abgerufen am 12. März 2015.
- Pimbert, Michel (2008). Towards food sovereignty: reclaiming autonomous food systems. Report. London und München: CAFS, IIED und RCC.
- Pleyers, Geoffrey (2012). A Decade of World Social Forums: Internationalization without institutionalization? In *Global Civil Society 2012*, Mary Kaldor, Henrietta Moore, Sabine Selchow, Hrsg. S.166-181. London: Palgrave Macmillan.
- Press, Robert M. (2010). 'Guided by the Hand of God': Liberian Women Peacemakers and Civil War. *The Review of Faith & International Affairs*, S. 23-29. Arlington: Institute for Global Engagement.
- Pro Bono Australia (2014). National Review of the Definition of Volunteering, 13 May. Verfügbar unter <http://www.probonoaustralia.com.au/news/2014/05/national-review-definition-volunteering#>
- PRS Legislative Research (2015). Justice Verma Committee Report Summary. Verfügbar unter <http://www.prsindia.org/parliamenttrack/report-summaries/justice-verma-committee-report-summary-2628/>
- Rainforest Action Network (2011). New report finds bank carbon principles did not curb financing of coal, 20. Januar. Verfügbar unter <http://www.ran.org/new-report-finds-bank-carbon-principles-did-not-curb-financing-coal>
- Räthzel, Nora, and David Uzzell (2013). Trade Unions in the Green Economy: Working for the Environment. London: Routledge.
- Reno, Jamie (2013). Change.org Petitions Cover Issues from Sarah Palin To Human Trafficking To the Rape of Lesbians in South Africa; a New Model for Global Change, 20 December. Verfügbar unter: <http://www.ibtimes.com/changeorg-petitions-cover-issues-sarah-palin-human-trafficking-rape-lesbians-south-africa-new-model>
- Right to Food and Nutrition Watch (2010). Land grabbing and nutrition: Challenges for global governance. Stuttgart: Brot für die Welt.
- Salamander Trust (2015). Stepping Stones. Training package on gender communication and HIV. Verfügbar unter <http://www.steppingstonesfeedback.org/>. Abgerufen am 12. März 2015.
- Shahrokh, Thea, and Joanna Wheeler (2014). Knowledge from the Margins: An anthology from a global network on participatory practice and policy influence. Brighton: Institute of Development Studies.
- Sharma, Divya, and Ratna M. Sudarshan (2010). Towards a Politics of Collective Empowerment: Learning from Hill Women in Rural Uttarakhand, India. *IDS Bulletin* Vol. 41, Issue 5, S.43-51, September.

- Brighton: Institute of Development Studies.
- Suaedy, Ahmad (2014). The Role of Volunteers and Political Participation in the 2012 Jakarta Gubernatorial Election. In *Journal of Current Southeast Asian Affairs*, Vol. 33, No. 1, S. 111-138. Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies.
- The Daily Beast (2011). There is no turning back, 10. September. Verfügbar unter <http://www.thedailybeast.com/articles/2011/10/09/tawakul-karman-interview-nobel-peace-prize-could-help-arab-spring.html>
- The Guardian (n.d.). Occupy protests around the world: full list visualised. Verfügbar unter <http://www.theguardian.com/news/datablog/2011/oct/17/occupy-protests-world-list-map>. Abgerufen am 9. April 2014.
- The Guardian (2014a). Indonesians rally to protect presidential vote from rigging, 18. Jul. Verfügbar unter <http://www.theguardian.com/world/2014/jul/18/indonesia-presidential-vote-volunteer-monitors>
- The Guardian (2014b). People's Climate March: thousands demand action around the world—as it happened, 22. September. Verfügbar unter <http://www.theguardian.com/environment/live/2014/sep/21/peoples-climate-march-live>
- The World Bank Group (2015). World Development Indicators 2014. Verfügbar unter <http://databank.worldbank.org/data/views/variableSelection/selectvariables.aspx?source=world-development-indicators>. Abgerufen am 12. März 2015.
- Thomas, Deborah, and others (2003). Citizen Participation and voice in the health sector in Bangladesh. London: Department of International Development.
- Treat, Jonathan (2013). Community Defenders Celebrate 4th Anniversary Blockade of Proposed Hydroelectric Project on Oaxacan Coast, 3 October. Verfügbar unter [http://www.huffingtonpost.com/beverly-bell/community-defenders-celeb\\_b\\_4040693.html](http://www.huffingtonpost.com/beverly-bell/community-defenders-celeb_b_4040693.html)
- Twum-Danso, Afua (2014). Volunteerism and governance in Sub-Saharan Africa: An overview [unpublished]. Hintergrundpapier zu dem Bericht über die Lage der Freiwilligenarbeit in der Welt 2105. Bonn: UNV.
- Vereinte Nationen (2014). Der Weg zu einem Leben in Würde bis 2030: die Armut beenden, Menschenleben verändern und die Erde schützen. Synthesebericht des Generalsekretärs über die Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung, Dezember 2014. New York: Vereinte Nationen.
- United Nations, Overseas Development Institute, und Ipsos Mori (2014). MY World Analytics, 7. Oktober. Verfügbar unter <http://data.myworld2015.org>
- United Nations Department of Economic and Social Affairs (UN DESA) (n.d.). About Major Groups and other stakeholders. Verfügbar unter <http://sustainabledevelopment.un.org/majorgroups/about>
- United Nations Development Programme (UNDP) (o.J.). Local Governance—Building stronger communities. Verfügbar unter [http://www.undp.org/content/undp/en/home/ourwork/democraticgovernance/focus\\_areas/focus\\_local\\_governance/](http://www.undp.org/content/undp/en/home/ourwork/democraticgovernance/focus_areas/focus_local_governance/)
- United Nations Development Programme (UNDP) (1997). Governance for sustainable human development: A UNDP Policy Document. New York: UNDP.
- United Nations Development Programme (UNDP) (2002) Women are Citizens too: The Laws of the State, the Lives of Women. New York: UNDP.
- United Nations Development Programme (UNDP) (2010). Beyond the Midpoint: Achieving the Millennium Development Goals. New York: UNDP.
- United Nations Development Programme (UNDP) (2011). Human Development Report. Sustainability and Equity: A Better Future for All. New York: UNDP.
- United Nations Development Programme (UNDP) (2013). Water governance in the Arab Region. Managing scarcity and securing the future. New York: UNDP.
- Vereinte Nationen, Generalversammlung (2002). Empfehlungen für die Unterstützung der Freiwilligenarbeit (A/RES/56/38). Resolution der sechsfundfünfzigsten Tagung der Generalversammlung—Tagesordnungspunkt 108.
- United Nations Girls' Education Initiative (UNGEI) (2011). New education initiative targets hard to reach girls

- in Cameroon, 18. Mai. Verfügbar unter [http://www.ungei.org/infobycountry/cameroon\\_2824.html](http://www.ungei.org/infobycountry/cameroon_2824.html)
- United Nations-Habitat (UN-Habitat) (2011). Cities and Climate Change Initiative—Asia-Pacific, Regional Strategy. Nairobi: UN-Habitat.
- United Nations Intellectual History Project (2009). The UN's Role in Global Governance. Briefing Note No. 15. Ralph Bunche Institute for International Studies and the CUNY Graduate Centre. Verfügbar unter <http://www.unhistory.org/briefing/15GlobalGov.pdf>
- UN-REDD Programme (2014). UN-REDD Programme 2014 Semi-Annual Progress Update. UN-REDD Programme Thirteenth Policy Board Meeting, 3.-7. November 2014, Arusha, Tansania. Rom, New York und Nairobi: FAO, UNDP, UNEP.
- United Nations Standing Committee on Nutrition (UNSCN) (n.d.). Global financial and economic crisis—the most vulnerable are at increased risk of hunger and malnutrition. Verfügbar unter [http://www.fao.org/fileadmin/templates/tci/pdf/Investment\\_Days\\_2010/Session\\_I/SCN\\_brief\\_-\\_impact\\_of\\_crisis\\_on\\_nutrition.pdf](http://www.fao.org/fileadmin/templates/tci/pdf/Investment_Days_2010/Session_I/SCN_brief_-_impact_of_crisis_on_nutrition.pdf)
- United Nations Task Team on the post-2015 UN Development Agenda (2013). Global governance and governance of the global commons in the global partnership for development beyond 2015. Thematic think piece. OHCHR, OHRLLS, UNDESA, UNEP, UNFPA. Verfügbar unter [http://www.un.org/en/development/desa/policy/untaskteam\\_undf/thinkpieces/24\\_thinkpiece\\_global\\_governance.pdf](http://www.un.org/en/development/desa/policy/untaskteam_undf/thinkpieces/24_thinkpiece_global_governance.pdf)
- United Nations Volunteers (UNV) (1999). Volunteering and social development: A background paper for discussion at an Expert Group Meeting. In: United Nations Volunteers. Expert Group Meeting. New York, USA, 29.-30. November 1999. Bonn: UNV.
- United Nations Volunteers (UNV) (2011a). Bericht über die Lage der Freiwilligenarbeit in der Welt, Universale Werte für globales Wohlergehen. Bonn: UNV.
- United Nations Volunteers (UNV) (2011b). Strengthening the Policy Environment for Volunteering and Peace and Development in Southern Africa. Paper prepared for the Southern African Conference on Volunteer Action for Development, 17.-19. Oktober, Johannesburg, South Africa. Bonn: UNV.
- United Nations Volunteers (UNV) (2013). Arab youth volunteering for a better future. National Consultations: Country Findings Report Egypt, Jordan, Morocco, Tunisia and Yemen—2012-2013. Bonn: UNV.
- United Nations Volunteers (UNV) (2014a). UNV Strategic Framework 2014-2017. Bonn: UNV.
- United Nations Volunteers (UNV) (2014b). UNV support to justice access in Niger. Concept Note, September. Bonn, Germany: UNV. Verfügbar unter [http://www.unv.org/fileadmin/docdb/pdf/2014/corporate/UNV\\_Concept\\_Notes/Basic\\_Servics\\_Disaster\\_Reduction/Niger\\_Access\\_to\\_Justice.pdf](http://www.unv.org/fileadmin/docdb/pdf/2014/corporate/UNV_Concept_Notes/Basic_Servics_Disaster_Reduction/Niger_Access_to_Justice.pdf)
- United Nations Volunteers (UNV), International Association for Volunteer Effort (IAVE) and CIVICUS (2008). Volunteering and Social Activism. Pathways for participation in human development. Bonn, Washington DC und Johannesburg: UNV, IAVE and CIVICUS.
- United Nations Volunteers (UNV) and United Nations Development Programme (UNDP) (2007). Reintegration & Transition to peace building project. Report of an evaluation Mission, 5.-28. Februar. New York: UNDP.
- United Nations Volunteers (UNV) and United Nations Development Programme (UNDP) (2011). State of Volunteerism in China. Engaging People through Ideas, Innovation and Inspiration. Bonn und New York: UNV und UNDP.
- United Nations Women (UN Women) (n.d.). Committee on the Elimination of Discrimination against Women. Verfügbar unter <http://www.un.org/womenwatch/daw/cedaw/committee.htm>
- Ushahidi (nd). Homepage. Verfügbar unter <http://www.ushahidi.com>. Abgerufen am 12. März 2015.
- Vega, Tanzina, and James C. McKinley Jr. (2013). Social Media, Pushing Reebok to Drop a Rapper, 12. April. The New York Times. Verfügbar unter: <http://www.nytimes.com/2013/04/13/arts/music/reebok-drops-rick-ross-after-social-media-protest.html>
- Walker, Chris (2014). Battling the 'Mosanto Law' in Ghana, 20. Oktober. Blog post presented on New Internationalist. Verfügbar unter <http://newint.org/blog/2014/10/20/plant-breeders-bill-ghana/>

- Welbourn, Alice (1995). *Stepping Stones: A training package on HIV/AIDS, Gender Issues, Communication and Relationship Skills*. Oxford: Strategies for Hope Trust.
- Welbourn, Alice (2014). HIV: witnessing the realization of raw human rights, 9. Dezember. Verfügbar unter <https://www.opendemocracy.net/5050/alice-welbourn/hiv-witnessing-realisation-of-raw-human-rights>
- Wendoh, Seniorina and Tina Wallace (2006). *Living Gender in African Organisations and Communities: Stories from The Gambia, Rwanda, Uganda and Zambia*. London: Transform Africa.
- Widows for Peace through Democracy. Homepage. London, United Kingdom. Verfügbar unter <http://www.widowsforpeace.org/>. Abgerufen am 12. März 2015.
- Women on Walls. Homepage. Verfügbar unter <http://womenonwalls.com/>. Abgerufen am 12. März 2015.
- World Economic Forum (2013). *The Future Role of Civil Society*. Genf: World Economic Forum.
- World Economic Forum (WEF) (2014). *Global Risks 2014. Ninth Edition*. Genf: World Economic Forum.
- World Food Programme (WFP) (n.d.). *Learning from experience: Good practices from 45 years of school feeding*. Rom: World Food Programme.
- Xu, Janice Hua (2014). *Communicating the Right to Know: Social Media in the Do-It-Yourself Air Quality Testing Campaign in Chinese Cities*. In *International Journal of Communication*, Vol. 8, S. 1374-1398. Los Angeles: USC Annenberg Press.



## **KONTAKTDATEN UNV**

Allgemeine Informationen zu UNV erhalten Sie über:

### **United Nations Volunteers**

Postfach 260 111  
53153 Bonn  
Deutschland

Telefon: +49-228-815 2000

Fax: +49-228-815 2001

[www.unv.org](http://www.unv.org)

Facebook: [www.facebook.com/unvolunteers](http://www.facebook.com/unvolunteers)

Twitter: [www.twitter.com/unvolunteers](http://www.twitter.com/unvolunteers)

YouTube: [www.youtube.com/unv](http://www.youtube.com/unv)

### **UNV-Büro in New York**

Two United Nations Plaza  
New York, NY 10017

Telefon: (+1 212) 906 3639

Fax: (+1 212) 906 3659

E-Mail: [ONY@unv.org](mailto:ONY@unv.org)

Informationen darüber, wie man UN-Freiwilliger werden kann, finden Sie auf der UNV-Website:

**[www.unv.org](http://www.unv.org)**

Weitere Informationen über den Online-Freiwilligendienst von UNV finden Sie unter:

**[www.onlinevolunteering.org](http://www.onlinevolunteering.org)**



Gedruckt mit Farben auf pflanzlicher Basis auf 100 % FSC-Papier.  
Die Drucksache ist recycelbar.



**UN**  
**Volunteers**

inspiration in action

ISBN 9789295045842



9 789295 045842